47. Jahrgang 1999 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

HANS-PETER SCHWARZ
Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968

DIETER ZIEGLER
Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933–1938

REGINA M. DELACOR
Die Auslieferung der sozialdemokratischen Exilpolitiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding nach dem deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag 1940

MARTIN KRÖGER UND ROLAND THIMME
Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts im Zweiten Weltkrieg

DOKUMENTATION
McCloys Botschafter in der Provinz.
Die amerikanischen Kreis Resident Officers 1949–1952
(Thomas Schlemmer)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

47. Jahrgang | Heft 2 | April 1999

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans-Peter Schwarz — Die Regierung Kiesinger und die Krise in der ČSSR 1968 159

Dieter Ziegler — Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933–1938 187

Regina M. Delacor — „Auslieferung auf Verlangen"? Der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag 1940 und das Schicksal der sozialdemokratischen Exilpolitiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding 217

Martin Kröger und Roland Thimme — Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts im Zweiten Weltkrieg. Sicherung, Flucht, Verlust, Rückführung 243

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Thomas Schlemmer McCloys Botschafter in der Provinz. Die Demokratisierungsbemühungen der amerikanischen Kreis Resident Officers 1949–1952 265

NOTIZEN „Das letzte Jahr der SBZ im Prozeß der Staatsgründung der DDR". Tagung des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin, vom 18. bis 20. November 1998 im Bundesarchiv Berlin *(Damian van Melis)* 299

Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933. Ein abgeschlossenes Editionsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte *(Christian Hartmann)* 305

ABSTRACTS 309

MITARBEITER DIESES HEFTES 311

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet
http://www.oldenbourg.de

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 101,– (DM 85,– + DM 16,– Versandspesen); Ausland DM 106,60 (DM 85,– + DM 21,60 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) DM 82,– (DM 66,– + DM 16,– Versandspesen); Einzelheft DM 29,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis × 7,3 = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis × 0,86 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 58,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:
Hamburger Edition: *Gesamtprogramm und Neuerscheinungen*
Oldenbourg: *Gesamtverzeichnis Institut für Zeitgeschichte*
Oldenbourg: *Gesamtverzeichnis Bundesarchiv Koblenz*
Oldenbourg: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-PETER SCHWARZ

DIE REGIERUNG KIESINGER UND DIE KRISE IN DER ČSSR 1968

Welche Bedeutung hatte der „Prager Frühling" und die Intervention des Warschauer Paktes vom 20. August 1968 für die Bundesrepublik Deutschland? Diese Frage wird im folgenden unter fünf Aspekten erörtert. Teil 1 behandelt die Vorgänge in bezug auf die besonderen Probleme der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Die Bemühungen der Regierung Kiesinger, auch die ČSSR in eine differenziert angelegte Entspannungspolitik einzubeziehen, stehen dabei im Mittelpunkt. Operativ ging es hier um den Wunsch, nach Möglichkeit volle diplomatische Beziehungen zu erreichen. Voraussetzung dafür war die Aushandlung beiderseits akzeptabler Formeln bezüglich der Ungültigkeit des Münchener Abkommens vom September 1938.

In Teil 2 wird untersucht, welchen Stellenwert die maßgeblichen Bonner Politiker dem „Prager Frühling" im Gesamtkontext der damaligen Ostpolitik einräumten. Wurde im Frühjahr 1968 erkannt, daß die unerwartete Entwicklung in Prag zunehmend die Gesamtheit der bundesdeutschen Entspannungspolitik in die Krise führen könnte? Dabei ist von besonderem Interesse, wie es sich mit jenen Vorstößen verhielt, die nach der Intervention von der Ostblock-Propaganda, aber auch vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, als deutliches Indiz für eine vorlaute, provokative deutsche Ostpolitik gewertet wurden – etwa Reisen von Abgeordneten nach Prag, die Gespräche zwischen dem Präsidenten der tschechoslowakischen Notenbank Otakar Pohl und Bundesbankpräsident Karl Blessing. Der Gesamtkomplex dieser Kontakte kann nicht abschließend behandelt werden, doch erlauben die vorliegenden Dokumente immerhin Rückschlüsse auf die Linie Kurt Georg Kiesingers und des Auswärtigen Amts. Dies ist das Thema von Teil 3.

Das westliche, somit auch das deutsche Krisenverhalten in den Tagen und Wochen nach der Intervention wird in Teil 4 dargestellt. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die Krise das Verhältnis der Bundesregierung zu Moskau, Washington und Paris belastet hat. Insbesondere wird hier beleuchtet, welche Schlußfolgerungen die maßgeblichen Bonner Politiker aus den Vorgängen in der ČSSR gezogen haben und mit welchen Vorwürfen sie sich nachträglich konfrontiert sahen. Teil 5 skizziert einige zusammenfassende Bewertungen, wobei nochmals die Frage aufgegriffen wird, ob und inwieweit die ČSSR-Krise von 1968 ein Katalysator für die künftige Ostpolitik Bonns gewesen ist. Als Quellenbasis liegen der Studie eine Auswahl von Schlüsseldokumenten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts und relevante Gesprächsprotokolle Bundeskanzler Kiesingers zugrunde.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Die belasteten Beziehungen zwischen Bonn und Prag

In der Geschichte der bundesdeutschen Nachkriegsdiplomatie stellt das Jahrzehnt von 1963 bis 1973 die Phase eines Comeback nach Ostmitteleuropa und auf den Balkan dar. Diesem Vorgang, der nur schleppend in Gang kam, standen im wesentlichen drei Hindernisse entgegen. Das erste war die Gesamtheit juristischer Positionen, die mit den Begriffen Alleinvertretungsrecht und Nicht-Anerkennung der DDR zu umschreiben sind. Seitdem sich Bundesaußenminister Gerhard Schröder bereit gefunden hatte, in allen Staaten des Ostblocks außer der DDR Handelsvertretungen zu errichten, ließ sich eine Erosion dieser juristischen Grundsatzpositionen erkennen. Nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 war die Bundesregierung bereits so weit, Begründungen zu finden, die es rechtfertigten, zu allen Staaten des Ostblocks (wiederum mit Ausnahme der DDR) sogar volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Man argumentierte jetzt, daß diese Ostblock-Staaten seit Gründung der DDR im Jahr 1949 zu dieser nur gezwungenermaßen diplomatische Beziehungen unterhalten hatten, und leitete daraus die Berechtigung ab, in solchen Sonderfällen gleichfalls diplomatische Beziehungen aufzunehmen, während man aber gegenüber Nicht-Ostblock-Staaten weiterhin mit großem Nachdruck am Alleinvertretungsanspruch festhielt.

Allerdings erlaubte auch die neue „Geburtsfehlertheorie" kein uneingeschränktes Vorgehen, denn bei Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mußte den Ostblock-Staaten die Hinnahme bestimmter Rechtsvorbehalte in bezug auf Deutschland als Ganzes, auf die DDR und auf Berlin zugemutet werden. Daraus ergab sich das zweite Hindernis. Natürlich suchte die Sowjetunion mit Blick auf ihre eigenen deutschlandpolitischen Positionen die Regierungen ihres Hegemonialsystems darauf zu verpflichten, eben diese Rechtsvorbehalte nicht hinzunehmen. Ohnehin mußte Moskau befürchten, ein diplomatisches Comeback des wirtschaftlich, technologisch und kulturell attraktiven deutschen Kernstaates in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan könne im eigenen Block Erosionstendenzen zur Folge haben. Polen und Rumänien hatten sich zwar gegenüber der Hegemonialmacht bereits einen gewissen Spielraum der Eigenständigkeit gesichert, was im Januar 1967 im Fall Rumäniens sogar zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik geführt hatte. Auf der Ostblock-Konferenz in Karlsbad im April 1967 gelang es aber der Sowjetunion, alle anderen Staaten des Bündnisses auf einen Komplex recht restriktiver Bedingungen festzulegen. Je orthodoxer eine Parteiführung war, und die tschechoslowakische Parteiführung unter Antonín Novotný war damals eine der reaktionärsten, umso williger folgte sie in diesem Punkt den sowjetischen Erwartungen.

Immerhin gab es aber selbst aus der Sicht orthodoxer Parteiführungen durchaus Gründe für eine vorsichtige Normalisierung im Verhältnis zu Bonn. Darunter figurierte besonders prominent in erster Linie das Interesse an intensivierten, durch günstige Kredite abgesicherten Wirtschaftsbeziehungen. So berichtete beispielsweise Bundesaußenminister Willy Brandt dem Ministerrat der Westeuropäischen Union

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Frühjahrskonferenz in Rom, Anfang April 1967, nach deutscher Auffassung sei der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien durchaus an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gelegen. Brandt rechnete aber mit einer „gewissen Verzögerung" und „Erschwerung" dieser Verhandlungen[1]. Schon sechs Wochen später, nach der erwähnten Konferenz von Karlsbad, mußte aber Ministerialdirektor Hans Ruete in einer Aufzeichnung zum Stand und zur Fortentwicklung des bundesdeutschen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarn resigniert feststellen: „Unsere Bemühungen, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzunehmen und dadurch unser Verhältnis zu ihnen zu verbessern, sind ins Stocken geraten." Grund dafür seien intensive Einwirkungen von seiten Ostberlins und Warschaus, unterstützt von Moskau[2].

Zu diesen generellen Hemmnissen der „neuen Ostpolitik" kam noch ein drittes Hindernis. Aufgrund der Vorgänge seit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg bestanden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer Reihe von Ostblock-Staaten schwierigste bilaterale Probleme. Das galt besonders für Polen und für die ČSSR.

Im Fall der ČSSR stand die Frage im Vordergrund, von wann an das Münchener Abkommen vom September 1938 ungültig geworden war. Damit verbunden waren die vielschichtigen Aspekte der sudetendeutschen Vertriebenen (Staatsangehörigkeit, Vermögensfragen). Prag insistierte durchgehend darauf, die Bundesregierung müsse erklären, das von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossene Münchener Abkommen sei „ex tunc" ungültig gewesen. Da sich damit komplizierte Staatsangehörigkeitsfragen der zumeist in der Bundesrepublik, zu einem kleinen Teil auch noch in der ČSSR lebenden Sudetendeutschen verbanden, zögerte Bonn, dies einzuräumen. Zwar war man im Auswärtigen Amt ganz zuversichtlich, rechtliche Formeln finden zu können, die von beiden Seiten akzeptiert werden konnten, zumal Bundeskanzler Kiesinger bereits in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 die Ungültigkeit des Münchener Abkommens festgestellt hatte. Doch legte die deutsche Regierung durchgehend großen Wert darauf, im Zusammenhang mit einer gemeinsam mit Prag vereinbarten Erklärung sicherzustellen, daß danach nicht von seiten Prags Forderungen in Entschädigungs- und Finanzfragen sowie in puncto Staatsangehörigkeit nachgeschoben würden[3].

Hüben wie drüben verband sich dies mit schwierigsten politisch-psychologischen Fragen. Auf tschechoslowakischer Seite argumentierte man, die Tschechoslowakei sei das erste Opfer deutscher Gewaltpolitik gewesen, wobei der Hinweis auf diese historische Schuld des Deutschen Reiches nicht zuletzt die Austreibung der deutschen Volksgruppe legitimieren sollte. 1930 hatte sich die Gesamtbevölkerung der Tsche-

---

[1] Forster an das Auswärtige Amt, 5. 4. 1967, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD) 1967, Dok. 119, S. 539.

[2] Aufzeichnung Ruete, 26. 5. 1967, in: AAPD 1967, Dok. 185, S. 789.

[3] Zur Beurteilung der Rechtslage im Auswärtigen Amt siehe Aufzeichnung Treviranus, 9. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 152, S. 567.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

choslowakei auf 13 006 604 Menschen belaufen, darunter 3 306 099 Deutsche. 1950 lebten noch 165 117 Deutsche in der ČSSR[4]. In der Bundesrepublik war die Lage auch deshalb so schwierig, weil die vertriebene sudetendeutsche Volksgruppe relativ geschlossen in Bayern, insbesondere im Bayerischen Wald, wieder eine Heimat gefunden hatte. Da dieser beträchtliche Wählerblock damals einerseits der CSU zuneigte, andererseits – wegen der großen Zahl vertriebener sudetendeutscher Arbeiter – auch den Sozialdemokraten, war ein parteiübergreifendes Interesse gegeben, den moralischen, staatsrechtlichen und auch vermögensrechtlichen Forderungen der innenpolitisch gut organisierten sudetendeutschen Lobby starke Beachtung zu schenken.

Solange die Führung der tschechoslowakischen Kommunisten uneingeschränkt der Linie Moskaus folgte, fiel es somit der Außenpolitik Prags nicht schwer, die Bemühungen Bonns um Normalisierung aufzufangen, indem die Frage des Münchener Abkommens nach vorn gerückt wurde. Dies erklärt, weshalb die ČSSR bis zum Jahr 1967 das einzige Land war, in dem keine Handelsmission der Bundesrepublik hatte errichtet werden können. Erst im Juni und Juli 1967, also noch im Vorfeld des „Prager Frühlings" (der Parteichef Antonín Novotný wurde Anfang Januar 1968 gestürzt und verlor am 22. März 1968 auch sein Amt als Staatspräsident), fanden in Prag offizielle Verhandlungen über die künftige Entwicklung des deutsch-tschechischen Verhältnisses statt. Deutscher Verhandlungsleiter war Egon Bahr, der Vertraute Bundesaußenminister Brandts, damals Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt[5]. Es kam zu einer Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen, allerdings mit der Maßgabe, daß die Handelsvertretung keinen verbrieften Zugang zum Außenministerium erhielt, vielmehr sollte das Außenhandelsministerium zuständig sein.

Anfangs hatte diese Restriktion recht lästige Konsequenzen. Als nämlich die bundesdeutsche Handelsvertretung unter Leitung des Ministerialdirigenten Otto Heipertz schließlich im Februar 1968 ihre Tätigkeit aufnahm, konnte der offizielle Vertreter Bonns zwar intensiv berichten, natürlich auch Gespräche in dem pluralistisch rasch aufgefächerten politischen Raum führen; er war aber anfänglich in seinen Entfaltungsmöglichkeiten doch noch beschränkt. Nachdem Jiří Hájek, ein Politiker aus dem liberalen Reformflügel, an die Spitze des Außenministeriums in Prag getreten war, durfte Heipertz zwar auch im Außenministerium sondieren[6]. Die Lage war aber weiter nicht befriedigend, zumal im Prager Außenministerium auf der nachgeordneten Ebene Exponenten des anti-reformerischen Flügels im Amt blieben. Denn nun wurde in Bonn selbstverständlich erwartet und erhofft, relativ kurzfristig die Handelsvertretung in eine volle diplomatische Vertretung umwandeln zu dürfen.

Bemühungen um grundsätzliche Verbesserungen der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen liefen gelegentlich auch über deutsche und tschechoslowakische

[4] Siehe Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Freiburg 1962, Bd. 7, S. 1051.

[5] Siehe AAPD 1967, Dok. 178, S. 769; Dok. 218, S. 898; Dok. 256, S. 1020; Dok. 276, S. 1112; Dok. 281, S. 1127; Dok. 284, S. 1142; Dok. 287, S. 1149 und Dok. 289, S. 1154.

[6] Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 764, Anm. 4.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Botschaften in Drittländern, besonders in Österreich[7] und in einer kurzen labilen Phase nach dem 20. August 1968 auch über die Handelsvertretung der ČSSR in Frankfurt[8]. Unvermeidlicherweise spielten auf tschechoslowakischer Seite auch nicht-offizielle Emissäre eine gewisse Rolle, insbesondere der Direktor des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, Professor Antonín Šnejdárek, der in diesen Monaten erhebliche Aktivität entfaltete und sich – so nahm man in der Handelsvertretung in Prag an – als erster tschechoslowakischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland ins Spiel bringen wollte[9]. Aus Sicht der professionellen Diplomaten wirkten die Aktivitäten derartiger Emissäre naturgemäß „oft eher verwirrend als klärend"[10].

Die Politik Bonns Prag gegenüber muß vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Bedingungen gesehen werden. Als der „Prager Frühling" im April 1968 hereinbrach, war ein doppeltes Bestreben deutlich erkennbar. Einerseits hoffte Bonn die veränderte Lage nutzen zu können, um die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zu normalisieren; Ziel war die baldige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen nach dem Vorbild der Beziehungen zu Rumänien. Andererseits war man sich der prekären Lage der Prager Reformer stark bewußt und entschlossen, die deutschen Wünsche keinesfalls zu forcieren. Seit dem Frühsommer 1968 lag es auf der Hand, daß der Prager Reformkommunismus für die Gesamtheit der Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock von entscheidender Bedeutung sein würde. Nach den betrüblichen Erfahrungen mit der Ungarnpolitik des Westens im Herbst 1956 schien es somit geboten, die Akzeptanz des Reformprozesses in Moskau nicht durch einseitiges deutsches Drängen auf Normalisierung zu gefährden.

Der für die Gesamtanlage der Politik gegenüber Prag zuständige Ministerialdirektor Ruete formulierte dementsprechend in einer von Legationsrat Hans Jörg Kastl konzipierten Aufzeichnung vom 21. Juni 1968: „Uns ist an dem Gelingen der tschechoslowakischen Neuorientierung gelegen. Wir wollen daher die ČSSR in der innen- und außenpolitisch heiklen Frage der diplomatischen Beziehungen nicht drängen. Diskret und taktvoll sollten wir aber die Zeit nutzen, um die Aufnahme vorzubereiten."[11] Die bisher verfügbaren Dokumente lassen erkennen, daß dies in der Tat die offizielle Grundlinie war.

Auf tschechischer Seite war nach Übernahme des Außenministeriums durch Hájek anfänglich Geneigtheit zu verspüren, in Sachen voller diplomatischer Beziehungen vergleichsweise kühn zu prozedieren. In Gesprächen der CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx und Ernst Müller-Hermann in Prag meinte beispielsweise der recht progressive Abteilungsleiter Rezek im Prager Außenministerium, er sehe „keine Hinderungsgründe für einen baldigen Botschafteraustausch"[12]. Je mehr aber Prag

[7] Siehe Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.
[8] Siehe Aufzeichnung Kastl, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 276, S. 1067.
[9] Siehe Heipertz an Duckwitz, 17. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 223, S. 877.
[10] Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 764.
[11] Ebenda, S. 765.
[12] Drahtbericht Heipertz an das Auswärtige Amt Nr. 98 vom 24. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 170, S. 643, Anm. 2.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter Druck von seiten Moskaus geriet, desto zurückhaltender wurde man dort. Immerhin schienen aus deutscher Sicht gewichtige Fortschritte noch Ende Juni vorstellbar. Am 9. September 1968 sollte der in Prag als entscheidend erachtete Parteitag zusammentreten, von dem eine Befestigung der Position der Reformer erwartet wurde, und am 30. September würde sich der 30. Jahrestag des Münchener Abkommens jähren. So stellte man sich im Auswärtigen Amt darauf ein, im Verlauf des September in offiziellen, jedoch diskreten Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Seite eine beiderseits befriedigende Erklärung zur Ungültigkeit des Münchener Abkommens zu erzielen, wobei Prag zu versichern hätte, daß sich daraus keine schädlichen Rechtswirkungen ergeben würden[13].

Am 20. August 1968, ein paar Stunden vor der unerwarteten Intervention, ließ der Bericht eines in Prag stationierten deutschen Diplomaten allerdings deutlich erkennen, daß selbst die an einer positiven Lösung interessierten tschechischen Vertreter recht vorsichtig geworden waren. Das Fernschreiben des Vortragenden Legationsrats Werner Rouget, das am 20. August um 17:02 Uhr einging, schloß mit einem Satz, den Außenminister Hájek auf einer Pressekonferenz am 17. August formuliert hatte: „Bis volle diplomatische Beziehungen eingerichtet werden, wird noch eine lange Zeit vergehen."[14]

Nach der Intervention in der Nacht vom 20. zum 21. August kam wieder alles zum Stillstand. Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag, in dem schließlich für die regelungsbedürftige Materie allseits akzeptable Formeln gefunden wurden, kam erst am 11. Dezember 1973 als letzte der Vereinbarungen unter Dach und Fach, die nach dem ostpolitischen Tauwetter der Jahre 1970 bis 1972 abgeschlossen wurden. Am 25. Mai 1974 nahm der erste Botschafter der ČSSR in Bonn seine Tätigkeit auf, mehr als sechs Jahre nachdem ein hochrangiger tschechoslowakischer Diplomat bei einer Unterredung in Wien Mitte April 1968 mit Blick auf kurz bevorstehende Prager Initiativen für eine rasche, wirksame Intensivierung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen besonders auf dem Feld der Wirtschaft mit der Feststellung plädiert hatte: „Die jetzige Situation könne sich vielleicht nie mehr wiederholen."[15]

2. Der „Prager Frühling" im Gesamtkontext der bundesdeutschen Ostpolitik

Die umsichtig komponierte Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger läßt erkennen, daß die Verbesserung der Beziehungen zu Prag als nicht unwichtig erachtet wurde, aber auch nicht als vorrangig. Dies war nicht zuletzt deshalb so, weil das Regime Novotnys als eines der reaktionärsten im Ostblock angesehen

[13] Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 767f.
[14] Rouget an Duckwitz, 20. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 259, S. 1021.
[15] Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde. Hinzu kam aber auch, daß die öffentliche Aufmerksamkeit seit dem Jahr 1956 in viel stärkerem Maß Polen und Ungarn zugewandt war als der Tschechoslowakei. Bei der vorrangigen Beschäftigung mit Polen war gewiß die kritische Frage der Westgrenze Polens in Verbindung mit dem Schicksal der Vertriebenen von maßgeblicher Bedeutung, aber auch die Tatsache, daß Polen unter Wladyslaw Gomulka alles in allem einen größeren Spielraum besaß als andere Ostblock-Länder. Und bezüglich Ungarn war historisch weit zurückreichende Sympathie maßgeblich, verstärkt durch die Bewunderung für die Freiheitsbewegung Ungarns im Herbst 1956. Demgegenüber galt Prag, wie schon erwähnt, eher als schwieriger Kunde.

Wie insgesamt nachgeordnet der Stellenwert der Tschechoslowakei war, erhellen die Dokumente zu dem außenpolitischen Kolloquium, das am 2. und 3. Mai 1968 auf der Wasserburg Heimerzheim stattfand. Es war dies eine in dieser Form einzigartige Beratung. Den Vorsitz führte Bundeskanzler Kiesinger. Alle maßgeblichen Minister nahmen teil, so Bundesaußenminister Brandt und von Hassel, Bruno Heck, Franz Josef Strauß, Karl Schiller, Gerhard Schröder und Herbert Wehner, dazu die Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt sowie maßgebliche Staatssekretäre und andere Politiker oder Beamte in Schlüsselfunktionen. Die wichtigsten Botschafter – u. a. Helmut Allardt (Moskau), Sigismund Freiherr von Braun (UN, New York), Wilhelm G. Grewe (NATO, Brüssel), Hans Heinrich Herwarth von Bittenfeld (Rom), Manfred Klaiber (Paris), Karl Heinrich Knappstein (Washington) – hatten vorweg Analysen übersandt, hielten Referate und beteiligten sich an der Diskussion.

Der Gedankenaustausch sollte einer umfassenden Erörterung aller Aspekte der deutschen Außenpolitik dienen. Kiesinger eröffnete sie mit der Feststellung, „daß das vermeintliche Ende des Kalten Krieges nicht nur die außenpolitische, sondern auch die innenpolitische Situation verändert habe“[16]. Es ist hier nicht der Ort, auf diesen Versuch einer Bestimmung des deutschen Standorts im einzelnen einzugehen. Alle günstigen Aspekte, doch vor allem die nur zu deutlichen Schwierigkeiten kamen zur Sprache: die Erosion der NATO („Verschleiß der Allianz“, so Sigismund von Braun[17]; „Fortbestand der NATO über 1969 hinaus: wahrscheinlich, aber keineswegs gesichert“, so Wilhelm G. Grewe[18]), die Perspektive einer Abschwächung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa, das gemeinsame Drängen der USA und der Sowjetunion (mit diskreterer Beteiligung Großbritanniens und Deutschlands) auf eine baldige Unterzeichnung des fast fertig ausgehandelten Non-Proliferationsvertrags, der sowjetische Druck auf die Bundesrepublik und Berlin unter Verweis auf die Interventionsartikel 53 und 107 der UN-Charta, die Stagnation der deutschen Initiativen gegenüber Ostmitteleuropa und auf dem Balkan („der erste große Schwung in der Ostpolitik ist vorbei“, so Kiesinger[19]), die Krise der europäischen Integration we-

[16] Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 2. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 146, S. 525.
[17] Von Braun an das Auswärtige Amt, 22. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 137, S. 498.
[18] Grewe an Noebel, 23. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 139, S. 504.
[19] Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 3. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 147, S. 547.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen de Gaulle und in der Beitrittsfrage Großbritanniens und nicht zuletzt schließlich die Ausweglosigkeit der bisherigen Deutschlandpolitik.

Helmut Schmidt beispielsweise meinte bei dieser Gelegenheit, „daß die Erosion der NATO schneller voranschreite als der Auflösungsprozeß in Osteuropa". Rechtzeitige „Frontbegradigungen" seien zu prüfen[20]. Kiesinger plädierte demgegenüber in der deutschen Frage dafür, „zu halten, was zu halten ist", in der Hoffnung auf bessere Zeiten, und bemerkte: „Die Geschichte hat eine reichere Phantasie als wir. Die Zeit arbeitet für uns . . .", denn die Russen hätten – wie Botschafter Gebhardt von Walther zuvor betont hatte – in der Geschichte noch nie zuvor „gegen das Kulturgefälle Erfolg" gehabt, womit die Attraktivität der westlichen Gesellschaften gemeint war[21]. Ganz allgemein wurde festgestellt, daß alle Aspekte der Ost- und Deutschlandpolitik miteinander zusammenhingen, wobei sich sowohl Kiesinger als auch Wehner gegen große Paketlösungen und für eine Politik der kleinen Schritte aussprachen.

Wie figurierte in diesem Gesamtbild der „Prager Frühling", der nach dem endgültigen Sturz Staatspräsident Novotnýs und der Bildung einer reformerischen Regierung Anfang April 1968 voll am Erblühen war? Bundesaußenminister Brandt trug im Einleitungsreferat eine recht skeptische Einschätzung vor: „In der Tschechoslowakei sei ein gewisser Rückschlag möglich. Jedenfalls müßten wir damit rechnen, daß die neue Regierung außenpolitisch sehr zurückhaltend verfahre. Sollte sie am Ruder bleiben, könnte man mit ihr über München sprechen. Hinsichtlich wirtschaftlicher Hilfe sollten wir von uns aus nicht initiativ werden."[22] Doch war er der Meinung, man solle die Entwicklung in der ČSSR als Beispiel für die Unvorhersehbarkeit günstiger geschichtlicher Entwicklungen werten („wer hätte z.B. vor einem Jahr die Entwicklung in Prag vorausgesehen")[23].

Alles in allem aber spielte der „Prager Frühling" doch nur am Rande in die Überlegungen mit hinein. Dies ist deshalb auffällig, weil an und für sich bei derartigen Strategiesitzungen häufig dramatische, unerwartete Vorgänge der Tagespolitik ungeplant in den Mittelpunkt der Erörterungen drängen. Doch weder wurde in dieser eher auf Moll gestimmten Diskussion über den Zustand der Ostpolitik ein Gedanke darauf verwandt, was sich daraus ergeben könnte, wenn die Entwicklung außer Kontrolle geriete. Noch war davon die Rede, die Vorgänge in Prag könnten auf andere Staaten des Ostblocks ausstrahlen – mit weitgehenden Rückwirkungen. Erst recht dachte niemand daran, etwa dafür zu plädieren, die Reformer in Prag zu ermutigen. Die Stimmung war eher resignativ und angesichts der großen Schwierigkeiten ausgeprägt ratlos.

Freilich war es ein Kolloquium mit zahlreichen Teilnehmern, auf dem feinere strategische Kalküle gewiß keinen Platz hatten. Aber die Ausarbeitungen in den Schlüsselbereichen des Auswärtigen Amts lassen eine ähnlich defensive Grundeinstellung

[20] Ebenda, S. 536 und S. 546.
[21] Ebenda, S. 545.
[22] Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 2. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 146, S. 528.
[23] Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim, 3. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 147, S. 539.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erkennen. Genauer gesagt: auch das Auswärtige Amt hielt an der Grundphilosophie einer beweglicheren Ostpolitik fest, die durch allseitige Gesprächsbereitschaft, durch Vermeidung von Provokationen der Sowjetunion und durch Hoffnungen auf die allmähliche Auswirkung positiver Entspannungspolitik gekennzeichnet war.

Daß die gesamte Entspannungspolitik in Prag aus dem Gleis geraten könne, war jedenfalls in den Wochen vor der Intervention in Bonn nur selten zu hören. Gelegentlich kamen warnende Fernschreiben aus Washington. Der mit Bundeskanzler Kiesinger eng verbundene Gesandte Georg von Lilienfeld berichtete beispielsweise Mitte Juli über ein Gespräch mit dem dortigen Unterstaatssekretär Eugene Rostow, nach dessen Einschätzung sei die Entwicklung in der ČSSR „das Wichtigste, was seit dem Kriege in Europa geschehen sei"[24].

Rostow sah zwei Möglichkeiten: „Falls die Sowjets sich zu einer militärischen Intervention entschließen sollten, würde dies für das gesamte Ost-West-Verhältnis katastrophale Folgen haben. Der Sieg der dogmatischen Kräfte in den Ostblock-Staaten würde das Ende des bisher auf dem Gebiet der Entspannung mühsam Erreichten bedeuten." Sollte sich aber Alexander Dubček mit seinen Reformbewegungen durchsetzen, würde dies für die Sowjets „das Ende der imperialistischen Ära bedeuten", zugleich aber sehr günstige Aussichten für weitere Schritte der Entspannung im gesamten Ost-West-Verhältnis eröffnen.

Beim Blick auf die Bonner Politik ergibt sich jedenfalls ein Bild des vorsichtigen Abwartens, des Versuchs zur Entdramatisierung und fast durchgehend die Neigung, nicht die Gesamtheit der Ostpolitik von den Vorgängen in der Tschechoslowakei abhängig zu machen. Diese Politik hatte natürlich viel mit dem generellen Klima des „verrückten" Jahres 1968 zu tun, das nach Meinung historisch gebildeter Beobachter manches mit dem europäischen Revolutionsjahr 1848 gemein hatte: die unvorhergesehene Mai-Revolte in Paris, die dem Prestige de Gaulles, der seinen Rumänien-Aufenthalt abbrechen mußte, einen schweren Schlag zufügte; die Krise der US-Kriegsführung in Vietnam im Gefolge der Tet-Offensive und der Verzicht Präsident Lyndon B. Johnsons, erneut zu kandidieren; die Studentenproteste in der Bundesrepublik und in Italien, dies alles in der Bundesrepublik zusätzlich verbunden mit dem Aufstieg der nationalistischen NPD.

3. Bundesdeutsche Initiativen als Provokationen?

Wenn man also betont, daß das offizielle Bonn in den Monaten vor dem 20./21. August und erst recht danach ganz demonstrative Zurückhaltung an den Tag zu legen versuchte, bleibt doch zu erörtern, wie es sich mit jenen Vorgängen verhielt, aus denen die sowjetische Propaganda, aber auch Staatspräsident de Gaulle, im nachhinein eine bundesdeutsche Mitschuld an dem Entschluß zur Intervention konstruierten. War Bonn nicht doch in manchem allzu provokativ?

[24] Von Lilienfeld an das Auswärtige Amt, 18. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 225, S. 890.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß die bundesdeutsche Diplomatie bezüglich des Münchener Abkommens und mit Blick auf das Wunschziel voller diplomatischer Beziehungen zurückhaltend und mit Umsicht operiert hat, wurde schon ausgeführt. In den Anfängen des „Prager Frühlings" zeichnete sich allerdings auf seiten der Reformer in der ČSSR eine deutliche Tendenz ab, die Bundesrepublik nachhaltig ins Spiel zu bringen – politisch, vor allem aber auch wirtschaftlich. Nachdem am 13. März 1968 der oberste Polizeichef des Novotný-Regimes, Miroslav Mamula, verhaftet worden war und nachdem am 22. März Staatspräsident Novotný seinen Rücktritt erklärt hatte, wurden am 4. April in geheimer Wahl die Mitglieder des neuen Präsidiums des ZK bestimmt, desgleichen der neue Regierungschef Oldřich Černík. Zur gleichen Zeit forderte das Aktionsprogramm der tschechoslowakischen Kommunisten die Demokratisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens. In den außenpolitischen Passagen enthielt dieses Programm den Wunsch nach vorbehaltloser Zusammenarbeit mit kapitalistischen Staaten.

Schon wenige Tage später traf Botschafter Smejkal, Leiter der Rechtsabteilung im Prager Außenministerium, am Rande der in Wien tagenden Vertragskonferenz der UN mit Ministerialdirektor Rudolf Thierfelder vom Auswärtigen Amt zusammen. Smejkal führte aus, wenn die neue Regierung keine Fortschritte auf wirtschaftlichem Bereich erziele, werde sie in große Schwierigkeiten geraten, und deutete an, in dieser Lage werde viel vom Verhalten des Westens abhängen. Als Thierfelder daraufhin feststellte, der Westen müsse außerordentlich vorsichtig vorgehen, „um die neue Regierung nicht zu kompromittieren", stimmte Smejkal zu, unterstrich aber, wirtschaftliche Hilfe sei nötig. Binnen kurzem werde man an die Bundesregierung herantreten, „dann gelte es, schnell, wirksam und undoktrinär zu handeln"[25].

Dies war nur eines von zahlreichen Signalen. Selbst wenn sich Bonn den teils verführerischen, teils auch ratlosen und manchmal wenig überlegten Vorstößen aus dem ohnehin recht heterogenen Kreis der Reformkräfte gegenüber hätte taubstellen wollen, wäre dies ohne Verzicht auf jede Selbstachtung nicht möglich gewesen. Doch angesichts des überwältigenden Echos, das der „Prager Frühling" in der deutschen Öffentlichkeit fand, und da bei kluger Reaktion ein Durchbruch der Entspannungspolitik möglich erschien, sprach manches dafür, die Reformbewegung wenigstens vorsichtig zu unterstützen, zumindest aber Verbindung zu ihr zu halten. Dabei sah Bonn jedoch eine seiner Hauptaufgaben darin, die Tschechen von überstürzten Initiativen abzuhalten.

In den zuständigen Bonner Ministerien wurde überlegt, auf welche Punkte sich wirtschaftliche Hilfe beziehen könne und in welcher Form sie erfolgen sollte. Die Meinungen dazu waren durchaus geteilt, und ein ganz klares Bild läßt sich beim heutigen Kenntnisstand noch nicht gewinnen. Während in der Öffentlichkeit vielfach eine multilaterale Hilfe empfohlen wurde, sprach sich beispielsweise Ministerialdirektor Ruete, Leiter der Politischen Abteilung II, in einem auch Bundesaußenminister Brandt vorgelegten Memorandum für eine mit anderen westeuropäischen Industriestaaten abgestimmte „bilaterale Hilfe" der Bundesrepublik aus. Würde man sich näm-

[25] Thierfelder an das Auswärtige Amt, 16. 4. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 127, S. 457.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich auf ein multilaterales Hilfsprogramm einlassen, so müßte die Bundesrepublik dennoch die finanzielle Hauptlast tragen, würde dabei aber gleichzeitig „auf die mit einem derartigen Finanzkredit verbundene politische Werbewirksamkeit und Einflußmöglichkeit verzichten". Außerdem könnte ein multilaterales Programm in Moskau an den seinerzeitigen Marshall-Plan erinnern, an dem Prag sich zuerst beteiligen wollte, dann aber dem sowjetischem Druck nachgeben mußte[26].

In den Gesprächen, die Bundesbankpräsident Blessing auf Einladung des Präsidenten der tschechoslowakischen Staatsbank, Pohl, vom 11. bis 13. Juli in Prag führte, riet er seinen Gesprächspartnern, nicht um eine öffentliche Anleihe der Bundesrepublik nachzusuchen. Prag solle vielmehr die direkte Kreditaufnahme bei einem Bankenkonsortium vorziehen, dabei aber nicht ein rein deutsches Konsortium anstreben, sondern auch andere europäische Banken beteiligen[27]. Von den reaktionären Parteiführungen des Ostblocks ist die Reise Blessings kritisch aufgenommen worden. Signalisierte dies nicht einen Griff der westdeutschen Kapitalisten, die in Frankfurt ihr Zentrum hatten, über den Eisernen Vorhang hinweg auf ein kleines Land, das vor noch nicht allzu langer Zeit von Deutschland unterworfen worden war, inzwischen die Segnungen des Sozialismus erfahren hatte und nun, inmitten selbstverschuldeter Schwierigkeiten, erneut dem Kapitalismus zum Opfer zu fallen drohte?

Solcher Argwohn war grundlos. Selbst bei dieser auf einen Prager Wunsch zurückgehenden Fühlungnahme setzte sich deutscherseits schließlich die Auffassung durch, keinen Alleingang zu riskieren. Von den maßgeblichen tschechischen Reformern wurde diese Zurückhaltung durchaus richtig verstanden und als vernünftig gewertet. Der Wirtschaftsminister und Stellvertretende Ministerpräsident Ota Šik ließ am 24. Juli den Leiter der deutschen Handelsmission in Prag wissen, für Finanzkredite werde er im Herbst eine Regelung gutheißen, „der auf Notenbankebene Absprachen zwischen mehreren europäischen Partnern zugrundelägen, ohne daß die Bundesrepublik nach außen hin als Initiator in Erscheinung trete. Keinesfalls werde man sehenden Auges auf eine strukturelle Verschuldung durch eine unausgewogene Plazierung der Kredite zusteuern."[28] Bei diesem Gespräch wies Šik allerdings gleichzeitig auf die kritische Wirtschaftslage der ČSSR hin und meinte, „eine verstärkte industrielle Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik sei nach seiner Auffassung entscheidend für eine technologisch aktuelle Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie. Allerdings müsse diese künftige Zusammenarbeit mit Rücksicht auf die starken Angriffe aus dem sowjetischen Machtbereich möglichst geräuschlos vor sich gehen."[29] Es waren also in erster Linie tschechoslowakische Wünsche, die zu jenen Gesprächen über wirtschaftliche Hilfe führten, auf die später Moskau, doch auch Paris sehr kritisch zu sprechen kamen.

---

[26] Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 768 f.

[27] Siehe Schreiben Blessings vom 16. 7. 1968 an Bundesminister Schiller, in: AAPD 1968, Dok. 233, S. 918, Anm. 2.

[28] Heipertz an das Auswärtige Amt, 24. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 233, S. 918 f.

[29] Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nimmt man die stets kaum zu bremsende Reisefreudigkeit deutscher Minister und Parlamentarier in den Blick, so stellt man fest, daß sich diese gegenüber der ČSSR in erstaunlich engem Rahmen hielt. Auch in dieser Hinsicht war es wiederum die Prager Seite, von der ursprünglich der Wunsch nach offiziellen parlamentarischen Beziehungen ausging. Am 20. bis 24. Mai besuchten die CDU-Abgeordneten Werner Marx und Ernst Müller-Hermann Prag und führten, unterstützt von der Handelsvertretung, politische Gespräche mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Jiři Pelikán, einem führenden Reformer, aber auch im Außenministerium. Sie kamen mit der Nachricht zurück, Pelikán habe angeregt, der auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages solle drei tschechoslowakische Abgeordnete zu vorbereitenden Gesprächen einladen[30].

Bald erkannte aber auch die tschechoslowakische Seite, daß ein hohes Maß an Vorsicht geboten war. Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den Parlamenten wurde vorerst in beiderseitigem Einvernehmen auf die Zeit nach dem Parteitag am 9. September 1968 verschoben[31]. Beim Blick auf die Aktivitäten der tschechoslowakischen Parlamentarier ist nicht zu vergessen, daß in Prag seit April 1968 so etwas wie eine Wiederentdeckung des Parlamentarismus stattfand. Von den Schein-Parlamenten des Ostblocks konnten die tschechoslowakischen Abgeordneten keine Ermutigung erwarten. Blieben also in erster Linie das House of Commons und der Deutsche Bundestag!

Kiesinger und allem Anschein nach auch Brandt waren sich ungeachtet grundsätzlicher Sympathie anscheinend darin einig, die Kontakte auf Parlamentarier-Ebene erst einmal auf Sparflamme zu halten. Nach der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten versicherte Kiesinger dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge, er persönlich habe veranlaßt, Besuche von Politikern in die ČSSR zu verhindern, und den SPD-Vorsitzenden Brandt um analoges Tätigwerden gebeten[32].

So reisten Mitte Juli 1968 nur der FDP-Vorsitzende Walter Scheel und sein Stellvertreter Hans-Dietrich Genscher, beide damals in der Opposition, zu fünftägigen Gesprächen nach Prag. Neben dem Parlamentspräsidenten Josef Smrkovský trafen sie auch mit dem Außenminister Jiři Hájek zusammen. Doch dieser war vorsichtig genug, mit ihnen nicht in seinen Amtsräumen, sondern in einem kleinen, separaten Raum einer Gaststätte der Altstadt zu sprechen. Genscher schrieb lange danach: „Als wir ihn verließen, waren wir eher beunruhigt als erleichtert."[33]

Tatsächlich tauchten seit Anfang Mai immer wieder Meldungen über ein militärisches Eingreifen des Warschauer Pakts auf. Am 8. Mai hat angeblich Walter Ulbricht bei einer Geheim-Konferenz in Moskau erstmals eine Militäraktion gefordert. Mitte Mai hielt sich dann der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin angeblich

[30] Siehe Aufzeichnung Ruete, 21. 6. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 202, S. 766.

[31] Siehe Ebenda.

[32] Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1031.

[33] Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 102.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu einem Kuraufenthalt in Karlsbad auf, in Wirklichkeit führte er Gespräche mit der neuen Führung der ČSSR, die dann in Prag fortgesetzt wurden. Ota Šik berichtet, wie Kossygin dort im Politbüro in Erinnerung an die deutschen Touristenschwärme bemerkt habe, die Deutschen seien ja bereits zuhauf im Lande. Er habe in Karlsbad auf der Promenade nur Deutsch sprechen gehört, „Westdeutsche, die sich bei uns aufführten, als wären sie schon zu Hause"[34].

Während des ganzen Monats Mai und danach registrierten die westlichen Nachrichtendienste den Truppenaufmarsch rings um die Tschechoslowakei; Ende Mai begann auch eine „Stabsübung" des Warschauer Pakts in der ansonsten von sowjetischen Truppen freien ČSSR. Von seiten der NATO kamen allerdings beruhigende Informationen. Die Truppenbewegungen wurden als Teil eines Nervenkriegs interpretiert[35].

In Bonn fand am 10. Mai auf amerikanische Anregung hin und im Beisein eines amerikanischen Vertreters die erste Ressortbesprechung über Sicherungsmaßnahmen an der deutsch-tschechischen Grenze für den Fall größerer Fluchtbewegungen und von Kampfhandlungen in Grenznähe statt. Dabei wurde darüber informiert, daß für uniformierte Soldaten der Bundeswehr ein Verbot bestehe, sich mehr als fünf km der Grenze zu nähern. Flüchtlingen aus der ČSSR sollte erforderlichenfalls Notaufnahme gewährt werden. Als Flüchtlinge übertretende Militärpersonen seien vom Bundesgrenzschutz zu entwaffnen. Werde gegen Flüchtlinge auf deutschem Gebiet geschossen, so sei erst in die Luft, dann gezielt zu schießen, bis das Feuer eingestellt werde. Sollten technische „Widerstandsnester" auf tschechischem Boden in Grenznähe sowjetische Truppen angreifen, dürfe nur humanitäre Hilfe geleistet werden.

Bei dieser Besprechung wurde freilich auch Wert auf die Feststellung gelegt, dies seien nur „planerische Vorbereitungen", noch keine konkreten Maßnahmen. Zudem stellte man fest, daß sich die deutschen Vorstellungen über das Management einer voll aufgeflammten Krise mit denen der amerikanischen Seite deckten. Dabei wurde der amerikanische Vertreter auch auf die – bekanntlich negativen – Erfahrungen hingewiesen, die während der Ungarn-Krise mit amerikanischen Rundfunksendungen gemacht worden waren. Dieser versicherte daraufhin, „daß die Sendungen unter strenger Kontrolle stünden"[36].

Am 23. Juli ersuchte Bundeskanzler Kiesinger Bundesminister Schröder, das seit einem Jahr geplante Manöver „Schwarzer Löwe", das nahe der tschechoslowakischen Grenze in Bayern stattfinden sollte, in den Südwesten der Bundesrepublik zu verlegen. Ein Bericht des Leiters der deutschen Handelsdelegation in der ČSSR bestätigte, dies sei in Prag mit großer Erleichterung aufgenommen worden, da die Durchführung des Manövers den Sowjets das „geschenkte Argument" für eine Besetzung der Westgrenze der ČSSR geliefert hätte[37].

---

[34] Ota Šik, Prager Frühlingserwachen. Erinnerungen, Herford 1988, S. 248f.
[35] Siehe Grewe an das Auswärtige Amt, 14. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 159, S. 597f.
[36] Aufzeichnung Sahm, 10. 5. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 154, S. 578–580.
[37] Heipertz an Duckwitz, 23. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 231, S. 913f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine vollständige Dokumentation der bundesdeutschen Rolle in den Monaten vor der Intervention dürfte noch manche Einzelheit zu Tage fördern. Gegenwärtig spricht alles dafür, daß sich die Bundesregierung umsichtig verhalten hat. Rückblikkend betrachtet, waren es nicht zielgerichtete diplomatische Initiativen, von denen die Vorgänge in der ČSSR mit beeinflußt wurden, sondern eher die indirekten Auswirkungen der Entspannungspolitik. Als der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Ruete, im Mai 1967 in einem Memorandum registriert hatte, „unsere Bemühungen, diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn aufzunehmen und dadurch unser Verhältnis zu ihnen zu verbessern, sind ins Stocken geraten", hatte er unter anderem empfohlen, in nächster Zeit Reisen osteuropäischer Journalisten in die Bundesrepublik zu fördern, wohlvorbereitete Parlamentarierreisen durchzuführen und im übrigen zu erkennen, daß sich die osteuropäischen Staaten von der Bundesrepublik vorwiegend wirtschaftliche Vorteile versprechen würden[38].

Wie sich am Beispiel der ČSSR zeigte, waren es vor allem die journalistischen Kontakte in den Jahren 1967 und 1968, die im Prager Establishment die Angst vor der Bundesrepublik Deutschland abzubauen halfen. Hinzu kamen die Auswirkungen akademischer Austauschprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung. Den politischen Kontakten der Reformer des „Prager Frühlings" zur Bundesrepublik ging vielfach das persönliche Kennenlernen des Lebensstils und der pluralistischen Strömungen im Westen voraus. Dabei ist die Auswirkung der anti-autoritären Bewegung in der deutschen Studentenschaft nicht zu unterschätzen. Wirtschaftliche Interessiertheit kam gleichfalls ins Spiel. Doch wurde die Entwicklung durch die Intervention kupiert, bevor dieser Faktor seine volle Wirkung entfalten konnte.

4. Westliches Krisenmanagement im Zeichen von Nachgiebigkeit und Vorsicht

Aus größerem zeitlichen Abstand ist die historische Bedeutung der Vorgänge des Jahres 1968 in der ČSSR deutlich erkennbar. Drei Punkte sind wohl am wichtigsten.

Der „Prager Frühling" hatte – erstens – bewiesen, daß Reformkommunismus möglich ist. Im Fall der ČSSR war dies deshalb besonders bemerkenswert, weil die Reformbewegung einerseits in einem extrem totalitären Regime aufbrach, andererseits nicht außerhalb der kommunistischen Partei entstand, sondern ihren Ursprung ausschließlich innerhalb der kommunistischen Nomenklatura hatte. Parallelen zum „Polnischen Oktober" des Jahres 1956 waren somit ebenso gegeben wie zu der Ungarischen Revolution desselben Jahres. In vielem ist auch der spätere Umbruch in der Sowjetunion unter Gorbatschow anfangs nach demselben Modell verlaufen. Demgegenüber kann die Krise des polnischen Kommunismus in den Jahren 1980/81 als ein Vorgang verstanden werden, der primär außerhalb der kommunistischen Par-

[38] Aufzeichnung Ruete, 26. 5. 1967, in: AAPD 1967, Dok. 185, S. 789 und S. 791f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tei, in der Gesellschaft, seinen Ausgang nahm und erst danach zu Differenzierungen innerhalb der kommunistischen Nomenklatura führte. Da vielen Grundannahmen westlicher Entspannungspolitik die Hoffnung auf innere Evolution der kommunistischen Regime zugrunde gelegen hatte („Kommunismus mit menschlichem Antlitz" lautete das Schlagwort des Prager Frühlings), bestätigte der Aufbruch der Prager Reformer die ursprünglichen Erwartungen der Entspannungspolitiker also durchaus.

Mit der erfolgreichen Intervention, die schließlich einen hart erzwungenen Machtwechsel in der ČSSR zur Folge hatte, war aber – zweitens – eine völlig neue Bewertung aller mittel- und langfristigen Aussichten der Entspannungspolitik geboten. Jetzt zeigte sich nämlich, daß der Spielraum für innere und äußere Veränderungen im Ostblock noch sehr viel geringer war, als man anfänglich angenommen hatte. Schon die Ungarische Revolution von 1956 hatte die Grenzen des Reformkommunismus gezeigt. Die vorsichtige Zurückhaltung der westlichen Kabinette im Frühjahr und Frühsommer 1968 war gewiß auch in starkem Maß durch die Erfahrungen mit Ungarn im Herbst 1956 beeinflußt. Nun aber mußte man konstatieren, daß selbst ein ziemlich großes Maß an Zurückhaltung die Sowjetunion nicht davon abhielt, zusammen mit dem reaktionären Teil der Parteiführungen des Warschauer Pakts zu intervenieren.

Im Westen wurden daraus recht unterschiedliche Schlußfolgerungen gezogen. Nach Auffassung der anti-autoritären Linken war der reaktionäre, bürokratische Kommunismus sowjetischer Observanz nunmehr definitiv erledigt. Die marxistisch-leninistische Ideologie erschien völlig unglaubwürdig. Auf diesem Teil des politischen Spektrums wandte man sich mit noch größerer Entschiedenheit revolutionären Konzepten zu: dem Maoismus, dem Trotzkismus, dem Dritte-Welt-Kommunismus oder verblasenen Ideen eines utopischen Kommunismus. Da allerdings die revolutionär gestimmte Linke im Westen weit von den Hebeln der Macht entfernt war, hatte diese Einschätzung nur in Teilen der öffentlichen Meinung Bedeutung, bei den Regierungen spielte sie keine Rolle. Hier bedeutete die Intervention vor allem für de Gaulle und alle gaullistischen Strömungen eine schwere Enttäuschung. De Gaulle hatte, insbesondere bei den Staatsbesuchen in Polen und in Rumänien, ganz ostentativ die nationalen Strömungen zu ermutigen versucht, ohne dies freilich als anti-sowjetischen Vorstoß zu etikettieren. Der innere Widerspruch zwischen seinem Entspannungs-Nationalismus und dem gleichzeitigen Versuch, die Sowjetunion als legitimen Mitspieler im europäischen Konzert zu karessieren, wurde nun deutlich erkennbar. Verständlicherweise suchte de Gaulle nach einem Sündenbock, um vom Scheitern seines widersprüchlichen Konzepts abzulenken, und er fand diesen in der Bonner Regierung. Hätte diese, so sein noch zu referierendes Argument, auf die weitgehenden Forderungen der Sowjetunion bezüglich der europäischen Grenzen, bezüglich des Atomwaffen-Sperrvertrags und letztlich auch bezüglich der Akzeptanz eines zweiten deutschen Staates entgegenkommender reagiert, sich zudem gegenüber der ČSSR „bescheidener" gezeigt, so hätte auch die Sowjetunion gegenüber dem „Prager Frühling" größere Zurückhaltung an den Tag legen können. Tatsächlich habe die UdSSR mit der Intervention eher „defensiv" reagiert.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die nicht-gaullistischen Entspannungspolitiker sahen sich anderen Schwierigkeiten gegenüber. Sollten sie angesichts der Vergewaltigung eines kleinen Ostblock-Landes die gesamte Entspannung, welche schließlich viele Komponenten beinhaltete, für gescheitert erklären? Mußte nun nicht der Versuch unternommen werden, durch politische oder wirtschaftliche Sanktionen (wie später bei der Intervention in Afghanistan und bei der Unterdrückung von „Solidarnosz" teilweise praktiziert) die ja noch nicht gestürzten tschechoslowakischen Reformer durch harten Druck auf Moskau im Amt zu halten? Schließlich war die Reformbewegung mit der Intervention vom 20. August 1968 ja noch nicht zu Ende. Vielmehr ließ sich argumentieren, daß die ursprünglich vorwiegend von Intellektuellen getragene Reformpolitik nach dem Eingreifen fremder Aggressoren eine breite Massenbasis erhalten hatte, nicht zuletzt auch bei der Arbeiterschaft. Würde eine sanktionslose Hinnahme der Intervention nicht deutlich signalisieren, daß die Entspannung primär zynische Realpolitik war, ziemlich uninteressiert an den Erwartungen liberaler Intellektueller, aber ebenso der Massen im Ostblock?

Vergleicht man die westliche Reaktion mit früheren oder späteren Reaktionen auf sowjetische Gewaltmaßnahmen, so ist jedoch die Tatsache, daß es nach der Intervention fast zu keiner offiziellen Erörterung von nachhaltigen Gegenmaßnahmen und von Sanktionen kam, eines der aufschlußreichsten Phänomene dieser Krise, das der Erklärung bedarf.

Daraus ergab sich ein dritter, wesentlicher Aspekt. Die Sowjetunion durfte aus dem Ausbleiben von Drohungen im Vorfeld der Intervention sowie von Sanktionen, die unmittelbar nach der Intervention oder selbst mit Verzögerungseffekt hätten verhängt werden müssen, den Schluß ziehen, daß die westlichen Regierungen den Ostblock widerstandslos als „chasse gardée" der Sowjetunion respektierten. Entspannungspolitik, so die Schlußfolgerung, würde somit von seiten des Westens immer nur mit dem Vorbehalt betrieben, daß die Hegemonie der UdSSR und eine sehr eng gefaßte Interpretation ideologischer Gefolgschaftstreue nicht in Frage zu stellen sei.

Es hatte somit innere Logik, daß die Sowjetunion innerhalb weniger Wochen jenes Konzept der Einflußsphären-Politik entwickelte, für das sich dann im Westen rasch die Bezeichnung Breschnew-Doktrin einbürgerte. Überspitzt man es also etwas, so war auf lange Jahre hinaus der historisch entscheidende Vorgang weniger der „Prager Frühling" als solcher, sondern die unwiderstehliche Intervention sowie die demonstrative Untätigkeit des Westens. Damit wurden die Grundregeln für die Entspannungspolitik bis zum Jahr 1989 festgelegt und westlicherseits akzeptiert. Selbst noch die Unsicherheiten in der deutschen Sozialdemokratie und bei der linken Intelligenz der Bundesrepublik, die sich nach dem Mauerfall vom 9. November 1989 manifestierten, können als Ausfluß einer Grundüberzeugung verstanden werden, daß die „chasse gardée" der großen, militärisch überwältigend starken Sowjetunion keinesfalls angetastet werden dürfe. So gesehen, war die Intervention der Sowjetunion und ihrer Hilfsvölker in Prag zwar moralisch fragwürdig und eine definitive Diskreditierung der angeblich demokratischen und humanitären Elemente marxistisch-leninisti-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Ideologie. Doch machtpolitisch erwies sich die Intervention als ein durchschlagender und weitreichender Erfolg.

Zu fragen bleibt somit generell, wie die insgesamt recht geschäftsmäßige, von Zynismus nicht freie Hinnahme dieser flagranten Verletzung des Völkerrechts erklärbar ist. Die Frage kann im folgenden nur in bezug auf die Bundesrepublik erörtert werden, und auch dies nur selektiv. Klar ist aber, daß die insgesamt recht ängstliche, durchweg defensive Reaktion der Bundesregierung auf dem Hintergrund größter Zurückhaltung des gesamten Westens gesehen und bewertet werden muß.

Am Vormittag des 21. August reagierte die Bundesregierung noch mit einer halbwegs deutlichen Erklärung, in der „Bedauern" über die „Bedrückung eines Nachbarvolkes" geäußert wurde. Die Intervention sei völkerrechtswidrig und eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei[39]. Die ohnehin recht gedämpfte Neigung zu Protesten ließ weiter nach, als der amerikanische Botschafter Cabot Lodge auf Bitten des Bundeskanzlers die amerikanische Lagebeurteilung skizzierte. Jetzt wurde vollends deutlich, daß die USA demonstrative Zurückhaltung übten. Alles, was Kiesinger erfuhr, bestand darin, daß Außenminister Dean Rusk Botschafter Anatolij Dobrynin gegenüber „tiefe Besorgnis" zum Ausdruck gebracht und auf die „Unklarheit" bezüglich der angeblichen Bitte der tschechoslowakischen Regierung hingewiesen habe. Dem ohnehin nicht besonders rauflustigen Kiesinger erschien diese Reaktion der Supermacht so wachsweich, daß er Cabot Lodge gegenüber doch feststellte, die Bundesregierung habe am Vormittag eine etwas schärfere Erklärung abgegeben[40]. Er beeilte sich aber mit der Versicherung, man werde sich keiner schärferen Sprache bedienen. Daß die Botschaft Moskaus, in der Washington über die Intervention informiert wurde, Präsident Johnson in Gegenwart des Sicherheitsberaters Walt Rostow von Dobrynin auf dessen Wunsch hin direkt übermittelt worden war, kam nicht zur Sprache. Erst recht erfuhr Kiesinger nichts von der Vorgeschichte und von den befremdlichen Umständen dieser Unterredung.

Tatsächlich hatte Johnson kurz zuvor eine Einladung zu Gesprächen mit Leonid J. Breschnew in Moskau erhalten, auf deren Zustandekommen er offenbar mit der Absicht gedrängt hatte, damit eine mögliche Einladung Nixons nach Moskau zu konterkarieren und zugleich auf der kurz bevorstehenden Convention der Demokraten Eindruck zu machen. In seinen 1995 erschienenen Memoiren hat Dobrynin sehr detailliert geschildert, wie er Außenminister Rusk am 17. August die Einladung übermitteln konnte, wie er dann am Sonntag morgen des 20. August (amerikanischer Zeit) selbst überrascht von der Intervention unterrichtet wurde und zugleich den Auftrag erhielt, den Präsidenten zu informieren, wozu es am Abend desselben Tages auch kam. Dobrynin zufolge hat Johnson auf die Nachricht von der Intervention

[39] Erklärung des Sprechers der Bundesregierung, Ahlers, auf einer Pressekonferenz, 21. 8. 1969, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, V. Reihe, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1987, S. 1103.

[40] Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1029f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überhaupt nicht reagiert und bloß eine interne Erörterung der Botschaft am kommenden Morgen in Aussicht gestellt; möglicherweise werde dann eine Antwort erfolgen. Dann habe Johnson wieder die Sprache auf die Ankündigung des Besuchs in Moskau gebracht, die am folgenden Tag um 10 Uhr erfolgen solle, und gebeten, Moskau möge sich dazu noch positiv äußern. Die Unterredung habe mit weiteren freundlichen Äußerungen über die Gesprächsthemen des Moskau-Besuchs, mit einigen Anekdoten über Texas und mit Erinnerungen Johnsons an das Treffen mit Kossygin in Glassboro im vergangenen Jahr geendet. Nach Johnsons unerwartet milder Reaktion habe er, Dobrynin, nach der Rückkehr in die Botschaft Moskau unverzüglich gebeten, die Besuchsankündigung Johnsons positiv zu bestätigen. Selbst als Rusk ihn mitten in der Nacht zu einer weiteren Unterredung ins State Department gebeten und dabei jede Beteiligung nicht-kommunistischer Länder am Reformprozeß in der Tschechoslowakei bestritten habe, habe der amerikanische Außenminister immer noch die Ankündigung eines Treffens als wünschenswert bezeichnet[41].

Jedenfalls spürte Kiesinger auch aus dem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter heraus, daß die Führungsmacht der NATO entschlossen war, die Vorgänge in der ČSSR vorerst so weit wie nur irgend möglich herunterzuspielen. Dies mag wenigstens teilweise seine überdeutliche Zurückhaltung erklären[42]. Befremden erweckte auch der Umstand, daß die Bundesregierung nicht von NATO-Stellen, sondern durch die Nachrichtenagenturen über die Intervention des Ostblocks unterrichtet wurde. Doch die Deutschen waren nicht die einzigen, die diese Erfahrung machten. So stellte beispielsweise der norwegische Ministerpräsident Borten in einem Gespräch mit Kiesinger einige Wochen nach den Vorgängen fest, die Amerikaner hätten am 20. August schon um 23 Uhr Bescheid gewußt, der NATO jedoch nichts gesagt[43].

Daß die Sowjetunion ihr Vorgehen gegen die ČSSR mit propagandistischen Angriffen gegen die Bundesrepublik bemänteln würde, war von der Bundesregierung – also auch vom Kanzler – erwartet worden; im Vorfeld deutete auch schon manches darauf hin. Bereits am 31. Juli hatte Staatssekretär Ferdinand Duckwitz den sowjetischen Botschafter einbestellt und in aller Form gegen entsprechende Angriffe der sowjetischen Presse protestiert[44]. Bei dieser Gelegenheit rügte Semjon Konstantinowitsch Zarapkin seinerseits verstärkte Reisen deutscher Politiker in die ČSSR. Kie-

[41] Siehe Anatolij Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986), New York 1995, S. 182–188. Genauso wie der Bericht, den Johnson in seinen Memoiren von dem Vorgang gegeben hat, läßt auch Dobrynins Bericht manche Fragen offen. Siehe Lyndon Baines Johnson, The Vantage Point. Perspectives of the Presidency 1963–1969, New York 1971, S. 486–489.

[42] Soweit erkennbar hat die deutsche Botschaft Washington erst am 5. 9. 1968 von Anzeichen berichtet, denenzufolge in der Johnson-Administration immer noch über ein Gipfeltreffen mit Kossygin nachgedacht werde. Siehe Drahtbericht Nr. 1782 von Stackelberg, 5. 9. 1968, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, VS-Bd. 4328 (II A 5).

[43] Siehe Gespräche zwischen Kiesinger und Borten, 21./22. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 349, S. 1361.

[44] Siehe Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, 31. 7. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 239, S. 930f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

singer selbst bemerkte unmittelbar nach der Intervention und noch bevor die Sowjetunion ihre Propagandakampagne voll begonnen hatte, man müsse damit rechnen, daß die Bundesrepublik nun wieder „wie so oft als Prügelknabe herhalten müsse"; sicher werde erneut behauptet, „wir hätten versucht, ein Komplott anzuzetteln"[45].

Zweifellos haben auch, wie zumeist bei derartigen Ost-West-Krisen, Sorgen vor erneutem Druck gegen Berlin eine Rolle gespielt, desgleichen recht vage, damals im deutschen Regierungsapparat und in der Öffentlichkeit grassierende Befürchtungen vor direktem sowjetischem Vorgehen gegen die Bundesrepublik unter Bezugnahme auf die Artikel 53 und 107 der UN-Charta.

Dies alles erklärt, weshalb sich Bundeskanzler Kiesinger in den Tagen nach der Intervention als noch furchtsamer erwiesen hat als Adenauer unmittelbar nach dem Mauerbau. Die Protokolle einer zwanzigminütigen Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, die auf dessen Ersuchen am 21. August, um 14 Uhr, stattfand, und einer längeren, 100 Minuten dauernden Besprechung am 2. September zeigen einen unsicheren, sich unablässig entschuldigenden Kanzler. Bei der ersten Unterredung, in der Zarapkin eine Erklärung übergab, in der die Intervention noch mit einer Bitte der tschechoslowakischen Regierung legitimiert wurde, „ihr direkte Hilfe einschließlich der Hilfe mit Streitkräften zu leisten", wies Kiesinger zwar auf die Widersprüche zwischen der Erklärung und Nachrichten aus Prag hin, führte aber dann entschuldigend aus, „daß sich die Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten streng an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gehalten habe". Und als wolle er noch deutlicher signalisieren, wie druckempfindlich die Bundesregierung war, fügte er hinzu, der in der Erklärung enthaltene Hinweis auf „äußere und innere Reaktion" mache ihn besorgt, daß mit den von außen wirkenden reaktionären Kräften die Bundesrepublik gemeint sein könnte. Ebenso überflüssigerweise fügte er noch hinzu, „die Bundesregierung beabsichtige indes nicht, ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verschlechtern", und mißbilligte in diesem Zusammenhang eine Demonstration von etwa 300 Studenten, die sich vor der sowjetischen Botschaft versammelt und mit Tomaten geworfen hatten[46].

Genauso vielsagend wie dieses kurze Gespräch war die folgende Unterredung am 2. September. Sie wurde von Kiesinger völlig defensiv geführt, indem er Beweis um Beweis aneinander reihte, um zu zeigen, daß die Bundesregierung kein einziges kommunistisches Land, auch nicht Rumänien und Jugoslawien, „irgendwie militärisch oder politisch gegen die Sowjetunion zu beeinflussen versucht" habe. Er ging sogar soweit, dem Botschafter gegenüber, dessen Regierung eben ein kleines Land besetzt hatte, zu betonen, daß er die NATO angesichts der Lage in der Welt „als eine leidige Notwendigkeit" betrachte. Zarapkin verhöhnte ihn darauf mit der Bemerkung, die Bundesregierung habe in der ČSSR „wohl auf die konterrevolutionären Kräfte gesetzt und geglaubt, die Gegensätze zwischen den sozialistischen Ländern ausnutzen zu können". Bonn solle es endlich aufgeben, die in Europa bestehenden Grenzen zu

[45] Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 262, S. 1030.

[46] Gespräch zwischen Kiesinger und Zarapkin, 21. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 263, S. 1032–1034.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ändern, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen und die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander zu stören[47].

Kiesinger wies dies Punkt für Punkt zurück, wobei er argumentierte, „es würde eine beträchtliche Unterschätzung der Intelligenz der Bundesregierung bedeuten, wenn man ihr unterstellte, sie habe mit einem Sieg der konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei gerechnet". Er hätte, so fuhr er fort, eine friedliche Lösung nur so sehen können, „daß die Tschechoslowakei im Verband der sozialistischen Länder verbleibe".

Bereits am Tag nach der Intervention machte Kiesinger auch öffentlich deutlich, daß die Große Koalition ihre Politik der Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Osten „konsequent" und mit langem Atem fortsetzen werde. Das erfordere jedoch, daß die gesamte westliche Welt, insbesondere die NATO-Staaten, bereit seien, eine solche Politik gemeinsam zu betreiben – „zielbewußter und energischer" als bisher. Entspannung sei schließlich keine Politik „schwächlichen oder devoten Nachgebens"[48].

Bundesaußenminister Brandt äußerte sich genauso. „Die Bemühungen vieler europäischer Regierungen um Entspannung zwischen Ost und West und um eine europäische Friedensordnung", erklärte er am 22. August im Anschluß an eine Präsidiumssitzung der SPD, „haben einen Rückschlag erlitten, der lange nachwirken kann. Aber aus guten Gründen bleiben wir dabei: Das Ringen um einen Abbau der Spannungen muß fortgesetzt werden". Schließlich gelte es, den Frieden sicherer zu machen, somit auch die Sicherheit der Bundesrepublik zu festigen[49]. Daß dies zugleich mit Kritik an der Intervention verbunden war, versteht sich.

Dreierlei ist beim Blick auf diese Stellungnahmen unmittelbar nach der Intervention zu unterstreichen. Zum ersten waren die öffentlichen Äußerungen der deutschen Spitzenpolitiker mit dem, was sie in vertraulichem diplomatischem Austausch formulierten, durchaus deckungsgleich. Diese Stellungnahmen konnten, zweitens, nur als Signal verstanden werden, daß die Sowjetunion im eigenen Block nach Belieben verfahren konnte. Somit wurden in den entscheidenden Tagen und Wochen nach der Intervention die tschechoslowakischen Reformer, die ja durchaus noch formal im Amt waren, den Wölfen überantwortet. In diesem Punkt befand sich – so die dritte bemerkenswerte Tatsache – die mit Bedauern formulierte, sehr zurückhaltende Position der deutschen Regierung in völliger Übereinstimmung mit der Politik der Johnson-Administration und der französischen Regierung.

Letztere hat bekanntlich die aufgewühlte, moralisch empörte Öffentlichkeit mit der Formulierung befremdet, es habe sich ein „Verkehrsunfall auf der Straße der Entspannung" ereignet. Als der französische Botschafter François Seydoux in einem Ge-

---

[47] Gespräch zwischen Kiesinger und Zarapkin, 2. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 277, S. 1071–1073.

[48] Interview des Bundeskanzlers Kiesinger für das Deutsche Fernsehen, 21. 8. 1968, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V/2, S. 1105.

[49] Erklärung des Bundesministers Brandt zur militärischen Besetzung der ČSSR, 22. 8. 1968, in: Ebenda, S. 1112f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spräch mit Bundeskanzler Kiesinger vom 30. August diese offizielle Erklärung des französischen Außenministers Michel Debré vom Vortag erwähnte, nahm Kiesinger dies kommentarlos zur Kenntnis und fügte hinzu, die Tschechen seien zu schnell zu weit gegangen. Seydoux bekam nun zu hören, er, Kiesinger, habe dem Bundesbankpräsidenten Blessing abgeraten, in die Tschechoslowakei zu reisen[50]. Da es aus französischer Sicht völlig undenkbar erschien, daß ein Bundesbankpräsident in heikelster internationaler Situation einen Wunsch des Bundeskanzlers zu mißachten in der Lage war, kann nicht ausgeschlossen werden, daß solche Beteuerungen in Paris als deutsche Doppelzüngigkeit ausgelegt wurden.

In einem Interview vom 25. August hatte Kiesinger übrigens ausgeführt, es wäre „jetzt an der Zeit, daß die Führenden der NATO-Länder zusammenkämen ... vielleicht in einer Gipfelkonferenz"[51]. Der Gedanke wurde von ihm und von Bundesaußenminister Brandt in den Unterredungen mit westlichen Botschaftern verschiedentlich zur Sprache gebracht, doch nicht mit besonderem Nachdruck[52]. Kiesinger dachte in erster Linie an die Öffentlichkeitswirkung einer solchen Zusammenkunft, mußte allerdings einsehen, daß sich angesichts der allgemein verbreiteten Unlust im Bündnis, die Interventionsmächte unter Druck zu setzen, eine derart substanzlose Demonstration leicht kontraproduktiv auswirken könnte. Außerdem stellte sich auch dabei das besondere Problem Frankreich. Daß Staatspräsident de Gaulle nicht bereit sein würde, an einem demonstrativen Treffen im NATO-Rahmen teilzunehmen, verstand sich von selbst. Doch auch andere Regierungen waren sehr zurückhaltend.

Zudem mußte die Bundesrepublik rasch erkennen, daß die Bemühung um strategisch konkrete Schlußfolgerungen aus der Intervention eher früher als später die Forderung der USA nach verstärkten militärischen und finanziellen Leistungen der europäischen Alliierten zur Folge haben würde. In der Tat drängten die USA nach Abklingen der Krise und nicht eben zum Vergnügen der Bundesregierung mit Blick auf die kommende Ministerratssitzung der NATO auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben[53].

Im ohnehin nicht besonders guten deutsch-amerikanischen Verhältnis brachte jedenfalls die Krise um die ČSSR im Jahr 1968 eine weitere Belastung. Wenn es in diesem Punkt zu keiner dramatischen Entwicklung kam, so auch deshalb, weil die Unsicherheit darüber, ob der Demokrat Hubert Humphrey oder der Republikaner Richard Nixon der nächste Präsident sein würde, alles überschattete. Selbst wenn die Administration Johnson nach dem 20. August Führungswillen besessen hätte, wäre wenig auszurichten gewesen. Johnson war ein „lame duck"-Präsident. Außerdem dominierte der Vietnam-Krieg die inneramerikanische Diskussion. Die verfügbaren deutschen Dokumente lassen deutlich erkennen, daß die Bonner Diplomatie in dieser

[50] Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275, S. 1064.

[51] Interview des Bundeskanzlers Kiesinger für den Südwestfunk, 25. 8. 1968, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V/2, S. 1136. Wie intensiv Kiesinger von Anfang an brieflich oder in Telefonaten darauf drängte, ist noch ungeklärt.

[52] Siehe beispielsweise Gespräch Kiesingers mit Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275; Gespräch Kiesingers mit Cabot Lodge, 4. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 280.

[53] Aufzeichnung von Duckwitz, 30. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 360, S. 1412f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lage ihr Bestes tat, erst einmal über die Runden zu kommen, bis der Wähler für Klarheit gesorgt hatte und die Politik der neuen Administration klarere Konturen annahm.

Eigenartigerweise kam es aber in direkter Folge der Ostblock-Intervention in Prag zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Bundesregierung und de Gaulle, den die Beteiligten allerdings unter der Decke zu halten verstanden. In zunehmendem Maß war nämlich seit Ende September zu erkennen, daß sich Ministerpräsident Couve de Murville, doch dann ebenso Staatspräsident de Gaulle, für die sowjetische Behauptung zu öffnen begannen, die Bundesregierung treffe eine Hauptschuld an dem „Verkehrsunfall" in der ČSSR. Möglicherweise fühlte sich de Gaulle durch die defensive, sehr kleinlaute Art ermutigt, in der Kiesinger, doch auch Brandt, dem Botschafter Frankreichs in Bonn, Außenminister Debré und schließlich auch ihm selbst ihre Druckempfindlichkeit vor Augen rückten. In einer Unterredung am 7. September bat Bundesaußenminister Brandt seinen Kollegen Debré ausdrücklich, die französische Regierung möge doch deutlich zum Ausdruck bringen, daß es falsch sei, die deutsche Entspannungspolitik zu verdächtigen. Debré hatte bei dieser Gelegenheit verständnisvoll davon gesprochen, dies seien nun einmal „die schon klassischen Anschuldigungen" gegen die Bundesrepublik, und man habe dem sowjetischen Botschafter gegenüber darauf auch schon klar geantwortet. Die Russen fürchteten eben, „daß jede Öffnung ihrer Satelliten nach Westen sofort die Präsenz der deutschen Wirtschaft und Technologie in diesen Ländern bedeuten könne". Sobald die Sowjetunion zu erkennen glaube, daß irgendwo in einem der Satellitenstaaten deutscher Einfluß zu spüren sei, reagiere sie heftig. So müsse eben die Bundesrepublik wieder einmal als Sündenbock herhalten. Gelassenheit sei somit zu empfehlen[54].

Dies klang noch sehr verbindlich. Ende September indessen berichtete der Gesandte Peter Limbourg aus Paris, Ministerpräsident Couve de Murville habe bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung eines NATO-Botschafters in intimem Kreis festgestellt, Bonn habe nach Errichtung der Handelsmission die wirtschaftlichen Kontakte zur Tschechoslowakei „zu intensiv" betrieben: „Verhandlungen mit tschechischen Stellen über Kreditgewährung, gegenseitige Besuche hoher Persönlichkeiten aus Finanz- und Wirtschaftskreisen hätten ganz zweifellos den Verdacht der Sowjetunion geweckt, und es sei nicht von der Hand zu weisen, daß sie nicht zuletzt aus diesen Gründen zur Gewalt gegriffen hätte." General de Gaulle scheine ähnlichen Überlegungen nachzugehen, wie aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Robert S. Shriver deutlich zu erkennen sei[55].

Diese Information kam im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzler Kiesinger und Bundesaußenminister Brandt in Paris, den Kiesinger einige Wochen zuvor im Gespräch mit Botschafter Seydoux als „ganz besonders wichtig" bezeichnet hatte[56]. Tatsächlich konfrontierte de Gaulle Kiesinger bei den zweitägigen Gesprächen am 27. und 28. September mit kaum verhüllten Vorwürfen. Die parallele Unterredung

[54] Gespräch zwischen Brandt und Debré, 7. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 286, S. 1107.
[55] Limbourg an Duckwitz und Lahr, 25. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 310, S. 1196.
[56] Gespräch zwischen Kiesinger und Seydoux, 30. 8. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 275, S. 1062.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brandts mit Debré war französischerseits auf einen ähnlich kritischen Ton gestimmt. In seinem unnachahmlichen Konversationsstil, in dem Freundlichkeit, Verständnis und Scharfzüngigkeit kunstvoll gemischt waren, suchte de Gaulle Kiesinger am ersten Tag offensichtlich Angst einzujagen: „Die Russen hätten also das tschechoslowakische Problem nicht nur seiner selbst willen, sondern auch wegen Deutschland lösen wollen. Sie verbergen diese Tatsache auch gar nicht. Der Herr Bundeskanzler habe berichtet, daß Zarapkin gesagt habe, nun reiche es. Heute sage Zarapkin das für die DDR, eines Tages würden die Russen es für Berlin sagen." Die sowjetische Drohung richte sich eben gegen Deutschland, und zwar gegen Deutschland allein.

Vielleicht, meinte de Gaulle weiter, wäre die Situation nicht genau dieselbe, wenn Deutschland eine andere Politik betrieben hätte, etwa nach folgenden Überlegungen: „Die Dinge sind nun einmal nicht zu ändern, wir müssen uns auf die lange Zeit mit einer Teilung abfinden, wir verzichten aufrichtig auf die Wiedererlangung der alten Grenzen, und wir sind entschlossen, keine Nuklearwaffen zu haben, um den Blitz nicht anzuziehen; es gibt keinen Anschluß mehr, es ist aus mit dem Drang nach Osten ..."[57]

Bei der Unterredung am zweiten Tag formulierte der Präsident seine Kritik noch spitzer. Für Deutschland wie für alle, inklusive Frankreich, wäre es das Beste, „gegenüber dem Osten sehr bescheiden zu sein, nicht unterwürfig oder schwach, sondern bescheiden; bescheiden, was die Grenzen anbelange, was die Beziehungen (auch wirtschaftlicher Art) anbelange, sogar bescheiden, was die Situation Ostdeutschlands angehe. Frankreich verstehe, daß Deutschland die Teilung nicht akzeptieren könne, und es billige diesen Standpunkt. Teilung akzeptieren aber sei eines, Revanche eine andere Sache ... Je mehr Deutschland provozierend agiere, desto mehr störe dies Frankreich."[58]

Bei den Konsultationsbesprechungen in Gegenwart auch des Premierministers verschärfte de Gaulle seine Warnungen: „Es sei offensichtlich, daß die Dinge im Augenblick zwischen Rußland und der Bundesrepublik spielten. Es sei nicht sicher, daß die Russen etwa eine Invasion in der Bundesrepublik vorhätten, obgleich auch das nicht völlig auszuschließen sei."[59]

Auch gegenüber diesen Vorwürfen, die an Intensität alles übertrafen, was er zuvor von Zarapkin vernommen hatte, erachtete es Kiesinger für geboten, defensiv zu reagieren, Rechtfertigungen anzubieten und für die guten Absichten deutscher Entspannungspolitik zu werben. Nur gelegentlich gestattete er sich den spitzen Hinweis, de Gaulle selbst habe schließlich bei seinen Reden in Polen deutlich an den Stolz und die nationale Würde der Polen appelliert. Er, Kiesinger, sei nie soweit gegangen. Die Bundesrepublik sei noch vorsichtiger als Frankreich gewesen, und dies besonders in der tschechischen Krise[60].

---

[57] Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 27. 9. 1968, in AAPD 1968, Dok. 312, S. 1206.

[58] Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 28. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 318, S. 1251.

[59] Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen, 27. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 314, S. 1220.

[60] Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und de Gaulle, 28. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 318, S. 1248–1252.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Kiesinger aus Paris zurückreiste, stand er jedenfalls unter dem Eindruck, daß die ČSSR-Krise von 1968 auf dem besten Wege sei, sich zu einer Krise des deutsch-französischen Verhältnisses auszuwachsen, dem er über die Jahre hinweg besonders pflegliche Beachtung geschenkt hatte. In einer Aufzeichnung Bahrs vom 1. Oktober ist vermerkt: „Ahlers berichtet, daß der Kanzler zusammengebrochen, geschockt und in einem fast bemitleidenswerten Zustand sei. Der Außenminister, viel gelassener, habe ihn gestern regelrecht wieder aufrichten müssen ... Es sei ihm nun völlig klar, daß Frankreich es nicht ungern sieht, wenn die Bundesrepublik aus dem Osten angegriffen wird ... Er stehe vor den Trümmern seiner Frankreichpolitik." Bahr fügte noch hinzu: Die Frage, was nun geschehen solle, finde keine Antwort. Zwei Dinge aber habe der Kanzler begriffen: „Die Friedenspolitik muß fortgesetzt werden. Wir wollen und können nur etwas bekommen von den Russen. Sein vorherrschendes Gefühl gegenüber den Russen sei Angst."[61]

Auf die vielschichtigen Gründe der harten Gangart de Gaulles gegenüber Kiesinger kann hier nicht eingegangen werden. Mißstimmung wegen der deutschen Europa- und NATO-Politik, Groll wegen der Schwäche des Franc, Mißgunst darauf, daß die Bundesrepublik dank wirtschaftlicher Stärke für manche Ostblock-Staaten attraktiver war als Frankreich, Ärger über das Steckenbleiben seiner eigenen Entspannungspolitik, Einflüsterungen von sowjetischer Seite – alles kam wohl zusammen. Die Auffassung, daß es Kiesinger gelungen sei, das unter Erhard und Schröder zerrüttete deutsch-französische Verhältnis wieder einigermaßen ins Lot zu bringen, ist jedenfalls nur für einen eingeschränkten Zeitraum richtig. Wenn es dennoch nicht zu einer offenen Krise kam, so auch deshalb, weil die Ära de Gaulle am 28. April 1969 unerwarteterweise ein frühzeitiges Ende fand.

5. Die Krise in der ČSSR als Katalysator der deutschen Ostpolitik?

Internationale Krisen wirken häufig als Katalysator für Einstellungen und Tendenzen, die bereits längerfristig im Spiel waren. Erlauben die eben erörterten Beobachtungen die Feststellung, daß die ČSSR-Krise von 1968 für die künftige Evolution der Bonner Ostpolitik eine solche Rolle gespielt hat?

Zweifellos haben alle Beteiligten in Bonn aus den Vorgängen die Lehre gezogen, künftig auch den leisesten Anschein zu vermeiden, differenzierte Entspannungspolitik an der Sowjetunion vorbei betreiben zu wollen. Bundesaußenminister Brandt hat dies in einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Debré vorsichtig anklingen lassen, entsprechende Unterstellungen allerdings zugleich zurückgewiesen: „Bei einer nachträglichen Analyse der letzten Ereignisse sei wohl auch der Eindruck entstanden, daß die Bundesrepublik Moskau in letzter Zeit zu stark vernachlässigt habe. Es werde auch der Vorwurf erhoben, die Bundesrepublik habe ihre Kontakte vorzüglich mit solchen Ländern im Osten verstärkt, die selbst Schwierigkeiten mit

[61] Aufzeichnung Bahr, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 322, S. 1271.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sowjetunion hatten" – gedacht war dabei an Rumänien, Jugoslawien und natürlich die ČSSR[62]. Brandt wies zwar darauf hin, jeder wesentliche Schritt sei im vorweg dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt worden. Das gelte für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rumänien im Januar 1967, für die Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen mit der ČSSR im August 1967 und für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien im Januar 1968.

Vor allem Egon Bahr war es jetzt, der Brandt gegenüber nachdrücklich dafür plädierte, das Gespräch über die zentralen Streitfragen nun wieder in erster Linie mit der Sowjetunion zu führen. Die Ostpolitik Bonns, führte er Anfang Oktober 1968 in einer Aufzeichnung für die Spitze des Auswärtigen Amts aus, sei zuweilen als Parallelität der drei Ebenen Sowjetunion-Zwischen-Europa-DDR definiert worden. In der Öffentlichkeit sei der (objektiv falsche) Eindruck entstanden, als hätte sich die Politik der Bundesrepublik vornehmlich auf „Zwischen-Europa", insbesondere die ČSSR konzentriert. Tatsächlich habe sich gezeigt, daß das Verhalten der Bundesrepublik auf die Länder „Zwischen-Europas" einen stärkeren Einfluß ausübe als das Frankreichs. (Welche Länder außer der ČSSR nach Meinung Bahrs zu „Zwischen-Europa" gehörten, wurde in dieser Aufzeichnung nicht spezifiziert.) Die Sowjetunion sehe dies jedenfalls so und suche deshalb ihr Vorfeld abzuschirmen.

Da sich ohnehin keine Staatengruppe für eine Veränderung des Status quo in Europa einsetze, so Bahr weiter, wäre es jedoch riskant, seitens Bonns den Ländern „Zwischen-Europas" die Priorität zu geben. Ein Ansatz bei der DDR verbiete sich ohnehin. Aus dieser Analyse ergebe sich somit die Folgerung, bei Wiederaufnahme der Entspannungspolitik „der Sowjetunion die Priorität zuzuweisen". Dabei werde es dann aber wohl notwendig sein, „einige Elemente des Status quo zu akzeptieren"[63].

Dies waren zwar vorerst nur die Auffassungen eines Planers, der zugleich einfallsreich und einflußreich war. Sie verdeutlichen aber die Richtung, in die sich die Bonner Entspannungspolitik mittelfristig bewegen sollte, und beleuchten zugleich den Zusammenhang dieser Umorientierung mit der ČSSR-Krise von 1968. Die ganze Anlage der „neuen Ostpolitik" der späteren Regierung Brandt läßt erkennen, daß jeder Versuch unterlassen wurde, Ostpolitik gewissermaßen um die Sowjetunion herum zu machen. Die in der Bonner Außenpolitik seit Jahren strittige Frage, ob eine differenzierte Ostpolitik betrieben werden sollte oder ob es in der Tat geboten war, die von Moskau beanspruchte außenpolitische Oberaufsicht in den Warschauer-Pakt-Staaten in vollem Umfang anzuerkennen, wurde faktisch zu Gunsten peinlich genauer Beachtung der Dominanz Moskaus entschieden.

Das galt nicht bloß für die SPD mit Willy Brandt an der Spitze, sondern ebenso für Kiesinger. Dieser zögerte nicht, knapp zwei Wochen nach der Intervention des Warschauer Pakts dem grimmig auftretenden sowjetischen Botschafter gegenüber eine entsprechende Zusage zu geben. „Er wolle", bemerkte Kiesinger, „ganz deutlich folgendes feststellen: Er würde es als eine politische Torheit ersten Ranges ansehen,

[62] Gespräch zwischen Brandt und Debré, 27. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 313, S. 1215.
[63] Aufzeichnung Bahrs, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 324, S. 1279f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn irgendein westliches Land oder der Westen insgesamt versuchen wollten, das sozialistische Lager auseinanderzubrechen. Ein derartiger Versuch könne nur unheilvoll enden."[64]

Da sich im Herbst 1968 die Breschnew-Doktrin immer deutlicher herausschälte, bedeutete dies faktisch, die sowjetische These von der beschränkten Souveränität der Ostblock-Mitglieder zu respektieren. In diesem Punkt hat die Prager Krise in der Tat als Katalysator künftiger bundesdeutscher Ostpolitik gewirkt, und nicht nur der deutschen.

Ein weiteres Ergebnis, bei dem die Prager Krise in diesem Sinne wirkte, war die Erkenntnis, daß sich Bonn in einer sehr exponierten, extrem druckempfindlichen Position befand. Im Hochgefühl unkonventionellerer neuer Ostpolitik, mit dem die Regierung Kiesinger anfänglich im westlichen Entspannungsgeleitzug mitschwamm, ist die aus vielen Gründen gegebene Schwäche der Bundesrepublik zeitweilig verdrängt worden. Die Prager Krise, auch deren Nachspiel innerhalb der Allianz, vermittelte den maßgeblichen Politikern und Diplomaten erneut und nunmehr auf Dauer das Empfinden weitgehender Abhängigkeit. Johnsons zynische Hinnahme der Intervention bewies, daß die amerikanische Schutzmacht primär auf den Vietnamkrieg fixiert war, im übrigen aber Europapolitik vorwiegend unter dem Gesichtspunkt innenpolitischer Opportunität betrieb.

Es war auch erkennbar, daß die Regierung Johnson überhaupt nicht daran dachte, sich durch die Prager Vorgänge vom Abschluß des Nichtweiterverbreitungsvertrags abbringen zu lassen. Ein entschiedener Gegner dieses Vertrags wie NATO-Botschafter Wilhelm G. Grewe, der sich allerdings darüber im klaren war, welchem Druck die Bundesrepublik bei einer Nicht-Unterzeichnung ausgesetzt wäre, hatte in den ersten Wochen nach der Intervention noch zu bedenken gegeben: „Wenn jedoch ein taktisch günstiger Zeitpunkt gewählt wird – die Desillusionierung nach den Prager Ereignissen bietet sich als solcher an –, und wenn mit wirkungsvollen Argumenten operiert wird, so läßt sich diese Belastungsprobe im Kreise der Allianz durchstehen."[65] Zwei Wochen später mußte er aber berichten, daß der amerikanische UN-Botschafter George Ball keinen Zweifel daran ließ, daß der sowjetisch-amerikanische Dialog über die Rüstungskontrolle fortgesetzt und die Verhandlungen über ABM-Systeme und offensive strategische Nuklearwaffen aufgenommen werden müssen. Gegenüber den Argumenten Grewes und des NATO-Generalsekretärs Manlio Brosio, „es bedürfe einer gewissen Beruhigungszeit", entgegnete Ball, daß es für das Abwarten eine Grenze gebe[66].

Da die Sowjetunion und de Gaulle, mit etwas ausgeprägterer Souplesse auch die britische Diplomatie, auf eine deutsche Unterschrift drängten, hat die bei der tschechoslowakischen Krise zu Tage getretene Exponiertheit der Bundesrepublik die Bereitschaft zur schließlichen Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags verstärkt.

---

[64] Gespräch zwischen Kiesinger und Zarapkin, 2. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 277, S. 1070.

[65] Grewe an Ruete, 5. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 283, S. 1096.

[66] Grewe an das Auswärtige Amt, 19. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 307, 1188.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch bezüglich der entscheidenden deutsch-sowjetischen Differenzen über die Nicht-Anerkennung der DDR hat die Intervention wohl dazu beigetragen, die Evolution in Richtung einer vertraglich festgelegten Akzeptanz der DDR zu beschleunigen. Am weitesten ging dabei Egon Bahr, er äußerte sich in einem internen, für Bundesaußenminister Brandt bestimmten Memorandum am radikalsten: „Die Fiktionen, die wir immer weiter mit uns schleppen, werden von uns und anderen zu einem Strick gedreht, der uns erdrosseln kann. [Artikel] 53 und 107 sind dieselbe Schimäre wie das Fortbestehen Deutschlands als Ganzes. Beides steht auf dem Papier. Während wir aber nicht in der Lage waren, aus dem Papier Wirklichkeit werden zu lassen, beginnt nun die Sowjetunion, aus dem Papier Politik zu machen ... Weil wir die deutsche Frage offenhalten und die Teilung nicht legalisieren wollen, weil es keinen einheitlichen Friedensvertrag gibt, weil die Vier Mächte Sonderrechte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin behalten haben, führen alle diese Argumente, 23 Jahre nach dem Kriege, eine groteske Scheinexistenz."[67]

Bahr drängte nun nachdrücklich auf einen „Friedensvertrag für zwei deutsche Staaten"[68]. Er plädierte, wie schon erwähnt, für eine Wiederaufnahme des Dialogs mit Moskau und hatte kein Bedenken, als Ausgangspunkt einer Politik zur Überwindung des Status quo mittels Anerkennung desselben die Erklärung vorzuschlagen, „die DDR sei ein Staat"[69].

Immerhin hatte es aber den Anschein, als brauche man sich dabei nicht zu beeilen. Im Moment drängte vor allem die Sowjetunion, jetzt beunruhigenderweise unterstützt von de Gaulle, auf radikales Überdenken der deutschen Frage. Großbritannien hielt sich bedeckt, und die neugewählte amerikanische Regierung würde erst im Frühjahr 1969 handlungsfähig sein. Dann kamen die Bundestagswahlen mit vorerst noch nicht absehbarem Stärkeverhältnis zwischen den Unionsparteien und der SPD. Die Unionsparteien waren damals sicherlich noch nicht bereit, so weitgehende Konzessionen ins Auge zu fassen. Auch Brandt, der schließlich in die Große Koalition eingebunden war, taktierte sehr vorsichtig. Insgesamt aber hat die Krise in der ČSSR in Bonn die Auffassung verstärkt, es sei wohl bald an der Zeit, auch und vor allem in der „deutschen Frage" Ballast abzuwerfen, um den starken sowjetischen Druck loszuwerden, der die Verbündeten zunehmend irritierte.

Eigentlich hätte die Intervention des Warschauer Pakts auch zum Katalysator einer Wiederbelebung der NATO werden können. Unter den Parteien der Regierungskoalition wurde dies vor allem im Unions-Lager erhofft. Bundeskanzler Kiesinger beispielsweise eröffnete am 11. Oktober 1968 dem amerikanischen Verteidigungsminister Clark Clifford, er sei davon überzeugt, daß man „an einem entscheidenden Augenblick der Geschichte angekommen sei, der vielleicht zum letzten Mal die Chance biete, gemeinsam das Erforderliche zu tun"[70]. Er verwies dabei auf die Äußerung ei-

[67] Aufzeichnung Bahr, 11. 9. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 293, S. 1132f.
[68] Ebenda, S. 1133.
[69] Aufzeichnung Bahr, 1. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 324, S. 1280.
[70] Gespräch zwischen Kiesinger und Clifford, 11. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 335, S. 1314.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nes europäischen Ministerpräsidenten: „die Russen seien töricht gewesen, denn hätten sie zwei Jahre gewartet, so wäre von der NATO nichts mehr übrig gewesen."[71] Er jedenfalls sei überzeugt, „wir lebten in der schrecklichen Gefahr, daß der Westen zu rasch bereit sein könnte, die beträchtlichen Opfer, die zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsposition erforderlich seien, zugunsten anderer wünschenswerter Ziele im Sinne der modernen Wohlfahrtspolitik aufzugeben"[72]. Bei Kiesinger spielte zudem immer auch die Überlegung eine Rolle, Moskau könne mit Blick auf die ständig zunehmenden Spannungen mit der Volksrepublik China versucht sein, vor dem Ausbruch eines militärischen Konflikts mit den Chinesen in Europa eine vielleicht gleichfalls durch Gewaltanwendung gekennzeichnete Vorfeldbereinigung vorzunehmen[73].

Wie schon ausgeführt, brachte jedoch die Regierung Kiesinger selbst nicht die Kraft auf, den Verteidigungshaushalt zu erhöhen. Nachhaltigere Initiativen zur Verstärkung der NATO verboten sich kurzfristig vor allem auch deshalb, weil sich die USA mitten im Präsidentschaftswahlkampf befanden. Zudem hätte jeder energische Versuch in dieser Richtung den Bruch mit de Gaulle noch vertieft. In puncto Revitalisierung der NATO hat somit die ČSSR-Krise keine größere Rolle gespielt.

Dasselbe gilt für das allgemeine Verhältnis der Bundesrepublik zu den USA, doch ebenso zu Frankreich. In Washington ging die Ära der Präsidenten aus den Reihen der Demokraten zu Ende, in Frankreich die Ära de Gaulle. Als schließlich Nixon in Washington und Mitte 1969 Pompidou in Frankreich die Zügel in die Hand nahmen, gehörte die ČSSR-Krise von 1968 schon der Vergangenheit an. Im Frühjahr 1969 wurde die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei wieder erbarmungslos gleichgeschaltet. Alexander Dubček, der als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei zusehends nur noch ein Schattendasein geführt hatte, mußte Gustav Husák weichen. Josef Smrkovský wurde trotz öffentlicher Selbstkritik aus dem Parteipräsidium entfernt. Selbst der berühmte Olympiasieger Oberst Emil Zatopek, der es gewagt hatte, den Einmarsch des Warschauer Pakts scharf zu kritisieren, wurde degradiert. Im August 1969 herrschte in der ČSSR erneut politische Friedhofsruhe.

Auch das politische Bonn war schon längst wieder zur Tagesordnung übergegangen. Künftig wurde es hier als eine bleibende Lehre der tschechoslowakischen Krise verstanden, daß man zu Reformkommunisten oder zu offen protestierenden Dissidenten deutliche Distanz zu halten habe. Geboten und erlaubt schien allenfalls die Bitte gegenüber den repressiven Autoritäten um menschliche Behandlung oder Expatriierung im Einzelfall. So hat sich Bonn gegenüber den Unterzeichnern der Charta 77, gegenüber den „Helsinki-Gruppen" in der Sowjetunion und 1980/81 gegenüber „Solidarność" verhalten. Auch in dieser Hinsicht wirkte die ČSSR-Krise von 1968 als Katalysator für Ängstlichkeiten, die zwar zuvor schon ersichtlich waren, von nun aber verhaltensbestimmend wurden und die Bonner Entspannungspolitik bis in die Jahre des Umbruchs 1989/90 kennzeichneten.

---

[71] Ebenda.

[72] Ebenda, S. 1315.

[73] Siehe Gespräch zwischen Kiesinger und Franco, 29. 10. 1968, in: AAPD 1968, Dok. 357, S. 1395f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETER ZIEGLER

DIE VERDRÄNGUNG DER JUDEN AUS DER DRESDNER BANK 1933–1938

Nach Hitlers Machtergreifung begannen für die deutschen Juden bittere Jahre der Verfolgung und Unterdrückung. Dieser Prozeß, der schließlich im millionenfachen Mord gipfelte, ist von der deutschen und internationalen Geschichtswissenschaft intensiv erforscht worden[1]. Ein Aspekt aber, nämlich die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen von Juden nach 1933, ist dabei etwas unterbelichtet geblieben. Vor allem gilt dies für den Bereich der Privatwirtschaft, schon weil es hier meist nicht einfach war, an die wirklich einschlägigen Quellen heranzukommen.

Unternehmensarchive standen bis in die jüngste Zeit hinein sehr selten zur Verfügung. Die Forschung bezog sich deshalb vielfach nur auf die Verdrängung der Juden aus den Unternehmensleitungen (Inhaber bedeutender Personengesellschaften sowie Vorstände und Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften), die prominent genug waren, daß sich ihr Schicksal auch in anderen Quellen widerspiegelte[2], während die mittlere und untere Ebene kaum in den Blick genommen wurde.

Die jüngsten Diskussionen um die Gewinne, die deutsche Unternehmen aus der Beschäftigung von Zwangsarbeitern oder etwa dem Handel mit geraubten jüdischen Vermögenswerten während des Dritten Reichs erzielten, haben dazu geführt, daß zahlreiche Unternehmen den Zugang zu ihren Unterlagen wesentlich erleichterten und damit der historischen Forschung ganz neue Möglichkeiten eröffneten. So beauftragte etwa die Dresdner Bank Ende 1997 das Hannah-Arendt-Institut in Dresden damit, ihre Geschichte während des Nationalsozialismus zu erforschen. Gleichzeitig gestattete sie es den Forschern, mit allen sich in ihrem Besitz befindlichen, aber bis-

[1] Die jüngst erschienenen Darstellungen zur Geschichte der Juden im Dritten Reich, die einen guten Überblick des aktuellen Forschungsstandes bieten, belegen diese Forschungslücke eindeutig. Vgl. Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1, München 1998, S. 21 ff., sowie Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998, S. 23 ff.

[2] Vgl. allgemein Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1987, sowie Peter Hayes, Big Business and „Aryanization" in Germany, 1933–1939, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3 (1994), S. 254 ff.; zur „Entjudung" des Bankwesens vgl. Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich" 1933–1939, Bonn 1995, S. 220 ff., sowie Albert Fischer, Jüdische Privatbanken im „Dritten Reich", in: Scripta Mercaturae 28 (1994), S. 1 ff.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lang weitgehend unerschlossenen und im Unternehmen verstreut aufbewahrten Quellen zu arbeiten[3]. Der vorliegende Aufsatz ist ein erstes Ergebnis.

Als besonders ergiebig erweisen sich die im sogenannten Altbankarchiv in Berlin verwahrten Archivalien. Dort lagert neben typischer Altbanküberlieferung (Kontoauszügen, Depotkarten) eine Fülle von Akten, die für die zeithistorische Forschung von großem Interesse ist. Das Kernstück dieses Bestandes bildet die Überlieferung von Konsortial-Abteilung, Industriebüro und Personal-Sekretariat. Die erhaltenen Unterlagen des Personal-Sekretariats erlauben es beispielsweise, die „Entjudung" einer deutschen Großbank für alle Hierarchieebenen von der Geschäftsleitung über die Filialdirektionen bis zu den Sekretärinnen und Büroboten zu rekonstruieren. Dabei ist hervorzuheben, daß die Vorgänge bei der Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank wohl kaum als typisch für die „Entjudung" der deutschen Wirtschaft anzusehen sind, da sich die Bank von Mitte 1931 bis Ende 1937 überwiegend im Besitz der öffentlichen Hand befand und eine staatliche Einflußnahme auf die Personalpolitik des Unternehmens deswegen viel direkter möglich war als in der Privatwirtschaft. Für das Bankwesen, in dem der Anteil der jüdischen Beschäftigten Anfang der dreißiger Jahre außergewöhnlich hoch war[4], dürfte die Entwicklung aber durchaus repräsentativ gewesen sein, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Staat aufgrund seiner Mehrheitsbeteiligungen seit der Bankenkrise 1931 neben den zahlreichen öffentlichen Banken auch viele andere bedeutende und ehemals rein private Kreditinstitute direkt beeinflußen konnte.

Die Bankenkrise setzte einer gut zwei Jahrzehnte währenden Konzentrationsperiode im deutschen Bankwesen ein vorläufiges Ende. Die Dresdner Bank war sowohl zu Beginn dieser Periode als auch nach der Bankenkrise die zweitwichtigste Bank in Deutschland. Diese Position war zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung insofern noch stärker, als nun nicht mehr, wie zu Beginn des Jahrhunderts, acht Berliner Großbanken existierten, sondern nur noch drei (die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank und die Commerz- und Privatbank)[5].

---

[3] Mit vertraglicher Vereinbarung vom 17. 11. 1997 beauftragte die Dresdner Bank AG das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden „mit der Erarbeitung einer zeithistorischen Studie über die Geschichte der früheren Dresdner Bank unter besonderer Berücksichtigung auch der Jahre vor 1933 und der Nachkriegszeit bis zur sogenannten Großbankengesetzgebung". Nach diesem Vertrag arbeitet das Institut „in vollständiger wissenschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit" und hat „freien Zugang" zu allen von der Bank „verwahrten historisch relevanten Unterlagen". Dem Fachbeirat für das Projekt gehören Christoph Buchheim (Mannheim), Saul Friedländer (Los Angeles/Tel Aviv), Harold James (Princeton), Hans Mommsen (Bochum) und Alice Teichova (Cambridge/Wien) an.

[4] Vgl. Alfred Marcus, Die Juden im deutschen Bankwesen, in: Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik N. F. 1 (1930), S. 339ff.; ders., Die wirtschaftliche Krise der deutschen Juden, Berlin 1931, S. 47ff.; Jacob Lestschinsky, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums, Berlin 1932, S. 90ff.

[5] Die Berliner Handels-Gesellschaft konnte in den dreißiger Jahren nicht mehr als Großbank angesehen werden, da sie in der Vergangenheit auf Übernahmen weitgehend verzichtet und auch kein Filialnetz aufgebaut hatte.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alle drei verbliebenen Großbanken hatten im Laufe der Jahre neben zahlreichen Provinzbanken mindestens eine andere Großbank übernommen, wobei die Dresdner Bank 1932 mit der expansivsten aller Großbanken der Weimarer Republik, der Darmstädter und Nationalbank (Danat Bank), fusionierte.

Die Dresdner Bank war 1872 durch die Umwandlung des jüdischen Bankhauses Michael Kaskel in eine Aktiengesellschaft entstanden. Sie galt seit ihrer Gründung als *das* „jüdische" Institut unter den Großbanken, was sich besonders an der Präsenz von Juden in den führenden Positionen ablesen läßt: Eugen Gutmann, der Sohn eines jüdischen Privatbankiers aus Dresden und Gründer der Dresdner Bank, saß 48 Jahre lang in deren Vorstand, zunächst als einziges Vorstandsmitglied und später als primus inter pares. Henry Nathan, Gutmanns Nachfolger als Vorstandssprecher, brachte es auf 35 Vorstandsjahre. Neben zahlreichen weiteren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern waren auch die Aufsichtsratsvorsitzenden Felix Freiherr von Kaskel (1872–1894), Eduard Arnhold (1925), Gustav von Klemperer (1926) und Fritz Andreae (seit 1926) jüdischer Herkunft. Nach 1933 brach diese Tradition ab. Innerhalb weniger Jahre mußten nicht nur die jüdischen Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat die Bank verlassen, auch die Belegschaft wurde bis Ende des Jahres 1937 weitgehend „judenfrei" gemacht.

Die folgende Untersuchung will nicht nur diese Ereignisse nachzeichnen, sondern sie möchte auch eine Antwort auf die Frage geben, wie die Verdrängung der jüdischen Mitarbeiter rechtlich, organisatorisch und auch menschlich ablief und weshalb die Säuberung so lautlos vonstatten gehen konnte. Damit weist sie über den rein unternehmensgeschichtlichen Rahmen hinaus. Denn sie läßt Rückschlüsse darüber zu, wer die treibenden Kräfte dieser antijüdischen Maßnahmen waren, welche Handlungsspielräume die seitens der Bank Beteiligten daran hatten und warum die Mehrheit der nichtjüdischen Angestellten passiv blieb.

1. Die Ausgangssituation

Ohne die Machtergreifung der Nationalsozialisten wäre es nicht zur „Entjudung" der Dresdner Bank gekommen; der 30. Januar 1933 ist in diesem Zusammenhang das alles entscheidende Datum. Für ihre rasche und lautlose Umsetzung spielt jedoch auch ein anderer Tag, der 12. Juli 1931, eine gewisse Rolle. An diesem Sonntag konnten sich Vertreter der Großbanken, der Sparkassen und der Großindustrie mit Reichskanzler Brüning und Reichsbankpräsident Luther nicht auf eine erfolgreiche Strategie zur Isolierung der Zahlungsprobleme der Danat Bank verständigen, die in den vergangenen Jahren langfristige Kredite größten Umfangs durch die Hereinnahme kurzfristiger Gelder vergeben und damit die Grundregeln der Liquiditätssicherung verletzt hatte. Als die Schuldner, allen voran die bankrotte Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei AG in Bremen (Nordwolle), diese Kredite nicht zurückzahlen konnten, schwand das Vertrauen des Publikums in die Bank. Dieser Vertrauensverlust betraf aber nicht nur die Danat Bank,

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deren Schalter am 13. Juli geschlossen blieben, sondern die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt.

Die Nachricht von der Schließung der Danat Bank-Schalter löste deshalb sofort einen Run auf die Schalter der anderen Kreditinstitute aus. Besonders betroffen davon war die Dresdner Bank, die mit der Danat Bank seit 1930 in einer losen Interessengemeinschaft verbunden und ihrerseits in den Zusammenbruch der Nordwolle verwikkelt war. Die Dresdner Bank konnte diesem Druck nicht standhalten, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, Banken und Börsen geschlossen zu halten, um den Zusammenbruch des deutschen Bankensystems zu verhindern. Reichskanzler Brüning kündigte bereits während der Krisensitzung am 12. Juli an, daß eine wie auch immer geartete staatliche Garantie für Kreditinstitute mit Liquiditätsschwierigkeiten mit der Maßgabe verbunden werden würde, die Gehälter der leitenden Angestellten der betroffenen Banken mit sofortiger Wirkung herabsetzen zu können[6]. Die Absicht dieser Drohung war klar. Gehaltskürzungen konnten weder kurz- noch mittelfristig zur Verbesserung der Liquidität der Bankhäuser beitragen. Brüning, der sich durch die hinhaltende Taktik der Vertreter insbesondere der Danat Bank und der Dresdner Bank im Vorfeld der Krise auch persönlich getäuscht fühlte, wollte aber durch demonstratives hartes Durchgreifen den erwarteten politischen Schaden in Grenzen halten.

Tatsächlich ermächtigte eine am 13. Juli 1931 erlassene Notverordnung, in der die Reichsregierung eine Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Danat Bank übernahm, die Regierung bzw. die von ihr bestellten Treuhänder, „Dienstverträge, die die Bank geschlossen hat, [...] zu kündigen."[7] Damit konnte die Regierung erstmals unmittelbar in die Dienstverhältnisse privater Banken eingreifen – ein Präzedenzfall, der für die Verdrängung der Juden von großer Bedeutung war.

Die Dresdner Bank war bald in einer solchen Lage. Denn während im Fall der Danat Bank die Zahlungsfähigkeit Anfang August 1931 dank der Übernahme der im Eigenbesitz befindlichen Aktien durch ein Konsortium der Schwerindustrie vorübergehend als gesichert angesehen werden konnte, scheiterten bei ihr alle Versuche, ihr durch ein Konsortium privater Banken neues Kapital zuzuführen. Die Reichsregierung sah sich deshalb gezwungen, 300 Mio. RM Vorzugsaktien der Dresdner Bank zu zeichnen, die damit angesichts eines Grundkapitals von nur 100 Mio. RM aufhör-

[6] Zum Verlauf der Krisensitzung vom 12. 7. 1931 vgl. die mit vielen Details versehene Darstellung von Walther Frisch, Die Dresdner Bank von Versailles bis Hitler, unveröffentlichtes Manuskript aus dem Frühjahr 1959, in: Historisches Archiv der Dresdner Bank, Frankfurt (künftig: HADrBk Frankfurt), S. 76ff. Diese Erinnerungen eines beteiligten Dresdner Bank-Vertreters müssen allerdings wegen ihres apologetischen Charakters durch die Auswertung der staatlichen Überlieferung in Karl Erich Borns Standardwerk im Einzelfall überpüft werden. Vgl. ders., Die deutsche Bankenkrise 1931, München 1967, S. 102ff.

[7] Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. 7. 1931 (RGBl. I, S. 359) sowie Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. 7. 1931 (RGBl. I, S. 359f.).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

te, eine private Bank zu sein. Vorstand, Aufsichtsrat und Altaktionäre hatten keine Möglichkeit, diese halbe Verstaatlichung zu verhindern[8]. Nur auf diese Weise war das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Bank wiederherzustellen.

Mit dem staatlichen Kapitalzufluß kamen auf die Bank mehrere Probleme zu. Zum einen war zu erwarten, daß der neue Großaktionär eine Fusion mit der Danat Bank und möglicherweise sogar mit einer weiteren Bank auch gegen den Willen des Vorstandes durchsetzen würde. Zum anderen erzwang die Regierung den Rücktritt des gesamten Vorstandes und machte von Anfang an klar, daß nur ein Teil der sechs alten Vorstandsmitglieder mit einer neuerlichen Berufung rechnen konnte.

Insbesondere in der Frage der personellen Veränderungen in den Vorständen der Großbanken konnte sich die Regierung Brüning breiter öffentlicher Unterstützung sicher sein. Fast einhellig forderte die Presse personelle Konsequenzen. Im Mittelpunkt der Kritik standen bei der Dresdner Bank Herbert Gutmann wegen seines ungeschickten Agierens gegenüber der Reichsregierung und Paul Schmidt-Branden, der die Dresdner Bank bei der Nordwolle vertreten hatte[9]. Tatsächlich wurden drei der sechs Vorstandsmitglieder (neben Gutmann und Schmidt-Branden auch Georg Mosler) nicht wieder berufen. An ihre Stelle trat zur großen Überraschung der Presse das Vorstandsmitglied der Commerz- und Privatbank Carl Goetz, wodurch sofort Spekulationen über eine bevorstehende Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank ausgelöst wurden[10].

Dazu kam es bekanntlich nicht, aber der Eingriff des Staates war auch so radikal genug[11]. Denn mit dem personellen Revirement wurde gleichzeitig das Machtgefüge

---

[8] Die außerordentliche Generalversammlung vom 29. 8. 1931 genehmigte – wie erwartet – die Erhöhung des Aktienkapitals auf 400 Mio. RM und stimmte damit der Übernahme der Aktienmehrheit durch das Reich zu. Die Erwartung der Versammlung, die Reichsregierung möge den privatwirtschaftlichen Charakter der Bank unangetastet lassen, formulierte „unter lebhafter Zustimmung aus der Versammlung" bezeichnenderweise kein Vertreter der Bank selber, sondern ein einfacher Aktionär aus Zürich. Vgl. Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. 8. 1931, (unpaginiert) S. 2 sowie Anlage E, in: Altbankarchiv der Dresdner Bank, Berlin (künftig: AADrBk), 4. Etage, Regal 21, Konsortial-Abteilung, Akte „Dresdner Bank betr. Generalversammlungen".

[9] Vgl. hierzu die Presseübersicht der Reichsbank von Anfang August 1931 in: Bundesarchiv (künftig: BA Berlin), Bestand Reichsbank, R 2501–1182.

[10] Genährt wurden diese Spekulationen durch die Wahl des ehemaligen Vorstandsmitglieds der Commerz- und Privatbank, Gustav Pilster, in den Aufsichtsrat der Dresdner Bank. So kommentiert die Deutsche Bergwerkszeitung am 1. 9. 1931: „Von Fusionsplänen Commerzbank-Dresdner Bank ist bei der letzteren nichts bekannt. Immerhin sind zwei Personen aus dem Bereich der Commerzbank in die Verwaltung der Dresdner Bank eingetreten, der eine in den Vorstand, der andere in den Aufsichtsrat. Der Commerzbank würde es schon behagen, die Dresdner Bank zu schlukken."

[11] Neben dem Vorstand wurde auch der Aufsichtsrat nicht nur verkleinert, sondern ebenfalls neu besetzt. Von den 26 zurückgetretenen Mitgliedern wurden auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 29. August nur neun wiedergewählt. Unter den acht neuen Mitgliedern fanden sich in erster Linie Vertreter des Reiches. Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 29. 8. 1931, (unpaginiert) S. 3f., in: AADrBk, 4. Etage, Regal 21, Konsortial-Abteilung, Akte „Dresdner Bank betr. Generalversammlung".

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

innerhalb des Vorstandes grundlegend verändert. Die drei von der „alten" Dresdner Bank übernommenen Vorstandsmitglieder mußten ins zweite Glied treten, während Carl Goetz gleich die Position des (informellen) Vorstandssprechers erhielt[12]. Neben Goetz trat etwa ein halbes Jahr später noch das Vorstandsmitglied der staatlichen Reichskreditgesellschaft, Samuel Ritscher, in den Vorstand der Dresdner Bank ein, nachdem er bereits im August 1931 in den Aufsichtsrat gewählt worden war. Trotz ihrer guten Beziehungen zur Regierung Brüning waren aber auch Goetz und Ritscher zu Beginn des Jahres 1932 nicht mehr in der Lage, dem staatlichen Drängen auf eine Fusion mit der Danat Bank zu widerstehen.

Mit der Übernahme der Danat Bank wurde im April 1932 zum zweiten Mal innerhalb von etwas mehr als einem halben Jahr das Personalkarussell bei der Dresdner Bank in Gang gesetzt. Aus der Danat Bank wurden nämlich deren ehemaliger Geschäftsinhaber Siegmund Bodenheimer sowie einer der beiden Treuhänder des Reiches bei der Danat Bank, der ehemalige Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Karl Bergmann, in den Vorstand der Dresdner Bank gewählt. Die Wahl von Jakob Goldschmidt, dem umstrittensten Bankier der Weimarer Republik, konnte zwar abgewendet werden[13]. Aber immerhin trat Goldschmidts „rechte Hand", der Direktor der Danat Bank Walter Bernhard, als stellvertretendes Vorstandsmitglied („A-Direktor") in die Dresdner Bank ein[14].

Dabei blieb es nicht. Mit der Fusion waren noch weit tiefgreifendere Konsequenzen verbunden. Der Sinn der Fusion bestand ja gerade darin, das „übersetzte" deutsche Bankwesen zu verkleinern. Auf allen Ebenen mußte Personal abgebaut werden. Besonders dramatisch wirkte sich dies bei den Filialen aus. Denn an den meisten größeren Orten waren beide Banken mit jeweils einer Filiale präsent gewesen. Vor der Bankenkrise verfügte die Dresdner Bank über 103 Niederlassungen sowie 121 Depositenkassen, die Danat Bank über 111 Niederlassungen und 110 Depositenkassen. Durch die Fusion wurden innerhalb kürzester Zeit an 52 Plätzen die Geschäfte der einen Filiale auf die andere übertragen. Ähnlich sah die Entwicklung bei den Depositenkassen aus; ihre Zahl ging um 66 auf 165 zurück[15]. Diese Maßnahmen setzten Per-

---

[12] Besonders bitter muß dieser Vorgang für den ehemaligen Vorstandssprecher Henry Nathan gewesen sein. Dieser war im Vorfeld der außerordentlichen Hauptversammlung von Reichsbankvizepräsident Dreyse intern heftig abgekanzelt worden. Vgl. Frisch, Dresdner Bank, S. 90. Auf der Versammlung trat Nathan dann auch nicht in Erscheinung.

[13] Abgesehen von seiner Außenseiterposition als sozialer Aufsteiger war Goldschmidt insbesondere deswegen nicht zumutbar gewesen, weil er, nachdem er im Mai 1931 durch seinen Rechnungsprüfer Dörner von den umfangreichen Bilanzfälschungen bei der Nordwolle erfahren hatte, seinen Aufsichtsratskollegen Schmidt-Branden von der Dresdner Bank nicht davon unterrichtet und damit der Möglichkeit beraubt hatte, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Vgl. hierzu ausführlich Gerald D. Feldman, Jakob Goldschmidt, the History of the Banking Crisis of 1931, and the Problem of Freedom of Manoeuvre in the Weimar Economy, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Festschrift für Knut Borchardt, Baden-Baden 1994, S. 307 ff.

[14] Vgl. hierzu die Protokolle der Vorstandssitzungen 1932, in: HADrBk Frankfurt.

[15] Alle Zahlenangaben aus: Hans G. Meyen, 120 Jahre Dresdner Bank, Frankfurt a. M. 1992, S. 96 f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonal frei, das an anderer Stelle nicht unterzubringen war. Die Mitarbeiterzahl verringerte sich so zwischen Ende 1930 und Ende 1932 von zusammen knapp 15 400 Personen auf rund 11 000 Personen[16].

Um die innerbetriebliche Akzeptanz einer solch radikalen Politik zu gewährleisten, wurden bereits in der ersten Bilanz nach der Fusion 20 Mio. RM bereitgestellt. Dieser Fonds ermöglichte einen gemessen an den Umständen sozial verträglichen Personalabbau. Denn nach einer mit der Betriebsvertretung ausgehandelten Richtlinie für den Personalabbau wurden nach Möglichkeit keine Kündigungen ausgesprochen, sondern alle Angestellten über 50 Jahre und mit mindestens 15 Dienstjahren (bei der Dresdner Bank oder ihren Rechtsvorgängerinnen) konnten von der Bank pensioniert werden. Die Pension sollte dabei (je nach Dienstalter) mindestens die Hälfte und höchstens zwei Drittel des regulären Einkommens betragen. Außerdem konnten Angestellte im Alter von 45 bis 50 Jahren „auf Wartegeld" gesetzt werden, das 75 Prozent der Bezüge betrug. Ferner verpflichtete sich die Bank, keine Neueinstellungen vorzunehmen, ehe nicht alle Wartegeldempfänger wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt waren. Sogar Lehrlinge durften nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betriebsvertretung eingestellt werden.

Nur wenn auch diese Maßnahmen nicht ausreichten, konnten Kündigungen ausgesprochen werden. Allerdings war dabei „auf die sozialen Verhältnisse und bestehenden Unterhaltspflichten der zur Entlassung kommenden Angestellten sowohl hinsichtlich ihrer Auswahl wie auch hinsichtlich der Höhe ihrer Abfindung vollste Rücksicht zu nehmen". In der Regel lag die Abfindung bei einem Monatsgehalt pro Dienstjahr, mindestens jedoch bei einem halben Jahresgehalt. Verheiratete erhielten zusätzlich ein Vierteljahresgehalt[17]. Diese Regelungen, die auch von den Angestelltenverbänden als das Äußerste bezeichnet wurden, was „die Lage der Bank irgendwie zuläßt"[18], wurden – und das ist für die weitere Geschichte des „Personalabbaus" sehr wichtig – bis zum 30. September 1933 befristet.

Wie viele Angestellte der Dresdner Bank in den 18 Monaten nach der Fusion als sogenannte Abbaupensionäre in den Ruhestand versetzt wurden, konnte nicht ermittelt werden. Im Oktober 1938 betrug die Zahl der Abbaupensionäre aber immerhin noch 687[19]. Ende 1932 dürfte ihre Zahl erheblich höher gelegen haben, denn alle tariflich bezahlten Angestellten kamen nur bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres in den Genuß der Abbaupension. Geht man von einer gleichmäßigen Verteilung der Abbaupensionäre des Jahres 1932 auf das sechste Lebensjahrzehnt aus, hätten sechs Jahre später 60 Prozent aller Pensionäre die Statistik des Abbaufonds verlassen. In diesem Fall dürfte ihre Zahl ursprünglich etwa 1500 Personen betragen haben. Sofern

[16] Vgl. ebenda, S. 94.

[17] „Richtlinie für den durch die Fusion mit der Danat Bank bedingten Personalabbau", undatiert (handschriftlicher Vermerk 19. 3. 1932), in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat, Akte „Direktionsnotizen über die Versorgung von Angestellten".

[18] Flugblatt der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe e. V., datiert April 1932, in: Ebenda.

[19] Betr.: Abbau-Fonds – Durchschnittsalter der Pensionäre, Stand 1. 10. 1938, in: Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorzugsweise Endfünfziger pensioniert wurden, lag die Zahl sogar noch höher. Angesichts einer Personalstärke von knapp 15 400 Personen vor der Fusion muß folglich ein sehr großer Teil der älteren Angestellten von der Pensionierungswelle betroffen gewesen sein.

Diese Vermutung wird durch eine Untersuchung der Altersstruktur der Filialdirektoren bestätigt. Am 1. Januar 1933 waren nur etwa 35 Prozent der Direktoren älter als 50 Jahre. Drei Jahre vorher waren es noch knapp 50 Prozent gewesen[20]. Auch die Bank selbst hob später gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium hervor, daß der Anteil ihrer Angestellten, die über vierzig Jahre alt waren, Anfang 1937 mit 33 Prozent deutlich unter dem Vergleichswert der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft lag, weil die Dresdner Bank 1931 nach Möglichkeit auf Entlassungen verzichtet und „den Abbau in der Weise vorgenommen [hatte], daß [ältere Angestellte] [...] durch Ruhegehaltsbezüge und Wartegeld von uns versorgt wurden"[21]. Berücksichtigt man ferner, daß der Personalabbau auch eine gewaltige Personalumschichtung nach sich ziehen mußte, wird deutlich, wie durchgreifend und wie alle Bereiche der Bank betreffend der Personalabbau gewesen sein muß. Für die verbliebenen Angestellten der Dresdner Bank bedeutete das, daß sie sich Ende 1932 in einer personell vollkommen veränderten Umwelt wiederfanden.

2. „Entjudung" vor der Machtergreifung?

Die Frage ist, ob mit dem personellen Umbruch der Jahre 1931/32 auch eine Verschiebung der konfessionellen Verteilung der leitenden Angestellten der Bank verbunden war. Peter Hayes hat ja die These aufgestellt, daß es möglicherweise schon vor der Machtergreifung erste Ansätze einer „Entjudung" von Unternehmensleitungen gegeben habe[22]. Für den Vorstand der Dresdner Bank kann diese These nicht bestätigt werden. Im Juli 1931 waren vier der sechs Vorstandsmitglieder jüdischer Herkunft. Nach der außerordentlichen Hauptversammlung im August 1931 waren es zwei (von vier) und nach der Fusion mit der Danat Bank wieder vier (von sieben) Vorstandsmitglieder. Als Henry Nathan im November 1932 starb, wurde kein neues Mitglied berufen, so daß zum Zeitpunkt der Machtergreifung mit Wilhelm Kleemann, Samuel Ritscher und Siegmund Bodenheimer drei der sechs Vorstandsmitglieder jüdischer Herkunft waren. Zwei von ihnen waren nach der Bankenkrise berufen worden, während in dieser Zeit kein Jude den Vorstand mehr verlassen mußte. Auch wenn man die gesamte Geschäftsleitung in den Blick nimmt, kann von einer

[20] Berechnung nach den Personallisten der Filialdirektoren 1. 1. 1933 und 1. 4. 1930, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat.

[21] Dresdner Bank, Personal-Abteilung an Ministerialrat Dr. Koehler „betr. Unterbringung älterer Angestellter; 5. Anordnung über den Arbeitseinsatz in dem Vierjahresplan vom 7. 11. 1936" vom 20. 5. 1937, in: Aufbewahrungszentrum von historischen und dokumentarischen Sammlungen (künftig: Sonderarchiv Moskau), Bestand Reichswirtschaftsministerium 1458-1-550, Bl. 126f.

[22] Hayes, Big Business, S. 254ff.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Entjudung" vor der Machtergreifung keine Rede sein. Denn außer den drei genannten Vorstandsmitgliedern waren am 30. Januar 1933 sechs der acht „A-Direktoren" bzw. Generalbevollmächtigten jüdischer Herkunft, d. h. neun von vierzehn Mitgliedern der Geschäftsleitung sollten von der „Judenpolitik" der neuen Regierung betroffen werden[23].

Das Gleiche gilt für die leitenden Angestellten in den Filialen[24]. Am 1. April 1930 waren insgesamt 782 Personen bei den Filialen und Depositenkassen in leitender Funktion (Filialdirektoren, stellvertretende Filialdirektoren, Prokuristen, Bevollmächtigte und Depositenkassenvorstände) beschäftigt. Davon waren 537 Personen (69 Prozent) protestantisch, 163 Personen (21 Prozent) katholisch und 81 Personen (10 Prozent) jüdisch (einschließlich zwei Dissidenten, womit die gemeint sind, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten). Trotz Fusion und Personalabbau änderte sich diese Relation bis Anfang 1933 kaum. Vor der Machtergreifung waren unter den 1170 leitenden Filialangestellten 787 Personen (67 Prozent) protestantisch, 272 Personen (23 Prozent) katholisch und 111 Personen (10 Prozent) jüdisch (einschließlich fünf Dissidenten). Dieser Personenkreis umfaßte jeweils etwa 10 Prozent aller Mitarbeiter der Dresdner Bank, von denen freilich nicht auf die Gesamtbelegschaft geschlossen werden kann. Denn je höher die Hierarchiestufen im Unternehmen waren, desto größer wurde der Anteil der jüdischen Mitarbeiter. Bei den Filialdirektoren lag der Anteil der Juden sowohl 1930 als auch vor der Machtergreifung mit 19 und 18 Prozent deutlich über dem der Juden an allen leitenden Filialangestellten.

Auch eine Untersuchung der größeren Filialen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil jüdischer Angestellter bestätigt das. Während in Breslau vor der Machtergreifung gut jeder zweite der insgesamt 45 leitenden Angestellten einer christlichen Konfession angehörte, waren in der elfköpfigen Filialleitung (Filialdirektoren, stellvertretende Filialdirektoren und Abteilungsleiter) nur ein stellvertretender Direktor und ein Abteilungsleiter Christen. Alle anderen waren Juden. Ähnlich – wenn auch bei einem insgesamt etwas niedrigeren Anteil jüdischer Angestellter – war die Situation in einigen anderen schlesischen Filialen sowie in Frankfurt a. M., Mannheim und Nürnberg.

Der Anteil jüdischer Angestellter war übrigens in den Städten besonders hoch, wo es große jüdische Gemeinden gab (Breslau, Frankfurt a. M.). Da auch in Berlin eine große jüdische Gemeinde existierte, erscheint die Berechnung von Christopher Kopper durchaus plausibel, der unter Zuhilfenahme von Nachkriegsdaten auf einen Anteil der jüdischen an allen Berliner Angestellten von knapp 6 Prozent kam[25]. Etwa so hoch dürfte auch die Quote der Juden an der Gesamtbelegschaft der Dresdner Bank vor der Machtergreifung gelegen haben, denn in Berlin (Zentrale einschließlich

[23] Vgl. hierzu die Aufstellung aus dem Jahr 1950, in: HADrBk Frankfurt, Akte „Berlin Hist.".

[24] Dem folgenden Abschnitt liegen eigene Berechnungen nach den Personallisten der leitenden Angestellten in den Filialen am 1. 4. 1930 sowie am 1. 1. 1933 zugrunde, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat.

[25] Vgl. Kopper, Marktwirtschaft, S. 222.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Depositenkassen) waren etwa 40 Prozent aller Mitarbeiter der Dresdner Bank beschäftigt[26].

Um den Anteil der nach 1933 von „Entjudungsmaßnahmen" Betroffenen abschätzen zu können, ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich die Judenpolitik der Nationalsozialisten nicht an der Konfession orientierte. Für sie waren allein „rassische" Kriterien maßgebend. Wie mittlerweile in mehreren Studien zum jüdischen Wirtschaftsbürgertum nachgewiesen werden konnte, war der Anteil von Dissidenten und Konvertiten in den jüdisch-großbürgerlichen Familien besonders hoch[27]. Dementsprechend war unter den Vorstandsmitgliedern der Dresdner Bank seit der Jahrhundertwende fast immer mindestens eine Person zu finden, die christlicher Konfession, aber jüdischer Herkunft war. Darüber hinaus konnten in zahlreichen Filialleitungen evangelische Direktoren jüdischer Abstammung nachgewiesen werden. Vor der Machtergreifung waren beispielsweise beide evangelischen Filialdirektoren in Dresden jüdischer Herkunft. Quantifizieren läßt sich diese Personengruppe aber nicht einmal auf der Ebene der Filialdirektoren und schon gar nicht bei den Angestellten ohne Handlungsvollmacht, die über 80 Prozent der Belegschaft stellten.

Faßt man die Ergebnisse zur konfessionellen Schichtung der Belegschaft der Dresdner Bank zusammen, läßt sich erstens feststellen, daß es keine Anzeichen dafür gibt, daß schon vor 1933 jüdische Angestellte aus leitenden Positionen verdrängt wurden. Auch im Januar 1933 lag der Anteil der konfessionellen Juden unter den leitenden Angestellten deutlich höher als in der Gesamtbelegschaft. Über die Zahl bzw. den Anteil derjenigen, die nach der Machtergreifung unter die „Entjudungsmaßnahmen" fielen, lassen sich nur grobe Schätzungen anstellen. Gesichert ist lediglich ein konstanter Anteil von 10 Prozent konfessioneller Juden unter den leitenden Angestellten der Filialen. Der Anteil von konfessionellen Juden an allen Angestellten der Filialen dürfte deutlich niedriger gewesen sein, so daß wohl schließlich knapp über 5 Prozent von der diskriminierenden Judenpolitik des Nationalsozialismus betroffen waren. Das entspräche etwa 600 Personen.

3. Der erste Schlag: Das Berufsbeamtengesetz vom April 1933

Regimegegner und Juden hatten bereits unmittelbar nach der Machtergreifung einen schweren Stand. Die Säuberung betraf neben dem Kulturbetrieb vor allem die kom-

[26] Daten zur Struktur der Gesamtbelegschaft ließen sich bislang nur für das Jahr 1938 ermitteln, als die Gesamtbeschäftigtenzahl um knapp 1000 Personen höher lag als Ende 1932. Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat, Akte „Statistik 1938". Es ist aber anzunehmen, daß sich die Relation zwischen Berliner Angestellten und Angestellten außerhalb Berlins in dieser Zeit nicht nennenswert verschoben hat.

[27] Vgl. hierzu insbesondere Werner Mosse, The German-Jewish Economic Elite 1820–1935. A Socio-cultural Profile, Oxford 1989, sowie Dolores Augustine, Patricians and Parvenues. Wealth and High Society in Wilhelmine Germany, Oxford 1994, und die dort angegebene Literatur.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

munalen Beamten. Zum Teil gegen den ausdrücklichen Willen des preußischen Innenministers Göring und des Reichsinnenministers Frick wurden Spitzenbeamte in Kreisen, Städten und Gemeinden (einschließlich der Sparkassen) in den ersten Wochen von örtlichen NSDAP-Aktivisten aus ihren Stellungen verdrängt und durch „alte Kämpfer" ersetzt[28].

Auch die Großbanken bekamen den Druck von Partei und SA zu spüren, insbesondere wenn Juden in Führungspositionen saßen. In der Dresdner Bank war davon aber in den ersten Wochen noch wenig zu spüren. Am 31. März 1933 verließ lediglich das langjährige Vorstandsmitglied Wilhelm Kleemann die Bank, der mit 63 Jahren kurz vor der Pensionierung stand. Kleemann hatte seit der Übernahme der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co. im Jahr 1904 die danach errichtete Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank geleitet. Als Geschäftsführer der Abteilung war er im Jahr 1916 in den Vorstand berufen worden. Antisemitisch motivierter Druck scheint zumindest seitens der Bank auf Kleemann nicht ausgeübt worden zu sein. Denn die anderen Vorstandsmitglieder jüdischer Herkunft blieben zunächst ebenso im Amt wie der Chefsyndikus Israel und die „A-Direktoren" Bernhard, Heymann, Lessing, Sander und Wolfson. Denkbar ist aber, daß Kleemann nahegelegt worden war, seinen Platz zu räumen, da er als Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin die denkbar schlechtesten Voraussetzungen besaß, die vom Reichswirtschaftsministerium geforderte Schließung der Genossenschaftsabteilung[29] abzuwenden. Die Bewältigung dieser Aufgabe konnte man eher dem an Kleemanns Stelle getretenen Reinhold Quaatz als Vertrautem Hugenbergs zutrauen[30]. Die Tatsache, daß Quaatz „Halbjude" war, war offenbar kein Hindernis[31]. Mit einer „Entjudung" der Unternehmensspitze der Dresdner Bank war also zwei Monate nach der Machtergreifung noch nicht einmal ansatzweise begonnen worden.

Das sollte sich im zweiten Quartal des Jahres grundlegend ändern. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933[32] ermächtigte die Regierung, offene und potentielle Gegner des Nationalsozialismus aus dem öffentli-

---

[28] Vgl. Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966, S. 31.

[29] Die Genossenschaftsabteilung stand seit langem unter starkem Konkurrenzdruck der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse. Die Reichsregierung, die in dem Nebeneinander beider Institute ein Risiko für die Stabilität des Genossenschaftssektors erblickte, war spätestens seit der Bankenkrise bemüht, die Dresdner Bank zur Aufgabe ihrer Genossenschaftsabteilung zu bewegen. Vgl. Meyen, 120 Jahre, S. 38.

[30] Quaatz übernahm im Vorstand während der kurzen Amtszeit Hugenbergs häufig die Aufgabe, Besprechungen im Wirtschaftsministerium zu führen. Mehrfach ging es dabei um die Genossenschaftsabteilung. Vgl. die Notizen im Vorstandsprotokoll vom 19. 5. 1933 und 15. 6. 1933, in: HADrBk Frankfurt.

[31] Zur Vorgeschichte der Berufung von Quaatz vergl. dessen Tagebuchaufzeichnungen vom 15. 3. 1933 sowie 17. 3. 1933, in: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus den Tagebüchern von Reinhold Quaatz 1928–1933, hrsg. v. Hermann Weiß und Paul Hoser, München 1989, S. 242f.

[32] RGBl. I (1933), S. 175ff.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Dienst zu entfernen. Die langfristigen Wirkungen dieses Gesetzes waren zwar begrenzt, weil seit 1935 damit begonnen wurde, aus politischen Gründen entlassene Beamte, Angestellte und Arbeiter (mit Ausnahme von Kommunisten) wieder einzustellen[33]. Für die deutschen Juden aber hatte das Gesetz gravierende Folgen. Erstmals seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 wurden Juden juristisch wieder diskriminiert. Im Paragraphen 3, dem später sogenannten Arierparagraphen, hieß es nämlich, daß auch „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, in den Ruhestand zu versetzen" seien. Wer als „nicht arisch" zu gelten hatte, wurde wenige Tage später definiert: „Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternteil nicht arisch ist."[34] Damit war der „Juden"-Begriff sogar noch enger gefaßt, als es später bei den Nürnberger Gesetzen der Fall sein sollte. Etwas abgeschwächt wurde diese Bestimmung lediglich dadurch, daß diejenigen, „die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind", von der Zwangspensionierung ausgenommen wurden.

Obwohl die absolute Zahl der durch den Arierparagraphen betroffenen Beschäftigten im öffentlichen Dienst beträchtlich war, fiel sie im Verhältnis zu allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht sehr ins Gewicht. Zu Schwierigkeiten, die Entlassenen kurzfristig adäquat zu ersetzen, scheint es trotz der restriktiven Anwendung des Paragraphen nur in Ausnahmefällen gekommen zu sein[35].

Ganz anders war die Situation bei der Dresdner Bank, die ebenfalls in den Wirkungsbereich des Gesetzes fiel. In der Zweiten Durchführungsverordnung zum Berufsbeamtengesetz von Anfang Mai wurde dessen Geltungsbereich auch auf „Angestellte und Arbeiter [...] von Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie diesen gleichgestellten Einrichtungen und Unternehmungen" ausgedehnt[36]. Diese Erweiterung kam keineswegs überraschend, hatten doch auch bereits die Notverordnungen der Ära Brüning über Gehalts- und Pensionskürzungen für Unternehmen gegolten, „deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts" befand[37]. Dementsprechend wa-

[33] Vgl. Mommsen, Beamtentum, S. 58f.

[34] Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. 4. 1933, in: RGBl. I (1933), S. 195. Zur Bedeutung des Arierparagraphen als „notwendiger Voraussetzung aller Verfolgungen" vgl. Friedländer, Das Dritte Reich, S. 40.

[35] Vgl. hierzu ausführlich Mommsen, Beamtentum, S. 53f.

[36] Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. 5. 1933 (§ 1), in: RGBl. I (1933), S. 233.

[37] Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. 10. 1931, Dritter Teil, Kap. 5 (§ 15), in: RGBl. (I) 1931, S. 548; gleichlautend Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8. 12. 1931, 7. Teil, Kap. 6 (§ 9), in: RGBl. I (1931), S. 740; noch weiter gefaßt in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. 9. 1932, 4. Teil, Kap. 7 (§ 1), in: RGBl. I (1932), S. 431.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren nach 1931 auch in der Dresdner Bank Gehälter[38] und Pensionen[39] unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Regelungen für öffentlich Bedienstete gekürzt worden.

Im Juni 1933 wurde es auch für die Juden der Dresdner Bank ernst. Nach einer kurzen Vorbereitungszeit begann die Bank nun damit, die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen und die gesamte Belegschaft auf ihre „arische Abstammung" hin zu überprüfen. Zu diesem Zweck mußte jeder Angestellte einen Fragebogen ausfüllen[40] und erklären, ob er „arischer Abstammung" war und wenn nicht, ob er als Frontkämpfer unter die Ausnahmeregelung fiel. Die Herkunftsangaben wurden allem Anschein nach nicht überprüft. Jedenfalls konnte kein Hinweis auf die Einschaltung des Innenministeriums zu diesem Zweck nachgewiesen werden. Angaben über eine Frontkämpfervergangenheit von „Nichtariern" wurden dagegen genau unter die Lupe genommen. Wenige Tage nach der Rücksendung des Fragebogens bekamen die Betroffenen die Mitteilung, daß sie „die in ihren Händen befindlichen Original-Urkunden [. . .] umgehend" vorzulegen hätten. Wer solche Unterlagen nicht besaß, konnte sich vom Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber Truppenteil und

[38] Bei den Gehältern wurden zunächst zum 1. 1. 1931 die nicht tariflich fixierten Gehälter „infolge der seitens der Reichsregierung im Interesse einer allgemeinen Preissenkung gegebenen Anregung, auch in Privatbetrieben die Gehälter entsprechend zu ermäßigen", um 5% bis zu 20% gekürzt. Vgl. das Schreiben der Direktion vom 28. 10. 1930, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte M. Nach der Übernahme der Aktienmehrheit durch das Reich wurden dann die Gehaltskürzungen für öffentlich Bedienstete in der Notverordnung vom 5. 6. 1931 mit Wirkung vom 1. 10. 1931 sowie in der Notverordnung vom 8. 12. 1931 mit Wirkung vom 1. 1. 1932 übernommen. Vgl. das Schreiben der Direktion vom 5. 10. 1931 sowie 30. 1. 1932, in: Ebenda. Im Falle des Prokuristen M. hatte sich das Jahresgehalt von 8400 RM im Jahr 1930 auf 7059,40 RM im Jahr 1932 verringert. Darüber hinaus war die Gratifikation von 4000 RM 1930 auf 2000 RM 1932 halbiert worden.

[39] Eine entsprechende Anwendung fanden die genannten Notverordnungen auch auf die Pensionen. Im Falle des pensionierten ledigen Filialdirektors K. war die Betriebsrente, mit der die Dresdner Bank die gesetzliche Rente von 117,45 RM monatlich aufbesserte, zwischen dem 1. 7. 1930 und dem 1. 1. 1932 von 722,55 RM auf 594,55 RM abgesenkt worden. Vgl. die Aufstellung vom 21. 10. 1938, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 42, Personal-Sekretariat, Personalakte K.. Ähnlich war die Entwicklung bei der Witwenrente von Luise H., deren mittlerweile verstorbener Mann im Jahr 1904 pensioniert worden war. Die betriebliche Witwenrente hatte nach dem Tod von H. im Jahr 1926 zunächst 250 RM monatlich betragen und war durch zwei Notverordnungen bis zum 1. 1. 1932 auf 202,50 RM abgesenkt worden. Vgl. die Aufstellung vom 31. 12. 1941, in: Ebenda, Personalakte H.

[40] Eine entsprechende Weisung konnte bisher nicht ermittelt werden. Da aber alle erhaltenen Personalakten einschließlich der der „arischen" Angestellten den ausgefüllten Fragebogen enthielten, ist von einer solchen flächendeckenden Erfassung auszugehen. Obwohl der Fragebogen im Gegensatz zum Beamtenvorbild keine Angaben zur politischen Vergangenheit des Mitarbeiters enthielt und auch die Frage nach der „Abstammung" keine detaillierte Auskunft erforderte, ging die Dresdner Bank doch insofern über die Vorschrift hinaus, die die Dritte Durchführungsverordnung, RGBl. I (1933), zu § 7, S. 248, für Beamte vorsah. Denn für Beamte galt, daß nur diejenigen einen Fragebogen auszufüllen hatten, „von denen angenommen werden kann, daß sie unter § 2 bis § 4 fallen [d. h. ‚Nichtarier' waren] und bei denen nicht unzweifelhaft eine Ausnahme des § 3 Abs. 2 [Frontkämpfer] vorliegt".

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampfeinsatz aus der Kriegsstammrolle bescheinigen lassen[41]. Dieses Verfahren konnte sich wegen der Überlastung der Behörde zwar über Monate hinziehen, aber Probleme hinsichtlich der Weiterbeschäftigung scheinen sich daraus nicht ergeben zu haben. Wer den Nachweis schließlich erbrachte, konnte bleiben und sich in trügerischer Sicherheit wiegen.

Anders lagen die Dinge bei „nicht geschützten Nichtariern". Viele von ihnen erhielten unmittelbar nach Rücksendung des Fragebogens ihr Kündigungsschreiben, ohne daß es aber zu einer wahren Kündigungswelle mit dauerhafter Wirkung gekommen wäre. Die meisten Kündigungen wurden aufgeschoben, da die kurzfristige Entlassung aller „nicht geschützten Nichtarier" katastrophale Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb gehabt hätte. Die Zweite Durchführungsverordnung hatte vermutlich in Kenntnis dieser sich vom öffentlichen Dienst gravierend unterscheidenden Situation Wirtschaftsunternehmen, die unter das Berufsbeamtengesetz fielen, immerhin die Möglichkeit eröffnet, von Kündigungen absehen zu können, wenn „zwingende Gründe" vorlagen und wenn die Innen- und Wirtschaftsminister diesen Ausnahmen zustimmten. In zahlreichen Fällen stellte die Dresdner Bank solche Ausnahmeanträge, die in der Regel auch genehmigt wurden, freilich nur befristet bis zum Ende des dritten Quartals von 1933.

Die einzig erkennbare Strategie hinsichtlich der Entscheidung, wer im Sommer 1933 entlassen und für wen ein Ausnahmeantrag gestellt wurde, war die Fortsetzung des Personalabbaus des Jahres 1932 mit jetzt antisemitischer Stoßrichtung. Junge jüdische Mitarbeiter, die aufgrund ihres geringen Dienstalters keinen oder nur einen geringfügigen Anspruch auf eine Abfindung besaßen, erhielten die Kündigung und wurden durch „arische" „Wartegeldempfänger" ersetzt, die bis dahin viel Geld gekostet hatten. Da dies zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Personalkosten der Bank geführt haben kann, dürfte die Versuchung groß gewesen sein, das Berufsbeamtengesetz bei den leicht ersetzbaren jüdischen Angestellten in den unteren Lohngruppen zügig zur Anwendung zu bringen.

Dazu paßt auch der Antrag des Betriebsführers Hans Schippel[42] beim Wirtschaftsministerium, pauschal die Beschäftigung von einem Prozent jüdischer Mitarbeiter zu genehmigen[43], was in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte. Wenn eine solche Genehmigung erfolgt wäre, hätte die Bank die rund 20 Prozent ihrer jüdischen Angestellten behalten können, die nur schwer ersetzbar waren. Die „Entjudung" hätte dann nach strikt betrieblichen Gesichtspunkten vollzogen werden können und sich nicht an Vorgaben wie der Frontkämpfereigenschaft orientieren müssen.

---

[41] Eine entsprechende Bescheinigung (datiert 21. 9. 1933) befindet sich in: AADrBk, 4. Etage, Regal 42, Personal-Sekretariat, Personalakte H.

[42] Der ehemalige Reichsbankdirektor und Treuhänder des Reiches bei der Danat Bank war im Sommer 1933 für den zur Privatbank Gebr. Arnhold gewechselten Walther Frisch in den Vorstand berufen worden. Von 1933 bis 1938 war Schippel als Betriebsführer das für Personalfragen zuständige Vorstandsmitglied.

[43] Vgl. Kopper, Marktwirtschaft, S. 222.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von drei frühzeitig entlassenen Angestellten liegen Personalakten vor. In einem Fall handelte es sich um einen 31jährigen Prokuristen der Auslands-Abteilung, der seit drei Jahren bei der Dresdner Bank beschäftigt war und zum 31. August 1933 mit einem Monatsgehalt Abfindung entlassen wurde. Sogar die anteilige Gratifikation für 1933 wurde ihm auf Intervention Schippels verweigert[44]. Der zweite Fall bezog sich auf eine 29jährige Sekretärin in der Direktion der Depositenkassen. Sie erhielt nach sieben Dienstjahren bei der Dresdner Bank gerade 1000 RM Abfindung; das entsprach nicht einmal vier Monatsgehältern. Ein Bittgesuch für eine großzügigere Behandlung blieb ohne Erfolg[45]. So war es auch bei dem zum 31. August 1933 entlassenen Angestellten, einem 21jährigen Korrespondenten bei einer Berliner Depositenkasse, der nach zweijähriger Lehrzeit seit Februar 1933 angestellt war. Er mußte ganz ohne Abfindung gehen[46].

Bei den Abfindungen für „nicht geschützte nicht arische Angestellte" wurde, wie der Leiter des Personal-Sekretariats Adolf Gaebelein gegenüber Schippel erklärte, keine feste Regel angewandt, sondern nach „Bedürftigkeit" entschieden. Bei sofortigen und nicht aufgeschobenen Kündigungen dürften solche Kriterien tatsächlich eine Rolle gespielt haben. Denn alle drei genannten Angestellten waren ledig und noch jung genug, um trotz der schwierigen Arbeitsmarktlage eine neue Stelle außerhalb des Geltungsbereichs des Berufsbeamtengesetzes zu finden.

Hierzu würde passen, daß in Fällen von wirklicher „Bedürftigkeit" eine gewisse Zurückhaltung zu erkennen war, die neue Gesetzeslage rigoros auszunutzen. So versuchte die Bank im Fall eines Prokuristen der Inland-Abteilung zunächst eine Weiterbeschäftigung zu erreichen, weil der von der Danat Bank übernommene Mitarbeiter über Spezialkenntnisse verfügte, die man bei der noch nicht abgeschlossenen Abwicklung der Danat Bank-Konten dringend benötigte. Das Wirtschaftsministerium genehmigte einen entsprechenden Antrag bis zum Ende des dritten Quartals von 1933, lehnte einen zweiten Ausnahmeantrag aber ab, was angesichts der Tatsache, daß es sich um einen „Ostjuden" handelte, nicht überraschen konnte. Das Personal-Sekretariat erkannte in diesem Fall auf eine besondere „Bedürftigkeit", weil der Prokurist eine schwer kranke Frau zu versorgen hatte und als 40jähriger „Nichtarier" mit rumänischem Paß keine Chance besaß, in Deutschland eine neue Stelle zu finden. Die Abfindung der Bank wollte er als Startkapital für den Aufbau einer neuen Existenz im Ausland nutzen[47], was der Judenpolitik des Regimes zu diesem Zeitpunkt noch durchaus entgegenkam.

Die Abfindung, die in solchen Fällen gezahlt wurde, errechnete sich folgendermaßen: Zunächst wurde analog zu den für die Kündigungen im Zusammenhang mit der Fusion von Danat Bank und Dresdner Bank gültigen Regelungen pro Dienstjahr ein Monatsgehalt Abfindung veranschlagt. Sonderleistungen wurden dabei aber nicht berücksichtigt, und auch eine Extrazahlung für Verheiratete gab es nicht. Von dieser Sum-

[44] Alle Angaben aus AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte M.
[45] Alle Angaben aus AADrBk, 4. Etage, Regal 42, Personal-Sekretariat, Personalakte H.
[46] Alle Angaben aus ebenda, Personalakte H.
[47] Alle Angaben aus ebenda, Personalakte G.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

me wurde dann aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift pauschal ein Viertel abgezogen[48] und die auf diese Weise heruntergerechnete Gesamtsumme auf 1000 RM- bzw. 500 RM-Beträge abgerundet. Daraus ergab sich für den als „bedürftig" anerkannten Prokuristen nach 17 Dienstjahren eine Abfindung von etwas mehr als einem Jahresgehalt.

Auch die Mitglieder der Geschäftsleitung fielen unter das Berufsbeamtengesetz. Zwischen September 1933 und Dezember 1934 mußten mit Ausnahme von Samuel Ritscher und Otto Heymann alle „Nichtarier" die Vorstandsetage verlassen. Siegmund Bodenheimer schied zum 30. September 1933 aus und wanderte 1934 in die Schweiz und 1936 in die USA aus, wo er 1966 starb[49]. Der Chefsyndikus Hugo Israel ging zum 15. Oktober 1933 im Auftrag der Dresdner Bank nach Amsterdam und wickelte dort die Liquidation der ehemaligen Dresdner Bank-Kommandite Proehl & Gutmann ab. „A-Direktor" Walter Bernhard verließ die Bank zwei Wochen später und übernahm die juristische Vertretung der Interessen von Jakob Goldschmidt, der Deutschland im Frühjahr verlassen hatte und seitdem um die Freigabe seines Vermögens kämpfte.

Auch Reinhold Quaatz mußte Ende November 1933 nach nur etwas mehr als einem halben Jahr im Vorstand der Dresdner Bank gehen. Das Berufsbeamtengesetz kam in diesem Fall ganz gelegen[50]. Nach dem Rücktritt Hugenbergs hatte der Deutschnationale Quaatz als politischer Verbindungsmann zum Wirtschaftsministerium keine Bedeutung mehr. Seine Position blieb zunächst vakant, bis knapp ein Jahr später mit dem Syndikus der Genossenschaftsabteilung, dem Cousin von Wilhelm Keppler SS-Untersturmführer Emil Meyer ein Nationalsozialist reinsten Wassers in den Vorstand berufen wurde[51]. Ende September 1934 mußte schließlich der „A-Direktor" Georg Wolfson und dann Ende des Jahres auch seine Kollegen Hans Lessing und Georg Sander die Bank verlassen[52].

Wieviele Juden von den Maßnahmen des Jahres 1933 betroffen waren, ließ sich nur für die leitenden Filialangestellten ermitteln, wobei zu berücksichtigen ist, daß hier nach wie vor nur konfessionelle Juden (neben Dissidenten) erfaßt wurden. Ihre Zahl halbierte sich im Laufe des Jahres 1933 von 111 auf 57 Personen; ein Unterschied zwischen Filialdirektoren und sonstigen leitenden Angestellten war übrigens nicht erkennbar[53].

---

[48] Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 4. 5. 1933 (§ 1), RGBl. I (1933), S. 234.

[49] Zu Bodenheimers Lebenslauf seit der Emigration vgl. Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München 1980, S. 15.

[50] Quaatz wollte sich mit der Anwendung des Berufsbeamtengesetzes auf seine Person nicht abfinden. Er strengte einen Arbeitsgerichtsprozeß an, den er aber 1936 vor dem Reichsgericht verlor. Vgl. Einleitung in: Hoser/Weiß (Hrsg.), Die Deutschnationalen, S. 17.

[51] Handschriftlicher Lebenslauf (datiert 16.5. 1936), in: BA Berlin, BDC, SSO Meyer.

[52] Alle Daten in: HADrBk Frankfurt, Akte „Berlin Hist.".

[53] Von den Filialdirektoren gehörten am 1. 1. 1934 noch 18 der jüdischen Konfession an, einer war Dissident; ein Rückgang von 16 % auf 9 %. Bei den stellvertretenden Filialdirektoren, Prokuristen, Bevollmächtigten und Depositenkassenvorständen waren es am 1. 1. 1934 noch 38 Personen jüdischer Konfession oder Dissidenten. Der Anteil sank hier von 7 % auf 4 %. Eigene Berechnungen nach den Personallisten der Filialdirektoren 1. 1. 1934 und den Personallisten der leitenden Angestellten in den Filialen 1. 1. 1934, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während der ersten Hälfte des Jahres 1934 setzte sich der „Entjudungsprozeß" der Dresdner Bank zunächst ungebrochen fort, weil von Quartalsende zu Quartalsende Verlängerungen von Ausnahmeregelungen durch das Wirtschaftsministerium nicht mehr genehmigt wurden. Für die „nicht geschützten Nichtarier" war der 30. Juni 1934 offenkundig der äußerste Termin; für die Zeit danach sprach das Ministerium keine Genehmigung mehr aus[54]. Damit wurden die Ausnahmeregelungen bei der Dresdner Bank restriktiver gehandhabt als im öffentlichen Dienst, wo die entsprechende Frist zunächst bis zum 30. September 1934 und später sogar bis zum „Inkrafttreten des neuen deutschen Beamtengesetzes" verlängert wurde[55].

Auch für das Jahr 1934 kann die Zahl der Betroffenen von „Entjudungsmaßnahmen" nur für die leitenden Filialangestellten angegeben werden, und auch für den 1. Januar 1935 beziehen sich die Daten ausschließlich auf die Konfession. Danach ging die Zahl der Filialdirektoren jüdischer Konfession von 19 auf 15 Personen zurück, die der Juden unter den übrigen leitenden Angestellten von 38 auf 32 Personen (einschließlich Dissidenten). Zu den zehn entlassenen leitenden Filialangestellten kamen höchstens einige Dutzend Angestellte aus anderen Bereichen; bei ihnen allen dürfte es sich um die letzten „nicht geschützten Nichtarier" in den Diensten der Dresdner Bank gehandelt haben. Unter den ausgewerteten Personalakten konnte jedenfalls kein einziger Fall ermittelt werden, bei dem ein unter das Berufsbeamtengesetz fallender Angestellter aus einem anderen Grund als den im Gesetz genannten Ausnahmen (Frontkämpfereigenschaft bzw. Beschäftigungsbeginn vor 1914) über die Jahresmitte 1934 hinaus beschäftigt worden wäre. Deshalb wurden zwischen dem dritten Quartal 1934 und dem dritten Quartal 1935 auch kaum noch Angestellte aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen. Die Zahl der leitenden Filialangestellten jüdischer Konfession ging zwischen dem 1. Januar 1935 und dem 1. Januar 1936 nur noch von 47 auf 46 Personen zurück. Wenn es noch Ausnahmen aufgrund der Bestimmungen der Zweiten Durchführungsverordnung zum Berufsbeamtengesetz (d. h. genehmigungspflichtige besondere Ausnahmen für Wirtschaftsunternehmen) gegeben hätte, wäre nicht zu erklären, weshalb diese für einen solch langen Zeitraum genehmigt worden sein sollten.

Die Zahlen für die leitenden Angestellten dürfen erneut nicht auf die Gesamtbelegschaft der Bank hochgerechnet werden. Nur wer männlich und vor der Jahrhun-

---

[54] In einem internen Vermerk des Personal-Sekretariats heißt es zu Beginn des Jahres 1934, daß mit einer Fristverlängerung für die ausnahmsweise Beschäftigung „nicht geschützter Nichtarier" über den 30.6. 1934 hinaus „wegen der grundsätzlichen Haltung der Ministerien [...] keinesfalls zu rechnen ist". Man riet deswegen von einer Antragstellung ganz ab. Vermerk von A. Gaebelein vom 16. 2. 1934, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte L. In den beiden Fällen, in denen es dennoch versucht worden war, antwortete das Wirtschaftsministerium erwartungsgemäß, daß „nach der [...] Stellungnahme des Herrn Reichsministers des Inneren eine Beibehaltung der Angestellten [...] in ihrem Geschäftsbetriebe über den 30. 6. 1934 ... hinaus nicht in Frage" kommt. Vgl. den Bescheid des Reichswirtschaftsministeriums vom 18. 5. 1934, in: Ebenda.

[55] Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 22. 3. 1934, zu § 7, RGBl. I (1934), S. 203; Sechstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 26. 9. 1934, ebenda, S. 845.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dertwende geboren worden war, konnte in den Genuß des Frontkämpferparagraphen kommen. Nur wenige jüngere Angestellte dürften aber bereits 1933 den Rang eines leitenden Angestellten erreicht haben. Darüber hinaus traf das Berufsbeamtengesetz alle weiblichen Angestellten, die ausschließlich zur niederen, nicht zeichnungsberechtigten „Gefolgschaft" des Unternehmens gehörten[56]. Es ist deshalb auch zu vermuten, daß der Anteil aller „geschützten Nichtarier" an der Gesamtbelegschaft wesentlich niedriger lag als unter den leitenden Angestellten. Geht man von einer Gesamtzahl von etwa 600 Angestellten jüdischer Herkunft zum Zeitpunkt der Machtergreifung aus und zieht man davon die – wie noch gezeigt werden wird – im Oktober 1935 verbliebenen 125 „geschützten Nichtarier" ab, dann müssen bis dahin knapp 80 Prozent aller unter das Berufsbeamtengesetz fallenden Angestellten der Dresdner Bank als „nicht geschützte Nichtarier" entlassen worden sein.

4. Der zweite Schlag: Das Reichsbürgergesetz vom September 1935

Die Phase relativer Stagnation bei der „Entjudung" der Dresdner Bank endete mit dem Erlaß des Reichsbürgergesetzes am 15. September 1935 bzw. mit dem Erlaß der Ersten Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz am 14. November 1935. Danach mußten „jüdische Beamte", die aufgrund der Ausnahmebestimmungen des Berufsbeamtengesetzes bis dahin geschützt gewesen waren, „mit Ablauf des 31. 12. 1935 in den Ruhestand versetzt" werden[57]. Obwohl die Bestimmung nicht ausdrücklich auf die Angestellten und Arbeiter in Unternehmen in überwiegend staatlichem Besitz ausgedehnt wurde, einigten sich die drei Großbanken darauf, die bislang „geschützten Nichtarier" bis zum 31. Januar 1937 zu entlassen[58].

Als unmittelbare Folge des Reichsbürgergesetzes verließen mit Samuel Ritscher und Otto Heymann die letzten „Nichtarier" die Führungsetage der Dresdner Bank. Auch Fritz Andreae trat als Aufsichtsratsvorsitzender zurück und verließ die Bank, nachdem er sich zunächst erfolglos um einen Reichsbürgerbrief bemüht hatte. Während Ritscher, wie vor ihm bereits Hugo Israel, im Ausland weiterhin für die Dresdner Bank tätig blieb, wanderte Andreae Ende 1939 nach Zürich aus und setzte sich

[56] Es gab zwar weibliche Angestellte, die bereits vor 1914 eingestellt worden waren und deshalb ebenfalls „geschützt" waren. Aber diese Gruppe fiel quantitativ nicht ins Gewicht. Personalakten konnten nur für die Sekretärin des jüdischen A-Direktors Georg Sander, Erna R., ermittelt werden, die im Frühjahr 1935 47jährig pensioniert wurde. Im September 1942 stellte die Dresdner Bank die Pensionszahlungen ein, weil Erna R. nach Lodz deportiert worden war. Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte R.

[57] Reichsbürgergesetz vom 15. 9. 1935, RGBl. I (1935), S. 1146; Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935, § 4, Abs. 1, RGBl. I (1935), S. 1333.

[58] Schreiben Schippels an das Reichswirtschaftsministerium, Dr. Koehler, vom 11. 3. 1937, in: Sonderarchiv Moskau, Bestand Reichswirtschaftsministerium, 1458-1-550, Bl. 93f. Schippel weist aber gleichzeitig darauf hin, daß der Termin nicht einzuhalten ist.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dort zur Ruhe[59]. Im Geschäftsbericht für 1936 heißt es dazu: „Im Laufe des Jahres haben wir dem Wunsch des Herrn Ritscher, wegen seines Alters aus dem Vorstand auszuscheiden, stattgegeben." Auch Fritz Andreae war laut Geschäftsbericht „auf eigenen Wunsch ausgeschieden"[60].

Keine Erwähnung fand dagegen die Tatsache, daß seit Beginn des Jahres 1936 auch diejenigen Angestellten entlassen wurden, die bisher als „geschützte Nichtarier" bezeichnet worden waren. Zu diesem Zweck war die Belegschaft noch einmal systematisch durchgekämmt worden. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) tat sich dabei besonders hervor. Auf ihre Veranlassung hin erstellte das Personal-Sekretariat im Oktober 1935 erstmals eine Liste aller Juden, die noch bei der Dresdner Bank beschäftigt waren.

Diese Liste bezog sich auf alle Hierarchiestufen des Unternehmens, auf die Zentrale und die Filialen, und sie erfaßte erstmals auch nicht nur konfessionelle Juden, sondern alle diejenigen, die aufgrund ihrer Abstammung als „Nichtarier" bezeichnet wurden. Danach waren zu Beginn des dritten Quartals 1935 noch 75 Angestellte jüdischer Herkunft in der Zentrale und 50 Angestellte in der Provinz beschäftigt, darunter 17 Filialdirektoren. Hinzu kamen noch dreizehn Angestellte in Berlin und sechs Angestellte in der Provinz, die bereits gekündigt waren[61]. Damit fiel gut ein Prozent aller Angestellten der Dresdner Bank unter die Bestimmungen des Reichsbürgergesetzes.

Vergleicht man die Daten dieser Liste mit den bankinternen Angaben zur Konfession, so zeigt sich, daß von den 17 „nichtarischen" Filialdirektoren neun jüdischer Konfession, sieben evangelischen Glaubens und einer Dissident waren[62]. Diese Zahlen bestätigen die Vermutung, daß die konfessionellen Juden gerade unter den leitenden Angestellten nur einen Teil der rassisch definierten „Nichtarier" ausmachten und daß unter den „geschützten Nichtariern" die leitenden Angestellten stark überrepräsentiert waren. Von den 75 Berliner Angestellten jüdischer Herkunft waren nur noch 37 einfache Belegschaftsmitglieder ohne Handlungsvollmacht (einschließlich Büroburschen und Lehrlingen), was einem Anteil von etwa 49 Prozent entsprach, während die Gesamtbelegschaft in Berlin zu rund 90 Prozent aus einfachen Angestellten bestand. Unter den 50 Filialangestellten jüdischer Herkunft waren sogar nur neun Belegschaftsmitglieder ohne Handlungsvollmacht; das sind 18 Prozent, bei einem Anteil der einfachen Belegschaftsmitglieder an der Gesamtbelegschaft der Filialen von rund 85 Prozent. Weibliche Angestellte jüdischer Herkunft gab es nur noch

[59] Zu Ritschers und Andreaes Ausscheiden vgl. Meyen, 120 Jahre, S. 102.

[60] Geschäftsbericht für 1936, Bericht des Aufsichtsrates, S. 14, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 21, Konsortial-Abteilung.

[61] Vgl. Offizielle Aufstellung der Juden der Dresdner Bank per 1. 10. 1935 der Personalabteilung für das Amt Information der DAF, SS-Sturmbannführer Pg. Schmidt Berlin, in: BA Berlin, NS 5 IV – 89.

[62] Der Unterschied zur Liste der Filialdirektoren vom 1. 1. 1936 (AADrBk, 4. Etage, Regal 40) erklärt sich dadurch, daß die Filialen in Oberschlesien und Danzig außerhalb des Geltungsbereichs der Reichsgesetze lagen und deren Filialdirektoren in der für die DAF bestimmten Liste nicht aufgenommen waren. Außerdem war ein jüdischer Filialdirektor im Oktober 1935 bereits gekündigt, er wurde aber noch als Direktor der Filiale Schweinfurt in der Liste vom 1. 1. 1936 geführt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei (alle ohne Handlungsvollmacht und alle in Berlin). Das entsprach einem Anteil von 2,5 Prozent, während der Anteil der weiblichen Angestellten an der Gesamtbelegschaft bei rund 12,5 Prozent lag[63].

Von der zweiten „Entjudungswelle" seit Ende 1935 war eine, wenn auch sehr kleine Gruppe von Personen ausgenommen, die das Berufsbeamtengesetz noch als „Nichtarier" definiert hatte. Das waren diejenigen, die aufgrund des Arierparagraphen der Ersten Durchführungsverordnung zum Berufsbeamtengesetz wegen *eines* jüdischen Großelternteils als „Nichtarier" eingestuft, wegen ihrer Frontkämpfereigenschaft aber nicht entlassen worden waren. Sie konnten aufgrund der neuen „Rassedefinition" des Reichsbürgergesetzes in der Bank bleiben. Als „Juden" galten nämlich nun neben den „Volljuden" nur solche „staatsangehörige jüdische Mischlinge", die von „zwei volljüdischen Großeltern abstammen". Diejenigen, die nur einen volljüdischen Großelternteil besaßen und zum Zeitpunkt des Erlasses des Reichsbürgergesetzes nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten, wurden also nicht als „Juden" angesehen und fielen demzufolge nicht unter die Zwangspensionierungsvorschrift[64]. Zugute kam diese Regelung allerdings nur neun Personen[65], wobei in zwei Fällen Personalakten aufzufinden waren: Beide Mitarbeiter waren bis 1943 (Einberufung zum Militär) bzw. 1946 bei der Dresdner Bank beschäftigt. Als „jüdische Mischlinge" konnten sie allerdings nicht Mitglied der Deutschen Arbeitsfront werden, und der Aufstieg in eine höhere Gehaltsgruppe war ebenfalls ausgeschlossen[66].

Alle 125 Angestellten jüdischer Herkunft mußten die Bank verlassen. Betriebsführer Schippel führte in einem Schreiben an den Wirtschaftsminister zwar aus, daß zunächst nicht daran gedacht gewesen sei, „nichtarischen Frontkämpfern nach dem Vorbild des Reiches bei Pensionierung volles Gehalt bis zum vollendeten 65. Lebensjahr [zu] bezahlen, [. . .] [weil es sich] bei unserer Gefolgschaft nicht um lebenslänglich angestellte Beamte, sondern um Angestellte [handelt], deren Dienstverhältnis unter Einhaltung einer bedingten Kündigungsfrist jederzeit lösbar ist". In Wirklichkeit wurden die meisten ehemaligen „geschützten Nichtarier" aber doch pensioniert. Die Bank hatte nämlich, wie Schippel weiter ausführte, durchaus erkannt, daß „es für nichtarische Angestellte schwer ist, anderweitig Stellung zu finden". Deshalb sei man

[63] Alle Vergleichszahlen für die Gesamtbelegschaft beziehen sich auf das Jahr 1938. Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat, Akte „Statistik 1938". Zwischen 1935 und 1938 ist die Zahl der bei der Dresdner Bank Beschäftigten zwar um etwa 1000 Personen angestiegen, aber die Relationen zwischen leitenden Angestellten und „Gefolgschaft" sowie zwischen männlichen und weiblichen Angestellten dürfte sich nur marginal verändert haben.

[64] Zur Vorgeschichte der Verordnung zum Reichsbürgergesetz vgl. Jeremy Noakes, Wohin gehören die „Judenmischlinge"? Zur Entstehung der ersten Durchführungsverordnung zu den Nürnberger Gesetzen, in: Ursula Büttner u. a. (Hrsg.), Das Unrechtsregime: Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann, Bd. 2: Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 69ff.

[65] Vgl. Aufstellung vom 18. 3. 1938 „Mischlinge", in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40, Personal-Sekretariat, Akte „Statistik 1938".

[66] Alle Angaben aus AADrBk, 4. Etage, Regal 42, Personal-Sekretariat, Personalakten H. und H.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu übergegangen, „Pensionen bis zu einem Alter von 43 Jahren herab [zu bewilligen], wenn der betreffende Nichtarier eine Mindestdienstzeit von 20 Jahren in unserem Institut oder bei unseren Rechtsvorgängern aufzuweisen hatte". Schippel betonte dabei ausdrücklich, daß die Höhe der Pensionen auf dieselbe Weise festgesetzt würde wie bei nichtjüdischen Angestellten. Auch der in einer Eingabe an das Ministerium erhobene Vorwurf, jüdische Filialdirektoren seien zurückgestuft worden, um bei der Berechnung der Abfindungen oder Pensionen von niedrigeren Monatsgehältern ausgehen zu können, wurde von Schippel gegenüber dem Ministerium vehement zurückgewiesen[67].

Um beurteilen zu können, ob diese Behauptung stimmte, müßten Vergleichsdaten für Pensionsleistungen an nichtjüdische Angestellte herangezogen werden; diese fehlen aber. Zu Rückstufungen von Filialleitern ist es tatsächlich in zahlreichen Fällen gekommen, wie aus den Listen der leitenden Filialangestellten zu ersehen ist. Auf der anderen Seite gab es aber eigentlich keinen Grund, weshalb die Dresdner Bank das Ministerium in dieser Frage getäuscht haben sollte. Die Rückstufungen wurden so wahrscheinlich eher als Reaktionen auf Proteste aus der Kundschaft und vermutlich auch aus der Mitarbeiterschaft vorgenommen. Außerdem zeigen die Gehaltsangaben der leitenden Filialangestellten, daß seit 1930 fast alle leitenden Angestellten erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen mußten.

Bei den Abfindungen für die „geschützten Nichtarier" verfuhr die Dresdner Bank großzügiger, als dies bei den bis Mitte 1934 entlassenen „nicht geschützten Nichtariern" der Fall gewesen war. Die Angestellten der Dresdner Bank kamen aber, anders als die Beamten des Reiches, nicht grundsätzlich in den Genuß eines lebenslänglichen Ruhegelds. Mit anderen Worten: Die Dresdner Bank wendete zwar die Bestimmungen über die Entlassung jüdischer Beamter nach dem Reichsbürgergesetz an und stellte ihre Angestellten damit ohne zwingende gesetzliche Vorgabe den Reichsbeamten gleich. Sie räumte ihnen aber nicht dieselben Rechte ein, wie sie sogar durch das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937[68] noch einmal ausdrücklich bestätigt wurden.

Lediglich die wesentlich längere Beurlaubung bei vollen Bezügen (im Vergleich zu den Kündigungen 1933/34) erinnert an die Ruhestandsregelung für Beamte. Aber auch diese Frist ging vorbei, und die Abfindung entschädigte aus der Sicht der Betroffenen nicht für die vorenthaltene Pensionierung. So erhielt der 40jährige Syndikus der Konsortial-Abteilung Dr. L. für 13 Dienstjahre zwar eine Abfindung in Höhe von 13 Monatsgehältern (unter Einbeziehung aller Nebenleistungen und ohne 25 Prozent Abschlag), was deutlich höher lag als die Abfindungen für „nicht geschützte Nichtarier", aber sein Bittgesuch auf Pensionierung oder eine höhere Abfin-

[67] Schippel an Ministerialrat Dr. Koehler vom 11. 3. 1937, in: Sonderarchiv Moskau, Bestand Reichswirtschaftsministerium, 1458-1-550, Bl. 95.

[68] RGBl. I (1937), § 72, S. 52. Auf diese Regelung wies auch das Wirtschaftsministerium am 6. 4. 1938 noch einmal ausdrücklich hin. Vgl. Sonderarchiv Moskau, Bestand Reichswirtschaftsministerium, 1458-1-550, Bl. 158f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung wurde abgelehnt. Immerhin gewährte die Bank für das Jahr 1936 aber eine zusätzliche Gratifikation, die einem Drittel des Jahreseinkommens entsprach.

Im Gegensatz zu vielen anderen entlassenen leitenden Angestellten nutzte Dr. L seine Abfindung nicht zur Auswanderung. Er hatte scheinbar Glück und fand eine Anstellung bei dem ehemaligen A-Direktor, dem Rechtsanwalt Walter Bernhard, der ihm vermutlich aus der gemeinsamen Tätigkeit bei der Danat Bank und später bei der Dresdner Bank gut bekannt war. Dadurch verpaßte er den letzten Zeitpunkt, sich in Sicherheit zu bringen. Dr. L. wurde während des Krieges deportiert und ermordet[69].

Wie viele ehemalige Angestellte der Dresdner Bank der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie zum Opfer gefallen sind, ist nicht bekannt. Die ausgewerteten Personalakten legen die Vermutung nahe, daß die Mehrheit rechtzeitig nach Übersee auswandern konnte. Ob die Akten in dieser Hinsicht wirklich repräsentativ sind, ist aber eher zweifelhaft. Denn die Kriterien, nach denen die Personalakten aufgehoben wurden, sind unbekannt. Denkbar ist zwar, daß im allgemeinen Chaos des Kriegsendes der Zufall regierte. Wahrscheinlicher ist aber, daß Akten, die keine Anfragen von den Betroffenen selber, deren Angehörigen, eines Rentenversicherungsträgers oder einer Wiedergutmachungskammer enthielten, zu einem bestimmten Zeitpunkt vernichtet wurden, weil man annahm, daß von der Familie des Angestellten niemand überlebt hatte und demzufolge solche Anfragen auch nicht mehr zu erwarten waren. In diesem Fall ergäben die erhaltenen Personalakten ein völlig falsches Bild über das Schicksal der Angestellten jüdischer Herkunft nach ihrer Entlassung.

Besonders hoch dürfte der Anteil der ermordeten Angestellten der Dresdner Bank unter den Pensionären gewesen sein. Das galt sowohl für diejenigen, die regulär aus Altersgründen in den Ruhestand getreten waren, als auch für die andere Gruppe, die der zweiten Entlassungswelle von 1936/37 zum Opfer fiel. Während die Ruhestandspensionäre häufig schon zu alt für einen Neuanfang im Ausland gewesen sein dürften, könnten sich viele jüngere Pensionäre mit zunächst auskömmlicher Rente in einer trügerischen Sicherheit gefühlt haben. Den Mut und die Kraft zur Auswanderung, wie ihn die Witwe des ehemaligen Hannoveraner Filialleiters H. wegen ihres minderjährigen Kindes im September 1937 aufbrachte, hatten vermutlich nur wenige[70]. Wer im Herbst 1938 noch im Deutschen Reich war, hatte so gut wie keine Chance, das Ende des Dritten Reichs zu erleben. Zu dieser Zeit ging das Regime von einer rechtsstaatlich getarnten „Judenpolitik" der Diskriminierung und Drangsalierung zum kaum mehr kaschierten Raub als der Vorstufe zur endgültigen Vernichtung der europäischen Juden über. An eine Auswanderung war zu diesem Zeitpunkt

[69] Alle Angaben aus AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte L.

[70] Als Abfindung ihrer Pensionsanwartschaften erhielt Frau H. den fünffachen Jahresbetrag von Pension und Kinderzulage von zusammen zu diesem Zeitpunkt 425,– RM monatlich. Vgl. den Genehmigungsantrag beim Reichswirtschaftsministerium vom 23. 9. 1937, in: Sonderarchiv Moskau, Bestand Reichswirtschaftsministerium, 1458-1-550, Bl. 134.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

häufig allein schon wegen fehlender finanzieller Möglichkeiten nicht mehr zu denken.

Wie gering diese Möglichkeiten waren und wie es überhaupt um die Sicherheit der Pensionen bestellt war, läßt sich am Beispiel der Dresdner Bank ebenfalls studieren. Der Kreis der Betroffenen war recht klein. Deren Personalakten sind aber erschütternde Dokumente von bürokratisch verbrämter Grausamkeit gegenüber alten und vielfach gebrechlichen Menschen.

Der Pensionär K. beispielsweise war im Jahr 1930 als Leiter der Filiale Würzburg im Alter von 66 Jahren pensioniert worden[71]. K. war der ehemalige Inhaber des Privatbankhauses Felix Heim, das 1921 von der Dresdner Bank übernommen worden war. Seine Pension wurde in Anbetracht der besonderen Verdienste um die Filiale „trotz der schwierigen Zeitverhältnisse" auf 960 RM (einschließlich der Rente des Bankbeamtenversicherungsvereins in Höhe von monatlich 117,45 RM) – „nach unseren allgemeinen Bestimmungen [...] jederzeit widerruflich" – festgesetzt. Bereits erwähnte Notverordnungen vor 1933 führten dann zu einer Reduzierung des Zuschusses der Dresdner Bank um rund 16 Prozent von ursprünglich 782,45 RM auf 654,45 RM (Januar 1932). Nach der Machtergreifung wurde weiter gekürzt. Am 1. Juli 1934 betrug die monatliche Pension dann nur noch 467,29 RM (99,84 RM Rente sowie 367,45 RM Dresdner Bank-Zuschuß). Damit hatte der Gesamtbetrag innerhalb von nur vier Jahren um mehr als die Hälfte abgenommen.

Zum 1. Oktober 1938 wurde der Zuschuß der Dresdner Bank dann noch einmal gekürzt – auf 201 RM.

In einem verzweifelten Bittbrief an die Direktion versuchte der 74jährige K. „eine wohlwollende Prüfung" der Angelegenheit zu erreichen: „Seitens der Filiale Würzburg wurde mir mitgeteilt, daß meine Pension [...] auf 201,– RM gekürzt wird. [...] Meine Gesundheitsverhältnisse haben sich dauernd dermaßen verschlechtert (Zucker, Herz, Arterienverkalkung), daß ich für Ärzte und Apotheken fortlaufend mit sehr erheblichen Ausgaben rechnen muß. [...] Ich darf wohl darauf hinweisen, daß die Eröffnung der Würzburger Niederlassung keinerlei Aufwendungen für die Bank im Gefolge hatte, wie dies sonst im allgemeinen der Fall zu sein pflegt. Im Gegenteil, ich brachte ein fertiges Geschäft mit, da die Kundschaft der Firma Felix Heim fast vollzählig mit mir ging, und es ist unbestreitbar, daß die Dresdner Bank binnen kurzer Zeit das größte Kontokorrentgeschäft am Platze innehatte. Ich war nach meiner Pensionierung jeden Vormittag mehrere Stunden im Büro anwesend, habe auch häufig an Sitzungen und Besprechungen teilgenommen und war während der Bankenkrise dauernd vor den Schaltern, woraus wohl ersichtlich ist, daß ich die Interessen der Bank jeder Zeit voll und ganz wahrgenommen habe."

Die Anwort, die die Dresdner Bank im Oktober 1938 für ihren jüdischen Pensionär übrig hatte, lautete: „In Beantwortung Ihres Schreibens [...] teilen wir Ih-

[71] Alle Angaben zum folgenden Abschnitt aus: AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte K.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen mit, daß wir angesichts Ihrer nur 9jährigen Dienstzeit bei unserer Bank und in Hinblick auf die Ihnen nach der Neuregelung verbliebenen Pensionsbezüge eine Änderung der von uns getroffenen Maßnahmen nicht eintreten lassen können. Mit deutschem Gruß pp." Da war keine Rede mehr von den Verdiensten um den Aufbau der Filiale Würzburg, die die Bank noch anläßlich der Pensionierung im Jahr 1930 so hervorgehoben hatte. Da war auch keine Rede mehr von der Anerkennung der Dienstzeit bei der Rechtsvorgängerin, wie sie noch für die letzten Abfindungen nach 1935 gegolten hatte. Es ging nur noch darum, eine Pension festzusetzen, die gerade ausreichte, das physische Überleben zu sichern, so daß der jüdische Pensionär nicht den öffentlichen Wohlfahrtsämtern zur Last fiel. Bemerkenswerterweise war auch nicht mehr von staatlichen Gesetzen und Verordnungen die Rede, nach denen man sich zu richten hatte, wie noch im Falle von Berufsbeamtengesetz und Reichsbürgergesetz. Solche Gesetze waren zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr anwendbar. Die Dresdner Bank war nämlich 1937 reprivatisiert worden und hatte damit ihre vollständige Souveränität als privates Unternehmen wiedergewonnen.

Am 21. August 1942 teilte die Personal-Abteilung der Dresdner Bank der Filiale Würzburg mit, daß K. am 24. Juli „evakuiert" worden sei. Einen Monat später erging dann die folgende Aufforderung: „Mit Bezug auf Ihre jüdischen Pensionsempfänger K. und P.[72] bitten wir Sie, den Genannten gegenüber unter Verwendung des anliegenden Vordrucks den Pensionswiderruf auszusprechen und diesen als gewöhnlichen Brief an die letzte Ihnen bekannte Anschrift zu adressieren. – Es ist damit zu rechnen, daß die Briefe als unzustellbar an Sie zurückgelangen. Alsdann wollen Sie die Schreiben nebst den mit Unzustellbarkeitsvermerk versehenen Umschlägen zwecks sorgfältiger Aufbewahrung zu ihren Akten nehmen. Heil Hitler!"

5. Zwänge und Handlungsspielräume

Zum Zeitpunkt der Reprivatisierung war die Bank weitgehend „judenfrei"[73]. Damit war die Dresdner Bank endlich eine „deutsche" Bank geworden. Gemessen an dem ad-hoc-Charakter der Gesetze und an der Improvisation der Durchführungsverordnungen kann die Umsetzung der staatlichen Judenpolitik durch die Dresdner Bank nur als bürokratisch-professionell charakterisiert werden. Nach dem Krieg haben sich die Nachfolgeinstitute der Bank mit Blick auf Wiedergutmachungsansprüche der Opfer ihrer „Entjudungsmaßnahmen" auf den Standpunkt gestellt, daß die Bank keine Chan-

[72] P. war der Nachfolger von K. als Leiter der Filiale Würzburg. Er wurde vermutlich Anfang 1936 50jährig pensioniert. In der Liste der jüdischen Angestellten vom 1. 10. 1935 wird sein Name noch ohne zusätzlichen Hinweis als Filialmitleiter geführt. Vgl. BA Berlin, NS 5 IV – 89. Dasselbe gilt auch für die Liste der Filialdirektoren vom 1. 1. 1936, aber hier war sein Name handschriftlich wieder gestrichen worden. Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 40.

[73] Daten für den Herbst 1937 liegen nicht vor. Aber am 1. 7. 1938 gab es noch genau zwei Angestellte jüdischer Herkunft in der Bank. Vgl. Kopper, Marktwirtschaft, S. 222.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ce gehabt habe, sich den gesetzlichen Vorgaben zu widersetzen[74]. Das ist sicherlich nicht falsch. Wer sich offen widersetzt hätte, hätte seinen Posten verlassen müssen. Aber es hat sich offenbar niemand gewehrt – und das ist nicht allein durch „Angst" zu erklären.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß die „Entjudung" von vielen Verantwortlichen innerlich mitgetragen wurde. Insbesondere die Verantwortung der Betriebsführer Schippel und Luer[75] ist in diesem Zusammenhang herauszustreichen. Aber die Spannbreite individuellen Verhaltens war doch größer. So konnten auch zahlreiche Fälle nachgewiesen werden, in denen sich leitende Mitarbeiter der Dresdner Bank aktiv bemühten, im Einzelfall zu helfen. Hier ist vor allem der stellvertretende Leiter der Personal-Abteilung Georg Butz zu nennen, der in der Regel zusammen mit seinem Vorgesetzten Adolf Gaebelein die Kündigungsschreiben zu unterzeichnen hatte. Butz litt ganz offensichtlich unter seinem Tun, und er versuchte in zahlreichen Fällen, die vermutlich vom Betriebsführer angeordnete restriktive Handhabung der Kündigungsmodalitäten zu unterlaufen. So teilte er einem Angestellten, der darum gebeten hatte, den Grund seiner Entlassung in seinem Zeugnis zu nennen, weil sein möglicher neuer Arbeitgeber in Uruguay dies sonst nicht glaube, offiziell mit, daß ein solcher Zusatz nicht möglich sei. Das schließlich abgesandte Zeugnis sah aber genau so aus, wie es beantragt worden war[76]. Auch die bereits erwähnte Erhöhung der Abfindung für Dr. L. durch eine Gratifikation geht auf das Konto von Butz, der auch hier zur Tarnung einen negativen Bescheid gab.

Die wichtigste Hilfestellung, die leitende Angestellte der Dresdner Bank für ihre ehemaligen Kollegen leisten konnten, war allerdings die Vermittlung neuer Arbeitsstellen außerhalb des Reichsgebietes. Die Liquidatorentätigkeit von Hugo Israel in Amsterdam wurde bereits erwähnt. Auch Samuel Ritscher, der ehemalige Leiter der Filiale München Hermann Bachrach und sogar Herbert Gutmann bekamen zeitweise Aufträge der Dresdner Bank in Ägypten bzw. der Schweiz und in Rumänien[77]. Auch

---

[74] Vgl. das Rechtsgutachten der Rhein-Main Bank AG vom 28. 11. 1955, in: AADrBk, Rechtsabteilung Bank für Handel und Industrie (BHI), Akte „Arbeitsgerichtsprozeß F.", in dem es heißt: Es ist „nicht mehr als recht und billig, daß die Wiedergutmachung von Schäden, die durch die Befolgung gesetzlicher Vorschriften durch die Staatsbürger ausgelöst worden sind, nicht den einzelnen Staatsbürgern, sondern nur den Urhebern der gesetzlichen Bestimmungen, d. h. dem Staate auferlegt werden kann".

[75] Der „alte Kämpfer" Carl Luer, Präsident der IHK Frankfurt a. M. und Professor an der dortigen Universität, übernahm nach seiner Berufung in den Vorstand 1938 das Amt des Betriebsführers und war damit für die Maßnahmen gegen die jüdischen Pensionäre im Herbst 1938 verantwortlich.

[76] Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 41, Personal-Sekretariat, Personalakte S., hier auch Nachkriegskorrespondenz.

[77] Samuel Ritscher wurde zum Repräsentanten der Dresdner Bank-Filialen in Ägypten und der Türkei ernannt. Vgl. das Genehmigungsschreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom 14. 4. 1936, in: Sonderarchiv Moskau, Bestand Reichswirtschaftsministerium, 1458-1-549, Bl. 58. Herbert Gutmann saß noch 1937 im Verwaltungsrat der Dresdner Bank-Tochter Societatea Bancara Romana, Bukarest. Vgl. die Aufstellung vom 29. 1. 1937, in: Ebenda, Bl. 14. Gutmann verließ Deutschland erst kurz vor Kriegsausbruch und gelangte nach London. Dort verstarb er, der nur zehn Jahre zuvor einer der wohlhabendsten deutschen Großbankdirektoren gewesen war, wenig später völlig verarmt. Vgl. dazu Interview mit Lili Collas Gutmann (Florenz) am 2. 7. 1998.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für einfache Angestellte setzten sich leitende Angestellte der Dresdner Bank gelegentlich ein. So bemühte sich der für die Depositenkassen zuständige Abteilungsleiter Siemens im April 1935, den entlassenen Effektenkassierer einer Depositenkasse nach Danzig zu vermitteln[78].

Neben Butz nutzte auch der 1934 in den Vorstand berufene Alfred Busch seine Möglichkeiten, jüdischen Kollegen zu helfen. Genau diese Erwartungen scheinen sich bereits mit seiner Berufung verbunden zu haben. Wilhelm Kleemann schickte ihm sicherlich nicht zufällig ein Glückwunschschreiben, das leider nicht mehr erhalten ist. Aus Busch' Antwort geht aber klar hervor, daß Kleemann nicht von allen ehemaligen Kollegen eine hohe Meinung hatte: „Ich bitte Sie aber versichert zu sein, daß ich mich stets gern der früheren Zeiten erinnere und mir die Anhänglichkeit an diejenigen Herren, mit denen ich früher habe zusammenarbeiten können, etwas Selbstverständliches ist." Statt mit dem gegenüber „Nichtariern" seit November 1933 bei der Dresdner Bank obligatorischen „deutschen Gruß" endete dieser Brief mit „herzlichen Grüßen"[79].

Handelte es sich dabei auch nur um eine Geste, so bewies Busch bei anderer Gelegenheit durchaus, daß die „Anhänglichkeit" gegenüber den ehemaligen Kollegen mehr als eine Floskel war. Als er dem früheren Münchner Filialleiter B. offiziell mitteilen mußte, daß die Bank die ihm nach dem Ausscheiden aus der Filialleitung übertragene Repräsentanz der Dresdner Bank in der Schweiz und in Italien nicht mehr aufrechterhalten konnte, sandte er parallel ein persönliches Schreiben, in dem er B. seiner nach wie vor „freundschaftlichen Einstellung" versicherte und versprach, sich um eine anderweitige Beschäftigungsmöglichkeit für ihn zu bemühen[80]. Ob diese Bemühungen erfolgreich waren, geht aus dem weiteren Schriftwechsel nicht hervor. Daß Busch etwas tat, steht aber außer Frage. Die zahlreichen Bittbriefe von Angestellten an ihn persönlich deuten darüber hinaus darauf hin, daß Busch für seine Einstellung in der Bank bekannt war.

Trotz der Berufung des überzeugten Nationalsozialisten Emil Meyer in den Vorstand der Bank scheint es keine Versuche gegeben zu haben, die „Entjudungspolitik" über den gesetzlichen Takt hinaus zu beschleunigen oder individuelle Hilfen für entlassene Juden durch leitende Angestellte oder Vorstandsmitglieder zu unterbinden. Selbst Meyer war wohl pragmatisch genug, um zu erkennen, daß eine zügigere „Entjudung" die Funktionsfähigkeit der Bank in einzelnen Bereichen gefährden würde. Die Ironie wollte es ferner, daß sich die Nationalsozialisten in den Führungsetagen der Bank geraume Zeit in ihren eigenen antisemitischen Vorurteilen verfingen – zum Vorteil mancher Juden, die in den Börsenbüros der Filialen beschäftigt waren und dort besonders lange in verantwortlichen Stellungen bleiben konnten[81]. Ein ein-

[78] Vgl. AADrBk, 4. Etage, Regal 42, Personal-Sekretariat, Personalakte L.

[79] Schreiben Busch an Kleemann vom 12. 1. 1935, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 21, Konsortial-Abteilung, Handakte Busch.

[80] Schreiben Busch an B. vom 12. 10. 1934, in: Ebenda.

[81] Personallisten der leitenden Filialangestellten 1934 bis 1936, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drucksvollerer Beweis ist kaum vorstellbar, daß die Antisemiten ihre krude Ideologie vom „raffenden Geist" der Juden selber glaubten. Juden waren für sie für das Börsengeschäft geradezu prädestiniert, während der Einsatz von „Ariern" solange ein geschäftliches Risiko bedeutete, wie die Konkurrenz Juden in diesem Bereich beschäftigte.

Von solchen Rücksichtnahmen war der nationalsozialistische Teil der Belegschaft vollkommen frei. Ihm ging es bei der Durchsetzung der ideologisch-antisemitischen Ziele im Zuge einer forcierten „Entjudungspolitik" nicht zuletzt um die Realisierung eigener Aufstiegsträume[82]. Insbesondere über die Vertrauensräte konnte massiver Druck auf die Personal-Abteilung bzw. auf die Betriebsführer in den Filialen ausgeübt werden. Ein besonders gut dokumentiertes Beispiel hierfür ist die Filiale Dresden[83]. Nachdem dort die sächsische Regierung bereits 1934 die Pensionierung des Filialleiters Victor von Klemperer durchgesetzt hatte[84], kämpfte der Vertrauensrat der Filiale verbissen darum, auch den evangelischen „Halbjuden" Kurt Krahmer aus der Filialleitung zu vertreiben. In dem Betriebsführer der Filiale, dem 1933 Krahmer und v. Klemperer an die Seite gestellten Nichtjuden Georg Kanz, trafen die nationalsozialistischen Vertrauensratsmitglieder allerdings auf einen nicht minder zähen Gegner. Kanz hielt den „geschützten Nichtarier" Krahmer bis zu dessen Unfalltod im Herbst 1936 in der Filialleitung und setzte sich wiederholt auch für die Belange der jüdischen „Gefolgschaftsmitglieder" ein[85].

Welches Klima in der Dresdner Filiale geherrscht haben muß, wird durch die geradezu grotesken Auseinandersetzungen um die Trauerfeier für Krahmer deutlich. Zunächst hatte der stellvertretende Betriebsführer in Abwesenheit von Kanz den Aufruf der Filialleitung für eine Kranzspende zurückgezogen, weil – so der Betriebszellenobmann Pg. Suchsland – „der größte Teil der Gefolgschaft [. . .] [dies] als Provokation und als eine Störung des Betriebsfriedens" betrachtete[86], und etwa ein Vierteljahr später erhob einer der Vertrauensleute „schärfsten Einspruch" gegen eine für zwei Mitarbeiter vorgesehene Gehaltserhöhung, weil diese die „unerhörte Charakterlosigkeit" besessen hätten, „trotz ihrer Eigenschaft als Parteigenosse bzw. als SA-Mann an der Trauerfeier für den jüdischen Direktor Krahmer" teilzunehmen[87].

---

[82] Ein ursprünglich evangelischer, dann konfessionsloser Depositenkassenvorsteher aus Ruhrort bezeichnet seine Konfession seit 1935 als „deutsch gläubig", nicht ohne zu erwähnen, daß er anstrebe, „Leiter einer Niederlassung" zu werden. Vgl. Personalliste der leitenden Angestellten 1. 1. 1935, in: AADrBk, 4. Etage, Regal 40. An welche Niederlassung er dabei dachte, ist nicht schwer zu erraten. Der vorgesetzte Leiter der Niederlassung Duisburg, P., war zwar ebenfalls evangelischer Konfession, aber nach Abstammungsfragebogen „Jude".

[83] Ich habe an dieser Stelle Herrn Michael C. Schneider (Hannah-Arendt-Institut Dresden) zu danken, der mir sein Material über die Dresdner Filiale für diesen Aufsatz zur Verfügung gestellt hat, obwohl seine eigene Auswertung des Materials noch nicht veröffentlicht ist.

[84] Vgl. hierzu Kopper, Marktwirtschaft, S. 226f.

[85] Beispiele finden sich in den Vertrauensratsprotokollen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (künftig: SächsHStA), Bestand Altbanken 6419.

[86] Protokoll über die Vertrauensratssitzung vom 26. 11. 1936, in: Ebenda.

[87] Protokoll über die Vertrauensratssitzung vom 26. 2. 1937, in: Ebenda.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch wenn es mehr Standhafte wie Busch, Kanz oder Butz gegeben hätte, wäre die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank nicht verhindert worden. Bemerkenswert ist aber doch die Tatsache, daß die Karriere von keinem der drei Genannten zu irgendeinem Zeitpunkt aufgrund ihrer Haltung zur Judenpolitik des Regimes gefährdet war. Dies zeigt, daß es der Handlungsspielraum einzelner Entscheidungsträger durchaus zugelassen hätte, Sand ins Getriebe der Entjudungsmaschinerie zu streuen.

Wenn die „judenpolitischen" Vorgaben des Regimes dennoch fast perfekt umgesetzt wurden, so ist nicht das Verhalten der nationalsozialistischen Aktivisten und auch nicht das von Busch, Kanz oder Butz erklärungsbedürftig, sondern das der vielen anderen, die sich indifferent verhielten und damit maßgeblich zur lautlosen und erfolgreichen Umsetzung der „Entjudung" der Dresdner Bank beitrugen. Die Bedeutung von Furcht vor einem Karriereknick oder Schlimmerem und von bürokratischer Korrektheit soll nicht in Abrede gestellt werden. Viel wichtiger waren aber andere Faktoren: Als erstes ist dabei der latente Antisemitismus innerhalb des deutschen Bürgertums zu nennen. Selbst bei Busch, Kanz und Butz kamen die Hilfsaktionen ausschließlich Personen zugute, die ihnen persönlich bekannt waren. Ob sie generell gegen eine Verringerung des Anteils von Juden im Bankgewerbe waren, läßt sich nicht sagen. Die Vorstellung, daß es zu viele Juden im Finanzsektor und hier insbesondere in den Führungsetagen der Banken gab, war jedenfalls weit verbreitet. Dasselbe galt für eine rassische Definition des Deutschseins. Sogar assimilierte deutsche Juden wurden nicht nur von militanten Antisemiten als „fremdrassige" Elemente angesehen. Grundsätzlich entsprachen deshalb auch das Berufsbeamtengesetz und andere gesetzliche „Entjudungsmaßnahmen" durchaus bürgerlich-konservativen Vorstellungen[88]. Reichsbankpräsident Schacht etwa, der ebenfalls häufig antisemitische Auswüchse zu verhindern gesucht hatte, verteidigte noch nach dem Krieg das Schriftleiter- und das Reichskulturkammergesetz. Daß er während der dreißiger Jahre dem Berufsbeamtengesetz und seiner Anwendung auf die Reichsbank nicht grundsätzlich kritisch gegenüberstand, kann kaum bezweifelt werden[89].

Der zweite wesentliche Faktor war die rechtsstaatliche Tarnung der judenpolitischen Maßnahmen, die noch dazu in der Tradition ähnlicher Gesetze aus der Brüning-Ära zu stehen schienen, freilich keine antisemitische Stoßrichtung hatten. In der Dresdner Bank war man aber seit dieser Zeit an Eingriffe in die Personalpolitik und sogar in die Gestaltung der Dienstverträge gewöhnt. Es gehörte so gar nicht viel Selbsttäuschungsbereitschaft dazu, die Anwendung des Berufbeamtengesetzes als eine Fortsetzung der Notverordnungspolitik aus der Spätphase der Weimarer Re-

[88] Mommsen, Beamtentum, S. 49. Die Affinität der frühen „judenpolitischen" Maßnahmen des Nationalsozialismus zum Konservativismus der deutschen Eliten wird besonders hervorgehoben von Saul Friedländer, Das Dritte Reich, S. 49.

[89] Zur Haltung Schachts, die als durchaus prototypisch für die Haltung der konservativen Eliten angesehen werden kann, vgl. Barkai, Boykott, S. 69 ff.; Kopper, Marktwirtschaft, S. 223 ff.; Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage". Der „Wirtschaftsdiktator" und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

publik zu begreifen. Das Recht der Regierung, unliebsame Vorstandsmitglieder zu entlassen und regierungsnahe neue Mitglieder zu berufen, war angesichts der Besitzverhältnisse nicht zu bestreiten, ja in den Augen vieler selbstverständlich. Darüber hinaus hatte die Dresdner Bank auch schon anläßlich der Fusion mit der Danat Bank tiefgreifende personelle Änderungen auf allen Ebenen durchgeführt. Die neuen Maßnahmen nach 1933 unterschieden sich davon scheinbar kaum. Nun wurden nur keine älteren Angestellten mehr in den (Vor-)Ruhestand geschickt, sondern Juden entlassen. Viele Angestellte der Bank, die sich ebenfalls vom Gift des Antisemitismus hatten infizieren lassen, dürften es als richtig empfunden haben, wenn ein junger jüdischer Angestellter gehen mußte und dafür ein 40jähriger nichtjüdischer Familienvater aus dem Status des „Wartegeldempfängers" geholt werden konnte[90]. Daß der aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassene jüdische Angestellte schlechter gestellt war als der im Jahr zuvor aus betrieblichen Gründen Gekündigte, ging teilweise ebenfalls auf eine gesetzliche Vorschrift zurück, die ihr Vorbild in einer Weimarer Notverordnung hatte.

Bei der Entlassung der „geschützten Nichtarier" war die rechtsstaatliche Tarnung zwar durchsichtiger, aber zweieinhalb Jahre antisemitischer Propaganda taten auch hier ihre Wirkung, zumal sie von einer Regierung ausging, die außen- und arbeitsmarktpolitisch erfolgreich war. Viele gewöhnten sich an antijüdische Maßnahmen, und daraus entstand ein Abstumpfungseffekt in der Gesellschaft, der häufig nur noch dann durchbrochen wurde, wenn ein persönlicher Bekannter zu den Betroffenen zählte, der nicht den antisemitischen Stereotypen entsprach.

Schließlich sollte nicht übersehen werden, daß die Aufstiegskanäle innerhalb der Dresdner Bank aufgrund der Altersstruktur nach Fusion und Personalabbau außerordentlich eng geworden waren. Nach Abschluß der personellen Umstrukturierung gab es für ambitionierte jüngere Angestellte kaum noch eine begründete Aussicht, in absehbarer Zeit auf der Karriereleiter vorwärtszukommen. Das Berufsbeamtengesetz schuf für diesen Personenkreis eine völlig neue Situation; mit seiner Hilfe wurde der überdurchschnittlich hohe Anteil von Juden unter den leitenden Angestellten beseitigt. Nichtjüdische Angestellte konnten nun plötzlich mit einer deutlich schnelleren Beförderung rechnen. Ein gut dokumentierbares und zugleich besonders markantes Beispiel hierfür ist die Ebene der Geschäftsleitung selber. Die „junge Garde" neuer stellvertretender Vorstandsmitglieder verdankte ihre Berufung in erster Linie dem Ausscheiden derjenigen Mitglieder der Geschäftsleitung, die jüdischer Herkunft waren. Zwischen Herbst 1933 und Herbst 1934 schieden allein zwei Vorstandsmitglieder und fünf „A-Direktoren" bzw. Generalbevollmächtigte aus. Mit Hermann Richter (geb. 1903), Alfred Busch (geb. 1893), Emil Meyer (geb. 1886) und Hugo

[90] So wehrte sich beispielsweise der Vertrauensrat der Dresdner Filiale strikt dagegen, daß 50jährige Wartegeldempfänger in den (Vor-)Ruhestand versetzt würden, „solange noch, wie dies in unserem Institut der Fall ist, politisch unzuverlässige Elemente in der Betriebsgefolgschaft verbleiben". Protokoll über die Vertrauensratssitzung vom 27. 9. 1935, in: SächsHStA, Bestand Altbanken 6419.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zinßer (geb. 1900) wurden innerhalb weniger Monate zwar hervorragende Fachleute (abgesehen von Meyer) in die Geschäftsleitung berufen, die in den dreißiger Jahren ohne die Vertreibung ihrer jüdischen Kollegen aber kaum eine Chance gehabt hätten, in solche Positionen zu gelangen.

Furcht und bürokratische Korrektheit, antisemitische Vorbehalte in der Gesellschaft und auch in der Belegschaft der Dresdner Bank, die rechtsstaatliche Tarnung der ersten antijüdischen Gesetze und schließlich die Vorteile, die sich aus der Vertreibung der Juden für viele nichtjüdische Angestellte ergaben, wirkten zusammen und sorgten dafür, daß die Dresdner Bank zügig – aber nicht zu schnell, so daß betriebliche Abläufe nicht gestört wurden – und lautlos den gesetzlichen Vorgaben entsprechen konnte.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

REGINA M. DELACOR

„AUSLIEFERUNG AUF VERLANGEN"?

Der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag 1940 und das Schicksal der sozialdemokratischen Exilpolitiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding

Der Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrags vom 22. Juni 1940 bildete die Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten in den vier „dunklen" Jahren der Okkupation. Der Vertrag markierte den Beginn der Kollaboration, die im Oktober 1940 mit dem Treffen von Adolf Hitler und Philippe Pétain in Montoire besiegelt werden sollte. Denn bereits im Sommer 1940 wurden die Weichen gestellt, die in diese Richtung deuteten. Ihren sichtbaren Ausdruck fand die politische Zusammenarbeit im legendären Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags, der Frankreich verpflichtete, namhaft gemachte Personen auf Verlangen auszuliefern. Französische Einwände gegen die demütigende Klausel stießen bei den deutschen Machthabern auf kategorische Ablehnung. Der Auslieferungsfrage maß die NS-Führungsspitze eine derartige Bedeutung bei, daß sie nicht auf den Abschluß eines Friedensvertrags mit Frankreich warten, sondern die Auslieferungsverpflichtung im Waffenstillstandsvertrag verankert wissen wollte. Die französische Seite erkannte in den Vorverhandlungen der Vertragsunterzeichnung sehr deutlich, daß die Aufnahme der Auslieferungsverpflichtung in den Vertragstext eine präjudizierende Einschränkung des französischen Asylrechts bedeutete. Durch die vertragliche Verpflichtung wurde die Regierung des freien Teils Frankreichs in die Repressionspolitik der Besatzer eingespannt. Mit dem Instrumentarium des Auslieferungsparagraphen erhielt die Gestapo Zugriff auf ein Gebiet, das ihr ansonsten – zumindest bis zur totalen Besetzung Frankreichs im November 1942 – verschlossen geblieben wäre. Wie die Affäre um die Auslieferung der Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding offenbart, glitten die Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten nicht zu einem Diktatverhältnis ab, sondern bestanden auf beiden Seiten Spielräume, die man nutzen oder ungenutzt verstreichen lassen konnte. Aufgrund der Uneinigkeit des autoritären Vichy-Regimes verstrickten sich die französischen Akteure bald in Handlangerdienste für den NS-Staat. Der anfängliche Widerstand gegen den kompromittierenden Auslieferungsparagraphen begann sich bereits nach wenigen Monaten der Besatzungszeit in eine institutionalisierte Zusammenarbeit der deutschen und französischen Polizei zu verwandeln. Vichy nutzte den Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags, um sowohl aus opportunistischem Arrangement mit

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Siegermacht, als auch zur Einebnung innenpolitischer Spannungen (infolge des Sturzes des stellvertretenden Ministerpräsidenten Pierre Laval am 13. Dezember 1940) im Rahmen der offiziellen Doktrin der „Nationalen Revolution" unerwünschte Personen vom französischen Territorium auszuweisen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen um den Auslieferungsparagraphen

Als am 14. Juni 1940 deutsche Truppen kampflos Paris besetzten, zog sich die französische Regierung nach Bordeaux zurück. Am 16./17. Juni bat sie die neuen Machthaber um einen Waffenstillstand[1], worauf ihr ein 24 Artikel umfassendes Dokument übergeben wurde. Da die Deutschen den Franzosen einen Kurierdienst nach Bordeaux verweigerten, mußte der Leiter der französischen Delegation bei den Waffenstillstandsverhandlungen, General Charles Huntziger, aus Rethondes dem in Bordeaux weilenden Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, General Maxime Weygand, am 21. Juni den Text des Waffenstillstandsvertrags telefonisch durchgeben[2]. Noch in der Nacht zum 22. Juni 1940 trat das Kabinett zusammen. Nach eingehenden Beratungen forderte es von der Reichsregierung die Streichung des zweiten Paragraphen aus Artikel 19, in dem sich Frankreich verpflichten sollte, „alle in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten befindlichen Deutschen, die von der Deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern"[3]. Die deutsche Seite lehnte den französischen Einwand strikt ab und stellte den gesamten Vertragstext als conditio sine qua non für einen Abschluß des Waffenstillstandes dar[4]. Inoffiziell ließ der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Generaloberst Wilhelm Keitel, durchblicken, daß man sich bei den Auslieferungsforderungen auf die „Kriegshetzer" deutscher Herkunft beschränken wolle[5].

In der morgendlichen Sitzung am 22. Juni 1940 herrschte im Kabinett Einigkeit darüber, daß eine derartige Auslieferungsforderung gegen die Ehre Frankreichs und dessen Tradition als Aufnahmeland politischer Verfolgter verstieße, und man verlangte folglich die Streichung der zur Auslieferung verpflichtenden Formulierung[6].

---

[1] Zu einer ausführlichen Darstellung der Verhandlungen vgl. Hermann Böhme, Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966.

[2] Vgl. Archives Nationales, Paris (künftig: AN), AJ 41/5, Conversation téléphonique du Général Huntziger avec le Général Weygand de Rethondes à Bordeaux, 21 juin [1940], 21h20.

[3] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie D, Bd. IX, S. 557f.

[4] Vgl. dazu die Anhörung des französischen Botschafters, Léon Noël, im Prozeß gegen Marschall Philippe Pétain in der Sitzung vom 2. 8. 1945, in: Le procès du Maréchal Pétain. Compte rendu sténographique (Grands procès contemporains, Collection publiée sous la direction de Maurice Garçon de l'Académie Française), 2 vol., Paris 1945, hier vol. I, S. 469–476, insbes. S. 475.

[5] Vgl. Ministère des Affaires Étrangères, Paris (künftig: MAE), Papiers 1940, Baudoin, vol. 1, Bl. 89, Conseil des Ministres du 22 juin 1940, 1h–3h matin.

[6] Vgl. ebenda, Bl. 94, Conseil des Ministres du 22 juin 1940, 8h30. Wie sehr das vom französischen Staat eingeräumte Zugeständnis an die Besatzer als offenkundiger Bruch der republikanischen Ehre und des traditionellen Asylverständnisses Frankreichs empfunden wurde, erhellte der Nach-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am selben Morgen übermittelte General Huntziger diese Position Generaloberst Keitel, der die Bedenken scharf zurückwies und an die Bedingungen von 1918 erinnerte, die das Offizierskorps der deutschen Armee gedemütigt hätten[7]. Den französischen Verhandlungspartnern kam er soweit entgegen, sich in der Praxis auf die Auslieferung der „größten Kriegshetzer, die deutschen Emigranten, (...) die ihr eigenes Volk verraten und ein anderes ins Unglück gehetzt hätten"[8], beschränken zu wollen. General Huntziger nahm die Verlautbarungen Keitels zur Kenntnis und informierte das Kabinett. Bevor eine Entscheidung gefallen war, erreichte den Vorsitzenden der französischen Delegation am frühen Abend des 22. Juni ein von Keitel verfaßtes Ultimatum, in dem er Huntziger eine Frist bis 19 Uhr 30 desselben Tages zur Unterzeichnung oder Abbruch der Verhandlungen setzte: „Nach Verstreichen dieses Zeitpunktes sehe ich die Verhandlungen als gescheitert an. Ich werde zu diesem Zeitpunkt den Verhandlungsort verlassen und anordnen, daß die französische Delegation an die Front zurückgeleitet wird."[9]

Die französische Regierung gab nach und willigte in die Bedingungen des Waffenstillstands ein. Am 25. Juni 1940, sechs Stunden nach Unterzeichnung des französisch-italienischen Abkommens, trat nun auch der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag in Kraft[10]. Anstatt jedoch abzuwarten, bis die Besatzer in der Auslieferungsfra-

---

kriegsprozeß gegen Marschall Petain. Léon Blum erinnerte sich an seine ersten Gedanken, als er von der französischen Konzession gegenüber den Besatzern erfuhr: „Je voyais cette clause abominable, sans précédent, je crois, dans notre histoire, par laquelle la France s'engageait à livrer à l'Allemagne les proscrits, les exilés qui avaient trouvé un asile sur notre sol." Anhörung von Léon Blum am 27. 7. 1945, in: Le Procès du Maréchal Pétain, S. 239.

[7] Dabei spielte Keitel auf die deutschen Offiziere an, deren Auslieferung die alliierten Regierungen wegen Kriegsverbrechen verlangt hatten. Die alliierte Forderung, auf die sich Keitel bezog, war nicht im Waffenstillstandsvertrag von 1918, sondern erst im Versailler Friedensvertrag (Artikel 227–230) enthalten. Analog zur Forderung von 1940 war sie allerdings für die Würde des besiegten Staates einschneidender, da die Auslieferung von *eigenen* Staatsangehörigen an die Siegermächte verlangt wurde. Vgl. Walter Schwengler, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982, S. 233–343.

[8] ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 549–554, hier S. 551, Aufzeichnung über die Waffenstillstandsverhandlungen in Compiègne am zweiten Verhandlungstage, dem 22. 6. 1940. Zum französischen Vergleichstext vgl. AN, AJ 41/5, Procès-verbal de la réunion plénière tenue à Rethondes le 22. 6. 1940 à 10 heures.

[9] Ebenda, Ultimatum von Generaloberst Keitel, adressiert an den Vorsitzenden der französischen Waffenstillstandsdelegation, Compiègne, 22. 6. 1940. Eine Fotokopie des Ultimatums ist 1988 den Archives Nationales von Paul Malliavin, Mitglied der Académie française, überlassen worden. Die Herausgeber der ADAP vermerken in diesem Zusammenhang, daß sie dieses Ultimatum nicht ermitteln konnten. Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 554, Anm. 3.

[10] Auch die italienische Seite hatte auf den Abschluß einer Auslieferungsklausel im französisch-italienischen Waffenstillstandsvertrag gedrängt. Der entschiedenen Abwehrhaltung der französischen Delegation war es zu verdanken, daß schließlich Italien der Streichung jener kompromittierenden Verpflichtung zustimmte. Zu den Verhandlungen vgl. Romain H. Rainero, La Commission Italienne d'Armistice avec la France. Les rapports entre la France de Vichy et l'Italie de Mussolini (10 juin 1940–8 septembre 1943), Vincennes 1995, S. 366–374, insbes. S. 372f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ge die Initiative ergriffen, erbat das französische Oberkommando im vorauseilenden Gehorsam am 27. Juni 1940 vom OKW die Bekanntgabe des Bestimmungsortes und der Behörden, an welche die auszuliefernden Zivilisten übergeben werden sollten[11].

Interpretationsspielräume

Schon nach kürzester Zeit kam es durch die im Artikel 19 verwendete Terminologie im deutsch-französischen Vertrag wegen unterschiedlicher Auffassungen zwischen der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden (WAKO)[12] und der dortigen französischen Delegation (*Délégation Française auprès de la Commission Allemande d'Armistice*, DFCAA)[13] zu Konflikten. Laut Artikel 19, Absatz 1 waren „alle im französischen Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, einschließlich der Haft- und Strafgefangenen, die wegen einer Tat zugunsten des Deutschen Reiches festgenommen und verurteilt sind, (...) unverzüglich den deutschen Truppen zu übergeben"[14]. Unklarheit herrschte darüber, ob die zahlreichen Zivilinternierten, die sich in französischen Internierungslagern[15] befanden, ebenfalls dazuzurechnen seien. Die französische Interpretation schloß sie von dieser Forderung aus. Lediglich bei jenen deutschen Zivilinternierten sollte Artikel 19 angewandt werden, die sich in Untersuchungshaft befanden oder aber zu einer Gefängnisstrafe gerichtlich verurteilt worden waren.

In einer Note des Unterhändlers für Kriegsgefangene, Henri Chauvin, vom 3. Juli 1940 an den Leiter der WAKO und General der Infanterie, Karl-Heinrich von Stülpnagel, kam die unterschiedliche Deutung der in Artikel 19 formulierten Bedingungen klar zum Ausdruck. Die deutsche Delegation forderte neben der Herausgabe von deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen auch die Auslieferung von Haft- und Strafgefangenen *aller* Nationalitäten. Chauvin wies diesen Anspruch entschieden zurück und hob den wesentlichen Unterschied zwischen französischer und deutscher Interpretation hervor[16]. In diesem Zusammenhang gab Botschaftsrat Jacques Torbès de

[11] Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau (künftig: BA-MA), RW 35/44, Funkspruch Nr. 917, Haut Commandement Français à Haut Commandement Allemand, 27. 6. 1940, 21 Uhr 50.

[12] Die WAKO regelte und überwachte nach den Weisungen des OKW die Durchführung des Waffenstillstandsvertrags. Sie war Bindeglied zwischen der deutschen und französischen Regierung.

[13] Zur Vertretung ihrer Interessen und zur Entgegennahme der deutschen Anordnungen hatte die französische Regierung eine ständige Abordnung nach Wiesbaden entsandt, die DFCAA. Vgl. Délégation Française auprès de la Commission Allemande d'Armistice, Recueil de documents publié par le Gouvernement Français, 5 vol., Paris 1947–1959.

[14] ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 554–558, hier S. 557.

[15] Zur Problematik der Internierungslager vgl. Regina M. Delacor, Die französische Internierungspolitik in den Jahren 1938 bis 1946. Ein Beitrag zur Geschichte der Lager in Frankreich, 2 Bde., Unveröffentlichte Diss., Berlin 1996.

[16] Vgl. Service Historique de l'Armée de Terre, Vincennes (künftig: SHAT), 1 P/7, Sous-Commission des Prisonniers de Guerre, N° 67/PG, Note pour le Général d'Infanterie Von Stülpnagel, Wiesbaden, 3. 7. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Saint-Hardouin zu bedenken, daß auch im deutschen Vertragstext nicht zwischen „Ausländern" oder „Nichtdeutschen" auf der einen Seite und „deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen" auf der anderen unterschieden werde[17]. In der französischen Regierung einigte man sich darauf, über den Fall eines jeden Ausländers, der zugunsten einer Tat für das Dritte Reich verurteilt war, zu beraten und eine Auslieferung generell in Aussicht zu stellen. Personen französischer Nationalität schloß Vichy von diesem Entgegenkommen allerdings aus. Der deutschen Regierung räumte Verteidigungsminister Weygand schließlich das Recht ein, eine Kommission zur Kontrolle in französische Lager und Gefängnisse zu entsenden[18].

Zu Divergenzen führte darüber hinaus auch der zweite Paragraph von Artikel 19, der Frankreich zur Auslieferung aller namhaft gemachten Deutschen verpflichtete. Der französische Wortlaut des Textes verwandte an dieser Stelle den Ausdruck „*ressortissants allemands*"[19], was nicht exakt dem Begriff „Deutsche", sondern eher dem der „deutschen Staatsangehörigen" entsprach. Dies führte dazu, daß die französischen Verhandlungspartner z. B. Personen, die vom Deutschen Reich als „Deutsche" bezeichnet wurden, nach französischer Definition allerdings Österreicher waren, nicht unter den Auslieferungsparagraphen faßten. Als „Deutsche" betrachtete die französische Regierung diejenigen, die im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit waren[20]. Nach Ansicht der NS-Behörden traf die Terminologie „Deutscher" auf alle „Reichs- und Volksdeutschen"[21] zu, was der französischen Anschauung jedoch widersprach. Botschaftsrat de Saint-Hardouin spielte die interpretatorischen Möglichkeiten durch[22]: Aus deutscher Perspektive waren auch die Österreicher, Tschechen und Slowaken von einer Auslieferungsforderung betroffen. In einer weiteren Interpretation deutete de Saint-Hardouin die *ressortissants allemands* als jene, die Deutsch sprachen und sich als Deutsche fühlten. Bei einer dritten Variante handelte es sich um „Volksdeutsche", einschließlich der Elsässer[23], die Mitglieder der deutschen „Volksgemeinschaft" waren.

---

[17] AN, F 60/1625, Handschriftliche Notiz von de Saint-Hardouin, Délégation française auprès de la commission d'armistice, Interprétation des passages 1 et 2 de l'art. 19, 25. 7. 1940.

[18] Vgl. SHAT, 1 P/7, Dossier 2, Ministère de la Défense Nationale, Direction des Services de l'Armistice, N° 1332/DSA, Le Ministre de la Défense Nationale [General Weygand] à M. le Général d'Armée [General Colson], Vichy, 21. 7. 1940.

[19] Convention d'Armistice Franco-Allemande, 22 juin 1940, in: Dommages subis par la France et l'union française du fait de la guerre et de l'occupation ennemie, Éd. par la Commission Consultative des Dommages et des Réparations à la Présidence du Conseil (CCDR), vol. IX, Paris 1951, S. 113–116, hier S. 116.

[20] Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 165, Bl. 6 f., Note sur l'article 19 de l'Armistice avec l'Allemagne, 30. 6. 1940.

[21] Im Exemplar des Waffenstillstandsvertrags, welches das OKW der WAKO zur Verfügung stellte, ist an der Stelle „Deutsche" die handschriftliche Randbemerkung „Reichs- und Volks-" [Deutsche] hinzugefügt worden. Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 558, Anm. 6.

[22] Vgl. AN, F 60/1625, Handschriftliche Notiz von de Saint-Hardouin, Délégation française auprès de la commission d'armistice, Interprétation des passages 1 et 2 de l'art. 19, 25. 7. 1940.

[23] Elsässer und Lothringer erfuhren als „Volksdeutsche" eine bevorzugte Behandlung. Insbesondere

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts des Deutungsspielraums, den sich die deutsche Waffenstillstandskommission durch zweifelhafte Formulierungen geschaffen hatte, bedeutete Artikel 19 für die in Frankreich anwesenden Emigranten eine konkrete Gefahr. Einen Hinweis auf diese Bedrohung gibt zweifellos die handschriftliche, für das OKW und die WAKO im Arbeitsexemplar des Waffenstillstands-Vertragstextes enthaltene Randbemerkung, die den Terminus „Deutsche" als „Reichs- und Volksdeutsche" präzisierte[24]. Ob sich die französische Regierung auf die mündliche und im Grunde genommen unverbindliche Zusage Keitels, lediglich die Auslieferung der „größten Kriegshetzer" zu verlangen, wirklich verlassen konnte, mußte die Praxis zeigen.

Bestandsaufnahme

Die Nachricht von Frankreichs Verpflichtung gegenüber der deutschen Besatzungsmacht, gemäß Artikel 19 auf Verlangen auszuliefern, löste Panik unter den in Frankreich lebenden Emigranten und Flüchtlingen aus. Insbesondere deutsche, österreichische und italienische Kommunisten fühlten sich bedroht, bezeichnete die Propaganda sie doch als „subversive" Kräfte und eigentliche Schuldige der französischen Niederlage. Hans-Albert Walter kam 1988 zu dem Ergebnis: „Denn auch nach dem heutigen Erkenntnisstand läßt sich nicht sagen, ob diese vom Artikel 19.2 ausgelösten Ängste im Einzelfall begründet gewesen sind. Bis heute nämlich hat sich nirgendwo ein Exemplar jener ominösen deutschen Auslieferungsliste gefunden, in der sich seinerzeit die Befürchtungen ungezählter Menschen materialisiert zu haben schienen."[25] Jedoch räumte Walter ein: „Mangelnde Überlieferung muß also nicht schon von vornherein Nicht-Existenz bedeuten (. . .)."[26]

Die Überlieferungslücke läßt sich heute schließen. Im Moskauer Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (ZAHDS) befinden sich unter den Akten des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im Juli 1940 zusammengestellte Listen von deutschen und ehemals deutschen Staatsbürgern, die sich in Frankreich aufhielten und an deren Auslieferung die Behörde Interesse bekundete. Ein erstes Dokument enthält 190 Namen mit Geburtsdatum und -ort sowie dem aktuellen Aufenthaltsort[27]. Eine zweite Liste umfaßt 152 Namen von sogenannten

der Militärbefehlshaber setzte sich mit allen Mitteln für ihre Rückführung ein. Vgl. Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard am Rhein 1968, S. 178.

[24] Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IX, S. 558, Anm. 6.

[25] „Damit nicht genug, sind Zweifel an der Existenz dieser Listen dann nicht ganz unbegründet, wenn man sich die weiter unten zu erörternde Praxis bei den Auslieferungsbegehren und Auslieferungen vor Augen führt." In: Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 3: Internierung, Flucht und Lebensbedingungen im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1988, S. 181.

[26] Ebenda.

[27] ZAHDS Moskau, Fonds 500-Findbuch 4-Band 204, Bl. 1–21, RSHA, Referat IV A1, „Zusammenstellung von deutschen und ehemaligen deutschen Staatsangehörigen, die sich kommunistisch oder marxistisch betätigt haben, sich jetzt in Frankreich aufhalten und an deren Auslieferung Interesse besteht", Berlin, 8. 7. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Rotspanienkämpfern"[28]. Interessiert zeigte sich das RSHA an der Auslieferung u. a. von Georg Bernhard, Rudolf Breitscheid, Lion Feuchtwanger, Emil Gumbel, Ferdinand Holl, Kurt Kersten, Heinrich Mann, Walter Mehring, Paul Merker, Otto Niebergall, Karl Paetel, Siegfried Rädel, Hans Hubert von Ranke, Heinrich Renner, Anna Seghers, Friedrich Stampfer, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Erwin Zucker und Stefan Zweig. Die Liste der „Rotspanienkämpfer" enthält u. a. folgende Namen: Theodor Balk, Franz Dahlem, Julius Deutsch, Alfred Kantorowicz, Willi Münzenberg, Heinrich Rau und Gustav Regler. Einen indirekten Hinweis auf die Existenz von Auslieferungslisten, die der französischen Regierung überreicht wurden, geben auch Dokumente aus den Nachkriegsprozessen der *Haute Cour de Justice* gegen Regierungsmitglieder der Vichy-Ära[29]. So erwähnen die Prozeßakten gegen Innenminister Marcel Peyrouton Auslieferungslisten, die Vichy als „*listes Gourdon*" bezeichnete[30].

Die vom RSHA erstellten Namensverzeichnisse waren die Grundlage der von den deutschen Besatzern formulierten Auslieferungsbegehren und wurden ständig ergänzt[31]. Deutsche Behörden signalisierten aber auch ihr Interesse an Staatsbürgern anderer Länder. Ebenfalls im Juli 1940 forderte die deutsche Besatzungsmacht von der französischen Regierung die Überstellung der nach Frankreich verschleppten und internierten belgischen Staatsbürger, indem sie sich auf Artikel 19, Absatz 1 berief. Der französische Verhandlungspartner, Botschaftsrat de Saint-Hardouin, wies diese Forderung mit der Begründung zurück, daß die belgischen Internierten von belgischen Behörden verhaftet und nach Frankreich verbracht worden seien. Daher hätte man, so de Saint-Hardouin, kein Verfügungsrecht über diese Gefangenen. Unnachgiebig beharrte Unterstaatssekretär Andor Hencke, Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt (AA), auf dem Standpunkt, die Reichsregierung werde es niemals anerkennen, daß sich Belgien ein Verfügungsrecht über seine in Frankreich einsitzenden Gefangenen einräume[32]. Über den Verbleib der jüdischen Bevölkerung im unbesetzten Frankreich waren sich die deutschen Machthaber zunächst nicht klar. Falls die Gestapo aber an ihrer Auslieferung interessiert war, sollte die WAKO für ihre Auslieferung sorgen. Die Gestapo würde dann ihre Aufnahme in

[28] Ebenda, Bl. 22–27, RSHA, Referat II A2.

[29] Die Prozeßakten der Haute Cour de Justice in: AN, Bestand 3 W, unterliegen einer Sperrfrist von 120 Jahren und sind nur mit einer Sondergenehmigung (Dérogation) der französischen Archivverwaltung sowie des zuständigen Ministeriums einzusehen. Neben den Anklageschriften, den Plädoyers der Verteidigung und Zeugenaussagen enthalten sie zahlreiche Beweisdokumente, was die eigentliche Brisanz dieses Bestands ausmacht.

[30] AN, 3 W/312, Beweisdokument Nr. 65.

[31] So forderte das RSHA in einem Nachtrag die Auslieferung des Gewerkschaftlers Johannes Jahn, der sich nach dem Wortlaut der Nationalsozialisten „in hoch- und landesverräterischer Hinsicht gegen Deutschland betätigte", in: ZAHDS Moskau, 500-4-204, Bl. 86, RSHA, IV A 1b-Bnr. 690/40, Betr.: Nachtrag zur Aufnahme in die Auslieferungsliste, Berlin, 8. 10. 1940.

[32] Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (künftig: PA/AA), R 29607, Büro des Staatssekretärs, Frankreich, Friedensverhandlungen, Bd. 1, Bl. 206217, Hencke, Telegramm Nr. 40, 8. 7. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konzentrationslager vorbereiten[33]. Obwohl angeblich an der Rückkehr von Emigranten und jüdischen Bürgern generell kein Interesse vorlag[34], bestanden RSHA wie auch WAKO und AA auf einer genauen Registrierung. Die Regierung Pétains wurde aufgefordert, alle Personen, die am 30. Januar 1933 die deutsche bzw. am 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit hatten und sich im unbesetzten Frankreich aufhielten, neu zu erfassen und die Listen der Reichsregierung zu übergeben. Danach beabsichtigte die NS-Führung, sie besonders interessierende Personen gemäß Artikel 19 zur Auslieferung namhaft zu machen. Laut Anweisung des Leiters der Gestapo und SS-Gruppenführers Heinrich Müller[35] konzentrierte man sich zunächst auf die Auslieferung der bedeutendsten Persönlichkeiten[36]. Im übrigen trat auch Spanien mit Auslieferungsforderungen an Vichy heran[37]. Entgegen der offiziellen Verlautbarung, sich nicht für „Rotspanienkämpfer" zu interessieren, verlangten die NS-Behörden dennoch Listen deutscher Spanienkämpfer, um auch hier die Grundlage für Auslieferungsbegehren zu schaffen. Bei führenden Spanienkämpfern erwog das Reichsinnenministerium zwecks Auslieferung zu intervenieren. Im Fall der spanischen Emigranten und Spanienkämpfer konnten die Nationalsozialisten indes nicht offen ihr Interesse darlegen. Da nach Auffassung des RSHA die Franco-Regierung bei der Behandlung deutscher Emigranten in Spanien starkes Entgegenkommen gezeigt hatte, wollte sich die Reichsregierung nun erkenntlich zeigen. In der Annahme, daß Spanier betreffende deutsche Auslieferungsforderungen von französischen Behörden wahrscheinlich nicht befolgt würden, plante man auf deutscher Seite, sich zunächst auf eine listenmäßige Erfassung der spanischen Emigranten zu beschränken. Diese Listen sollten der Franco-Regierung zugespielt werden, so daß diese nun die Möglichkeit hatte, sie besonders interessierende Personen auszuwählen, um sie anschließend an das Deutsche Reich auszuliefern[38].

Eine andere Gruppe, die die Aufmerksamkeit der Reichsregierung weckte, waren polnische Bürger im wehrpflichtigen Alter. Die WAKO ersuchte die französischen Stellen, ihnen die Ausstellung eines Ausreisevisums zu verweigern. Daraufhin wies Vichy die Gendarmerie an, verstärkt die Grenzen zu bewachen, um die polnischen Staatsbürger am Verlassen des französischen Territoriums zu hindern[39]. An deren

[33] Vgl. PA/AA, R 27200, Büro des Chefs der Auslandsorganisation, Frankreich, Bd. 89, Schleier, An Auswärtig Berlin, Für Chef AO, Paris, 10. 7. 1940.

[34] Vgl. PA/AA, Kult E/Nf RXII Zv, Bd. 68, Bericht der Kundt-Kommission, 2. 7. 1940.

[35] Zu seiner Biographie vgl. Andreas Seeger, „Gestapo-Müller". Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996.

[36] Vgl. ZAHDS Moskau, 500-4-204, Bl. 52, Anordnung aus dem RSHA, Gruppe IV E, An das Referat IV A1, Aktenzeichen IV E3- B. Nr. 31311g., Berlin, 16. 8. 1940.

[37] Vgl. Matthieu Séguéla, Pétain-Franco. Les secrets d'une alliance, Paris 1992, S. 256–271.

[38] Vgl. ZAHDS Moskau, 500-3-182, Bl. 521–522, Anordnung des RSHA, Referat IV D6, Betr.: Rückkehrer aus Frankreich, Berlin, 10. 8. 1940.

[39] Vgl. SHAT, 2 P/21, Le Ministre, Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères [Paul Baudouin] à M. le Général d'Armée, Secrétaire d'État à la Guerre [General Colson], Vichy, 31. 7. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rückführung in ihre Herkunftsländer hatte das RSHA – wie auch im Fall der tschechischen Staatsbürger – vorerst kein Interesse, zumal die „polnischen und tschechischen Gebiete dicht besiedelt sind und die Rückkehr dieser aktiven und meist jungen Kräfte nicht nur die Widerstandsbewegungen stärken, sondern auch die [sic] Eindeutschung weiterer Gebietsteile entgegenwirken würde"[40]. Von Auslieferungsforderungen wollte man dennoch nicht Abstand nehmen, wenn es sich um Personen handelte, die dem Deutschen Reich „gefährlich" werden könnten. Für italienische Emigranten interessierte sich das RSHA in der Regel nicht, da nach seiner Auffassung Italien selbst über Möglichkeiten der Auslieferung verfügte[41].

In der Forschung werden die erst spät einsetzenden Auslieferungsbegehren an Vichy als Indiz dafür gewertet, daß die Ausführung des Artikels 19.2 nicht zu den vordringlichen deutschen Interessen gehörte[42]. Dabei wird jedoch übersehen, daß es der Regierung Hitlers in den ersten Monaten der Okkupation zweifellos vorrangig um eine Bestandsaufnahme gehen mußte, bevor sie sich mit konkreten Forderungen an das Vichy-Regime wenden konnte. In diesem Sinne folgerte das RSHA am 30. August 1940, daß die „endgültige Festlegung der auszuliefernden Personen erst stattfinden [kann], wenn bekannt ist, welche Emigranten sich in Frankreich überhaupt aufhielten"[43]. Zu diesem Zweck bereiste in der Zeit vom 27. Juli bis 30. August 1940 die von der WAKO eingesetzte Kontrollkommission für Zivilgefangene gegen den Protest der Franzosen den unbesetzten Teil Frankreichs. Ihren Einwand, eine derartige Kontrolle ginge über die Vereinbarungen des Waffenstillstandsvertrags hinaus, ließen die Deutschen nicht gelten, da die „Auslieferung der Internierten und Gefangenen in Artikel 19 des Vertrags vereinbart sei und genau so wie die übrigen Bestimmungen der Kontrolle durch eine Kommission unterliege"[44]. Schließlich besichtigte unter Führung von Legationsrat Ernst Kundt aus dem Auswärtigen Amt die

[40] ZAHDS Moskau, 500-3-182, Bl. 520, Anordnung des RSHA, Referat IV D6, Betr.: Rückkehrer aus Frankreich, Berlin, 10. 8. 1940.

[41] Mitte Juli 1940 durchsuchte eine Delegation der italienischen Waffenstillstandskommission die Internierungslager vorrangig im Südosten Frankreichs nach rückkehrwilligen Italienern. Die Kommission verfolgte die Absicht, die Einhaltung des Artikels 21 des französisch-italienischen Waffenstillstandsvertrags zu überprüfen und für die Rückkehr nach Italien zu werben. Am 14. 7. 1940 meldeten sich 3836 Freiwillige zur Rückkehr nach Italien, 1638 verweigerten sich ihrer Rückführung. Vgl. AN, AJ 41/2316, Délégation Française à la Commission Italienne d'Armistice (DFCIA), N° 14/INT, Le Vice-Amiral d'Escadre H. Duplat à Pintor, Turin, 14. 7. 1940. Am 20. 10. 1940 waren 1678 internierte Italiener den italienischen Behörden übergeben worden. 3595 waren aus den Lagern freigelassen worden, 15 wollten noch nach Italien zurückkehren und 483 beriefen sich auf das Asylrecht. Vgl. AN, AJ 41/474, Situation des internés civils italiens à la date du 20. 10. 1940.

[42] Vgl. Walter, Deutsche Exilliteratur, Bd. 3, S. 181–183. Entgegen dieser Darstellung ist anzumerken, daß nach französischen Quellen am Stichtag des 21. 8. 1940 bereits 169 namentlich gemachte Personen von den NS-Behörden zur Auslieferung verlangt wurden. Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 165, Bl. 47, Détenus allemands. Situation au 21. 8. 1940.

[43] ZAHDS Moskau, 500-4-204, Bl. 53, RSHA, Referat IV A1a, Berlin, 30. 8. 1940.

[44] AN, AJ 40/1367, Niederschrift von Welcks, Wiesbaden, 17. 7. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach ihm benannte Kommission Lager und Gefängnisse im unbesetzten Frankreich[45]. Begleitet wurde sie von einer französischen Delegation[46].

Laut von Studnitz besichtigte die Kundt-Kommission 28 Lager und 17 Gefängnisse[47], nach dem Bericht von Kundt selbst 31 Lager, 16 Gefängnisse und 10 Hospitäler[48]. Neben der Überprüfung, ob die französische Regierung den Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrags tatsächlich applizierte, ging es ferner um die Verifizierung, „ob und inwieweit sich im unbesetzten Frankreich noch deutsche Personen befinden, die wegen politischer oder krimineller Straftaten von Deutschland gesucht werden und an deren Auslieferung und Überstellung hierseits ein Interesse besteht"[49]. Außerdem überprüfte die Kommission die materielle Situation der Internierten und eröffnete die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr nach Deutschland. Nach Einschätzung des Vorsitzenden der französischen Delegation, Louis Ducloux, verfolgte die Kundt-Kommission vorrangig das Ziel, für eine Rückkehr nach Deutschland zu

[45] Die Kundt-Kommission setzte sich aus folgenden Teilnehmern zusammen: 1. Diplomaten und Repräsentanten des „Auslandsdeutschtums": Legationsrat Ernst Kundt, Legationsrat Wolfgang Freiherr von Welck (Vertreter des AA bei der WAKO), Erich Finmann (Referent im AA), Kommandant Wichmann (Berichterstatter der Auslandsorganisation der NSDAP), Hermann Lüdtke und Richard Zeissig (beide Auslandsorganisation der NSDAP). 2. Repräsentanten der Gestapo: Kriminalkommissar Obersturmführer Gerhard Schneider (RSHA, Gestapo, Berichterstatter für das Reichsinnenministerium), Kriminaloberassistent Oberscharführer Heinrich Kistner, Kriminalassistent Scharführer Karl Heinz Müller (beide RSHA, Gestapo). 3. Repräsentanten der Wehrmacht: Oberkriegsgerichtsrat von Studnitz, Oberleutnant Scheuermann (beide OKW, Amt Abwehr). 4. Repräsentanten des Roten Kreuzes: Generalhauptführer Brekenfeld (Generaldirektor), Walter Saleck (Generaldirektor). 5. Dolmetscher und technischer Berater: Ingenieur Ludwig Jubitz (Sachverständiger für Internierungen). Zur Rundreise der Kundt-Kommission vgl. Christian Eggers, Le périple de la mission Kundt. Les camps du midi de la France d'après le journal de voyage de Jubitz (juillet-août 1940), in: Zone d'ombres 1933–1944. Exil et internement d'Allemands et d'Autrichiens dans le sud-est de la France, Sous la direction de Jacques Grandjonc et Thérésia Grundtner, Aix-en-Provence 1990, S. 213–226. Deutsche Ausgabe: Jacques Grandjonc/Theresia Grundtner (Hrsg.), Zone der Ungewißheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933–1944, Aus dem Französischen von Theresia Grundtner, Reinbek 1993, S. 235–247.

[46] Louis Ducloux (*Sûreté Nationale*, Vorsitzender der französischen Delegation), Major d'Anselme, Major Rupied, Hauptmann Murer (Dolmetscher), Leutnant de Condé, Leutnant Gehin sowie Fähnrich Delaoutre. Im Anschluß an die Rundreise verfaßte Ducloux einen Abschlußbericht über seine Eindrücke. Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 159, Bl. 130–143, Commission Allemande de Contrôle des Internés Civils, Délégation Française, Rapport sur la Commission Allemande de Contrôle des Internés Civils (Commission Kundt), Châtel-Guyon, 31. 8. 1940. Weitere Exemplare des von Ducloux verfaßten Berichts befinden sich in: AN, F 60/1625, sowie AN, AJ 41/507.

[47] Vgl. PA/AA, Kult E/ Nf RXII Zv, Bd. 13, OKW, Amt Ausland/Abwehr (ZR), Dr. von Studnitz, Erfahrungsbericht, Berlin, 18. 9. 1940.

[48] Vgl. ebenda, Bd. 19, Kundt, Liste der von der Kontrollkommission für Zivilinternierte („Kommission Kundt") in der Zeit vom 27. 7. bis 30. 8. 1940 besuchten Lager, Gefängnisse und Hospitäler im unbesetzten Frankreich.

[49] Ebenda, Bd. 13, OKW, Amt Ausland/Abwehr (ZR), Dr. von Studnitz, Erfahrungsbericht, Berlin, 18. 9. 1940.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werben. Mit gewissem Erstaunen stellte Ducloux fest, daß die Kommissionsmitglieder in minutiöser Weise umfangreiche Listen über Nichtrückkehrwillige anfertigten, die einer vollständigen Dokumentation über die in Frankreich verbliebenen Deutschen gleichkamen. Ducloux konnte sich des weiteren nicht des Eindrucks verwehren, die deutsche Kommission forsche anhand ihr bereits vorliegender Listen gezielt nach einzelnen Personen, um deren Auslieferung vorzubereiten. Ihm blieb auch nicht das offene Interesse der Gestapo an sozialdemokratischen und kommunistischen Sympathisanten und Politikern verborgen. Nach seiner Einschätzung suchte die Kundt-Kommission offenbar die ersten Grundlagen für ein Agentennetz zu legen, wie es im nationalsozialistischen Deutschland bereits geschaffen war, um künftig der Reichsregierung über politische und militärische Vorgänge in Frankreich Bericht erstatten zu können[50].

Unterdessen verschärfte sich das Klima für die Emigranten. Innenminister Marcel Peyrouton erließ die Anweisung, Ausländern, deren Auslieferung die Deutschen aufgrund von Artikel 19.2 verlangten, grundsätzlich die Abwanderung aus Frankreich zu untersagen[51]. Wenige Monate zuvor hatte sein Vorgänger Adrien Marquet am 15. Juli 1940 die Präfekten beauftragt, ihm jeden Reise- und Ausreiseantrag von deutschen, österreichischen und tschechischen Bürgern vorzulegen. Ende 1940 schien die Bestandsaufnahme der deutschen Behörden vorläufig abgeschlossen zu sein, denn im Winter 1940/41 stimmte Innenminister Peyrouton der namhaft gemachten Auslieferung von Emigranten zu, deren Auffinden erfolgreich verlaufen war. Zu ihnen zählten die deutschen sozialdemokratischen Exilpolitiker Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding.

Zuflucht in Südfrankreich

Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers hatten die beiden Sozialdemokraten noch im März 1933 Deutschland verlassen. Der ehemalige preußische Innenminister und Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, war über die Schweiz nach Frankreich emigriert[52]. Rudolf Hilferding, ehemaliger Reichsfinanzminister u. a. im Kabinett Hermann Müller, kam über Dänemark und die Schweiz nach Paris. Beim Vormarsch der deutschen Truppen flüchteten beide nach Südfrankreich und gelangten auf Umwegen in Begleitung von Breitscheids Frau Tony sowie Erika Biermann, der Tochter des verstorbenen Reichskanzlers Hermann Müller, nach Marseille. Obwohl sich die Gefahr um sie herum von Tag zu Tag zuspitzte, nahmen sie sie nicht wahr. Statt dessen verbrachten sie für jedermann sichtbar

[50] Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 159, Bl. 130–143, Commission Allemande de Contrôle des Internés Civils, Délégation Française, Rapport sur la Commission Allemande de Contrôle des Internés Civils (Commission Kundt), Châtel-Guyon, 31. 8. 1940.

[51] Vgl. Ebenda, vol. 162, Bl. 15, Le Ministre, Secrétaire d'État à l'Intérieur à M. l'Amiral de la Flotte chargé de l'intérim du Ministère de la Guerre [General Huntziger], Vichy, 23. 9. 1940.

[52] Zu seinem Verhältnis zu Frankreich vgl. Marie-Dominique Cavaillé, Rudolf Breitscheid et la France 1919–1933, Frankfurt a. M. u. a. 1995.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihre Zeit in einem Café auf dem Boulevard d'Athènes und warteten auf ihr Ausreisevisum. Ihre unnachsichtige Haltung veranlaßte selbst den Chef des Ausländeramtes der Marseiller Präfektur, Barellet, vor den mutmaßlichen Folgen zu warnen: „(...) aber stellen Sie sich vor, sie [die Gestapo] verlangten die Festnahme von Breitscheid und Hilferding. Wie sollen wir das verhindern? Wir können ihnen nicht weismachen, wir wüßten nicht, wo sie stecken. Ganz Marseille weiß, daß sie jeden Tag in demselben Café auf dem Boulevard d'Athènes sitzen. Sie bringen durch ihr Verhalten die gesamte deutsche Emigration in Gefahr."[53] Den Ratschlag unterzutauchen, wiesen Breitscheid und Hilferding von sich, denn nach Einschätzung Breitscheids würde Hitler es nie wagen, ihre Auslieferung zu verlangen[54]. Seit August 1940 waren sie im Besitz von Einreisepapieren für die Vereinigten Staaten, sogenannten *Special Emergency-* oder *Danger-Visa,* welche bedeutenden Intellektuellen, Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern im Rahmen des *Emergency-Visa-Program* vorbehalten blieben[55]. Den Gedanken einer illegalen Ausreise lehnten beide Politiker ab[56]. Ähnlich wie im Fall des bedeutenden Journalisten Theodor Wolff[57], waren sie nicht willens, sich den Demütigungen einer Flucht zu unterwerfen. Wolff begründete sein Verhalten mit den Worten: „Ich verachte durchaus nicht das Abenteuer, aber ich wünsche nicht, versteckt in einem Möbelwagen, nach Spanien hereinzurollen, das mich früher oftmals mit Ehren der Gastfreundschaft empfing."[58] Zeitzeugen bestätigen, daß Breitscheid und Hilferding dem tragischen und irrtümlichen Glauben anhingen, die französische Regierung würde sie, „die besten Freunde Frankreichs, vor dem Griff der Gestapo retten (...). (...) Seelisch und körperlich erschöpft, ergaben sie sich ihrem Schicksal."[59] Zudem stand ihnen aus ihrer Sicht die eigene Bekanntheit im Wege, denn sie befürchteten, bei einer Flucht aus Frankreich entdeckt zu werden.

---

[53] Zit. nach Varian Fry, Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41, hrsg. und mit einem Anhang versehen von Wolfgang D. Elfe und Jan Hans, München/Wien 1986, S. 66f.

[54] Vgl. Fry, Auslieferung auf Verlangen, S. 67.

[55] Bis zum amerikanischen Kriegseintritt waren die USA das bedeutendste Aufnahmeland für Emigranten bürgerlicher bis reformistischer und sozialdemokratischer Couleur. Im Rahmen des Emergency-Visa-Program empfahl das State Departement vom Sommer 1940 bis Ende 1940 die Ausstellung von 3268 Not-Visa. Die US-Vertretungen vor Ort konterkarierten allerdings die Empfehlung und stellten lediglich 1236 Not-Visa aus sowie im ersten Halbjahr 1941 nochmals 800 Visa. Vgl. Herbert Pinnow, Fluchthilfe in Südfrankreich 1940/41, in: Die Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 37 (1990), S. 628–640, hier S. 633.

[56] Zu ihren ungenutzten Fluchtmöglichkeiten und ihr Warten auf eine legale Ausreise vgl. auch Brigitte Seebacher-Brandt, Franzosen lieferten Deutsche aus. Wie die Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in die Hände der Gestapo gerieten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 3. 1991.

[57] Vgl. Theodor Wolff, Erlebnisse, Erinnerungen, Gedanken im südfranzösischen Exil, hrsg. von Margrit Bröhan, Boppard a. R. 1992.

[58] Theodor Wolff, Die Juden. Ein Dokument aus dem Exil 1942/43, hrsg. und eingeleitet von Bernd Sösemann, Königstein 1984, S. 217.

[59] Friedrich Stampfer, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, S. 280.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach Aussage von Fritz Heine, der seinerzeit für den Exilvorstand der SPD in Frankreich mit der Organisation der Flüchtlingshilfe betraut war, gab Breitscheid zu bedenken: „Wir sind in Frankreich so bekannt, so oft abgebildet, daß der Versuch, unter falschem Namen auszureisen, sinnlos ist für uns. Das schaffen wir nicht, da würden sofort alle Grenzbeamten auf uns aufmerksam werden."[60] Ihren Antrag, über das Schweizer Konsulat ein Transitvisum zu erhalten, um von dort nach Lissabon weiterzureisen, lehnten die Eidgenossen ab. Am 30. August 1940 wies Henri Chavin, Chef der nationalen Sicherheit, die Präfekten der Grenzdepartements an, einer gewissen Gruppe von deutschen Emigranten die Ausreise aus Frankreich zu untersagen. Darunter befanden sich die Namen von Breitscheid, Hilferding und Erika Biermann[61]. Mit Weisung vom 13. September 1940 verordnete ihnen die Vichy-Regierung einen Zwangsaufenthalt im Hotel Forum in Arles. Reisepässe und Personalausweise nahm man ihnen ab.

In dieser Zeit etablierte sich in Marseille das *Centre Américain de Secours* (CAS)[62] unter der Leitung des amerikanischen Journalisten Varian Fry[63]. Dieser war mit Namenslisten gefährdeter Personen *(First List)* ausgestattet, die deutsche Emigranten, unter ihnen Erika und Thomas Mann, Liesl Frank und Hermann Kesten, in den USA angefertigt hatten. Die *First List* enthielt über 200 Namen von gefährdeten Personen, die Fry ausfindig machen und aus Frankreich evakuieren sollte. Darüber hinaus erhielt er den Auftrag, innerhalb eines Monats – vorgesehen war die Zeit vom 4. bis 29. August 1940 – die Lage vor Ort, den Grad der polizeilichen Überwachung sowie die Haltung der französischen Behörden und der amerikanischen Konsuln zu ergründen. Der knapp bemessene Zeitraum sagt einiges über das realitätsfremde Bild aus, das man sich in den Vereinigten Staaten von der in Frankreich herrschenden Situation machte. Fry setzte seine Tätigkeit über den vereinbarten Termin hinaus bis zu seiner eigenen Verhaftung und Ausweisung am 29. August 1941 fort. In enger Ver-

[60] Zit. nach: Willi Jasper, „Sie waren selbständige Denker." Erinnerungen an die „Affäre Breitscheid/Hilferding" und die sozialdemokratische Emigration von 1933 bis 1945. Ein Gespräch mit Fritz Heine, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 3: Gedanken an Deutschland im Exil (1985), S. 59–70, hier S. 60.

[61] Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 842, Ministère de l'Intérieur, Direction Générale de la Sûreté Nationale, Direction des Renseignements Généraux, N° 722, Le Commissaire Divisionnaire Marc Berge à M. le Président Mitton, Juge d'Instruction Délégué par la Commission d'Instruction de la Haute Cour de Justice, Objet: Livraison à la Gestapo des réfugiés allemands Thyssen – Breitscheid et Hilferding, Paris, 3. 4. 1947. Siehe auch Beweisdokument 1F des gleichnamigen Prozesses.

[62] Das CAS war eine Filiale des New Yorker Emergency Rescue Committee (ERC).

[63] Nach dem Studium in Harvard arbeitete Varian Fry (1907–1967) als Redakteur bei verschiedenen Kulturzeitschriften und war ab 1935 Herausgeber von The Living Age, einer einflußreichen Zeitschrift für internationale Politik. Er war Mitarbeiter der Foreign Policy Association und hatte Europa in den dreißiger Jahren bereist. Die Rettung der vom europäischen Faschismus verfolgten Intellektuellen war dem zum Kreis liberaler Amerikaner zählenden Fry ein primäres Anliegen. Über seine Arbeit in Frankreich vgl. seine Erinnerungen: Fry, Auslieferung auf Verlangen. Die amerikanische Fassung erschien bereits in New York 1945 unter dem Titel: Surrender on Demand.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bindung zu Frank Bohn, der sich im Auftrag der *American Federation of Labour* (AFL) bemühte, Politiker und Gewerkschaftler aus Frankreich herauszuholen, schloß sich Fry der bereits bestehenden Organisationsstruktur an und widmete sich vornehmlich der Evakuierung gefährdeter Künstler, Wissenschaftler und Intellektueller[64]. Nach der vorzeitigen Rückkehr Bohns in die USA übernahm Fry einen Teil von dessen Klientel und Mitarbeitern, darunter das Vorstandsmitglied der Sopade, Fritz Heine[65]. Bis März 1941 wandten sich rund 15 000 Menschen hilfesuchend an das als soziale Wohltätigkeitsorganisation getarnte CAS.

Die unnachgiebige Haltung Vichys in Angelegenheiten der Ausreise von Emigranten zwang Fry und seine Mitarbeiter, unkonventionelle Wege der Fluchthilfe zu beschreiten. Als Fry Ende Dezember 1940 von der Auslieferung Fritz Thyssens und seiner Frau erfuhr[66], erahnte er die für Breitscheid und Hilferding drohende Gefahr, welche sich noch immer unter Hausarrest in Arles befanden. Zunächst galt es, die beiden Politiker unbemerkt nach Marseille zu holen und für ihre Einschiffung auf einem Frachtschiff zu sorgen. Für den Fall, daß seine Pläne scheiterten, organisierte Fry für die beiden Sozialdemokraten ein Versteck bis zu ihrer weiteren Flucht. Dank seiner Kontakte zur Marseiller Schmugglerwelt war der Fluchtplan für Breitscheid und Hilferding bis ins letzte Detail ausgearbeitet. Als alle Vorbereitungen getroffen waren, setzte Heine die beiden deutschen Exilpolitiker in Kenntnis, die zögernd in ihren Fluchtplan einwilligten. Am vereinbarten Tag entsandte Fry einen Chauffeur nach Arles, der die beiden Flüchtlinge nach Marseille holen sollte. Unverrichteter Dinge kehrte dieser zurück. Breitscheid und Hilferding weigerten sich, Frankreich auf illegalem Wege zu verlassen[67]. In einem Brief vom 19. Januar 1941 an das SPD-Vorstandsmitglied Erich Ollenhauer, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in London aufhielt, von Breitscheid aber noch in Lissabon vermutet wurde, klagte

[64] Dank der Hilfe Frys gelang u. a. folgenden Personen die Flucht: Alfred Döblin und seiner Familie, Max Ernst, Lion und Martha Feuchtwanger, Leonhard Frank, Emil Julius Gumbel, Konrad Heiden, Fritz Heine, Annette Kolb, Heinrich, Nelly und Golo Mann, Otto Meyerhoff, Hertha Pauli, Franz Pfemfert, Hans Sahl, Friedrich Stampfer sowie Franz Werfel und Alma Mahler-Werfel. Zur Flucht verhalfen Fry und das CAS ebenso gefährdeten französischen Künstlern wie Marc Chagall, Jacques Lipschitz und André Breton.

[65] Über die Auslieferung Breitscheids und Hilferdings aus der Perspektive von Heine vgl. Jasper, Sie waren selbständige Denker. Vgl. auch die von Heine am 27. 3. 1941 verfaßte Schrift über die Lage von Frau Breitscheid und Frau Hilferding, die er an die German Labour Delegation (New York) und die Sopade in London sandte. Abgedruckt in: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, hrsg. von Erich Matthias, bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 493–502.

[66] Am 16. 12. 1940 erwirkte die Gestapo die Auslieferung des Industriellen Fritz Thyssen und dessen Frau.

[67] Zu diesem Vorfall vgl. auch die Erinnerungen von Frys Mitarbeiter Daniel Bénédite, der für das CAS finanzielle Transaktionen organisierte und Verstecke für untergetauchte Emigranten besorgte, was in Anbetracht der restriktiven Praktiken der französischen Polizei und der Razzien auf Emigranten zunehmend Bedeutung gewann. Daniel Bénédite, La filière marseillaise. Un chemin vers la Liberté sous l'occupation, Préface de David Rousset, Paris 1984, S. 177–181.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Breitscheid, daß anderen Sozialdemokraten und nicht ihm geholfen werde. So forderte er Ollenhauer auf, in Lissabon mit seinem und Hilferdings politischen Namen zu operieren, um dem Begehren nach einem Transitvisum und finanzieller Unterstützung Nachdruck zu verleihen[68]. Unterdessen hatten sich Freunde in den USA für Breitscheid und Hilferding bei der Vichy-Regierung um eine Ausreisegenehmigung bemüht. Als die beiden von ihnen telegraphisch erfuhren, Ausreisevisa von Vichy in Aussicht gestellt zu bekommen, gaben sie den Gedanken einer Flucht endgültig auf und leiteten weitere Schritte ein, um auf offiziellem Wege eine Ausreiseerlaubnis zu erhalten. Anfang Januar 1941 vertraute sich Breitscheid zunächst dem Unterpräfekten von Arles, Desvallières, an und bat ihn um seine Einschätzung. Als dieser Verständis für die Lage der exponierten Flüchtlinge zeigte, wandte sich Breitscheid in einem persönlichen Schreiben an Außenminister Pierre-Étienne Flandin mit der Bitte um ein Ausreisevisum für sich und seine Gefährten. In der Tat befürwortete Flandin das Anliegen und informierte Innenminister Marcel Peyrouton über den Inhalt des Briefes. Indem er sich auf eine Ministerkonferenz vom 14. Dezember 1940 berief, drängte Flandin seinen Kollegen, dem Ausreisebegehren nachzugeben. Peyrouton ließ von der zentralen Ausländerpolizei, die Yves Fourcade unterstand, prüfen, ob die Namen der Ausreisewilligen in Auslieferungslisten enthalten waren, die Vichy bereits vorlagen. Da das angeblich nicht der Fall war, wurde noch der Leiter des Ministerbüros im Innenministerium, Pierre Jean Berger, um seine Meinung gebeten. Nach wiederholter Intervention Flandins am 21. Januar ordnete Peyrouton schließlich an, Ausreisevisa für die Flüchtlingsgruppe vom Präfekten des Departements Bouches-du-Rhône ausstellen zu lassen. Am 24. Januar 1941 autorisierte der Unterpräfekt von Arles die Behörden, Breitscheid und Hilferding ihre Pässe auszuhändigen, damit sie sich nach Marseille begeben konnten, um ihre Ausreisepapiere bei der zuständigen Präfektur entgegenzunehmen. Dort wurden sie am 27. Januar vorstellig. Dem Ausreisevisum, das über die Route via Martinique ausgestellt war, lag ein Empfehlungsschreiben der Marseiller Präfektur für eine Reederei bei, die am 4. Februar ein Schiff nach Fort de France auslaufen ließ[69].

Die Tragik des Falles Breitscheid/Hilferding liegt darin, daß die beiden Politiker auch diese Fluchtmöglichkeit aus Frankreich ungenutzt verstreichen ließen. Als das Ehepaar Breitscheid und Frau Biermann im Büro der Reederei auf der Cannebière erfuhren, auf dem am 4. Februar auslaufenden Schiff seien nur noch Kojen im Schlafsaal des Laderaumes frei, lehnten sie die Transfermöglichkeit ab, um statt dessen eine bequemere Einschiffung abzuwarten. Hilferding fügte sich diesmal nicht seinem Schicksal und der Autorität Breitscheids. Zusammen mit Heine suchte er am Folgetag das Reedereibüro auf und reservierte für sich einen Platz im Laderaum. Seine Bemühung, auch für die anderen drei Passagiere jetzt noch Plätze zu reservieren, war

[68] Vgl. Brief von Breitscheid an Ollenhauer, 19. 1. 1941, abgedruckt in: Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 479–481, hier S. 481.

[69] Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 4882, Le Ministre Secrétaire d'État aux Affaires Étrangères à M. le Ministre Secrétaire d'État à l'Intérieur, Vichy, 11. 1. 1941.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vergebens. Doch bevor Hilferding aus Frankreich ausreisen konnte, teilte der Unterpräfekt von Arles der Flüchtlingsgruppe am 30. Januar 1941 mit, daß Vichy ihre Ausreisevisa annulliert habe[70]. Die beiden Sozialdemokraten standen fortan unter verschärfter Bewachung, nachdem man ihnen ihre Reisepässe wieder abgenommen hatte. Das Schiff verließ am 4. Februar ohne Hilferding den Hafen von Marseille. Seinen Platz nahm Walter Mehring ein[71].

Die Auslieferungsforderung

Infolge von Indiskretionen hatten deutsche Dienststellen von den Ausreisevisa für Breitscheid und Hilferding erfahren. Von diesem Moment an trat eine Person in Erscheinung, die bei den folgenden Ereignissen eine Schlüsselrolle spielen sollte: SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissar Georg Geissler[72], Chef der Delegation der deutschen Polizei in Vichy. Geissler forderte am 29. Januar 1941 vom Chef der nationalen Sicherheit, Henri Chavin, auf Weisung des RSHA, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in Gegenwart eines deutschen Funktionärs zu verhaften und an die Deutschen auszuliefern[73]. Noch am selben Tag erhielt der Präfekt des Departements Bouches-du-Rhône von Chavin die telefonische Anweisung des Innenministers, die an Breitscheid und Hilferding ausgegebene Ausreiseerlaubnis zu widerrufen und ihre Überwachung zu veranlassen[74]. Einen Tag später, am 30. Januar, wandte sich Innenminister Peyrouton an Charles Rochat, den Direktor der politischen Abteilung im Außenministerium, um ihn über die Auslieferungsforderung Geisslers in Kenntnis zu setzen[75]. Da aus dem Antrag Geisslers kein Motiv für eine Auslieferung

[70] Der Entzug der Ausreisevisa für Breitscheid und Hilferding war von Innenminister Peyrouton mündlich am 29. 1. 1941 veranlaßt worden, ohne daß dieser Außenminister Flandin nach seiner Meinung befragt hatte. Vgl. Anm. 61.

[71] Vor der Einschiffung kontrollierten Beamte der nationalen Sicherheit die Passagierlisten. Obwohl der Name von Walter Mehring auf der Liste derer stand, denen die Ausreise aus Frankreich untersagt war, ließ der Polizeibeamte nach einem Telefonat mit der Präfektur den Flüchtling mit den Worten und einem Augenzwinkern passieren: „Ich vermute, es handelt sich da um einen anderen Walter Mehring." Zit. nach Fry, Auslieferung auf Verlangen, S. 206.

[72] Geboren 1907, verstorben 1944. Von November 1942 bis Juni 1944 Kommandeur der Sicherheitspolizei mit Sitz in Vichy.

[73] Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 9, Tgb. Nr. 132/41, Le chef de la Délégation de la Police allemande [Georg Geissler] à M. le Directeur Générale de la Sûreté Nationale, Objet: Concerne demande d'arrestation des Drs. Rudolf Breitscheid et Rudolf Hilferding, Vichy, 29. 1. 1941.

[74] Vgl. ebenda, Bl. 11, Ministère de l'Intérieur, Communication téléphonique avec le Directeur du Cabinet Préfet Bouches-du-Rhône – 16h45, 29. 1. 1941.

[75] Die nachfolgenden Ausführungen sind dem Abschlußbericht der Untersuchungskommission entnommen, die anläßlich des Prozesses gegen Marcel Peyrouton vor der Haute Cour de Justice eingesetzt worden war. Vgl. ebenda, Bl. 842ff., Ministère de l'Intérieur, Direction de la Sûreté Nationale, Direction des Renseignements Généraux, N° 722, Le Commissaire Divisionnaire Marc Berge à M. le Président Mitton, Juge d'Instruction Délégué par la Commission d'Instruction de la Haute Cour de Justice, Objet: Livraison à la Gestapo des réfugiés allemands Thyssen, Breitscheid et Hilferding, Paris, 3. 4. 1947.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hervorging, bat er Rochat, in der Angelegenheit bei den Besatzungstruppen nachzuforschen. Das Treffen zwischen Geissler und Rochat fand am Abend des 31. Januar 1941 statt. Rochat hob im Laufe des Gesprächs deutlich hervor, daß laut Waffenstillstandsvertrag Auslieferungsforderungen der Reichsregierung ausschließlich über die Stellen in Wiesbaden übermittelt werden müssen und nicht über einen direkten Kontakt zwischen der französischen und deutschen Polizei[76]. Bei dieser Gelegenheit erinnerte Rochat an die Zusage von Generaloberst Keitel, die auszuliefernden Personen lediglich auf den Kreis der „größten Kriegshetzer" beschränken zu wollen. Geissler versicherte, sich mit den Polizeibehörden in Paris und seinem Vorgesetzten, Oberst Thomas, in Verbindung zu setzen.

Am 6. Februar 1941 trafen Rochat und Geissler erneut zusammen. Der deutsche Kriminalbeamte gab bekannt, in Absprache mit der WAKO den Auftrag erhalten zu haben, die sofortige Verhaftung und Auslieferung Breitscheids und Hilferdings zu verlangen. Über dieses Gespräch verfaßte Rochat einen Bericht, den er an Innenminister Peyrouton weiterleitete. Zwar hatte Rochat den Eindruck, die Besatzer seien trotz verhärteter Fronten durchaus zu Konzessionen mit den Franzosen bereit, aber es schien ihm nicht möglich, in dieser Angelegenheit mehr zu erreichen. Peyrouton nahm den Bericht zur Kenntnis und versah ihn auf der ersten Seite mit Datum vom 7. Februar mit der handschriftlichen Anweisung für den Chef der nationalen Sicherheit, daß er in die Auslieferung der beiden Exilpolitiker einwillige. Zur gleichen Zeit beauftragte er Chavin, die Überwachung von Breitscheid und Hilferding in Arles sicherzustellen. Die Auslieferung der beiden deutschen Sozialdemokraten wurde eingeleitet. Einen Tag später entsandte Chavin den Chef der Ausländerpolizei, Yves Fourcade, zu Rochat, um sich über die Meinung von General Huntziger im Falle einer Auslieferung von Breitscheid und Hilferding zu erkundigen. In Gegenwart von Fourcade führte daraufhin Rochat ein Telefongespräch mit General Louis Marie Koeltz, dem Chef der französischen Waffenstillstandsdienststellen (*Direction des Services d'Armistice,* DSA) im Kriegsministerium[77]. Dieser bestätigte ihm, General Huntziger habe gegen eine Auslieferung nichts einzuwenden unter der Bedingung, daß das Einverständnis der deutschen Polizei und der zuständigen Stellen in Wiesbaden vorliege.

Noch am Abend des 8. Februar 1941 erhielt das mobile Einsatzkommando in Marseille den Befehl, die Verhaftung von Breitscheid und Hilferding vorzunehmen. In der Nacht zum 9. Februar erschienen im Hotel Forum zu Arles zwei französische Beamte in Zivil, darunter der Kommissar der mobilen Polizei der 9. Regionalbrigade, Étienne Mercury. Die Franzosen gaben vor, Breitscheid und Hilferding vor der anrückenden deutschen Polizei in Sicherheit zu bringen[78]. Frau Breitscheid ließ sich

[76] Zu Rochats Opposition gegen Auslieferungen ohne Rücksprache mit der DFCAA bzw. WAKO vgl. MAE, Papiers 1940, Charles Rochat, vol. 52, Bl. 161.

[77] Seit dem 6. 9. 1940 war das Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umbenannt.

[78] Vgl. den Bericht von Tony Breitscheid, Exiljahre und Ende von Rudolf Breitscheid, in: Volksrecht Nr. 130, 6. 6. 1947.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht davon abhalten, ihrem Mann zu folgen. Die französischen Polizeibeamten geleiteten die Festgenommenen zunächst in die Marseiller Präfektur. Als der Polizeichef ihnen dort eröffnete, sie nach Vichy zu überstellen, meinte Breitscheid resigniert: „Warum quälen Sie uns so, wenn Sie uns doch nur ausliefern wollen?", worauf der Beamte entgegnete: „Sie haben eine ziemlich schlechte Meinung von Frankreich, mein Herr!"[79] Noch in derselben Nacht fuhren die Polizisten nach Vichy und übergaben Breitscheid und Hilferding am nächsten Morgen der Kriminalpolizei im Hotel Bellevue. Auf der nächtlichen Fahrt schien Hilferding recht gefaßt, während Breitscheid einen unruhigen und geschlagenen Eindruck vermittelte[80]. Da es Frau Breitscheid nicht gestattet war, ihren Mann zu begleiten, half Étienne Mercury ihr noch bei der Suche nach einem Zimmer und kehrte selbst nach Marseille zurück.

Am Abend des 9. Februar wurde Tony Breitscheid zu ihrem Mann vorgelassen. Er überbrachte ihr die Nachricht, an die Gestapo ausgeliefert zu werden. Am Tag danach erreichte Frau Breitscheid nochmals, mit den beiden Politikern zusammenzutreffen, bevor die französische Polizei die Gefangenen an Georg Geissler auslieferte. Vergeblich versuchte Tony Breitscheid, die amerikanische Botschaft und das französische Innenministerium zu Interventionen zugunsten ihres Mannes zu bewegen. Die US-Botschaft fühlte sich nicht für die deutschen Gefangenen zuständig. Im übrigen seien die Besatzer berechtigt, so ließen die Amerikaner verlauten, Auslieferungen zu verlangen, denen sich die Franzosen zu beugen hätten[81]. Im französischen Innenministerium wies der Amtsdiener Tony Breitscheid, die als Betreff für eine Unterredung mit dem Minister auf dem Anmeldezettel „Auslieferungsverfahren Breitscheid/Hilferding" eingetragen hatte, mit der empörenden Bemerkung zurück: „Sie glauben doch wohl nicht, daß ich einen derartigen Anmeldezettel dem Herrn Minister vorlege?"[82] und zerriß das Papier. Breitscheid und Hilferding wurden von der Gestapo nach Paris überführt, wo man sie in das Gefängnis La Santé einlieferte. Tony Breitscheid kehrte am 11. Februar nach Arles zurück. Man wies sie an, die Stadt nicht ohne Genehmigung zu verlassen.

Eine Woche später, am 17. Februar 1941, verlangte Georg Geissler ebenso die Verhaftung von Tony Breitscheid[83]. Chavin ordnete dieselbe Verfahrensweise in der Auslieferung von Frau Breitscheid an wie im Falle ihres Mannes. Yves Fourcade unterrichtete Rochat über das neue Auslieferungsbegehren, der bei Geissler anfragte,

---

[79] Zit. nach dem Memorandum von Tony Breitscheid, das sie etwa 14 Tage nach den Ereignissen verfaßte. Abgedruckt in: Fry, Auslieferung auf Verlangen, S. 206–208, hier S. 206.

[80] So die Einschätzung von Étienne Mercury. Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 814, Zeugenaussage von Étienne Mercury im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 3. 3. 1947.

[81] Vgl. das Memorandum von Tony Breitscheid, in: Fry, Auslieferung auf Verlangen, S. 207 f.

[82] Zit. nach dem Nachtrag zum Bericht über das Schicksal Breitscheids und Hilferdings (Mai 1940–Februar 1941), wahrscheinlich von Fritz Heine verfaßt. In: Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 482–487, hier S. 487.

[83] Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 25, Délégation de la Police allemande à Vichy, Tgb. Nr. 132/41, Le Chef de la Délégation de la Police allemande à M. le Secrétaire Général de la Sûreté Nationale, Objet: Concerne demande d'arrestation de Madame Breitscheid, Vichy, 17. 2. 1941.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ob er sich wiederum auf Artikel 19.2 stütze und ob ihm die Genehmigung der WAKO vorliege. Als Geissler dies bestätigte, eröffnete ihm Fourcade, diesmal eine Entscheidung von Admiral Darlan herbeiführen zu müssen, der inzwischen Peyrouton als Innenminister abgelöst hatte und zugleich den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten und den des Außenministers bekleidete. Außerdem müßte Geissler eine schriftliche Bestätigung der Zustimmung aus Wiesbaden erbringen. Gleichzeitig präsentierte der SS-Führer eine Liste von vier weiteren Deutschen – Friedrich Heine, Werner Krahkamp, Oskar Müller und Marie Sevenich –, deren Auslieferung er verlangte. Da seine Auslieferungsforderung kein Motiv enthielt, mußte Geissler ein zweites Schreiben verfassen, in dem er sich auf Artikel 19.2 berief, woraufhin Chavin die verstärkte Überwachung von Frau Breitscheid anordnete. Am 21. Februar teilte Fourcade Geissler mit, dessen Anliegen Admiral Darlan zur Entscheidung vorzutragen. Zwei Tage später überraschte Geissler die Franzosen mit der telefonischen Mitteilung, er verzichte vorläufig auf eine Auslieferung von Tony Breitscheid. Die schriftliche Bestätigung der annullierten Auslieferungsforderung datiert vom 24. Februar 1941. Darin teilte Geissler mit, daß das RSHA vorläufig kein Interesse an einer Verhaftung von Frau Breitscheid habe[84]. Chavin ließ daraufhin über den Präfekten von Marseille die strenge Überwachung von Tony Breitscheid einstellen. Zu dieser Zeit erschienen am 24. Februar im Hotel Forum in Arles zwei französische Beamte in Begleitung des Gestapomitglieds Detering, Mitarbeiter von Geissler, unter dem Vorwand einer Hausdurchsuchung. Bei dieser Gelegenheit nahmen sie Winterkleidung für Breitscheid, aber nicht für Hilferding mit.

Fehlinformationen und mangelnde Koordination

Als wenige Tage später, am 6. März 1941, die Vertreter des Auswärtigen Amts bei der WAKO, Legationsrat Wolfgang Freiherr von Welck und Legationssekretär Dr. Ulrich von Tafel, mit dem französischen Repräsentanten des Außenministeriums bei der Waffenstillstandsdelegation, M. de Bourdeille, zusammentrafen, traten erhebliche Mißstände und Fehlentscheidungen in der Auslieferungsaffäre zu Tage. Während des Gesprächs kam zum Vorschein, daß die deutschen Gesprächspartner von der Auslieferung Breitscheids und Hilferdings erst durch das englische Radio erfahren hatten und auch über die Auslieferung von Fritz Thyssen nicht informiert waren[85]. Unmittelbar nach der Übergabe der beiden Sozialdemokraten an die Gestapo berichtete die ausländische Presse über die Vorgänge, die in Politikerkreisen und in der Öffentlichkeit heftige Reaktionen hervorriefen[86]. Des weiteren war den Vertretern des AA

[84] Vgl. ebenda, Bl. 33, Délégation de la Police allemande à Vichy, Tgb. Nr. 132/41, Le Chef de la Délégation de la Police allemande à M. le Secrétaire Général pour la Police au Ministère de l'Intérieur, Objet: Concerne demande d'arrestation de Mme Breitscheid, Vichy, 24. 2. 1941.

[85] Vgl. AN, AJ 41/509, Le Représentant du Ministère des Affaires Étrangères, N° 14.792/AE, Extrait du compte-rendu de l'entretien du 6. 3. 1941.

[86] Über die Reaktion der politischen Kreise und der Presse vgl. AN, 3 W/312, Bl. 28, Inspection Générale des Services de Police Administrative, N° 1081/1, Note au sujet des anciens Ministres alle-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der WAKO die Existenz eines Repräsentanten der deutschen Polizei in Vichy überhaupt nicht bekannt. Es stellte sich außerdem heraus, daß die WAKO entgegen der Bestätigung Geisslers an Rochat zu keinem Zeitpunkt über die Auslieferungsforderungen im Bilde war, geschweige denn ihre Zustimmung gegeben hatte. Bei den Auslieferungsfällen von Thyssen, Breitscheid und Hilferding offenbarte sich ein eklatantes Fehlverhalten der Dienststellen und eine Diskordanz der beteiligten Ministerien. Allein die WAKO war laut Waffenstillstandsvertrag berechtigt, Auslieferungsforderungen zu formulieren, die einzig von der französischen Delegation bei der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden (DFCAA) entgegengenommen werden durften. Sämtliche Begehren deutscherseits mußten, so verlangte es die Prozedur, der Direktion der Waffenstillstandsdienststellen (DSA) in Vichy zur Entscheidung vorgelegt werden. Nachdem der Kriegsminister die Forderungen geprüft und sie den anderen zuständigen Ministern im Verlauf einer Waffenstillstandsberatung unterbreitet hatte, sollte die französische Antwort auf die Auslieferungsforderung an Wiesbaden zurückgesandt werden. In der Auslieferungsaffäre Breitscheid/Hilferding und auch im Falle der Auslieferung von Fritz Thyssen war die DFCAA, an die eigentlich die Begehren hätten gerichtet werden müssen, schlichtweg übergangen worden, was einen Verstoß des Waffenstillstandsvertrages mit erheblichen Folgen für die Betroffenen bedeutete. Die Analyse der Fakten ergibt, daß die Auslieferungsforderungen einzig von Georg Geissler verfaßt worden waren. Von Geisslers Existenz, der sich als Repräsentant der deutschen Polizei in Vichy ausgab, hatte allein das französische Innenministerium Kenntnis, in dessen Räumen er sogar über ein Arbeitszimmer verfügte[87]. Die Auslieferungen von Breitscheid, Hilferding und Thyssen waren infolge eines direkten Übereinkommens zwischen der französischen und deutschen Polizei entstanden. Die Vertreter des Innen-, Außen- und Kriegsministeriums der Vichy-Regierung wählten den Entscheidungsweg über eine offiziöse Person, obwohl ihnen die Irregularität ihres Handelns bekannt war. Jeder von ihnen zog zwar den Weg über Wiesbaden in Betracht, doch ergriff niemand unter ihnen die Initiative, ihr Anliegen von den entsprechenden Dienststellen schriftlich bestätigen zu lassen.

SS-Hauptsturmführer Georg Geissler war zu keinem Zeitpunkt berechtigt gewesen, entsprechende Auslieferungsforderungen aufgrund von Artikel 19.2 zu stellen. Er war im November 1940 mit zwei Mitarbeitern nach Vichy gekommen und hatte die Aufgabe eines Kriminalkommissars wahrzunehmen, weit von einer Kompetenz entfernt, die in das unbesetzte Gebiet hätte reichen können. Nach Prozeßaussagen von Helmut Knochen, Befehlshaber der Sicherheitspolizei-Sicherheitsdienst, war Geissler dem RSHA zugeordnet und nicht den Polizeibehörden in Paris[88]. Eine offi-

---

mands Hilferding et Breitscheid, Vichy, 18. 2. 1941. Während die Wochenzeitung The Nation am 22. 2. 1941 die Maßnahmen Vichys kritisierte, zeigte sich die Schweizer Zeitung Actualis am 12. 3. durchaus verständnisvoll: „Die Massnahme ist hart, entspricht aber der Bestimmung des Waffenstillstandsabkommens (. . .)."

[87] Vgl. PA/AA, Inland IIg, Bd. 81, Deutsche Botschaft Paris an Auswärtiges Amt, Paris, 16. 6. 1942.

[88] Vgl. AN, 3 W/312, Ministère de l'Intérieur, Direction Générale de la Sûreté Nationale, Direction

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zielle Akkreditierung Geisslers bei der französischen Regierung in Vichy fand nie statt.

Fehlverhalten gab es auch auf französischer Seite: Im Fall von Thyssen hatte Innenminister Peyrouton eigenmächtig gehandelt, ohne die DFCAA zu informieren. Auch im Fall von Breitscheid und Hilferding hatte es Peyrouton nicht für nötig befunden, sich mit der DSA bzw. der DFCAA selbst in Verbindung zu setzen. Wie sich herausstellte, waren die Namen von Breitscheid und Hilferding nicht auf den aktuellen Auslieferungslisten der „größten Kriegshetzer" enthalten, die den französischen Behörden vorlagen. Innenminister Peyrouton hatte letztlich den Schlußfolgerungen von Rochat vertraut, die Auslieferung habe bei der französischen Delegation in Wiesbaden Zustimmung gefunden. Darauf berief sich ebenso der für die nationale Sicherheit des Landes zuständige Henri Chavin[89]. Rochat verließ sich wiederum auf die Bestätigung Geisslers, die WAKO sei informiert worden. Diese Falschaussage war die Grundlage für die späteren Entscheidungen. Die zweifelhafte Rolle Geisslers wurde erst im Brief von General Koeltz, dem Chef der DSA, vom 13. März 1941 entlarvt[90]. Die französischen Beamten hatten maßloses Vertrauen in den SS-Hauptsturmführer gesetzt und leichtfertige Entscheidungen gefaßt – mit fatalen Konsequenzen für die Betroffenen.

Als Vertreter des Außenministeriums hatte Rochat bei den Verhandlungen von Rethondes teilgenommen. Ihm war daher der vereinbarte reguläre Ablauf in Auslieferungsfällen bekannt. Doch auch Rochat informierte nicht die DSA und unterließ es, die Angelegenheit dem Ministerrat vorzutragen. General Koeltz rechtfertigte am 29. März 1941 die Entscheidung der DSA, die sich auf die Zusicherung Geisslers gestützt habe, daß das Einverständnis der deutschen Behörden in Paris und der WAKO in Wiesbaden vorläge[91]. Im französischen Kriegsministerium, dem die DSA unterstand, war General Huntziger seit dem 30. Januar 1941 über das Begehren des deutschen Polizeibeamten informiert. Obwohl Huntziger die Berichte Rochats vorlagen, bezog er dazu keine Stellung, sondern nahm sie stillschweigend zur Kenntnis. Die Einwilligung in die Auslieferung von Breitscheid und Hilferding fand in der Annahme statt, die WAKO hätte inzwischen diese Forderung an die DFCAA herangetragen. Überprüft wurde aber auch von dieser Seite die Vermutung nicht.

---

des Renseignements Généraux, Le Commissaire Divisionnaire Marc Berge à M. le Président Mitton, Juge d'Instruction Délégué par la Commission d'Instruction de la Haute Cour de Justice, Objet: Livraison à la Gestapo des réfugiés allemands Thyssen, Breitscheid et Hilferding, Paris, 3. 4. 1947.

89 Im Prozeß gegen Marcel Peyrouton beschrieb Chavin seine Rolle als ausführendes Organ und Verwalter. Er selbst verstand sich als „guter republikanischer Beamter" und „guter Franzose". Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 837, Zeugenaussage von Henri Chavin im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 16. 1. 1947.

90 Vgl. AN, 3 W/312: Beweisstück Nr. 42 im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 3. 4. 1947.

91 Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 165, Bl. 144, Ministère de la Guerre, DSA, N° 9818 DSA/7, Koeltz à M. l'Amiral de la Flotte, Darlan, Objet: Remise du ressortissant allemand Krahkamp, Vichy, 29. 3. 1941.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwischen den drei zuständigen französischen Ministerien kam ein erstaunlicher Mangel an Kommunikation zum Vorschein. Jedem von ihnen war der reguläre Amtsweg eines Auslieferungsfalles bekannt. Doch keines ergriff da Initiative oder übernahm Verantwortung. Die Regierungsstellen von Vichy mußten erkennen, einer Vortäuschung falscher Tatsachen erlegen zu sein. Die Auslieferungen von Thyssen, Breitscheid und Hilferding verliefen in einer Atmosphäre der Spannungen zwischen Vichy, Paris und Berlin. Seit der Entlassung Pierre Lavals als stellvertretender Ministerpräsident am 13. Dezember 1940 und seiner Verhaftung waren die deutsch-französischen Beziehungen, aber auch das politische Klima innerhalb Frankreichs äußerst gereizt. Den Aussagen eines deutschen Repräsentanten zu mißtrauen – und sei er noch so zweifelhaft – barg nach Ansicht der französischen Akteure die Gefahr einer zunehmenden Eskalation der Verhältnisse. Dem Auslieferungsbegehren im Falle von Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding nachzukommen, bot für Innenminister Peyrouton die Chance, die Loyalität Vichys gegenüber NS-Deutschland zu beweisen und seine Vergangenheit als Agitator gegen Laval zu kaschieren. Wie General Koeltz später resümierte, wollten die französischen Stellen auf keinen Fall einen Grund für eine weitere Zunahme der Konflikte liefern, sondern den deutschen Behörden den Beweis ihres guten Willens, in Gedanken an die Zukunft und den Platz Frankreichs in Hitlers neuem Europa erbringen[92]. Fritz Thyssen und seine Frau, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding wurden dabei von Vichy als Zeichen des „guten Willens" geopfert. Die Tatsache, daß Vichy die Opfer in die Kategorie der „größten Kriegshetzer" einordnen konnte, erleichterte den französischen Politikern ihre Entscheidungsfindung, wie M. de Bourdeille gegenüber Freiherr von Welck am 6. März 1941 eingestand: „Wir haben sie ausgeliefert (. . .). Es handelt sich dabei um bedeutende Persönlichkeiten, wobei die ersten beiden [Breitscheid und Hilferding] unter die von Marschall Keitel avisierte Kategorie [der Kriegshetzer] fielen, die einzige, die wir in einem sehr bescheidenen Umfang in Betracht ziehen zu müssen glaubten. Wir drücken uns also nicht vor der Anwendung des Artikels 19, Absatz 2. Die Bereitwilligkeit, mit der wir die ‚großen Persönlichkeiten' ausgeliefert haben, sollte uns angerechnet werden, und die diesbezüglich so heiklen Erfordernisse sollten nicht zu weit weggeschoben werden."[93]

Die Auslieferungen von Thyssen, Breitscheid und Hilferding markierten den Beginn einer institutionellen Zusammenarbeit zwischen der französischen und der deutschen Polizei. Im Sinne einer fortschreitenden Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen sollte ein praktischer modus vivendi gefunden werden, wenn es darum ging, „störende Elemente" von französischem Boden zu entfernen. Die

[92] Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 830, Zeugenaussage von Louis Koeltz im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 27. 1. 1947. Die Einschätzung, im angespannten Klima nach der Entlassung Lavals nicht noch zusätzlich für Mißstimmung auf deutscher Seite zu sorgen, bestätigt Paul Baudouin. Vgl. ebenda, Bl. 825, Zeugenaussage von Paul Baudouin im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 1. 2. 1947.

[93] DFCAA, Recueil de documents publié par le Gouvernement Français, vol. IV: 19 janvier–21 juillet 1941, Paris 1957, S. 188.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Dritten Reich gestellten Forderungen stimmten insofern mit den „nationalen Interessen" Frankreichs überein. Eine enge Kollaboration der deutschen und französischen Polizei hinsichtlich der Verhaftung und Auslieferung von Personen aus dem unbesetzten Gebiet konnte nur durch eine Regierungsentscheidung ratifiziert werden[94]. In einem Brief vom 21. April 1941 bestätigte Admiral Darlan dem Chef der deutschen Polizei in Vichy die angestrebte Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte. Die auszuliefernden Personen, insbesondere „Kriminelle", Kommunisten und Anarchisten, betrachtete Darlan als „gefährliche Faktoren" für die soziale Ordnung beider Länder[95]. Um sie vorerst von der französischen Gesellschaft fernzuhalten, richtete das Vichy-Regime das Auslieferungsgefängnis in Castres im Departement Tarn ein, das als Sammelstelle und Transitstation diente[96]. Schon mit der Auslieferung von Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding aber hatte das Vichy-Regime den Beweis seines moralischen Verfalls erbracht und Frankreich den definitiven Wandel vom klassischen Asylland zum Auslieferungsland vollzogen[97].

Das Ende Breitscheids und Hilferdings

Nachdem die Gestapo Breitscheid und Hilferding von Vichy nach Paris gebracht hatte, lieferte man sie im Gefängnis La Santé in getrennte Zellen ein. Am nächsten Morgen, dem 11. Februar 1941, begannen die Verhöre, doch zunächst wurde nur Breitscheid befragt. Gefängniswärter fanden Rudolf Hilferding bewußtlos in seiner Zelle auf. Paul Derchue, Wärter in La Santé von 1934 bis 1942, konnte beobachten, wie Hilferding von jungen deutschen Ärzten in die Krankenstation innerhalb des Gefängnisses transportiert wurde, wo er eine ungewöhnlich große Anzahl von Spritzen erhielt. Als Derchue die Krankenstation verließ, war Rudolf Hilferding tot. Infolge des Geschehens blieb dem Gefängniswärter eine gewisse Unruhe unter den deutschen Autoritäten nicht verborgen[98]. Gegenseitig erhoben sie heftige Vorwürfe, die Durchsuchung der Gefangenen zu nachlässig gehandhabt zu haben, woraufhin

[94] Vgl. AN, AJ 41/509, Direction Générale de la Sûreté Nationale, Direction de la Police du Territoire et des Étrangers, Note pour M. l'Amiral de la Flotte, Ministre, Secrétaire d'État à l'Intérieur, Objet: Extradition par la voie administrative de ressortissants allemands, Vichy, 3. 4. 1941.

[95] Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 165, Bl. 183f., L'Amiral de la Flotte à M. le Commissaire de District, Chef de la Délégation de la Police allemande à Vichy, Vichy, 21. 4. 1941.

[96] Zur Auslieferung wurden u. a. folgende Personen nach Castres überführt: Philipp Auerbach, Franz Dahlem, Julius Epstein, Paul Hahn, der Gewerkschaftler Korn, Luigi Longo, Rudolf Leonhard, Siegmund Nielson, Heinrich Rau, Josef Wagner, Stefan Walke, Werner Wohlen. Vgl. MAE, Série Guerre 1939–1945, sous-série Vichy Europe Y, vol. 167, Bl. 154f., Note au sujet des prisonniers de Castres, 15. 1. 1942.

[97] Zu namentlichen Angaben von Auslieferungen vgl. z. B. AN, AJ 41/509, Individus remis aux autorités de police allemande.

[98] Diesen Eindruck hatte auch Stanislas Bilquez, Direktor der Pariser Gefängnisse vom 15. 11. 1940 bis 15. 10. 1941. Vgl. AN, 3 W/312, Bl. 810, Zeugenaussage von Stanislas Bilquez im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 6. 2. 1947.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich Breitscheid einer erneuten Leibesvisitation unterziehen mußte. Derchue, der in Gegenwart eines deutschen Unteroffiziers die Durchsuchung vornahm, entdeckte in Breitscheids Kleidung mehrere Kapseln Veronal, die der Unteroffizier an sich nahm. Über den Vorgang wurde in den folgenden Tagen und Wochen Stillschweigen bewahrt[99]. Als der Tod von Rudolf Hilferding bekannt wurde, kursierten über die Todesursache verschiedene Gerüchte: Selbstmord durch Vergiftung bzw. Erhängen. Nach Zeugenaussage des Wärters Derchue zeigte der Körper von Hilferding keine Spuren einer Strangulation[100]. In einem Schnellbrief Heinrich Himmlers an das Auswärtige Amt vom 14. Februar 1941 sagte der Chef der deutschen Polizei zu Hilferdings Tod, dieser sei inzwischen „in einem Lazarett in Paris an Lungenentzündung verstorben"[101]. Wie Weggefährten berichten, trugen Breitscheid und Hilferding stets Giftfläschchen bei sich[102]. Über die genaue Todesursache von Rudolf Hilferding herrscht Ungewißheit[103]. Vertraut man den Berichten der Augenzeugen, so ist der sozialdemokratische Politiker infolge der Einnahme von Veronal verstorben. Sein Leichnam wurde auf dem Friedhof von Ivry-sur-Seine am 19. Februar 1941 unter der Nummer 643 beigesetzt[104].

Von Paris aus überstellte die Gestapo Rudolf Breitscheid nach Berlin in die Gestapozentrale der Prinz-Albrecht-Straße[105]. Der Versuch, dem Sozialdemokraten einen Hochverratsprozeß zu machen, scheiterte. Im Januar 1942 wurde Breitscheid zusammen mit seiner Frau, die ihm gefolgt war, in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert. Von dort kamen sie in das Konzentrationslager Buchenwald, wo man ihnen eine Sonderbaracke zuwies. Als am 24. August 1944 die Alliierten Luftangriffe auf Fabriken nahe bei Buchenwald flogen, verlor Tony Breitscheid ihren Mann aus den Augen. Tage später, als sie verletzt im Hilfslazarett zu Bewußtsein kam, teilte

---

99 Vgl. ebenda, Bl. 808, Zeugenaussage von Paul Derchue im Prozeß gegen Marcel Peyrouton, 6. 3. 1947.

100 Vgl. ebenda.

101 PA/AA, Inland IIg, Bd. 526, Schnellbrief des Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, an das Auswärtige Amt, Berlin, 14. 2. 1941.

102 Vgl. Fry, Auslieferung auf Verlangen, S. 67, und Kurt Kersten, Das Ende Breitscheids und Hilferdings, in: Deutsche Rundschau LXXXIV (1958), S. 843–854, hier S. 851.

103 Vgl. Masaaki Kurotaki, Zur Todesursache Rudolf Hilferdings, in: Miyagi-Gakuin Joshi-Daigaku Kenkyu-Rombunshu Nr. 61 (Dezember 1984), S. 1–21. Kurotaki kommt zum Ergebnis, daß Hilferding nach seiner Einlieferung in La Santé am 10. 2. 1941 Veronal einnahm und am darauffolgenden Tage nach seiner Verbringung in die Krankenstation von Fresnes verstarb. Kurotaki verweist auf ein Protokoll des Chefarztes Dr. Schumann, der mit einem Kollegen die Beschauung des Leichnams am 13. 2. 1941 vornahm. Der These des Transfers Hilferdings in die Krankenstation von Fresnes widerspricht allerdings die Zeugenaussage des in La Santé tätigen Gefängniswärters Derchue.

104 Die in der Literatur verbreitete Ansicht, Hilferding sei auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise beigesetzt, hat sich nach Recherchen im entsprechenden Friedhofsamt nicht bestätigt. Nach Auskunft des Friedhofsdienstes fand die Bestattung in Ivry statt. Inzwischen wurden die sterblichen Überreste in ein Beinhaus überführt.

105 Zur letzten Etappe von Rudolf Breitscheid vgl. Kersten, Das Ende Breitscheids und Hilferdings, S. 851–854.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

man ihr mit, daß er an den Folgen des Angriffs gestorben sei. Zum gleichen Zeitpunkt starb der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, den die Nationalsozialisten ebenfalls in Buchenwald gefangenhielten. Thälmann fiel einer Säuberungsaktion Heinrich Himmlers zum Opfer, bei der führende Politiker, die bei einer Machtablösung Hitlers die neue Regierung bilden könnten, von den Nationalsozialisten eliminiert wurden. Der offiziellen Version zufolge kam Thälmann beim alliierten Bombenangriff ums Leben. Die tatsächlichen Umstände des Todes von Rudolf Breitscheid sind bis heute nicht geklärt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MARTIN KRÖGER UND ROLAND THIMME

DAS POLITISCHE ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTS IM ZWEITEN WELTKRIEG

Sicherung, Flucht, Verlust, Rückführung

In Berichten über Kriegsschicksale deutscher Archive wird das Politische Archiv des Auswärtigen Amts selten erwähnt. Eine genauere Untersuchung über die besondere Situation dieses Behördenarchivs, das keiner übergeordneten Archivverwaltung unterstand, gab es bisher nicht. Im folgenden soll deshalb gezeigt werden, wie sich Sicherung, Flucht, Verlust und Rückführung der Akten sowie die politische Auswertung erbeuteter Dokumente durch die jeweiligen Sieger vollzogen und daß die Rettung der unersetzlichen diplomatisch-politischen Überlieferung vor der Zerstörung durch den Krieg nur mit Mitteln der Improvisation gelang.

Der Kunst- und Kulturschutz, als dessen Teil die Sicherung der Archive anzusehen ist[1], spielte bei der Vorbereitung des nationalsozialistischen Deutschlands auf einen Krieg lediglich eine untergeordnete Rolle. Als vorrangig galt die Sicherheit der Bevölkerung, der Infrastruktur und des Fertigungssektors. Während in Frankreich schon 1935 der Schutz von Archiven und Bibliotheken im Kriegsfall einer zentralen Institution übertragen worden war, gab es in Deutschland nur vereinzelte Initiativen in diese Richtung. Während der Sudetenkrise 1938 schien der Archivschutz erstmals eine Frage praktischer Umsetzung zu werden. In einer geheimen Dienstvorschrift gab Ernst Zipfel, seit Oktober 1936 Direktor des Reichsarchivs und kommissarischer

[1] Vgl. Wilhelm Rohr, Die zentrale Lenkung deutscher Archivschutzmaßnahmen im Zweiten Weltkrieg, in: Der Archivar 3 (1950), Sp. 105–122; Rudolf Holzhausen, Die Quellen zur Erforschung des „Dritten Reiches", in: Archivalische Zeitschrift 46 (1950), S. 196–206; Walter Nissen, Das Schicksal der ausgelagerten Bestände des Preußischen Geheimen Staats-Archivs und des Brandenburg-Preußischen Haus-Archivs und ihr heutiger Zustand, in: Ebenda 49 (1954), S. 139–150; Erich Hampe, Der zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz, Frankfurt a. M. 1963, S. 511–533; Josef Henke, Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620, hier S. 559–567; Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 306–315; Matthias Herrmann, Das Reichsarchiv (1919–1945). Eine archivische Institution im Spannungsfeld der deutschen Politik, Diss. Berlin 1993, S. 310ff., 425ff.; Torsten Musial, Archive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Diss. Berlin 1994, S. 88–93, 114–126. Musials Arbeit wird hier zitiert nach der Mikroficheauflage, inzwischen ist sie als Buch veröffentlicht: Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Potsdam 1996.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Leiter der preußischen Staatsarchive[2], am 12. August 1938 der Auslagerung bedeutender Archivalien aus den grenznahen Archiven den Vorrang vor allen anderen Archivtätigkeiten. Am 13. März 1939 einigten sich die Archivdirektoren auf einer Konferenz in Berlin auf die Flüchtung wertvoller Einzelstücke, ansonsten sollten Umlagerungen innerhalb der Archive ausreichen. Zipfel bekräftigte diesen Beschluß, indem er am 1. August anordnete, daß im Kriegsfall keine Auslagerung aus den preußischen Archiven erfolgen sollte[3]. Im September 1939 gab es in Deutschland weder eine zentrale Steuerung des Kulturschutzes, noch eine einheitliche Meinung zu konkreten Vorkehrungen, die über den einfachen Brandschutz oder Verdunkelungsvorschriften hinausgingen. Die Vorsorge vor den Folgen des Krieges war in theoretischen Überlegungen steckengeblieben, praktisch und organisatorisch war man unvorbereitet. Die Auswirkungen dieser unbefriedigenden Lage lassen sich am Beispiel des Schicksals des Politischen Archivs zeigen.

I. Raumdefizite des Politischen Archivs

Vorläufer dieses Archivs war die Registratur der Politischen Abteilung, das 1837 gegründete Zentralbüro[4] des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1920 eine eigenständige Arbeitseinheit geschaffen, welche das gesamte, in der Berliner Zentrale und den deutschen Auslandsvertretungen entstandene Schriftgut seit 1867 aufnehmen sollte. Die Akten des preußischen Ministeriums aus der Zeit bis 1866 wurden 1921 an das preußische Geheime Staatsarchiv abgegeben, das seinerseits Akten an das Auswärtige Amt zurückgab. Im Zuge einer organisatorischen Umstellung dieser Behörde im Frühjahr 1920 gelangten die alten Aktenserien der bisherigen Abteilungen in das am 3. August 1920 errichtete Hauptarchiv. Es wurde am 16. April 1921 ein selbständiges Referat, am 1. Februar 1924 erhielt es die Bezeichnung Politisches Archiv. Von Beginn an war klar, daß die Bedingungen für die Einrichtung eines großen Behördenarchivs nicht günstig waren. Im Fall einer baulichen Erweiterung forderte Archivleiter Her-

---

[2] Zu Zipfel siehe Walter Vogel, Der Kampf um das geistige Erbe. Zur Geschichte der Reichsarchividee und des Reichsarchivs als „geistiger Tempel deutscher Einheit", Bonn 1994, S. 71 ff., und Musial, Archive, S. 109 und 209 ff.

[3] Vgl. ebenda, S. 92; siehe auch Runderlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei betr. Richtlinien für die Durchführung des Luftschutzes in Museen, Büchereien, Archiven und ähnlichen Kulturstätten (Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1939, Nr. 37, S. 1871), in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (künftig: PA/AA), R 26937.

[4] Vgl. Hans Philippi, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, in: Der Archivar 11 (1958), Sp. 139–150; derselbe, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Rückführung und Übersicht über die Bestände, in: Ebenda 13 (1960), S. 199–218; Heinz Günther Sasse, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, in: Almanach 1968 des Carl Heymanns Verlags, Bonn 1967, S. 125–137; Ludwig Biewer, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amts, in: Auswärtiger Dienst 58 (1997), H. III/IV.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mann Meyer 1920 von der Leitungsebene den dreifachen Platz, womit die Raumfrage „für etwa 30 bis 50 Jahre gelöst" sein würde[5]. Das Politische Archiv mußte aber für lange Zeit mit den bestehenden Magazinräumen und Aktenböden in der Wilhelmstraße zurechtkommen. Eine nochmalige strukturelle Veränderung des Amts brachte 1936 auch die Registraturen ab 1920 ins Archiv. Das Raumdefizit wuchs sich zur Notsituation aus, als während der Sudetenkrise ein geheimer Runderlaß für den Mobilmachungsfall den Auslandsvertretungen die Gelegenheit gab, sich von alten Akten zu entlasten, wodurch das Archiv in unerwartetem Ausmaß mit Neuzugängen konfrontiert wurde. Archivleiter Werner Frauendienst stellte 1938 fest: „Der im Pol[itischen] Archiv noch verfügbare freie Raum ist dadurch schon heute bis zum letzten Aktenfach gefüllt."[6]

Um den Aktenansturm zu bewältigen, wurden erstmals Räume außerhalb des Amts genutzt. Man hatte, um Platz zu schaffen, bereits Bestände aus der Zeit bis 1890 an das Reichsarchiv abgegeben: Akten der Personal- und Verwaltungs-, der Handels- und der Rechtsabteilung. Für die politischen Akten ab 1867 galt eine auch vom Reichsarchiv als berechtigt anerkannte Sonderregelung, dieser Bestand sollte „aus politischen Gründen" im Auswärtigen Amt verbleiben, da er häufiger als die Dokumente anderer Oberster Reichsbehörden für den Dienstbetrieb benötigt werde. Für die in Potsdam untergebrachten Bestände des Amts sagte der Oberarchivrat im Reichsarchiv Heinrich Otto Meisner jederzeitige Verfügbarkeit zu, auch durften sie nicht für privatwissenschaftliche Zwecke genutzt werden. Grundsätzlich aber war das Amt bemüht, dem Erlaß des Reichsministers des Innern vom 11. Dezember 1931 zu entsprechen und seine Akten, die nach Prüfung durch das Politische Archiv abgabereif waren, dem Reichsarchiv zuzuleiten[7].

Mitte 1940 verschärfte das Insistieren des Betriebsluftschutzleiters auf Räumung der Dachböden und zweier Keller die räumlichen Probleme. Legationsrat Johannes Ullrich, seit 18. November 1938 Leiter des Politischen Archivs[8], reagierte mit Aus- und Umlagerungen, er benutzte auch ungeschützte Bereiche wie etwa die Korridore[9].

---

[5] Meyer an Schüler, 19. 6. 1920, in: PA/AA, R 26765.

[6] Frauendienst an Dienstmann, 23. 9. 1938, in: Ebenda, (e. o. Pol. Arch. 1216). Frauendienst war Mitarbeiter der Edition „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914", er leitete als Legationssekretär das Politische Archiv 1935 bis 1938, bevor er eine Professur in Halle übernahm. Seit 1942 Professor in Berlin, war er ab Januar 1943 auch bei der Archivkommission tätig.

[7] Aufzeichnung Frauendiensts und Ullrichs, 6. 1. 1938 (Pol. Arch. 13/38) und Aufzeichnung Frauendiensts, 31. 1. 1938 (zu Pol. Arch. 117), in: PA/AA, R 26934; zu den Abgaben an das Reichsarchiv in den Jahren 1924 bis 1941 siehe Herrmann, Reichsarchiv, S. 198 (Anm. 347), 365–368, 517–519 u. 527.

[8] Zur Person Ullrichs (1902–1965) siehe die Nachrufe von Hans Philippi in: Der Archivar 20 (1967), Sp. 97–100 und Ernst Posner in: The American Archivist 29 (1966), S. 405–408, die von Minister Schröder gez. Todesanzeige im Bonner General-Anzeiger am 28. 12. 1965; Niels Hansen, Ein wahrer Held jener Zeit. Zum dreißigsten Todestag von Johannes Ullrich, in: Historische Mitteilungen 9 (1996), S. 95–109.

[9] Vgl. Aufzeichnung Krügers für Ullrich, 20. 5. 1940 (zu Pol. Arch. 936), Ullrich an Hausverwaltung, 17. 6. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1135), Aufzeichnung Krügers vom Oktober 1940 (e. o. Pol. Arch. 1975), Aufzeichnung Ullrichs vom 17. 9. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1852), in: PA/AA, R 26765.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Hausverwaltung verwies darauf, daß auch andere Abteilungen mit Raummangel zu kämpfen hätten und es deshalb keinen Zweck habe, ständig zu drängen[10].

II. Die „Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten"

Der Kriegsausbruch veränderte die Lage dramatisch, denn nun mußten auch die beschlagnahmten Akten aus den Außenministerien der eroberten Länder in Berlin gelagert und gesichtet werden. Das von Vertretern des Auswärtigen Amts konfiszierte Material wurde an das Politische Archiv und an die „Kommission zur Auswertung erbeuteter Akten" unter der Leitung des Gesandten Karl Dienstmann abgegeben. Dieser schrieb am 31. Oktober 1939: „Auf Wunsch des Herrn Reichsaußenministers hat die Sichtung und Prüfung der Akten des ehemaligen Polnischen Außenministeriums sofort zu beginnen."[11] Ullrich reiste im Oktober 1939 nach Warschau, um den Abtransport von „ungefähr 80 Kisten" vorzubereiten[12]. Beabsichtigt war die Erarbeitung aktueller Propaganda-Weißbücher[13] unter Leitung des letzten deutschen Botschafters in Warschau, Hans-Adolf von Moltke. Im April 1940 waren Dienstmann, Ullrich und Legationssekretär Graf Meran auf Anordnung des Reichsaußenministers Ribbentrop nach Oslo gereist, um norwegische Archive zu sichten und Dokumente nach Berlin zu transportieren. Die Verzeichnung des Materials übernahm das Politische Archiv, das auch für den ordnungsgemäßen Verbleib der Akten verantwortlich war, für die Auswertung wurden sie von Moltke zugänglich gemacht[14]. Im August 1940 kündigte Ullrich im Auftrag des Auswärtigen Amts dem OKW die Entsendung einer Kommission an, die in Tours nachgewiesene Akten des französischen Außenministeriums überprüfen sollte. Ihr gehörten u. a. der Archivar Kurt Jagow[15] sowie

---

[10] Vgl. Aufzeichnung Andres' für Pers. D., 31. 5. 1941 (e. o. Pol. Arch. 961), Hauserlaß Dg. V. vom 14. 6. 1941 (gez. Schwager), in: Ebenda.

[11] Aufzeichnung Dienstmanns, 31. 10. 1939, in: PA/AA, R 26999 (e. o. Pol. Arch. 1970).

[12] Telegramm Ullrichs aus Warschau, 14. 10. 1939, Aufzeichnung Ullrichs für Saller, 19. 10. 1939 (3678/E 034695), und Entwurf eines Schreibens Dienstmanns an Künsberg, 8. 4. 1941 (3678/E 034722) in: Ebenda.

[13] Das erste Weißbuch dieser Art, das offen aus erbeuteten Akten schöpfte, war: Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Erste Folge, hrsg. vom Auswärtigen Amt der Deutschen Regierung, Dokumente und Urkunden zum Kriegsausbruch September 1939, Fasc. 10, Basel 1940. Die Vorbemerkung zu den 14 wiedergegebenen Dokumenten lautet: „Nach der Besetzung Warschaus sind wichtige Teile der Archive des früheren Polnischen Außenministeriums in deutsche Hand gefallen. Das Auswärtige Amt hat mit der Durchsicht der umfangreichen Aktenstücke begonnen und wird sie, soweit sie für die Vorgeschichte des Krieges von Bedeutung oder sonst von allgemeinem Interesse sind, fortlaufend veröffentlichen. Die erste Folge dieser Dokumente wird in Faksimiledruck mit deutscher Übersetzung hiermit der Öffentlichkeit übergeben. Die Dokumente sprechen für sich selbst und bedürfen keines Kommentars."

[14] Vgl. Aufzeichnungen Dienstmanns, 22. 4. 1940 (3678/E 034829–30), Bräuers für Weizsäcker, 23. 4. 1940 (3678/E 034831–32), und Ullrichs für Moltke, 30. 4. 1940 (e. o. Pol. Arch. 818), in: PA/AA, R 27001.

[15] Jagow war Leiter des Brandenburgisch-preußischen Hausarchivs. Für die Dauer des Krieges wur-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Peter Klassen (Leiter des Politischen Archivs 1954–1956) und Heinz Günther Sasse (Leiter des Politischen Archivs 1966–1971) an. Nach einem Bericht Jagows wurde „vordringlich zur Bearbeitung geeignet erscheinendes Material" nach Berlin überführt[16]. Zuständig waren die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts auch für Archivgut aus den Niederlanden[17]. Daß sämtliche Staatsverträge aus Den Haag nach Berlin gekommen waren, hielt man hier jedoch für unsinnig. Auch 1000 Kisten belgischer Originalakten wurden von Berlin nach Brüssel zurückgebracht[18].

Für die Beschlagnahme von Akten stand dem Auswärtigen Amt das „Sonderkommando Künsberg" zur Verfügung[19]. Eberhard Freiherr von Künsberg, Legationssekretär und SS-Sturmbannführer, hatte den Auftrag, in erster Linie Akten des Außenministeriums eines von deutschen Truppen besetzten Landes und der diplomatischen Missionen der Feindstaaten aufzuspüren sowie wichtige Unterlagen nach Berlin zu bringen. Diese Einheit operierte in direkter Frontnähe und erbeutete Akten und Karten in großer Menge[20]. Im August 1941 wurde diese Gruppe der Waffen-SS eingegliedert, aber noch Ende 1942 waren 19 Beamte und Angestellte des Auswärtigen Amts Angehörige des Sonderkommandos[21].

---

de er als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt dienstverpflichtet und mit der Organisation der Archivkommission beauftragt.

16 I. A. Ullrich an Passierscheinhauptstelle OKW, 28. 8. 1940 (e. o. Pol. Arch. 1716), i. A. Ullrich an Abetz, 4. 9. 1940 mit zweiseitiger Anlage mit Instruktionen für die nach Paris entsandten Kommissionsmitglieder (3678/E 034899–902), Aufzeichnung Jagows für Moltke, 27. 9. 1940 (3678/E 034936–66), S. 26, in: PA/AA, R 27004. Wegen seiner Mitarbeit in der Archivkommission und eines 1941 veröffentlichten Buchs „England/Deutschlands Widerpart. Die deutsch-englischen Beziehungen von 1815–1940" durfte Sasse nach Absprache der vier Hauptherausgeber der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP) nicht als Bearbeiter des Bandes III der Serie C (Göttingen 1973) genannt werden. Sasse war nicht Mitglied der NSDAP.

17 Vgl. PA/AA, R 27002, ferner R 26986 (Belgien), und R 27005 (Luxemburg).

18 Vgl. Aufzeichnung Matthaesius', 18. 7. 1960, in: PA/AA, B 118, Bd. 334.

19 Vgl. Horst Kißmehl, „Kriegswichtige Zielobjekte – Akten, Archive, Bibliotheken". Zur Bedeutung, Organisation und Praxis faschistischer deutscher Kriegsbeute-Raubaktionen im Zweiten Weltkrieg, in: Burchard Brentjes (Hrsg.), Wissenschaft unter dem NS-Regime, Schöneiche b. Berlin 1992, S. 132–155; Musial, Archive, S. 139; Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997; Anja Heuß, Die „Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion, in: VfZ 45 (1997), S. 535–556.

20 Siehe hierzu die Aufzeichnung Jagows für Moltke, 3. 7. 1940, in: PA/AA, R 26765 (Pol. Arch. 1281), sowie den 60-seitigen vermutlich von Bernhard Nitsch verfaßten „Bericht über den Einsatz des Sonderkommandos AA in Holland, Belgien und Frankreich" vom 19. 12. 1940, in: PA/AA, R 27529, und das 92-seitige „Druckstück" des Sonderkommandos aus dem Jahr 1941: „Meldungen vom Einsatz in den baltischen Ländern" mit einer Liste der erbeuteten Bestände, in: PA/AA, R 27003. Hier heißt es, die Akten seien „vor der Vernichtung bewahrt und in Sicherheit gebracht" worden. Sie standen im Auswärtigen Amt „den einzelnen zuständigen Ressorts auf Anforderung jederzeit geordnet zur Verfügung" (S. 70). Der Geographische Dienst des Amts hielt die 15000 beschlagnahmten Karten zur Verfügung aller beteiligten Dienststellen (S. 80).

21 Vgl. Vortragsnotiz Künsbergs, 21. 8. 1941, geheime Weisung Dörnbergs für Nitsch und Künsberg, 7. 3. 1942, in: PA/AA, R 27574.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den Beuteaktionen des Auswärtigen Amts kam es zu einer unverbindlichen Verständigung des Politischen Archivs mit Zipfel, der seit dem 22. Mai 1940 als „Kommissar für den Archivschutz" auch für die Sicherstellung fremder Archive in Westeuropa zuständig war. Auf dessen Bitte um enge Zusammenarbeit zwischen den Archivkommissionen erwiderte Ullrich: „Von seiten des A[uswärtigen] A[mts] ist alles Erforderliche geschehen, um die Sicherstellung oder Wiederherbeischaffung des politisch aktuellen Schriftgutes in den besetzten Gebieten zu gewährleisten. Für den Fall, daß verschlepptes oder verstecktes Archivgut festgestellt wird, das für politische Zwecke nicht verwertbar erscheint, wird das A. A. gern davon Mitteilung machen. Dasselbe gilt für Archivalien, von deren Verbleib das A. A. Kenntnis erhält."[22]

Die Kommissionsarbeit zur Auswertung erbeuteter Akten genoß deutliche Priorität bei der Raumzuteilung. Außer den Mitarbeitern des Amts waren zahlreiche Archivare und Historiker mit den fremden Dokumenten beschäftigt. Bis Ende Oktober 1940 wurde die Archivkommission unter der organisatorischen Verantwortung des Leiters des Politischen Archivs geführt. Nach Übernahme des Generalkonsulats in Leningrad durch Dienstmann im Juni 1940 versuchte die Politische Abteilung das Archiv aus der Verwaltungsabteilung herauszulösen, um es sich unter der Leitung des Botschafters von Moltke anzugliedern. Ullrich begegnete dieser Absicht durch Abspaltung jener Aufgaben der Archivkommission, die sich mit der Betreuung und Auswertung der fremden Akten befaßten[23]. Sie erhielt zum 1. November 1940 eigenen Referatsstatus, blieb aber innerhalb der Personal- und Verwaltungsabteilung, Leiter wurde Gesandter z. D. Eckhard von Schack[24]; bis Mitte 1942 war die Kommission von Moltke als Sonderbeauftragtem des Reichsaußenministers unterstellt.

Die militärischen Erfolge der ersten Kriegsjahre hatten die Archivare nicht sensibler gemacht für die Sicherung ihrer eigenen Bestände. Neben dem Auswärtigen Amt hatten auch andere staatliche Einrichtungen und Institutionen der NSDAP damit begonnen, Archivmaterial in den besetzten Territorien mit dem Ziel zu suchen, es in das Reich „zurückzuholen" oder zu verfilmen. Zipfels Zuständigkeit in Westeuropa wurde zuerst (21. April 1941) auf sämtliche besetzten Gebiete ausgeweitet; am 23. Juli 1942 wurde er Kommissar für den Archivschutz für das gesamte Reichsgebiet. In Frankreich richtete er 1940 eine „Gruppe Archivwesen" beim Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Paris unter der Leitung des Staatsarchivdirektors Georg Schnath ein, der 15 wissenschaftliche Mitarbeiter angehörten[25].

---

[22] Zipfel an Politisches Archiv, 2. 7. 1940, und i. A. Ullrich an Zipfel, 13. 7. 1940, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034861–62).

[23] Vgl. Aufzeichnung Andres' für Melchers, 21. 5. 1951, in: PA/AA, B 118, Bd. 785.

[24] Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Abt. Pers., 8. 10. 1940, und Erlaß Schroeders vom 1. 11. 1940, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034969–71).

[25] Vgl. Herrmann, Reichsarchiv, S. 454; Michael Burleigh, Germany turns eastwards: a study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Karl Heinz Roth, Eine höhere Form des Plünderns. Der Abschlußbericht der „Gruppe Archivwesen" der deutschen Militärverwaltung in Frankreich 1940–1944, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 4 (1989) H. 2, S. 79–112; Musial, Archive, S. 130–206. Vgl. auch die Aufzeichnung Zipfels vom

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Schicksal der vom Auswärtigen Amt erbeuteten Dokumente ist nicht im einzelnen nachzuverfolgen, es war wohl auch ganz unterschiedlich. Wurden belgische und niederländische Akten der jeweiligen Außenministerien zum größten Teil noch im Krieg in ihre Ursprungsländer zurückgebracht, blieb das weitaus meiste des französischen Materials gleich in Paris. Die Franzosen hatten ihre Archive bei Kriegsausbruch dezentralisiert. Nach der deutschen Besetzung wurde die Hauptmasse der aufgefundenen diplomatischen Akten wieder im Quai d'Orsay zusammengeführt, aufgestellt und neue Repertorien gefertigt. Friedrich Matthaesius, damals als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Archivkommission tätig, bezeichnete später diese Arbeit Sasses und seines Nachfolgers Prof. Herbert Michaelis als „musterhaft". Die Leitung der Zweigstelle der Archivkommission des Auswärtigen Amts in Paris, der zeitweise bis zu 17 Historiker (u. a. Martin Göhring, Erwin Hölzle, Helmut Krausnick und Wolfgang Windelband) angehörten, lag in den Händen von Prof. Dr. Ludwig Zimmermann, von Februar 1943 an übernahm sie Generalkonsul a. D. Carl Heinrich Walther. Die Auswertung der Akten erfolgte hauptsächlich durch Verfilmung. Mit zehn Filmapparaten wurden Mikrofilme gefertigt, die, in Berlin unter Leitung Prof. Johannes Spörls entwickelt, in rund 200 Kästen (30 × 35 cm) eingeordnet, eine Art Ersatzarchiv ergaben. Dieses soll nur aus Auszügen über solche politischen Vorgänge seit dem 16. Jahrhundert bestanden haben, „die bis dahin von französischen Historikern verschwiegen worden" waren. Künsbergs Beute aus Paris gelangte auf drei LKWs ebenfalls nach Berlin. Diese Originalakten und die Mikrofilme wurden im Kriegsverlauf verlagert und dabei auseinandergerissen. Nach Sasse handelte es sich „vor allem um Teile der Telegrammsammlung (wohl ab 1933), ferner die Berichtssammlung des Botschafters François-Poncet (Berlin-Rom) und Berichte des französischen Botschafters in Brüssel" sowie die Sammlung der eingegangenen Telegramme. Diese Akten wurden teilweise in Berlin durch Kriegseinwirkung zerstört oder von alliierten Truppen beschlagnahmt. Die Filme lagerte von Schack im Weinkeller seines Gutes Schreibendorf im Riesengebirge. Vor der heranrückenden Roten Armee sicherte sein Nachfolger als Leiter der Archivkommission, Prof. Carl A. Willemsen, das Material im Schloß Ebersdorf/Thüringen. Dort beschlagnahmten es US-Truppen. 40 Kisten Mikrofilmkopien befanden sich noch Mitte der fünfziger Jahre im Keller des State Department in Washington, bevor sie nach Frankreich gelangten[26].

Während die von Deutschland „eroberten" (Schnath) Archive bereits in die Kriegswirren geraten waren, verdrängte offenbar die Siegeseuphorie Gedanken an die mögliche Bedrohung der eigenen Sammlungen. Bei dem Treffen der Archivleiter

7. 10. 1940 über den „Einsatz deutscher Archive im westlichen Operationsgebiet" und Zipfels „Denkschrift über Leistungen des Archivschutzes für die Wissenschaft" mit Schreiben vom 26. 11. 1941 an das Politische Archiv, in: PA/AA, R 27004 (3678/E 034972–77 und E 0356004–21).

[26] Aufzeichnung Sasses, 25. 5. 1960, Wender an Bundesamt für äußere Restitutionen, 31. 5. 1960, Aufzeichnung Matthaesius' vom 18. 7. 1960 („musterhaft"), Schack an Ullrich, 19. 7. 1960, in: PA/AA, B 118, Bd. 334.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Berlin im Oktober 1941 war man einhellig gegen Auslagerungen. Obwohl einige Archive in geringem Ausmaß andere Wege gingen, bezeichnete Zipfel noch am 7. April 1942 das gesicherte Magazin als den besten Aufbewahrungsort[27].

III. Probleme des Archivschutzes im Kriege

Massive alliierte Luftangriffe erzwangen schon bald ein Umdenken. Zipfel legte am 1. Mai 1942 eine 20-Prozentrate für die Archivalien fest, die in Ausweichstellen auseinanderzuziehen seien[28]. Die Menge der wegzubringenden Archivalien sei vom Grad der Gefährdung des Gebiets abhängig zu machen. Goebbels regte die Zentralisierung notwendiger Präventionsmaßnahmen an, worauf Martin Bormann als Leiter der Parteikanzlei Anfang Mai alle Gauleiter persönlich verantwortlich machte, kulturelle Werte, wozu auch Archivalien gehörten, brand- und bombensicher unterzubringen: „Höchst bedauerlicherweise sind bei verschiedenen schweren Bombenangriffen auf deutsche Städte unersetzliche Kulturwerte (Ölgemälde, Stiche, Möbel, wertvolle Akten und Bücher, Noten, Architekturzeichnungen usw.) verbrannt. Damit dergleichen Verluste nicht wieder eintreten, haben die Gauleiter dafür zu sorgen, daß sämtliche Kulturwerte ihrer Gaue bomben- und brandsicher untergebracht werden. Der Führer macht die Gauleiter, wie ich [Bormann] im Auftrage mitteile, voll für die notwendigen Maßnahmen verantwortlich. Sollten irgendwelche Schwierigkeiten auftreten, ist umgehend zu berichten."[29] In dieser Situation arbeitete Zipfel „Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Archiven" aus, die ein Erlaß des Reichsministers des Innern am 23. Juli 1942 verbindlich machte. Hierin wurden zwar immer noch die modernen Archivgebäude mit ihren Betondecken als der relativ sicherste Ort bezeichnet, die Verschärfung des Luftkriegs ließ aber die Risiken der Flüchtung von Archivalien geringer erscheinen. „Als geeignete Ausweichstellen sind besonders Schlösser, Domänen, Klöster usw. anzusehen." Als Voraussetzungen wurden genannt: Einzellage, Stein- oder Eisenbauweise, Heizung, Ungezieferfreiheit, Meidung gefährlicher Nachbarschaft, Sicherstellung eines raschen Brandschutzes, ständige Betreuung im besten Fall durch Archivpersonal. Auch die Verlagerung kleinerer Bestände in Banktresore wurde empfohlen[30].

Unter dem Eindruck der Zerstörungen durch die sich verstärkenden Bombardements hob Zipfel am 15. März 1943 die schon von einigen Archiven überschrittene 20-Prozentgrenze auf. Das Reichsarchiv verlagerte seine Bestände ab August in die

---

[27] Vgl. Herrmann, Reichsarchiv, S. 454f.

[28] Vgl. Musial, Archive, S. 117; Herrmann, Reichsarchiv, S. 461.

[29] Runderlaß der Parteikanzlei Nr. 61/42 vom 5. 5. 1942, zit. nach: Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, I. Band, hrsg. von der Partei-Kanzlei, München o. J. [1942].

[30] Zwei Runderlasse des Reichsministers des Innern vom 23. 7. 1942, in: PA/AA, R 26737 (VI c 6276/42 II – 6080, gez. i. V. Pfundtner) mit anliegenden Richtlinien zur Durchführung des Luftschutzes in Archiven; siehe auch den Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 11. 9. 1942 „Sicherung des behördlichen Schriftgutes gegen Luftgefahren", in: Ebenda, (VI c 6346/42 – 6080).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kalibergwerke bei Staßfurt und Schönebeck, es schützte sie damit nicht nur gegen Gefahren aus der Luft, sondern auch gegen Erdkämpfe. Während einer Archivdirektorenkonferenz in Würzburg vom 22.–24. September 1943 erweiterte Zipfel die Flüchtungsrate auf mindestens 50 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt hatten die meisten der größeren Archive wie in Berlin-Dahlem, München, Düsseldorf, Magdeburg und Nürnberg bereits mehr als fünfzig Prozent ausgelagert[31].

Die Haltung des Politischen Archivs zu Verlagerungsmaßnahmen, die allein dem Schutz der Aktenbestände zuzurechnen sind, ist nicht eindeutig. Einerseits wurde die Auslagerung von im preußischen Geheimen Staatsarchiv lagernden Archivalien des Auswärtigen Amts in einen Geschützturm der Flakbatterie am Friedrichshain (Turm 4) zugestanden, wo sie mit ca. 7500 Paketen ab Herbst 1942 eingelagert wurden[32]. Dieser Bestand, wie auch die in die Bergwerken von Staßfurt und Schönebeck ausgelagerte Hauptmasse des Geheimen Staatsarchivs, überstanden den Krieg mit nur geringen Verlusten. Zu einer Auslagerung von Akten des Auswärtigen Amts aus dem Reichsarchiv nach Schloß Schwedt an der Oder kam es dagegen wegen des Einspruchs des Amts nicht. Am 29. Juni 1942 erbat das Reichsarchiv vom Auswärtigen Amt eine Stellungnahme zur Frage des Schutzes seiner Akten. Das Potsdamer Archiv schrieb, daß das Erdgeschoß seines Magazingebäudes, hier befanden sich die Reichsarchivakten, der „nach menschlichem Ermessen sicherste" Ort sei, da die Bestände des Heeresarchivs darüber lagerten und wie „eine vielfache Isolierschicht wirken müßte". Zudem sei die vom Auswärtigen Amt verlangte „möglichst schnelle" Verfügbarkeit der Dokumente – Akten der Handels-, der Rechts- und der ehemaligen Kolonialabteilung – gewährleistet. Diese Argumente verdrängten den Gedanken an eine Flüchtung[33]. Der Schutz gegen Luftgefährdungen beschränkte sich deshalb bis ins Jahr 1943 hinein lediglich auf die Anforderung von Utensilien wie Feuerpatschen, Sandtüten oder Wassereimern[34]. Es ging darum, die Auflagen des Betriebsluftschutzleiters zu Verdunkelung, Branddämmung, Splitterschutz, Fenstervermauerung und den Selbstschutz zu erfüllen.

IV. Die Evakuierung des Politischen Archivs

Nach den Bombardierungen Ende März 1943 überprüfte das Referat Pers. S (Sicherheitsfragen) die „Sicherheitsverhältnisse unserer Dienststellen", am 7. Mai wurden Angaben über die Unterbringung der Akten in der Taubenstraße angefordert. Ull-

[31] Vgl. Musial, Archive, S. 120.

[32] Vgl. Brennecke an Pol. Arch., 18. 6. 1942, in: PA/AA, R 26737 (G. St. A. Nr. I 1335/42), hierzu Vermerk Bergmanns vom 29. 6. 1942, in: Ebenda (zu Pol. Arch. 1406), und auf demselben Blatt die handschriftliche Notiz Andres' vom 17. 7. 1942, sowie Brennecke an Pol. Arch., 26. 2. 1943, in: Ebenda, (I 330/43). Vgl. auch Nissen, Schicksal, S. 148.

[33] Direktor des Reichsarchivs (i. V. Cron) an AA, 29. 6. 1942, i. A. Andres an Reichsarchiv, 7. 7. 1942, in: PA/AA, R 26737 (V 17 – 2009/42) und (zu Pol. Arch. 1479).

[34] Vgl. Sibbers an Andres, 16. 1. 1943, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richs Antwort trägt das Datum vom 20. Mai, ging aber erst am 24. Mai an das Referat für Sicherheitsfragen ab[35]. Warum diese Verzögerung? Der Archivleiter hatte seinen Vorgesetzten, Ministerialdirigent Helmut Bergmann, davon unterrichtet, daß er – zunächst nur telefonisch – „geeignete Räume zur Sicherstellung größerer Bestände der historischen Akten" im Schloß Blankenburg/Harz suche. Bergmann stimmte dem zu, es sei aber die Genehmigung „noch an höherer Stelle" einzuholen[36]. Das zuständige Referat Pers. D (Liegenschaften) gab grünes Licht, „sofern die höheren Orts einzuholende Genehmigung zur Verlegung der in Frage stehenden Archivbestände nach einem Ort außerhalb Berlins inzwischen erteilt worden ist"[37]. Diese Erlaubnis lag am 21. Mai in Form einer nicht überlieferten Weisung des Ministerialdirektors Hans Schroeder vor, sie kann auch mündlich erteilt worden sein. Ullrich reagierte sofort und machte die Entscheidung für die zuständigen Stellen des Auswärtigen Amts aktenkundig: „Auf Weisung des Herrn Dir. Pers. [Schroeder] sollen gewisse Bestände des Politischen Archivs aus Berlin an sichere Aufbewahrungsorte verbracht werden."[38] Damit hatte Ullrich die eindeutige Rückendeckung seiner Vorgesetzten für die Flüchtung des Archivs erhalten. Diese Weisung ist eine Reaktion auf alliierte Luftangriffe und steht im Zusammenhang mit der Anordnung Zipfels vom 15. März 1943, eine weitestgehende Räumung der Archive durchzuführen. Die Maßnahme kam nicht zu früh, denn Ende 1943 verzeichnete das Auswärtige Amt Totalschäden in verschiedenen Dependancen, auch die Hauptgebäude wiesen starke Brandschäden auf[39].

Die Weisung, die historischen Akten zu evakuieren, war auf dem normalen Instanzenweg der Behörde erfolgt, die „höhere Stelle" hatte entschieden. Ullrich schilderte 1957 den Vorgang so: „Mit der sich steigernden Luftgefahr im Raum Berlin wurde die Frage der Evakuierung des Politischen Archivs immer dringender. Als am 1. März 1943 der erste schwere Angriff auf Berlin erfolgt war und das Regierungsviertel, insbesondere das Auswärtige Amt, vorerst noch schweren Schädigungen entgangen war, entschloß sich der Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts mit dem Ministerialdirektor der Personalabteilung Schroeder, dem das Politische Archiv unterstand, über die Notwendigkeit von Evakuierungsmaßnahmen zu sprechen. Die zuerst bestehenden Bedenken, den Ärger des Reichsaußenministers zu erregen, weil man in der Evakuierung ein Beweisstück defätistischer Auffassung über die Kriegslage hätte erkennen können, wurden schließlich beiseite geschoben, und der Leiter des Politischen Archivs bekam die heimliche Weisung, auf Risiko die Vorbereitungen zur Evakuierung des Archivs zu

[35] Dienstmann an Sibbers, 7. 5. 1943 (zu Pers 86/43 g Ang. II) und Aufzeichnung Ullrichs für Pers. S., 20. 5. 1943, in: Ebenda.

[36] Aufzeichnung Ullrichs für Pannwitz, 20. 5. 1943, in: Bundesarchiv/Abteilungen Reich und DDR, Berlin-Lichterfelde (künftig: BA Berlin), 69136, Bl. 8 Rückseite.

[37] Pannwitz an Ullrich, 21. 5. 1943 in: Ebenda, Bl. 8.

[38] Aufzeichnung Ullrichs für Pers. H, 21. 5. 1943 in: Ebenda, Bl. 10.

[39] Vgl. Aufstellung in: PA/AA, Nachlaß Sasse, Nr. 120 „Geschichte des AA – Ausweichaktion, letzte Phase, Auflösung".

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treffen."[40] Ähnlich äußerte sich der Archivmitarbeiter Heinrich Valentin im Juli 1945: „Obwohl damals noch die Gefahr bestand, daß derjenige, der solche Gedanken vortrug, des Defätismus beschuldigt wurde, erreichte Legationsrat Dr. Ullrich [...] dennoch die Zustimmung der zuständigen Amtsstellen für eine zunächst allerdings nur sehr begrenzte Evakuierung."[41]

Der amerikanische Publizist Julius Epstein dramatisierte und überzeichnete nach Ullrichs Tod dessen Darstellung: „Hätte er [Ullrich] jemals zu seinem Chef, der natürlich Reichsaußenminister von Ribbentrop war, von seinem Plan gesprochen, hätte ihn dieser als ‚Defätisten' einsperren und von Freislers Volksgerichtshof zum Tode verurteilen lassen. 1943 gelang es Dr. Ullrich mit Unterstützung einiger anderer Hitler-Gegner des Auswärtigen Amtes, einige 56000 Pakete mit Dokumenten in den Harz zu verlagern, wo sie in sicheren, trockenen Kellern versteckt wurden. [...] Das alles geschah unter den Augen von Hitler und Ribbentrop; glücklicherweise erfuhren diese niemals etwas davon."[42] Epstein kannte Ullrichs Aufzeichnung und veröffentlichte sie gekürzt am 26. März 1966 in der „Welt"[43]. Der emigrierte ehemalige Archivar am Geheimen Staatsarchiv Ernst Posner beschrieb im Juli 1966 Ullrichs Tätigkeit als besonders sensitiv und als Tanz auf dem Vulkan[44]. Auch Hans-Jürgen Döscher folgt diesen Angaben in seinem Buch über den Neubeginn des Auswärtigen Amts unter Adenauer[45].

1966 kam es in der „New York Times" zu einer Leserbriefkontroverse über Ullrichs Anteil an der Erhaltung der Bestände des Politischen Archivs. Gegen die Darstellung Julius Epsteins (10. Februar), der hier wie in der „Welt" argumentierte, wandte sich am 1. März der 1939 aus Deutschland emigrierte Rechtsanwalt Frederick Wallach, der 1946/47 in der amerikanischen Besatzungsverwaltung in Deutschland tätig gewesen war. Er protestierte gegen die unangemessene Heroisierung Ullrichs und bezweifelte, daß die Verlagerung der Akten heimlich geschehen sei. In ei-

---

[40] Handschriftlich korrigierte Aufzeichnung Ullrichs, 20. 8. [1957], S. 1, in: PA/AA, B 118, Bd. 785. Ullrichs Amtsnachfolger Sasse notierte auf dem Umschlag: „Version Dr. U." Ein weiteres Exemplar mit handschriftlichen Korrekturen Ullrichs befindet sich in: Ebenda, Bd. 113. Einige Punkte übernahm Ullrich aus einer Darstellung Andres', der von 1951–1953 das Politische Archiv leitete, mit dem Titel: „Die Akten des Auswärtigen Amts, ihre Evakuierung und ihr Verbleib nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945". Eine maschinenschriftliche Fassung dieser Aufzeichnung mit korrigierenden handschriftlichen Randbemerkungen Sasses in: Ebenda, Bd. 1, eine handschriftliche Vorlage hierzu vom 27. 3. 1950 mit Anschreiben an Haack vom 29. 3. 1950 in: Ebenda, Bd. 785. Andres starb 1953, Schroeder 1965.

[41] Aufzeichnungen Valentins, 25. 7. 1945, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c. Valentin war seit 1940 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt.

[42] Leserbrief Julius Epsteins in: Die Welt, Nr. 29 vom 4. 2. 1966.

[43] Vgl. Johannes Ullrich, „Aktenbewegung" im Bombenhagel, in: Die Welt, Nr. 72 vom 26. 3. 1966. Hier heißt es „heimliche Zustimmung" statt „heimliche Weisung" Schroeders.

[44] Vgl. Posner, Nachruf, S. 405f.

[45] Vgl. Hans-Jürgen Döscher, Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995, S. 44.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nem weiteren Leserbrief vom 15. März bestätigte der ehemalige geschäftsführende Herausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945", Professor Fritz Epstein, diese Ansicht: „Mr. Wallach is correct in pointing out that the evacuation of archives of such magnitude as those of one of the central German Government agencies could not have been surreptitiously done."[46] In seiner unkritischen Würdigung Ullrichs übergeht Botschafter a. D. Niels Hansen diese Aussage Fritz Epsteins und kehrt zur Behauptung von Julius Epstein zurück, die Rettung der Akten „gegen den Widerstand der Partei" sei weitgehend Ullrich zu verdanken[47].

Eine Verlagerung des Politischen Archivs gegen den Willen der Leitungsebene des Auswärtigen Amts und in Konfrontation mit der NSDAP wäre allerdings nicht möglich gewesen, und vor allem sie war auch nicht nötig. Der zuständige Abteilungsleiter Schroeder hätte bei einem Defätismusvorwurf seines Ministers auf die seit Mitte 1942 auf Weisung des Reichsministers des Innern eingeleitete Flüchtung anderer großer Archive hinweisen können. Hansen übersieht auch, daß die NS-Parteikanzlei bereits im Mai 1942 die sichere Unterbringung der Archive angeordnet hatte. Wie Schroeder und Bergmann waren die beteiligten Archivmitarbeiter Hans Andres[48] und Valentin Mitglieder der NSDAP.

Der Kriegsverlauf erzwang eine Evakuierung von Teilen der Arbeitseinheiten der Reichsbehörden, Vorkriegsplanungen wurden jetzt wieder aktuell[49]. Das Auswärtige Amt richtete Mitte Juli 1943 einen Aktionsstab ein, der die Ausweichstellen aussuchen und den Quartierswechsel koordinieren sollte[50]. Ab etwa September 1943 übersiedelten die meisten Dienststellen in den Kur- und Wintersportort Krummhübel im Riesengebirge und dessen Nachbarorte[51]. Der Reichsaußenminister hielt sich zumeist in einem Sonderzug oder in Fuschl bei Salzburg auf. Andere Dienststellen waren in Bad Berka, Bad Gastein, Garmisch, Konstanz, Liebenau,

---

[46] Fritz Epstein, Nazi Archives Rescue, in: New York Times (City-Ausgabe), 15. 3. 1966. Julius Epstein, Johannes Ullrich, in: New York Times (City-Ausgabe), 10. 2. 1966, ebenfalls abgedruckt in der Internationalen Ausgabe am 17. 2. 1966; Frederick Wallach, Nazi Archives Rescue, in: New York Times (City-Ausgabe), 1. 3. 1966, hier heißt es u. a.: „Ullrich, contrary to Mr. Epstein, had done nothing clandestine. This would have been impossible, since the archives captured by the First U. S. Army in the Harz Mountains weighed 485 tons and the Gestapo and Ribbentrop were not as stupid as Hollywood depicts them."

[47] Hansen, Ein wahrer Held, S. 101.

[48] Andres war seit 1938 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, 1944 wurde er Legationsrat, seit 1940 war er Mitglied der NSDAP.

[49] Siehe eine entsprechende Liste bei Laurenz Demps, Berlin – Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin 1994, S. 238 f., und ein geheimes „Anschriftenverzeichnis der Ersatzunterkünfte der zivilen Obersten Reichsbehörden in Berlin", in: PA/AA, Handakten Schwager, Dg. V, Bd. 7 „Ausweichstellen".

[50] Diesen Sachverhalt betreffen einige Entwürfe, Aufzeichnungen und interne Erlasse aus der Zeit vom 16. bis 26. 7. 1943, in: BA Berlin, 69023.

[51] Siehe die Abschrift eines geheimen Dienststellenverzeichnisses mit Stand vom 11. 2. 1944, in: Ebenda, Bl. 14.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Salzburg und weiteren Orten untergebracht. In Berlin wurde ein eingeschränkter Dienstbetrieb in der Wilhelmstraße und in ca. 30 Ausweichquartieren aufrecht erhalten.

Nachdem man sich zur Flüchtung der Akten entschlossen hatte, bat Ullrich, „dem Politischen Archiv zur Durchführung von Luftschutzmaßnahmen 4 Packer für 4–5 Wochen zur Verfügung zu stellen"[52]. Welcher Art diese Maßnahmen sein sollten und wofür die Packer benötigt wurden, ergänzte Andres am 28. Mai 1943: „Auf Weisung des Herrn Dir. [ektors der] Pers. [Personal- und Verwaltungsabteilung, Schroeder] sollen größere Aktenbestände des Politischen Archivs Wilhelmstr. 75 und Taubenstraße 23 mit Rücksicht auf die erhöhte Luftgefahr schnellstens aus Berlin fortgeschafft werden. Verhandlungen mit mehreren für die Aufnahme von Akten geeigneten Stellen sind bereits eingeleitet."[53] Parallel zum Beschluß auszuweichen verhandelte man bereits über geeignete Objekte[54]. Zur selben Zeit bot der als Generalkonsul nach Zürich entsandte Dienstmann seine Deutschordensburg Friedland in der Niederlausitz zur Nutzung an[55]. Ullrich faßte die Ausweichmöglichkeiten am 8. Juni zusammen: Schloß Blankenburg (1600 Aktenpakete), Schloß Stolberg/Harz (2500 Pakete), Schloß Falkenstein/Harz (2500 Pakete), weit größerer Raum bot sich auf der Burg Friedland. Entsprechende Mietverträge wurden noch im Juni abgeschlossen. Weitere Räume kamen im September in einem Herrenhaus in Degenershausen bei Ermsleben/Harz hinzu[56]. Die Burg Falkenstein war am 21./22. Juni 1943 das Ziel des ersten Aktentransports[57]. Auf Lastzügen evakuierte das Politische Archiv während des Sommers 1943 nicht nur das historische Archivgut aus der Kaiserzeit, sondern, die Nähe Friedlands zu Berlin nutzend, auch für den Geschäftsgang noch benötigte Akten.

Die Flüchtungsaktion wurde überschattet von einem Unfall während des 24. Transports, der am 15. Oktober nach Degenershausen abging und bei Aschersleben in einer Explosion des gasgetriebenen Lastzugs endete. Das Löschwasser zerstörte einen großen Teil der Ladung, vor allem in der Zugmaschine, einem geschlossenen Möbelwagen. Hierin hatten sich 239 Pakete mit politischen Geheimakten der Jahre 1920–1936 befunden, von denen 50 Prozent zerstört, die andere Hälfte schwer be-

---

52 Vermerk Ullrichs für den Hausinspektor, 24. 5. 1943, in: PA/AA, R 26737.

53 Aufzeichnung Andres' für Pers. H, 28. 5. 1943, in: Ebenda (zu Pol. Arch. 735/43).

54 Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Pers. H, 21. 5. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 10; Aufzeichnung Gebhardts vom 4. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 19f.

55 Vgl. Ullrich an Dienstmann, 16. 7. 1943, in: PA/AA, R 26765; Dienstmann an Ullrich, 17. 7. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 174f.; Aufzeichnung Griesheims und Valentins für Andres, 4. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 26f.

56 Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Dir. Pers i. V., 8. 6. 1943 und handschriftliche Genehmigung Bergmanns, 9. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 32f.; Entwürfe der Mietverträge als Anlage zu Ullrich für Dir. Pers vom 11. 6. 1943, in: Ebenda, Bl. 35–42; zum Vertrag betr. Falkenstein vom 18. 6. 1943, in: BA Berlin, 69133, Bl. 59, Vertrag mit Dienstmann betr. Friedland vom 20. 6. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 176; i. A. Ullrich an Freifrau von Bodenhausen-Degener, 30. 9. 1943, in: Ebenda, Bl. 252; vgl. zu Degenershausen die Aktenbände: BA Berlin, 69193 und 69194.

57 Vgl. Bericht Gebhardts vom 25. 6. 1943, in: BA Berlin, 69133, Bl. 89f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schädigt wurden. Außerdem wurden 42 Kisten mit Akten der Kulturpolitischen Abteilung aus der Zeit 1936–1940 stark beschädigt, die Verlustrate betrug hier ca. 30 Prozent[58]. Nicht das Explosionsunglück, sondern der allgemeine Treibstoffmangel führte dazu, die Akten auch mit der Bahn zu versenden[59]. Bald aber reichten die Flüchtungsorte nicht mehr aus. Als weiteres Ausweichquartier wurden Räume im Schloß Meisdorf/Harz ausgewählt[60].

Am 20. April 1944 war die Evakuierung abgeschlossen, sämtliche Akten des Politischen Archivs waren in über 50000 Paketen auf acht Ausweichstellen verteilt. Die Räume in der Wilhelmstraße, die „Eisenarchive", dienten nun den in Berlin verbliebenen Referaten für ihre laufenden Akten. In der Zentrale waren noch acht Mitarbeiter des Archivs beschäftigt, 15 waren den Flüchtungsorten zugeteilt[61]. Das Auswärtige Amt hatte im Gegensatz zur Unterbringung der Akten des Reichsarchivs und des Geheimen Staatsarchivs seine Akten oberirdisch gelagert. Von den Beständen des Reichsarchivs ist die wichtigere Hälfte, ebenfalls ca. 50000 Pakete, darunter auch die Akten des Politischen Archivs, ausgelagert worden. Die in Potsdam verbliebenen Bestände verbrannten am 14./15. April 1945 zusammen mit den Akten des Heeresarchivs bei der Zerstörung der Stadt infolge eines britischen Luftangriffs[62].

Die schweren Luftangriffe auf Berlin im November, von denen auch das Auswärtige Amt mitbetroffen war, führten zu Überlegungen, das Politische Archiv als Arbeitseinheit des Amts auszulagern und mit zwölf Mitarbeitern weitestgehend in den Harz zu verlegen. Aber erst im September 1944, nachdem es Valentin, als Leiter des Depots Meisdorf, gelungen war, neue Räume zu übernehmen, wird dieses Schloß als „Hauptausweichstelle" bezeichnet. Nun begann man auf Weisung Bergmanns damit, die wichtigsten Dokumente aus Friedland fortzuschaffen und sie im Schloß Meisdorf zu lagern[63]. Eine systematische Verlagerung nach dort, um die Dokumente

[58] Vgl. Aufzeichnung Valentins für Ullrich, 17. 10. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 66; Bericht Griesheims, 19. 10. 1943, in: BA Berlin, 69137, Bl. 68.

[59] Vgl. Aufzeichnungen Andres' für Sonderreferat Ziegler, 21. 1. 1944, 4. 2. 1944 und 21. 2. 1944, in: BA Berlin, 69138, Bl. 36, 106 und 143. Vgl. auch die Dokumente in: PA/AA, Handakten Schwager, Pers. Dg. V, Bd. 6 „Aktenabtransport (Unfall Aschersleben)".

[60] Vgl. i. A. Ullrich an Gräfin von der Asseburg, 9. 9. 1943, in: BA Berlin, 69136, Bl. 208; i. A. Ullrich an Walther mit anl. Vertrag betr. Meisdorf, 12. 10. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 31–33. Außer in den genannten Orten lagerten Akten in Börln bei Leipzig und Altgaul bei Wriezen/Oder.

[61] Vgl. Aufzeichnung Ullrichs für Dg. Pers, 22. 4. 1944, in: BA Berlin, 69138, Bl. 405, zum Personal im Archiv und seinen Ausweichstellen vgl. die Aktenbände BA Berlin, 69187f.

[62] Vgl. Gerhard Schmid, Die Verluste in den Beständen des ehemaligen Reichsarchiv im Zweiten Weltkrieg, in: Archivar und Historiker. Studien zur Archiv- und Geschichtswissenschaft. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner, hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung im Staatssekretariat für Innere Angelegenheiten, Berlin 1956, S. 176–207, hier S. 184.

[63] Vgl. Aufstellung Ullrichs für Günther, 15. 7. 1944, in: BA Berlin, 69135, Bl. 143; Ullrich an Blessing, 25. 10. 1944 (zu Pol. Arch. 3006/44) mit anl. Listen der nach Börln evakuierten Akten, in: PA/AA, R 26765 (4035 E 063609–613); Aufzeichnung Ullrichs vom 17. 1. bzw. 2. 2. 1945, in: BA Berlin, 69164, Bl. 244f.; siehe hierin und in den Aktenbänden 69166–69181 die zahlreichen, offenbar auch als Findmittel gedachten, Verzeichnisse der ausgelagerten Akten(bündel).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor dem Zugriff der vorrückenden Roten Armee zu bewahren, begann jedoch erst später[64].

V. Die Vernichtung geheimer diplomatischer Akten

Mit dem Evakuierungsbeschluß hatte sich die Aktenabgabe der Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts an das Politische Archiv intensiviert[65], für die Jahre 1936 bis 1943 blieb das abgegebene Material aber uneinheitlich. Die einzelnen Abteilungen und Referate gaben ihre Unterlagen in ganz unterschiedlicher zeitlicher und sachlicher Vollständigkeit ab. Auch konnten angesichts der weiträumigen Dislokation von Arbeitseinheiten des Amts in Ausweichstellen deren laufende Akten nicht mehr ins Politische Archiv gelangen. Sie wurden teilweise gezielt vernichtet oder gingen durch Kriegseinwirkungen verloren, wie auch die in der Zentrale verbliebenen Unterlagen. So verbrannten am 23. November 1943 im Kassenflügel des Hauses Wilhelmstraße 75 die noch nicht an das Archiv abgegebenen Personalakten; erhalten blieben die zugehörigen Kassenakten. Hieraus resultiert der ungleiche Überlieferungszustand des erhaltenen Schriftguts. Manches reicht kaum bis in das Jahr 1940, anderes bis 1943, nur wenige der im Geschäftsgang befindlichen Akten haben das Kriegsende überstanden[66]. Es ist nicht mehr exakt zu bestimmen, was durch Kriegseinwirkung, Verlust während des eiligen Rückzugs oder durch absichtliche Zerstörung abhanden kam.

Schroeder ordnete im Januar 1945 an, „alle Geheimen und Geheimen Reichssachen-Akten" zu vernichten. Vorausgegangen war ein Erlaß des Reichsministers des Innern, der die Behördenleiter dafür verantwortlich machte, „daß bei drohendem Feindeinbruch alle wichtigen Akten, insbesondere solche geheimer und politischer Art" vernichtet werden[67]. Ein Rundschreiben vom 26. Januar 1945 wies alle Arbeitseinheiten im Ausweichgebiet Krummhübel-Brückenberg an, „die Vernichtung des nicht benötigten Aktenmaterials mit Beschleunigung durchzuführen". Krummhübel wurde im Februar 1945 geräumt, der Sammeltransport endete in Mühlhausen/Thü-

[64] Vgl. i. A. Andres an Lücken/Merseburg, 8. 12. 1943, in: BA Berlin, 69134, Bl. 201; Valentin an Ullrich, 11. 8. 1944, in: BA Berlin, 69140, Bl. 146; Aufzeichnungen Ullrichs für Heinecke, 28. 8. 1944, in: Ebenda, Bl. 207, und für Dg. Pers vom 2. 9. 1944, in: BA Berlin, 69135, Bl. 176 und 181. Vgl. auch das auf Grund der Journalnummer 1024/44 auf Ende Mai 1944 zu datierende zehnseitige Verzeichnis der von Friedland nach Meisdorf verlagerten Akten, in: BA Berlin, 69208. Eine handschriftliche Notiz Gebhardts vom 9. 10. 1944 belegt eine weitere Umlagerung nach Meisdorf am 1. 9. 1944, in: PA/AA, R 27011, Mappe „Ausweichstelle Friedland. Bestandsaufnahme August 1944, 2. Exemplar" (4101 E 070679).

[65] Vgl. hierzu zwei, die Aktenabgabe an das Archiv betreffende Akten in: BA Berlin, 69142f.

[66] Vgl. Philippi, Rückführung, Sp. 211f.

[67] Der Erlaß des Reichsministers des Innern vom 12. 10. 1944 über das „Verhalten der Behörden bei Feindbesetzung" war mit Schnellbrief den Obersten Reichsbehörden zur Kenntnis übersandt worden. Vgl. Hans-Stephan Brather, Aktenvernichtung durch deutsche Dienststellen beim Zusammenbruch des Faschismus, in: Archivmitteilungen 8 (1958), S. 116.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ringen, wo sich schließlich zwischen 300 und 400 Angehörige des Auswärtigen Amts einfanden. Ein weiterer Erlaß vom 17. März 1945 sah vor, „Akten, die überhaupt nicht mehr benötigt werden", in Berlin zu vernichten, um Transport- und Ausweichraum zu sparen[68]. Zahlreiche Akten wurden in den Auslandsvertretungen bereits zu Beginn und während des Kriegs zerstört[69]. Solche Erlasse und Aktionen betrafen im wesentlichen aktuelles Material. Eine generelle Order indes, sämtliche Unterlagen zu vernichten, hat es offenbar nicht gegeben.

Manche Überlieferung des Auswärtigen Amts blieb dagegen auf besondere Weise erhalten, wie etwa der sogenannte RAM- oder Loesch-Film, der speziell für das Ministerbüro angefertigt worden war. Mit der Zunahme des Bombenkriegs schuf man beim Chef des Ministerbüros Paul Otto Schmidt unter der technischen Leitung des Ministerialbürodirektors Hermann Klee ein „Zweit"- oder „Filmarchiv" in Form von Kleinbildaufnahmen, im wesentlichen Dokumente des Reichsaußenministers aus der Zeit von 1938 bis 1943. Photographiert wurde in der Wilhelmstraße, die Filme wurden zunächst in einem Panzerschrank der Archivausweichstelle Friedland gelagert. Bei Kriegsende befanden sich diese Dokumente, die später absichtlich verbrannt wurden, zusammen mit den Filmen im Gutshaus Schönberg bei Mühlhausen und im Schloß Treffurt. Legationsrat Karl von Loesch, mit der Vernichtung der Filme beauftragt, führte diese Weisung nicht aus, sondern vergrub sie. Später wurden diese unersetzbaren rund 10000 Aufnahmen von der amerikanischen Armee beschlagnahmt[70].

Wie gestaltete sich die Situation für die Bestände des Politischen Archivs? In der Geschäftsgangsakte der Flüchtungsstelle Schloß Blankenburg befindet sich ein Geheimerlaß des Ministerialdirigenten Bergmann vom 3. April 1945. Er kennzeichnete die nach Blankenburg verbrachten Bestände als „Akten historischen Charakters, an deren Erhaltung ein dringendes Rechtsinteresse besteht": „Eine evtl. Vernichtung

---

[68] Fernschreiben Müllers an Mohr, 24. 1. 1945, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c; Rundschreiben Nr. 49/45, gez. Wüster, 26. 1. 1945, in: PA/AA, R 100682; Erlaß, gez. von Wallenberg, 17. 3. 1945, in: PA/AA, Nachlaß Sasse, Nr. 120 „Geschichte des AA – Ausweichaktion, letzte Phase, Auflösung" (e. o. Pers. Gen. 303/45). Um einen Überblick über das verlorene Schriftgut zu gewinnen, befragte das Politische Archiv seit Mitte der fünfziger Jahre die an Vernichtungsaktionen Beteiligten. Vgl. PA/AA, B 118, Bd. 124.

[69] Siehe Aufstellungen und Abschriften in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c, sowie als weiteres Beispiel die Auflistung der am 23. 6. 1944 auf Weisung des Gesandten Otto Bene vernichteten Akten, in: PA/AA, R 26697, Lochmappe „Pers. Si 5 – Der Vertreter des Auswärtigen Amts im Stabe des Reichskommissars für die besetzten Gebiete – Geheim-Sachen 1940, 1941, 1942 – Pers. Si 5 (g.)".

[70] Siehe hierzu die zusammenfassende Aufzeichnung über die Aussagen Paul Otto Schmidts in Nürnberg am 19. 2. 1947, in: PA/AA, R 26710, Mappe „Aktenvernichtung 1945". Die beim Abdruck von Dokumenten in den Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 und in Andreas Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Frankfurt a. M. 1967, als unleserlich gekennzeichneten Textstellen können heute vielfach anhand der Filme und neuer Abzüge ergänzt werden.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

darf der Dienststellenleiter nur auf unmittelbare Weisung seiner vorgesetzten Dienststelle durchführen."[71] Die Zerstörung konnte also nur von Berlin aus angeordnet werden. Die Vermutung drängt sich auf, daß ein analoger Befehl auch an andere Evakuierungsorte gegangen ist. Doch der Leiter der Degenershausener Ausweichstelle, Witilo von Griesheim, gab nach dem Krieg an, keinen Vernichtungsbefehl erhalten zu haben[72].

In späteren Darstellungen suchten die Beteiligten nach unverfänglichen Erklärungen für ihr Handeln in jener Phase der Auflösung staatlicher Ordnung und zogen sich auf Schutzbehauptungen zurück. Nach Ullrichs Schilderung aus dem Jahr 1957 soll „schon im Zustand der Agonie des Dritten Reiches" ein „Vernichtungserlaß" Bergmanns nach Meisdorf aus Alibigründen abgegangen sein. Dies wäre der dem Erlaß für Blankenburg vom 3. April 1945 analoge Befehl. Ullrich berichtet weiter, sein Stellvertreter Andres sei am 6. April mit einer Liste der zu zerstörenden Bestände nach Meisdorf entsandt worden. Mündlich aber sei ihm mitgeteilt worden, „unter keinen Umständen mit der Vernichtung der Akten zu beginnen". Am Tag darauf habe Ullrich mit Meisdorf telefoniert und erfahren, daß seine mündliche Order nicht eindeutig übermittelt worden sei. Er selbst habe „sich in dem von Gestapo überwachten Telefongespräch nicht so klar verständlich machen" können, „wie es notwendig gewesen wäre". So habe der Leiter der Ausweichstelle, Valentin, mit der Aktenvernichtung „unter dem Druck nazistischer Elemente" begonnen. Die Durchführung der „an sich fingierten Vernichtungsabsicht"[73] sei jedoch nach kurzer Zeit von amerikanischen Truppen unterbunden worden. Andres bestätigt in seiner Aufzeichnung von 1950 die Kurierfahrt: In Meisdorf seien Geheimakten anhand einer von ihm überbrachten Liste zur Vernichtung vorgesehen gewesen. Ein Telefonat aus Berlin habe die Zerstörung in Gang setzen sollen. Bei der Aktion selbst, über die „nur der Leiter der Ausweichstelle Meisdorf, Dr. Valentin, nähere Auskunft geben könne", sei er nicht dabeigewesen[74].

Die Ereignisse in Meisdorf, wo die Geheimakten des Archivs konzentriert waren, lassen sich nicht aus den nachträglichen Aufzeichnungen allein rekonstruieren, wohl aber gemeinsam mit damals entstandenen Unterlagen, die sich auf die Aktenvernichtung beziehen[75]. Valentin sandte auf Anforderung am 28. Januar 1945 in zwei Ausfer-

---

[71] Erlaß i. A. Bergmann, 3. 4. 1945, in: BA Berlin, 69206, Bl. 183 (Pol. Arch. 39/45 gRS [= geheime Reichssache]).

[72] Vgl. Aktenvermerk vom 14. 9. 1948 über ein Gespräch mit Griesheim, in: PA/AA, B 118, Bd. 785. Griesheim war seit 1939 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, seit 1933 Mitglied der NSDAP.

[73] In einer anderen Ausfertigung dieser Aufzeichnung (vgl. Anm. 40) korrigierte Ullrich diese Stelle handschriftlich in „Vernichtungsbefehles".

[74] Aufzeichnungen Ullrichs und Andres' (vgl. Anm. 40). Nach Sasse, Politisches Archiv, S. 135, und Philippi, Nachruf, Sp. 98, kam der Anruf aus Berlin am 26. 4. 1945, ein angesichts des Vormarschs der amerikanischen Truppen zu spätes Datum; richtig ist der 10. 4. 1945 in: ADAP, Serie D, Bd. I, S. X.

[75] Die im folgenden zitierten Dokumente sind der Inhalt einer Mappe „Aktenvernichtung 1945", in: PA/AA, R 26710 (2453/D 515364–91).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigungen ein Verzeichnis der in Meisdorf verwahrten „G.- und g. Rs.-Akten", also der Geheimen und der als geheime Reichssache deklarierten Akten, nach Berlin. Am 1. April erhielt er telefonisch die Nachricht, daß „Schroeder angeordnet habe, daß Akten [19]33–42 zwecks evtl. Vernichtung besonders auszusortieren bezw. zu lagern wären". Andres brachte am 6. April zusammen mit einem Erlaß Bergmanns (Pol. Arch. 45 g/45) vom Vortag eine Liste jener Bestände in den Harz, die „zur eventuellen Vernichtung" mit äußerster Beschleunigung auszusondern waren. In Bergmanns Erlaß heißt es: „Eine Weisung zur Vernichtung dürfen Sie als Dienststellenleiter der Ausweichstellen Meisdorf und Falkenstein nur von Herrn Ministerialdirektor Schroeder, dem Unterzeichneten oder einem von diesen beiden bevollmächtigten Beamten, der sich auszuweisen in der Lage ist, entgegennehmen." Diese Vernichtungsorder erteilte Ullrich telefonisch am 10. April für die in Meisdorf aussortierten Akten[76]. Valentin notierte über dieses Gespräch: „Die durch Erlaß vom 5. April 1945 – Pol. Arch. 45 g/45 – in unmittelbare Aussicht gestellte ‚Aktion' hat zu beginnen und ist dem Inhalt dieses Erlasses entsprechend sofort beschleunigt durchzuführen. Eine schriftliche Bestätigung dieser fernmündlichen Weisung wird Sekretär Auras, der morgen von Berlin nach Meisdorf fährt, mitbringen." Ohne diesen schriftlichen Vernichtungsbefehl abzuwarten – Fritz Auras gelangte nicht mehr in den Harz – ordnete Valentin gemäß Ullrichs telefonischer Weisung an, die ausgesonderten Akten zu verbrennen. Viel Zeit blieb angesichts der rasch vorrückenden amerikanischen Truppen dazu aber nicht. Die letzten Schriftstücke von Verwaltungsangelegenheiten in Meisdorf tragen das Datum 14. April[77].

Sieger von Kirchbach hatte im November 1944 sein Studium unterbrochen, um als Angestellter im Politischen Archiv zu arbeiten. Er wurde im März 1945 Meisdorf zugeteilt und erinnert sich an „die allgemeine Angst, man könnte von einer SS-Formation belangt werden, wenn man nicht mit der Vernichtung der Akten begonnen" hätte. Auf Ullrichs Anweisung hin sollte die Vernichtung nur in geschlossenen Feuerstätten erfolgen, um sie dadurch langsamer zu gestalten. Kirchbach suchte solche Bestände aus, „die am wenigsten im Archiv fehlen würden". Da die Kachelöfen des Schlosses sehr bald verstopft und zur weiteren Verbrennung unbrauchbar geworden waren, habe Valentin veranlaßt, daß die Aktenpakete in einer nahegelegenen Gärtnerei verbrannt wurden. „In dem Ofen der Gärtnerei ist höchstens einen Tag lang Aktenmaterial verbrannt worden. Die gegenüber der Verbrennung in den Kachelöfen viel umfangreichere Verbrennung in der Gärtnerei im Gewächshausofen hat dann den besonderen Zorn von Dr. von Griesheim hervorgerufen."[78]

---

[76] Nach anderen Angaben sind die zu vernichtenden Akten in Meisdorf zu keiner Zeit ausgesondert worden, vielmehr habe Valentin die Pakete zur Verbrennung alle selbst bezeichnet und herausgegeben. Vgl. auch Mitteilung Sieger von Kirchbachs vom 28. 2. 1996, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c.

[77] Marschbefehl Valentins für den Gefreiten Harte vom 14. 4. 1945, in: PA/AA R 26709, Mappe „Varia", sowie ein auf den 14. 4. 1945 datierter nicht mehr unterschriebener Mietvertrag, in: PA/AA, R 26698.

[78] Lebenserinnerungen von Sieger von Kirchbach, November 1944 – April 1946, Aufzeichnung vom

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Krieg vom Leiter der amerikanischen Aktenkommission, Krumpelmann, über das Schicksal der Akten befragt, gab Valentin jene Bestände an, mit deren Beseitigung begonnen worden war. Im Vergleich mit der Vernichtungsliste, die Andres nach Meisdorf gebracht hatte, stellte Paul Kluke im Juni 1947 die in der Ausweichstelle absichtlich zerstörten geheimen Akten zusammen: hierunter fielen Teile der Akten Pol. I-Militär (83 Pakete), der Botschaft Paris (48), der Rechtsabteilung (20), der Handelspolitischen Abteilung (21) sowie Aktenpakete betr. den Kriegskostensonderfonds (23) und Kriegsgefangenenangelegenheiten (47). Insgesamt wurden ca. 250 Pakete verbrannt[79]. In einem Schreiben an Theodor Heuss[80] vom August 1949 stellte Valentin seinen Anteil an der Vernichtung der Akten in Abrede: „Anfang April kam aus Berlin die Anweisung zur Vernichtung des wichtigsten Aktenmaterials besonders der Bestände seit 1934. Ich habe diese Anweisung nicht befolgt, trotz der Gefahr, die in der Anwesenheit der übrigen, zumeist nationalsozialistisch eingestellten übrigen Amtsangehörigen und in der damaligen latenten Überwachung durch die SS lag." Von dieser Version rückte er 1950 wieder ab, indem er eine „angeordnete Vernichtung" erwähnt und neben anderen eingetretenen Verlusten auch „die in Meisdorf zum Kriegsschluß vernichteten Akten" aufzählt. Er wertete seine und die Tätigkeit der Amtsangehörigen in Meisdorf als „antihitlerische Handlung"[81], eine Aussage die Kirchbach rückschauend „mehr als fraglich" erscheint[82]. Verglichen mit dem Verlust der in den Ausweichdienststellen des Auswärtigen Amts in Krummhübel und andernorts, vor allem in Mühlhausen, zerstörten kurrenten Akten, ist das Ausmaß der in Meisdorf durchgeführten Vernichtung begrenzt. So erklärt es sich wohl, daß Andres 1952, um Valentins Verbeamtung zu erreichen, schreiben konnte, es sei vor allem Valentin zu verdanken, „daß die Akten erhalten geblieben sind"[83].

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Mitarbeiter des Politischen Archivs, vor allem Andres und Valentin, die Hauptlast der mit der Flüchtung der Akten verbundenen Arbeit trugen[84]. Dem Archivleiter Ullrich kommt das Verdienst zu, so rechtzeitig, wie die Umstände es zuließen, die Verlagerung angeregt und durchge-

26.–30. 1. 1995 und Mitteilungen Kirchbachs im Dezember 1995, am 9. 1. und 28. 2. 1996, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c.

[79] Vgl. Abschrift einer Aufzeichnung Klukes vom 3. 6. 1947, in: Ebenda; Aufzeichnung Andres' (vgl. Anm. 40), S. 17.

[80] Heuss war damals Bundesvorsitzender der FDP, seit 12. September 1949 war er Bundespräsident.

[81] Valentin an Heuss, 28. 8. 1949, in: PA/AA, Personalakte Valentin; Aufzeichnung Valentins vom 12. 4. 1950, in: PA/AA, Geschäftsakten und Arbeitsunterlagen des Politischen Archivs, Bd. 81 c; Aufzeichnung Valentins vom 20. 10. 1950, in: PA/AA, B 118, Bd. 493. Valentin, seit 1937 Mitglied der NSDAP, war 1947 im Entnazifizierungsverfahren entlastet worden, gelangte 1950 wieder ins Auswärtige Amt, er starb 1955.

[82] Mitteilung Kirchbachs vom 28. 2. 1996.

[83] Andres an Schwarz, 20. 1. 1952, in: PA/AA, Personalakte Valentin.

[84] Vgl. Philippi, Nachruf, Sp. 98; Andres wie auch Valentin stellen die Evakuierung in ihren Aufzeichnungen als ein gemeinsames Unternehmen des Politischen Archivs dar, während Ullrich seinen eigenen, sicher nicht unbedeutenden Anteil am Geschehen überpointiert. Holzhausen, Quel-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzt zu haben. Die Verantwortung hierfür trug nach Ullrichs Aufzeichnung vom Mai 1943 Ministerialdirektor Schroeder. Von wenigen Angehörigen des Auswärtigen Amts wurde unter schwierigen Umständen eine wichtige Quelle der politischen Geschichte vor der möglichen Vernichtung in Berlin bewahrt. Diese Feststellung wird nicht dadurch gemindert, daß ein einheitlicher Evakuierungsplan fehlte, und die Flüchtung – wie Ullrich nachträglich zu Recht meinte[85] – „deshalb zwangsläufig einen improvisierten Charakter" bekam, den sie „auch bis in die letzten Tage beibehalten" hatte.

Obschon in ganz unterschiedlichen Größenordnungen und Unterstellungsverhältnissen, sahen sich Ullrich und Zipfel nach Kriegsbeginn 1939 vor dieselben Aufgaben gestellt: Akten in den eroberten Ländern aufzuspüren, sie gegebenenfalls nach Deutschland zu bringen, sowie die ihnen anvertrauten gefährdeten Archive durch Flüchtung zu schützen. Im Gegensatz zu Schroeder und Ullrich hat Zipfel keine Aktenvernichtung vorbereitet und angeordnet. Die archivfachlichen Herausforderungen bewältigten beide unabhängig von ihrer politischen Einstellung: Zipfel war bis zuletzt überzeugter Nationalsozialist, Parteimitglied seit 1932, noch im März 1945 appellierte er an die Archivleiter, jeglichem Defätismus entgegenzutreten[86]. Ullrich stand dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber, nach Philippi war ihm die Gleichschaltung zuwider. Er galt bei der NSDAP „als nationalsozialistisch unzuverlässig", wie es im Wiedergutmachungsbescheid vom 5. Januar 1956 heißt. Es gibt aber keine Anhaltspunkte, ihn, wie es Rothfels tat, zu den „Persönlichkeiten der frühen Opposition" zu zählen[87]. Betrachtet man Zipfels und Ullrichs Verhalten, so ist zu erkennen, daß die rechtzeitige Aktenevakuierung nicht auf ideologische Haltungen zurückgeführt werden kann, sondern auf ihr Bewußtsein, für die Erhaltung der geschichtlichen Überlieferung verantwortlich zu sein. Nicht allein Gegner des nationalsozialistischen Regimes, auch entschiedene Anhänger haben die Verlagerung und Rettung archivierter Akten in Gang gesetzt.

VI. Die Rückführung des Politischen Archivs

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Odyssee der Akten des Auswärtigen Amts noch nicht vorbei. In den Burgen und Schlössern im Harz beschlagnahmten amerikanische Einheiten die ausgelagerten Bestände des Archivs, die, weil oberirdisch gelagert, leicht zugänglich waren und vor der Räumung des Gebiets abtransportiert werden konnten. Die unterirdisch gelagerten Akten des Reichsarchivs und

len, S. 197, bewertet es als Widerstand Ullrichs und anderer Beamter, den Anordnungen zur Zerstörung der Dokumente nicht Folge geleistet zu haben.

[85] Aufzeichnung Ullrichs (vgl. Anm. 40), S. 4; vgl. Aufzeichnung Andres' (siehe Anm. 40), S. 6.

[86] Vgl. Musial, Archivare, S. 209.

[87] Vgl. Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt a. M. 1969, S. 59.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Hauptbestand des Geheimen Staatsarchivs konnten die US-Truppen dagegen nicht so schnell bergen. Sie gelangten infolge des Abzugs der amerikanischen Truppen am 1. Juli 1945 in sowjetischen Besitz.

Die amerikanischen Streitkräfte hatten den Befehl, sorgfältig auf das Auftauchen deutschen Archivmaterials zu achten. Auch sie hielten hinter der Front Sachverständige bereit, die gefundene Akten sogleich beschlagnahmten und prüften. Sie spürten insgesamt mehr als 400 Tonnen Material des Auswärtigen Amts auf – Bestände der ausgewichenen Dienststellen und des Politischen Archivs – und trugen es im Marburger Schloß zusammen, um damit auch die Nürnberger Prozesse vorzubereiten. Valentin verbot man, die Räume zu betreten. Von Griesheim wurde für kurze Zeit verhaftet und durfte danach nicht weiterarbeiten. Von Kirchbach wurde von den Amerikanern bis zum Sommer 1946 übernommen. Die Akten wurden nach einer Zwischenstation in Hessisch-Lichtenau zunächst in die Polizeikaserne Friesenstraße in Berlin, dann in das Telefunkenhaus überführt. Die technischen Ordnungsarbeiten führte ein großer Stab hierfür angestellter Deutscher durch.

Im Sommer 1948 kamen die Unterlagen zusammen mit den Akten der Reichskanzlei nach England auf den Landsitz Whaddon Hall bei Bletchley in Buckinghamshire. Anderes Archivgut des Auswärtigen Amts konfiszierte die sowjetische Armee: aus Altgaul, Börln und Berlin. Dieses Material wurde den geretteten Akten des Auswärtigen Amts aus dem Reichsarchiv und dem Geheimen Staatsarchiv hinzugefügt. Es gehörte zum Bestand des Zentralen Staatsarchivs der DDR. Heute sind die Akten im Bundesarchiv/Abteilungen Reich und DDR in Berlin-Lichterfelde bzw. im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem zugänglich.

Bereits im Juni 1945 begannen britische und amerikanische Sachverständige damit, die Akten zunächst für nachrichtendienstliche Zwecke zu verfilmen. Im Juni 1946 vereinbarten das Foreign Office und das State Department, gemeinsam die erbeuteten Akten nach wissenschaftlichen Kriterien in Auswahl zu veröffentlichen. Seit April 1947 war auch Frankreich hieran beteiligt. 1949 erschien der erste Band der „Documents on German Foreign Policy", 1950 folgte die Übersetzung unter dem Titel „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945". Die Rückführung der beschlagnahmten Akten nach Bonn begann 1956[88]. Seitdem bemühte sich das Auswärtige Amt auf Initiative des damaligen Außenministers Heinrich von Brentano um die Fortführung der Aktenpublikation unter gemeinsamer Verantwortung deutscher, amerikanischer, britischer und französischer Historiker. 1960 kamen die vier Regierungen überein, sich an der Edition der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945" zu beteiligen[89]. Ullrich, 1955 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückge-

[88] Vgl. Henke, Schicksal, S. 582ff.; David Cameron Watt, British Historians, the War Guilt Issue, and Post-War Germanophobia: A Documentary Note, in: The Historical Journal 36 (1993), S. 179–185.

[89] Siehe die vom Auswärtigen Amt anläßlich der Verabschiedung der Internationalen Historikerkommission herausgegebene Broschüre „Abschluß der Edition ‚Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945'", Bonn 1996.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kehrt und seit 1956 wieder Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referats, war am Zustandekommen des Viermächteprojekts und an der Gewinnung von Hans Rothfels als erstem deutschen Hauptherausgeber wesentlich beteiligt. Auch Sasse, als zeitweiliger Vertreter des Politischen Archivs in Whaddon Hall, hatte durch Gespräche mit dortigen Historikern Anteil am Zustandekommen der Edition. 1995 konnte das Projekt nach der Veröffentlichung von 75 Einzelbänden abgeschlossen werden.

Die Umlagerung der Bestände des Politischen Archivs in die ehemalige Reichsbank, wo seit 1959 das Zentralkomitee der SED seinen Sitz hatte, wird zur Zeit vorbereitet. Damit kehrt das Politische Archiv, vermehrt durch die Akten des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik, nach Berlin zurück.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

THOMAS SCHLEMMER

McCLOYS BOTSCHAFTER IN DER PROVINZ

Die Demokratisierungsbemühungen der amerikanischen Kreis Resident Officers 1949–1952

I.

Die Geschichte der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland ist kein unbekanntes Terrain mehr. Die Forschung hat sich aber lange Zeit auf die formativen Jahre zwischen Kriegsende und Gründung der Bundesrepublik konzentriert[1], während die Tätigkeit der Besatzungsbehörden nach 1949 erst in den letzten Jahren zunehmend auf Interesse gestoßen ist[2]. Dabei hat die Historiographie ihr Augenmerk auch auf ein Bündel von Initiativen und Projekten gerichtet, die man durchaus als „amerikanische Kulturoffensive" bezeichnen kann, wie Maritta Hein-Kremer dies mit Blick auf die US-Information Centers in Westdeutschland getan hat[3]. Diese Dokumentation beschäftigt sich mit einem besonderen Aspekt dieser Offensive, und zwar mit der Arbeit der heute fast vergessenen, von 1949 bis 1952 tätigen Kreis Resident Officers, die man zu Recht als „Transmissionsriemen" zwischen dem Office of the High Commissioner for Germany (HICOG) und der Bevölkerung in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone bezeichnet hat[4].

---

[1] Vgl. etwa Rebecca L. Boehling, A Question of Priorities. Democratic Reforms and Economic Recovery in Postwar Germany. Frankfurt, Munich and Stuttgart under U. S. Occupation 1945–1949, Providence/Oxford 1996, oder Peter Zeitler, Neubeginn in Oberfranken 1945–1949. Die Landkreise Kronach und Kulmbach, Kronach 1997.

[2] Stellvertretend seien hier genannt Hermann-Josef Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952, Opladen 1993; Karl-Heinz Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955, Paderborn u. a. 1994; Michael Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, 1945–1955, Providence/Oxford 1993.

[3] Vgl. Maritta Hein-Kremer, Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955, Köln u. a. 1996.

[4] Hermann-Josef Rupieper, Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945–1952, in: Heinrich Oberreuter/Jürgen Weber (Hrsg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München/Landsberg a. L. 1996, S. 197–216, hier S. 211.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um den Rahmen für die hier publizierten Dokumente abzustecken, folgt zunächst ein kurzer Überblick über das amerikanische Reorientation-Programm, das für die Hohe Kommission einen außerordentlich hohen Stellenwert hatte. Dann wird die Arbeit der Kreis Resident Officers beschrieben, die als Beauftragte des Hohen Kommissars für die Umsetzung der Reformprojekte in den Land- und Stadtkreisen verantwortlich waren. Daß dabei immer wieder Bayern im Mittelpunkt steht, liegt nicht nur daran, daß Bayern das größte Land des US-Zone war und die Quellenlage günstig ist; Bayern galt auch als ausnehmend traditionsverhaftet und konservativ, so daß hier sowohl die amerikanischen Anstrengungen besonders intensiv als auch die abwehrenden Reaktionen gegen bestimmte Initiativen besonders stark waren. In diesem Zusammenhang wird auch der Landkreis Hammelburg in Unterfranken und der dortige Kreis Resident Officer Daniel Miller vorgestellt, von dessen Berichten drei in dieser Dokumentation abgedruckt sind[5]. Das Fallbeispiel Hammelburg herauszugreifen lag nahe, da die Aktenüberlieferung hier sehr dicht ist und Millers Berichte wegen ihrer klaren Diktion und ihrer Ausführlichkeit die zentralen Aspekte der täglichen Arbeit eines Kreis Resident Officers schlaglichtartig beleuchten. Abschließend gilt es, die schwierige Frage nach der Wirkungsgeschichte der amerikanischen Demokratisierungsbemühungen zu erörtern.

II.

Bei der Lektüre mancher Arbeiten zur deutschen Nachkriegsgeschichte drängt sich immer wieder der Eindruck auf, die Besatzungsbehörden hätten sich mit der Konstituierung der Bundesrepublik als parlamentarischer Demokratie zufrieden gegeben und die innere Entwicklung des jungen Staates in den folgenden Jahren von der lichten Höhe des Petersberges aus zwar mit Argusaugen, aber eher passiv verfolgt[6]. Doch dieser Eindruck täuscht, denn zumindest für die Amerikaner waren die Versuche, die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft voranzutreiben, nach 1949 wichtiger denn je. Noch im November dieses Jahres stellte das State Department in einer Direktive für den Hohen Kommissar John J. McCloy fest: „The reorientation of the German people toward democracy and peace is a basic purpose of the occupation; it remains an integral part of your Government's efforts to help develop and strengthen democratic government in Germany and to prepare the integration of Germany in the European community of Nations." In diesem Sinne erhielt HICOG den Auftrag, „to advise and assist the German people with respect to the democrati-

[5] Die Akten der Field Operations Division des Office of the Land Commissioner for Bavaria finden sich in den National Archives, Washington, RG 466. 1995 wurden neun Boxen „District Land Office Activity Reports" für das Institut für Zeitgeschichte kopiert und unter der Signatur Fg 69 archiviert. Für den Regierungsbezirk Unterfranken ist die Überlieferung besonders dicht, so daß es sich anbot, ein Beispiel aus dieser Region zu wählen.

[6] Vgl. etwa Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1984, S. 136–152.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zation of social relations and institutions, education, public information, and civic life"[7].

Begriffe wie „reorientation" und die neue Zauberformel, „to advise and assist the German people", reflektierten die neue Situation nach 1949. Die Besatzungsbehörden konnten nun nicht mehr so schalten und walten wie zuvor, und McCloy wollte auch bewußt auf spektakuläre Aktionen verzichten, um die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik nicht zu delegitimieren[8]. Dafür intensivierten die Amerikaner ihre Arbeit hinter den Kulissen, setzten auf Information und Propaganda, erweiterten ihre kulturellen Angebote und hofften auf die positiven Wirkungen des eigenen demokratischen Vorbilds. Während die Militärregierung in den ersten Nachkriegsjahren neben der Ausschaltung des Nationalsozialismus vor allem versucht hatte, tragfähige demokratische *Strukturen* zu schaffen[9], so bemühten sich die zuständigen Stellen in der HICOG-Phase verstärkt darum, die politische *Mentalität* der Bevölkerung zu verändern.

Diesem Perspektivenwechsel, der bereits 1948 einsetzte, aber erst zwischen 1949 und 1952 voll zum Tragen kam, lag nicht zuletzt eine ausnehmend ernüchternde Zwischenbilanz zugrunde[10]. Die Demokratie, so waren viele Verantwortliche der Hohen Kommission überzeugt, habe in der Bundesrepublik keine echten Wurzeln geschlagen; die von amerikanischer Seite mitgestalteten Institutionen und Strukturen – etwa Regierungssystem und Parteien – entwickelten sich nicht wie erhofft, die zuständigen Abteilungen von HICOG hielten sie nur formal für demokratisch; ehrgeizige Reformprojekte in den Bereichen Schule[11] und öffentlicher Dienst[12] waren am deutschen Widerstand gescheitert, und an den Rändern des politischen Spektrums schien sich wieder die häßliche Fratze des Extremismus zu zeigen. Die amerikanischen Besatzungsbehörden waren jedoch keinesfalls bereit, einen antidemokratischen Roll Back hinzunehmen, und sie waren entschlossen, dem „trend toward authoritarian democracy" entgegenzusteuern[13], wie sie ihn etwa in Bayern zu erkennen glaubten. Sie setzten darauf, durch die Förderung politischer Bildung, die Schulung künftiger Führungskräfte und die Errichtung eines Netzwerks basisnaher demokratischer

---

[7] „Policy Directive for the United States High Commissioner for Germany", in: Foreign Relations of the United States 1949, Bd. III: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1974, S. 319–340, hier S. 338.

[8] Vgl. Thomas A. Schwartz, Reeducation and Democracy: The Policies of the United States High Commission in Germany, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 35–46, hier S. 37f.

[9] Für Bayern vgl. den Überblick von Thomas Schlemmer, Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, in: Oberreuter/Weber (Hrsg.), Freundliche Feinde, S. 67–99.

[10] Vgl. Rupieper, Wurzeln, S. 37–60.

[11] Vgl. Winfried Müller, Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949, München 1995.

[12] Vgl. Udo Wengst, Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988.

[13] Zit. nach Rupieper, Wurzeln, S. 54.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Organisationen die verbreitete Skepsis gegen politische Betätigung und die Affinität zu autoritärem Gedankengut zu überwinden. Das langfristige Ziel dieses groß angelegten Reorientation-Programms war kein geringeres als die Umgestaltung der politischen Kultur der jungen Bundesrepublik[14].

Für Henry J. Kellermann, einen führenden Mitarbeiter des Bureau of German Affairs im State Department, war das Reorientation-Programm das größte Unternehmen dieser Art, das die Vereinigten Staaten jemals in Angriff genommen hatten[15] – und die Amerikaner ließen sich dieses Programm einiges kosten. Während die Ausgaben des Office of Military Government for Germany, United States (OMGUS), für Bildung und Erziehung bis 1948 nur etwas mehr als eine Million Dollar betragen hatten, erhöhte sich der Etat für das Public Affairs Programm zwischen 1949 und 1952 auf 48 Millionen Dollar und machte damit fast die Hälfte des Gesamtbudgets von HICOG aus[16].

Die Demokratisierungsbemühungen der Amerikaner waren aber kein Selbstzweck, sondern müssen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gesehen werden[17]. Wenn es gelang, in der Bundesrepublik eine gefestigte Demokratie zu etablieren, gewann man nicht nur einen verläßlichen Bündnispartner gegen die UdSSR, sondern war auch vor extremistischen Ausbrüchen der „unruhigen Deutschen"[18] einigermaßen sicher.

III.

Die Fäden des Reorientation-Programms liefen bei der Public Affairs Division von HICOG und den Public Affairs Divisions bei den Offices of the Land Commissioners für Bayern, Hessen und Württemberg-Baden zusammen[19]. Mit der Durchführung und Koordination der verschiedenen Projekte waren dagegen vorwiegend die Kreis Resident Officers betraut, die Beauftragten von HICOG vor Ort, die im September 1949 die Liaison and Security Offices in den Land- und Stadtkreisen abgelöst hatten. In den Ländern der amerikanischen Besatzungszone gab es – die Zahlen schwanken – etwa 160 Kreis Resident Officers und 880 deutsche Angestellte,

[14] Vgl. ebenda, S. 23f. und S. 60–71.

[15] Vgl. Schwartz, Reeducation and Democracy, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 40; vgl. auch Henry J. Kellermann, Reflections on German Reorientation, in: Ebenda, S. 190–194.

[16] Vgl. Rupieper, Wurzeln, S. 34f.

[17] Zum Gesamtzusammenhang vgl. Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991.

[18] Charles W. Thayer, Die unruhigen Deutschen, Bern u.a. 1958.

[19] Vgl. die Organigramme der Offices of the Land Commissioners für Bayern, Hessen und Württemberg-Baden, in: Documents on Field Organization of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany, 1949–1951, bearb. von Guy A. Lee, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952, Dok. 6, 7 und 8.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die ihnen zuarbeiten sollten. Circa 90 Kreis Resident Officers und 460 deutsche Angestellte waren in Bayern eingesetzt, so daß ein Kreis Resident Officer mit seinem kleinen Mitarbeiterstab in der Regel zwei Landkreise zu betreuen hatte[20]. Die Resident Officers galten von Anfang an als „key figures" des Reorientation-Programms[21]; ein amerikanischer Beobachter beschrieb sie leicht ironisch als „a cross between a travelling salesman and an itinerant preacher, trying to sell democracy and good will in a tough territory"[22].

Die erste Generation der Kreis Resident Officers stammte noch überwiegend aus dem Militärregierungsapparat. Doch es scheint, daß man mit ihrer Arbeit nicht so recht zufrieden war, da sie 1950 und 1951 zumindest teilweise ersetzt wurden[23]. HICOG's neue „ambassador[s] in the field"[24] waren eigens auf die schwierigen Aufgaben vorbereitet worden, die sie in Deutschland erwarteten. Schon für die Auswahl der Bewerber, von denen eine ganze Reihe das Examen für den auswärtigen Dienst bestanden hatte, galten strenge Kriterien. Insbesondere wurde auf politische Bildung, sprachliche Fähigkeiten und charakterliche Eignung großer Wert gelegt. Die Ausbildung der künftigen Kreis Resident Officers war zweigeteilt: Zunächst durchliefen sie ein Trainingsprogramm am Foreign Service Institute in Washington, dann leisteten sie ein Praktikum in Deutschland ab. Einmal im Amt, dienten Konferenzen auf Länder- oder Zonenebene zum Austausch von Erfahrungen und dazu, die Kreis Resident Officers über die Veränderung der politischen Großwetterlage oder über neue Richtlinien zu informieren[25]. Dabei scheint die Zusammenarbeit zwischen den Kreis Resident Officers, die schon für OMGUS tätig gewesen waren und noch den alten Kommandoton pflegten, und denen, die am Foreign Service Institute geschult worden waren und auf Überzeugung und eigenes demokratisches Vorbild setzten, nicht spannungsfrei gewesen zu sein. Es gibt jedenfalls Hinweise auf ernste Differenzen, die ihre Wurzeln in unterschiedlichen Auffassungen über die Amtsführung hatten[26].

---

[20] Vgl. die Tabelle „Local Area Office Personnel Strength June 1949–May 1951", in: Guy A. Lee, Field Organization of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany, 1949–1951, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952, o. P.

[21] Ebenda, S. 54.

[22] Zit. nach Rupieper, Wurzeln, S. 83.

[23] Zur Rekrutierung und Ausbildung der Kreis Resident Officers vgl. Lee, Field Organization, S. 54–57; zur Wachablösung vgl. auch die entsprechenden Notizen im Information Bulletin von HICOG für Juli und Oktober 1950 und für Februar und Oktober 1951.

[24] So zu lesen im Artikel „Resident Officers" im Information Bulletin von HICOG für Januar 1950.

[25] Vgl. etwa die Berichte „Resident Officers. Summary of Zonal Conference", „OLCWB State Seminar for Resident Officers", „Second RO's Conference" und „Resident Officers' Conference. Resume of Third Annual Gathering of American Field Representatives" im Information Bulletin von HICOG für Januar 1950, für März 1950, für November 1950 und für August 1951.

[26] Vgl. William P. Harris, My Job in Germany, 1950–1955, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 182–189, hier S. 184f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beim gegenwärtigen Stand der Forschung läßt sich nicht viel über das Sozialprofil der Kreis Resident Officers sagen. Aber wenigstens für diejenigen, die in den USA ausgebildet worden waren, dürfte gelten, daß sie vergleichsweise junge Männer waren[27]. Die meisten dürften zwischen 30 und 35 Jahre alt gewesen sein und brachten damit erheblich mehr jugendlichen Elan mit als etwa ihre gesetzteren Kollegen in der britischen Besatzungszone[28]. Viele von ihnen waren verheiratet und hatten eine höhere Schule besucht. Für die meisten war es wohl der erste Auslandseinsatz und die erste große Bewährungsprobe; was ihnen an Erfahrung fehlte, machten sie oft genug durch Einsatz und Engagement wett. Diese hohe Motivation und der Glaube an die demokratische Mission der Vereinigten Staaten in Deutschland sind vielfach bezeugt[29]. Zum „wine, women and song staff", den Harold Zink noch Ende der fünfziger Jahre geißelte[30], werden jedenfalls die wenigsten Resident Officers gehört haben.

Daß viele Kreis Resident Officers verheiratet waren und zusammen mit ihren Ehefrauen nach Deutschland kamen, war kein Zufall, sondern von den zuständigen Planungsstäben beabsichtigt. Man rechnete fest damit (und lag auch richtig), daß die Frauen der Kreis Resident Officers ihren Männern einen Teil der repräsentativen Pflichten abnahmen, im caritativen Bereich wirkten und sich der Probleme ihrer deutschen Geschlechtsgenossinnen annahmen[31]. So war es kaum übertrieben, als McCloy die Ehefrauen der Kreis Resident Officers auf einer Konferenz im Oktober 1950 mit den Worten begrüßte: „you are at least half of the team"[32].

Die Kreis Resident Officers konnten tatsächlich jede Hilfe gebrauchen, denn ihre Pflichten waren ausgesprochen vielfältig. So hieß es in einer internen Anweisung von HICOG aus dem Jahre 1950: „Under the supervision of and reporting to the Chief of Field Operations Division, the Resident Officer serves as general representative of United States High Commissioner and of the Land Commissioner in his community. Normally, [he] is the senior HICOG representative, with responsibility

[27] Vgl. ebenda, S. 182f., und Rupieper, Wurzeln, S. 86f.

[28] So berichtete Anthony E. Sega, Kreis Resident Officer für Schwabach, am 24. 8. 1950 über einen Informationsbesuch in einem Distrikt der britischen Zone: „I noted with interest that the average age of the British Resident in this area is over 45. Of approximately 25 Residents, all exept three are over fifty. Two of the remaining three are over forty-five and the third, ‚the baby', is thirty-nine." Abgedruckt in: Documents on Field Organization, S. 42–48, hier S. 43.

[29] Vgl. Artikel wie „Youth Week. Democracy at work", „Democracy in Munich" oder „School Clean-Up Day" im Information Bulletin von HICOG für Januar 1950, für März 1950 und für August 1950, sowie den Erinnerungsbericht von Harris, My Job in Germany, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 184.

[30] Harold Zink, The United States in Germany 1945–1955, Princeton u. a. 1957, S. 76.

[31] Vgl. Hermann-Josef Rupieper, Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik in Deutschland 1945–1952, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 61–91; Henry P. Pilgert/Hildegard Waschke, Women in West Germany, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952.

[32] Second United States Resident Officers' Conference. Frankfurt am Main October 9–11, 1950, o. O. o. J., S. 3.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

for all HICOG programs and activities in his locality."[33] Die Kreis Resident Officers hatten insbesondere drei Aufgabenfelder abzudecken: Sie fungierten, erstens, als Bindeglied und Vermittler zwischen den amerikanischen Truppen in ihrer Region und den deutschen Behörden, sammelten, zweitens, als Augen und Ohren von HICOG relevante Informationen über politische und wirtschaftliche Entwicklungen und leiteten diese an ihre vorgesetzten Stellen weiter, und sie waren, drittens, für die Umsetzung und Koordinierung des Reorientation-Programms verantwortlich[34]. Dieser dritte Punkt lag den meisten Resident Officers fraglos besonders am Herzen. Gerade was das Reorientation-Programm anging, waren auch die Erwartungen der vorgesetzten Stäbe hoch, die allerdings mit praktikablen Handlungsweisungen und Hilfestellungen geizten. Kein Wunder, daß ein überforderter Resident Officer klagte, 90 Prozent seiner Arbeit seien ein Produkt der Improvisation[35].

Das Ziel war jedoch klar definiert: demokratische Reserven an der Basis der deutschen Gesellschaft zu aktivieren und so den Grundstein zu legen für eine lebendige Demokratie unter der aktiven Beteiligung möglichst vieler Bürger. Welche Schwerpunkte die Resident Officers setzten, kam auf die regionalen Gegebenheiten sowie auf ihre eigenen Fähigkeiten und Präferenzen an. Manche bauten vorwiegend auf öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Propaganda, andere versuchten, die lokalen Eliten in Politik und Gesellschaft im Sinne des Reorientation-Programms zu beeinflussen, während eine dritte Gruppe ihre Hauptaufgabe darin sah, die Demokratie, wie sie sie verstanden, dem einfachen Bürger näherzubringen. Meist mischten sich jedoch „mass appeal" und „democratic salesmanship". So organisierten die Resident Officers überparteiliche Bürgervereinigungen, regten Bürgerversammlungen an und führten sie durch, setzten sich für die Belange von Frauen und Jugendlichen ein, kümmerten sich um die politische Bildung, unterstützten politische Diskussionszirkel, bauten Bibliotheken und öffentliche Leseräume auf, betreuten Austauschprogramme ebenso wie deutsch-amerikanische Clubs und entfalteten kulturelle Aktivitäten allgemeiner Art[36].

Von amerikanischer Seite wurde immer wieder betont, daß es keinesfalls darum gehe, den Deutschen amerikanische Werte und Institutionen aufzuzwingen, sondern daß sie ihren eigenen Weg finden müßten[37]. Vielen Resident Officers war nicht zuletzt deshalb daran gelegen, den Eindruck zu vermeiden, sie würden lediglich einem einseitigen Transfer Vorschub leisten, weil sie sich und ihre Arbeit damit angreifbar gemacht hätten. So hieß es im Informationsblatt des Resident Office für die Landkreise Kitzingen und Ochsenfurt im Februar 1951, die Bürgerversammlungen, dieses

[33] „Extracts from Manual of Organization. Office of the U. S. Commissioner for Germany" vom 5. 8. 1950, abgedruckt in: Documents on Field Organization, S. 10–15, hier S. 14.

[34] Vgl. Lee, Field Organization, S. 59–65.

[35] So zu lesen im Artikel „Resident Officers' Bible" im Information Bulletin von HICOG für Dezember 1950.

[36] Ein konziser Überblick über die Aktivitäten der Kreis Resident Officers mit vielen Beispielen bei Rupieper, Wurzeln, S. 87–106.

[37] Vgl. Lee, Field Organization, S. 62.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„wirksame Mittel der gemeindlichen Selbstverwaltung", würden zu Unrecht als „eine aus Amerika importierte Einrichtung" diffamiert. Vielmehr gebe es „eine uralte bayerische Tradition der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Bürgerversammlung", die schon in der Gemeindeordnung von 1869 festgeschrieben gewesen sei[38].

Trotz solcher Beteuerungen stand aber sowohl für das Reorientation-Programm als auch für dessen Umsetzung durch die Kreis Resident Officers das amerikanische Modell Pate. Freilich vertrug sich dieses oft idealisierte Vorbild einer engagierten Bürgergesellschaft, die ihre Angelegenheiten unter Ausschaltung partikularer Interessen so weit wie möglich in eigener Verantwortung regelte, nur schwer mit deutschen Vorstellungen. Es war daher meist nicht leicht für die Kreis Resident Officers, ihre Überzeugungen an den Mann beziehungsweise an die Frau zu bringen. Dieser Situation entsprechend verstanden sie sich als Berater und Helfer, ja als schmeichelnde Überredungskünstler oder, wie es der Resident Officer von Waiblingen in Württemberg ausdrückte, als Hebamme in allen Fragen, die mit dem Reorientation-Programm zusammenhingen[39]. Diese Geburtshelferdienste im Zeichen der Demokratie setzten freilich voraus, daß sich die Kreis Resident Officers und ihre Familien so weit wie möglich auf die deutsche Gesellschaft einließen. War es den amerikanischen Soldaten 1945 noch streng verboten gewesen, mit den Deutschen zu fraternisieren, so galt für die Kreis Resident Officers nur wenige Jahre später das umgekehrte Prinzip. Was trug beispielsweise der Resident Officer in Bad Tölz, als er an einer Veranstaltung des Bauernverbandes teilnahm? Landestypische bayerische Tracht[40]! Dies entsprach den in rhetorische Fragen gekleideten Maximen, wie sie im Juli 1951 auf der dritten Tagung der Kreis Resident Officers ausgegeben wurden: „Can we hope to sell our way of life, if we can't sell ourselves to the Germans? Will they like it, if they don't like us? How can it be by any other means than by friendliness, interest, understanding and example?"[41]

Zu den wichtigsten Aufgaben der Kreis Resident Officers im Rahmen des Reorientation-Programms gehörte zweifellos der Aufbau unabhängiger und überparteilicher Bürgerkomitees in möglichst allen Gemeinden ihres Einsatzgebietes sowie die Institutionalisierung von Diskussionsforen und Bürgerversammlungen[42]. Dabei ging es den Amerikanern nicht nur um die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten,

[38] IfZ-Archiv, Fg 69, Monatliches Informationsblatt des Kreis Resident Office für Kitzingen und Ochsenfurt für Februar 1951.

[39] Milton S. Rosner, Kreis Resident Officer für Waiblingen, an Mr. Garett, Field Operations Division des Office of the U. S. Land Commissioner for Württemberg-Baden, vom 31. 5. 1951, abgedruckt in: Documents on Field Organization, S. 27–31, hier S. 31.

[40] Vgl. den Artikel „Resident Officers" im Information Bulletin von HICOG für Januar 1950.

[41] NA, RG 466, 250/83/23/3, Box 59, folder 982, „Third U. S. Resident Officers' Conference July 16, 17 and 18, 1951" – Rede von Generalmajor Charles P. Gross.

[42] Vgl. dazu Henry P. Pilgert, Community and Group Life in West Germany, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952, insbesondere S. 63–76, und J. F. J. Gillen, State and Local Government in West Germany, 1945–1953, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1953, insbesondere S. 1–40.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch darum, die Kommunalpolitik aus dem Dunstkreis exklusiver Honoratiorenzirkel herauszulösen und so zugleich eine größere Transparenz des politischen Prozesses und eine wirkungsvollere Kontrolle der Exekutive zu erreichen. Die selbstgesteckten Ziele dieser Komitees, die zwischen 1949 und 1952 unter tatkräftiger Mithilfe der Resident Officers entstanden, differierten ebenso wie ihre Größe und Zusammensetzung. Im Idealfall sollte ein Bürgerkomitee alle gesellschaftlichen Gruppen einer Gemeinde repräsentieren, wobei auffällt, daß Vertreter politischer Parteien – auf deren Lizenzierung die Amerikaner so viel Sorgfalt verwendet hatten – eher unerwünscht waren. Man hielt parteigebundene Politiker offensichtlich für mehr den Interessen ihrer Klientel als dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die Bürgerkomitees befaßten sich mit allen Fragen der Kommunalpolitik, initiierten Infrastrukturprojekte und bereiteten Bürgerversammlungen vor, auf denen die gewählten Gemeindevertreter Rechenschaft ablegen sollten[43]. Gerade hier, bei den Bürgermeistern und Gemeinde- oder Stadträten, war der größte Widerstand zu erwarten, da sie sich in die Defensive gedrängt und in ihren Rechten beschnitten fühlten. Nur allzu oft versuchten die etablierten kommunalpolitischen Eliten daher, die Arbeit der Komitees zu torpedieren oder sie wenigstens zu kontrollieren, was wiederum den amerikanischen Vorstellungen zuwiderlief[44]. Diese Konflikte zeigten immer wieder, wie sehr sich das Demokratieverständnis von Deutschen und Amerikanern unterschied. Deutsche Kommunalpolitiker und Parteivertreter pochten auf die Prinzipien der repräsentativen Demokratie, während die Kreis Resident Officers und die Verantwortlichen von HICOG auf ein möglichst hohes Maß an aktiver Bürgerbeteiligung setzten. Mißverständnisse und Fehlperzeptionen waren so vorprogrammiert.

Bürgerkomitees und Bürgerversammlungen waren – nach den aufmunternden Anstößen der Kreis Resident Officers – als rein deutsche Angelegenheit gedacht. Doch nur in wenigen Fällen konnte sich der Resident Officer beruhigt zurückziehen und die Bürgerkomitees sich selbst überlassen. In den meisten Fällen blieb er Pate und Motor dieser Gruppierungen, vermittelte Geld aus amerikanischen Töpfen, warf seine Autorität bei Konflikten mit unwilligen Kommunalpolitikern in die Waagschale, war bei der Rekrutierung neuer Komiteemitglieder behilflich und trat bei Bürgerversammlungen öffentlich als Redner oder gar als Moderator auf.

Trotz aller Klagen über die politische Apathie der deutschen Bevölkerung liest sich die Bilanz der Kreis Resident Officers nicht schlecht. In Württemberg-Baden gab es im Sommer 1951 700 Bürgerkomitees, von denen immerhin etwa 150 als aktiv galten. In Bayern wurden 112 Bürgervereinigungen aus HICOG-Mitteln unterstützt, und etwa dieselbe Zahl kam ohne finanzielle Hilfe aus[45]. Die Bürgerkomitees, Diskussi-

[43] Vgl. etwa den ausführlichen Erfahrungsbericht des Kreis Resident Officers für Neumarkt und Beilngries, John G. Kormann, über die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung öffentlicher Aufgaben im Stadt- und Landkreis Neumarkt vom 15. 11. 1951, abgedruckt in: Documents on Field Organization, S. 49–70.

[44] Vgl. Second United States Resident Officers' Conference, S. 207, und Rupieper, Wurzeln, S. 92–97.

[45] Vgl. Pilgert, Community and Group Life, S. 71f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

onsforen und Bürgerversammlungen fanden zumindest bei einem Teil der Bevölkerung reges Interesse. Im unterfränkischen Landkreis Kitzingen etwa beteiligten sich 1951 binnen sechs Monaten mehr als 2800 Menschen an 63 öffentlichen Veranstaltungen[46]. Die Amerikaner begnügten sich aber in Bayern nicht mit diesen Bemühungen, die Bevölkerung zu verstärkter politischer Aktivität anzuregen, sondern sie drängten auch erfolgreich darauf, Bürgerversammlungen in der neuen Gemeindeordnung von 1952 institutionell zu verankern[47].

Wesentlich mehr Menschen erreichten die Amerikaner durch das ebenfalls von den Kreis Resident Officers betreute Film-Programm von HICOG, das nicht zu Unrecht einmal als „the hardest hitting weapon" im Kampf um die Reform der politischen Kultur Westdeutschlands bezeichnet worden ist[48]. In jeder noch so kleinen Gemeinde organisierten die Kreis Resident Officers Filmvorführungen, wobei antikommunistische Propaganda, Informationen über die Länder der westlichen Welt und politische Bildung im Sinne des Reorientation-Programms miteinander verschmolzen. Gezeigt wurden Filme mit dem Titel „Ein Sonntag in New York", „Weideland Montana" oder „So lebt ein Cowboy", die den deutschen Zuschauern die Vereinigten Staaten, ihre Geschichte und ihre Kultur näherbringen sollten, sowie Filme wie „Bauern helfen sich selbst", „Wie ein Gesetz entsteht" oder „Ein Bürgermeister hatte eine Idee", die auf die Ebene der Politik zielten[49]. Im Landkreis Kitzingen nahmen 1951 binnen sechs Monaten an 412 Filmvorführungen 28 200 Personen teil[50].

Solche Veranstaltungen waren in einer Zeit, in der das Fernsehen noch in den Kinderschuhen steckte, ein gesellschaftliches Ereignis. Vor allem in kleinen Landgemeinden erfreuten sich die Film- und die zumeist damit verbundenen Diskussionsveranstaltungen der Kreis Resident Officers großer Beliebtheit – schon mangels fehlender Alternativen bei der Freizeitgestaltung und Informationsbeschaffung. Allein aus diesem Grund dürfte die Vermutung nicht unbegründet sein, daß das amerikanische Reorientation-Programm – oder zumindest Teile davon – in der Peripherie bekannter war als in den urbanen Zentren, wo die diversen Veranstaltungen im täglichen Kultur- und Freizeitbetrieb ganz einfach untergingen[51]. In den ländlichen Regionen stießen die Kreis Resident Officers dagegen immer wieder in eine Art politisches und kulturelles Vakuum. Sie waren daher die natürlichen Ansprechpartner für all diejenigen, die die neue Demokratie mit Leben erfüllen wollten, aber nicht wußten wie.

Welche Resonanz die Angebote der Kreis Resident Officers bei der deutschen Bevölkerung fanden, hing zu einem guten Teil davon ab, wie sie ihr Amt interpretierten

[46] IfZ-Archiv, Fg 69, verschiedene statistische Berichte über „Public Affairs Activities" im Landkreis Kitzingen; weitere Zahlen bei Rupieper, Wurzeln, S. 101 f.

[47] Vgl. Gillen, State and Local Government in West Germany, S. 25.

[48] Second United States Resident Officers' Conference, S. 55.

[49] IfZ-Archiv, Fg 69, „Liste von Filmen, die bei District IV Wuerzburg erhältlich sind", undatiert.

[50] IfZ-Archiv, Fg 69, verschiedene statistische Berichte über „Public Affairs Activities" im Landkreis Kitzingen; weitere Zahlen bei Rupieper, Wurzeln, S. 101 f.

[51] Vgl. ebenda, S. 85 und S. 100 f.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und wie sie sich in der Öffentlichkeit präsentierten. Manche Resident Officers wirkten ausgesprochen arrogant und umgaben sich wie zu Zeiten der Militärregierung mit dem Nimbus des Siegers. Andere traten als allzu sendungsbewußte Missionare in Sachen Demokratie auf und verscherzten sich durch ihre radikale Kritik an den Zuständen in Deutschland alle Sympathien[52]. Resident Officers dieses Schlages hatten kaum Chancen, deutsche Ansprechpartner und Mitstreiter zu finden; ihre Aktivitäten verpufften, und sie waren mit ihren Familien bald gesellschaftlich isoliert. Am meisten Chancen hatten die Resident Officers, die sich zwar engagiert zeigten, aber doch mehr als vorsichtige Vermittler auftraten, die Fäden hinter den Kulissen zogen und Rücksicht auf deutsche Empfindlichkeiten nahmen[53]. Der Kreis Resident Officer von Kitzingen und Ochsenfurt warnte seine Kollegen nicht umsonst davor, den Begriff „Reorientation" zu gebrauchen. Dieser sei nicht nur schlecht gewählt, sondern würde bei den Deutschen zunehmend Aversionen hervorrufen, die die tägliche Arbeit nicht gerade erleichterten[54]. Den richtigen Ton scheint der Resident Officer des Kreises Günzburg, Francis C. Lindaman, getroffen zu haben, glaubt man einem Bericht der Süddeutschen Zeitung über eine Bürgerversammlung im schwäbischen Jettingen[55]. Die Beobachterin, keine geringere als Ursula von Kardorff, notierte, die dreistündige Versammlung zum Thema Lastenausgleich sei „reibungslos nach parlamentarischen Regeln" abgelaufen. Es habe „keine Taktlosigkeit und keinen Aufruhr" gegeben, „vielleicht weil der Amerikaner jung, sensibel und voller ‚good will' sich durch Witz und Freimut die Herzen schnell" gewonnen habe. Und sie zitierte einen beeindruckten Teilnehmer mit den anerkennenden Worten: „Der Ami ist auf Draht."

Hilfreich war es auch, wenn sich die Resident Officers um die Sorgen und Nöte der Bürger kümmerten – etwa wenn es um die Räumung beschlagnahmter Gebäude und Grundstücke durch die U. S. Army ging[56] – oder wenn sie amerikanische Fördermittel für Projekte in ihrem Wirkungskreis beschaffen konnten. Nicht zuletzt aufgrund der Fürsprache der Kreis Resident Officers flossen aus dem Special Projects Programm von HICOG 233 000 DM für kulturelle Zwecke, 646 000 DM für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und eine Million DM für das öffentliche Gesundheitswesen nach Bayern[57]. Ein Resident Officer, der Krankenhäuser, Kindergärten oder Gemeindezentren zu finanzieren half, konnte einiges Ansehen auch bei den

[52] Vgl. das Beispiel in: Ebenda, S. 94f.

[53] NA, RG 466, 250/83/23/3, Box 59, folder 982, „Third U. S. Resident Officers' Conference July 16, 17 and 18, 1951" – Rede von Shepard Stone.

[54] IfZ-Archiv, Fg 69, „Public Affairs and Activities Report" für die Landkreise Kitzingen und Ochsenfurt, gez. Robert W. Dean, für Februar 1951.

[55] Süddeutsche Zeitung vom 6. 10. 1949: „‚Der Ami ist auf Draht'. Offene Aussprache in einer Bürgerversammlung in Jettingen".

[56] IfZ-Archiv, Fg 69, Protokoll einer Besprechung zwischen deutschen Behörden und Vertretern der US-Armee am 25. 5. 1951 in Brückenau; Information Bulletin von HICOG für Oktober 1950 („Erlangen Gives Pool to US Army").

[57] Vgl. die Aufstellung bei J. F. J. Gillen, The Special Projects Programm of the Office of the U. S. High Commissioner for Germany, hrsg. von der Historical Division, Office of the U. S. High Commissioner for Germany, o. O. 1952, S. 49–76.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen gewinnen, die den amerikanischen Initiativen skeptisch gegenüberstanden, und dies war ein Pfund, mit dem er auch bei seinen Demokratisierungsbemühungen wuchern konnte.

IV.

Als Kreis Resident Officer für den Landkreis Hammelburg fungierte Daniel R. Miller[58]. 1916 in Lynchburg, Virginia, geboren, studierte er an einer Universität seines Heimatstaates politische Wissenschaften und arbeitete anschließend im öffentlichen Verwaltungsdienst in Washington, D. C. Zudem engagierte er sich in verschiedenen sozialen Organisationen und Jugendvereinen. Daniel Miller kam bereits 1945 nach Deutschland und wurde zunächst für acht Monate bei den amerikanischen Besatzungsbehörden in Berlin eingesetzt. Dann war er zwei Jahre lang als Personalsachbearbeiter für das Office of Military Government in der Enklave Bremen tätig, bevor man ihn nach Bad Kissingen in Unterfranken versetzte. Dort blieb er jedoch nur einige Monate, da er schon Anfang 1949 die Leitung des Military Government Office in Hammelburg übernahm[59]. Daniel Miller war somit trotz seiner 33 Jahre kein Greenhorn mehr, als er im Herbst 1949 zum Kreis Resident Officer für den Landkreis Hammelburg ernannt wurde; er kannte Land und Leute, und auch die deutsche Sprache war ihm nicht fremd. Dennoch war seine Aufgabe anspruchsvoll genug, da sein Wirkungskreis neben Hammelburg mit Gemünden bzw. Brückenau, wo es lediglich ein – Sub Office genanntes – kleines Büro gab, noch einen zweiten Landkreis umfaßte. Damit hatte er mit seinem kleinen Stab – und seiner rührigen Ehefrau – kaum weniger als 50000 Menschen zu betreuen[60].

Hammelburg, Teil einer von Rhön und fränkischer Saale geprägten Landschaft, gehörte mit 35 Gemeinden und einer Bevölkerungszahl von 28000 1950 zu den kleineren Landkreisen Unterfrankens[61]. Sitz des Landratsamts und Zentrum des Landkreises war das Städtchen Hammelburg, in dem etwa 5300 Menschen lebten; die übrigen Gemeinden waren meist kleine Dörfer, die keine 1000 Einwohner hatten. Der Landkreis Hammelburg zählte zu den strukturschwachen Regionen Bayerns; es gab kaum

[58] Alle Angaben sind – soweit nicht anders belegt – den Porträts in der Isar Post vom 28. 2. 1952 und der Landshuter Zeitung vom 29. 2. 1952 entnommen.

[59] Reinhard Heydenreuter, Office of Military Government for Bavaria, in: Christoph Weisz (Hrsg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, S. 143–315, hier S. 293.

[60] Vgl. Unser Landkreis Hammelburg, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei und der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München o. J. (1972), S. 9.

[61] Die folgenden Zahlen nach: Statistisches Jahrbuch für Bayern 1952, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, o. O. (München) o. J. (1952), S. 498f. und S. 510f.; genaue Angaben zur Bevölkerungszahl in den einzelnen Gemeinden finden sich in: Historisches Gemeindeverzeichnis. Die Einwohnerzahlen der Gemeinden Bayerns in der Zeit von 1840 bis 1952, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, o. O. (München) o. J. (1953), S. 201.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Industrie, kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie die Landwirtschaft bestimmten das Bild. 1950 waren noch mehr Menschen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt als in Industrie und Handwerk, im Bereich Handel, Geld- und Versicherungswesen und Verkehr sowie im öffentlichen Dienst. In der Land- und Forstwirtschaft dominierten die kleinen und mittleren Anwesen. Von den rund 3000 Betrieben, die 1949 gezählt wurden, waren 51 Prozent zwischen 0,5 und 5 Hektar groß und 46,5 Prozent zwischen 5 und 20 Hektar, wobei neben Ackerbau und Grünlandwirtschaft auch der Weinbau noch eine gewisse Rolle spielte[62].

Der Zweite Weltkrieg hatte auch in Hammelburg seine Spuren hinterlassen. Der Landkreis wurde nach 1945 von Menschen überschwemmt, die ihre Heimat verloren hatten; 1950 bestand die Bevölkerung zu einem guten Viertel aus Flüchtlingen und Vertriebenen, die zum Teil im Regierungsflüchtlingslager Hammelburg untergebracht waren. Die sozialen Spannungen und die Konflikte, die aus dem Flüchtlingszustrom resultierten, waren ein Faktor, mit dem Daniel Miller ebenso rechnen mußte wie mit dem erheblichen Einfluß, den der Klerus in dem überwiegend katholisch geprägten Landkreis auf das öffentliche Leben hatte[63]. Politisch dachten die Menschen, denen der Resident Officer das Ideal der Demokratie nahezubringen hatte, überwiegend konservativ. Bei den Landtagswahlen im November 1950 erzielte die CSU im Landkreis Hammelburg 45,2 Prozent der Stimmen, 18,6 Prozent entfielen auf die Bayernpartei und 18 Prozent auf die Liste von Deutscher Gemeinschaft und Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten; die SPD wurde mit 14,7 Prozent der Stimmen nur viertstärkste Partei[64].

Daniel Miller ging mit der analytischen Nüchternheit des Politikwissenschaftlers an seine Aufgabe heran. Von dem Gerede über einen negativen deutschen Nationalcharakter hielt er nicht viel; er führte die Teilnahmslosigkeit und die autoritären Dispositionen, die er auch in seinem Wirkungskreis beobachten konnte, vielmehr auf das soziale Umfeld und auf mangelnde politische Bildung zurück. Mit dieser Diagnose stand für ihn auch die richtige Therapie fest: Man mußte die bestehenden Institutionen verändern oder neue schaffen und damit die Partizipationschancen ausweiten. Miller hoffte, die Menschen auf diese Weise Schritt für Schritt an das Ideal einer engagierten demokratischen Bürgergesellschaft heranzuführen – und so allmählich ihre politische Mentalität zu verändern[65].

Aus diesen Prämissen ergaben sich Millers Arbeitsschwerpunkte: der Aufbau eines Netzwerks von Bürgerkomitees und Arbeitsgemeinschaften, die Institutionalisierung von öffentlichen Bürgerversammlungen und Diskussionsforen sowie die Beeinflussung von Honoratioren und Kommunalpolitikern im Sinne des Reorientation-Pro-

[62] Vgl. Unser Landkreis Hammelburg, S. 53–56.

[63] IfZ-Archiv, Fg 69, Daniel R. Miller an Kenneth E. van Buskirk vom 27. 10. 1950.

[64] Vgl. Analyse des Wählerwillens. Ergebnisse der Bayerischen Landtags- und Bundestagswahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen seit 1946, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, o. O. (München) o. J. (1960), S. 126f.

[65] IfZ-Archiv, Fg 69, Daniel R. Miller an John D. Brooks vom 1. 10. 1951; hier abgedruckt als Dokument I.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gramms von HICOG. Gesprächsrunden mit Pfarrern und Lehrern, Schulungsveranstaltungen für Gemeinderäte oder Seminare für Bürgermeister waren die besondere Spezialität Daniel Millers[66], der sich dabei nicht scheute, seine Autorität als Vertreter des amerikanischen Hohen Kommissars aufblitzen zu lassen, wenn er es für notwendig hielt[67]. Allerdings konnte sich der Resident Officer nicht mit seiner ganzen Energie solchen Projekten widmen. Die starke Präsenz amerikanischer Truppen in Unterfranken zwang ihn häufiger, als ihm lieb sein konnte, dazu, Konflikte zwischen der Army und deutschen Behörden zu schlichten[68].

Dennoch hatte Miller bis zum Herbst 1951 einiges erreicht, auch wenn er selbst wußte, daß es noch keinen Grund gab, in Enthusiasmus auszubrechen. Immerhin wurden in den meisten Gemeinden des Landkreises sowie im Flüchtlingslager mit seinen etwa 1700 Bewohnern mehr oder weniger regelmäßig Bürgerversammlungen abgehalten[69]; in Völkersleier, einer Gemeinde mit rund 600 Einwohnern, hatte sich sogar ein monatlicher Turnus etabliert. Zudem gab es eine Reihe von rührigen Arbeitsgruppen und Vereinen, beispielsweise das Bürgerkomitee in Hammelburg, die Interessengemeinschaft in Euerdorf oder den sogenannten Hybridenausschuß, der sich mit Unterstützung des Kreis Resident Officers und des in Frankfurt ansässigen Bundes für Bürgerrechte[70] dagegen zur Wehr setzte, wie staatliche Instanzen bei der Bekämpfung der Reblausgefahr im Landkreis Hammelburg mit dem Eigentum und den Grundrechten von Bauern und Winzern umgegangen waren.

Diese Erfolge waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Miller stets ein offenes Ohr für die Sorgen der Bürger in „seinen" Landkreisen hatte und daß er sich für mühevolle Kleinarbeit nicht zu schade war. Er war in Hammelburg eine geachtete Figur des öffentlichen Lebens, seine Reden und Diskussionsbeiträge fanden ein ebenso breites Echo in der lokalen Presse wie die Veranstaltungen des Kreis Resident Office. Großzügige amerikanische Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau in Hammelburg oder das „Haus der Bäuerin" in der Gemeinde Dittlofsroda trugen ein übriges zu dem guten Ruf bei, den sich Daniel Miller und seine Mitarbeiter offensichtlich erarbeitet hatten[71]. So wurde es auch „allgemein bedauert", als der Kreis Resident Officer im Februar 1952 nach Landshut ging, um dort die Leitung des Amerika-Hauses zu übernehmen[72]. Millers Nachfolger, Harry J. Mullin, war nicht lange genug im Amt, um eigene Akzente setzen zu können. Nach einer Auskunft des

[66] IfZ-Archiv, Fg 69, Daniel R. Miller an Kenneth E. van Buskirk vom 27. 10. 1950 und „Publicity Report" Daniel R. Millers für Mai 1951; Hammelburger Wochenblatt vom 7. 12. 1950.

[67] IfZ-Archiv, Fg 69, „Publicity Report" Daniel R. Millers für August 1951.

[68] Beispielsweise IfZ-Archiv, Fg 69, Protokoll einer Besprechung zwischen deutschen Behörden und Vertretern der US-Armee am 25. 5. 1951 in Brückenau.

[69] IfZ-Archiv, Fg 69, Aufstellungen „Versammlungen: Landkreis Hammelburg" und „Citizens Committees – Landkreis Hammelburg" vom November 1951; diese Aufstellungen sind dem hier als Dokument 3 abgedruckten Bericht Daniel Millers vom 30. 11. 1951 als Anlagen beigefügt.

[70] Vgl. dazu Rupieper, Wurzeln, S. 286–330.

[71] Hammelburger Wochenblatt vom 4. 11. 1950 und vom 27. 10. 1951.

[72] Hammelburger Wochenblatt vom 9. 2. 1952.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landratsamtes Bad Kissingen wurde das Office in Hammelburg schon zum 1. Juni 1952 endgültig geschlossen[73]. Für Konflikte zwischen deutschen Behörden und der U. S. Army war von nun an ein Civil Affairs Officer in Bad Kissingen zuständig, das nächstgelegene Amerika-Haus wickelte das Informations- und Kulturprogramm ab.

Damit wurde auch in der unterfränkischen Provinz augenfällig, daß die Bundesrepublik auf dem Wege war, ein souveräner Staat zu werden. Als sich abzeichnete, daß die Verhandlungen zwischen Konrad Adenauer und den Hohen Kommissaren über die Ablösung des Besatzungsstatuts erfolgreich sein würden, begannen die Amerikaner, ihr Personal auf Länderebene drastisch zu reduzieren. Das Office of the Land Commissioner for Bavaria wurde mit allen nachgeordneten Dienststellen am 30. Juni 1952 aufgelöst, was an Aufgaben noch verblieben war, ging auf das amerikanische Generalkonsulat in München über[74].

V.

Es ist schwierig, zu gesicherten Aussagen über die Ergebnisse und Folgen der Arbeit der Kreis Resident Officers zu gelangen. Teils fehlen die Quellen dafür, teils stößt man bei wirkungs- und mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen auf schwerwiegende methodische Probleme. Das Urteil der Verantwortlichen von damals über das Reorientation-Programm und die Arbeit der Kreis Resident Officers war jedenfalls – zumindest in der Rückschau – oft positiv[75]. Die Bilanz des Historikers wird aber ohne Zweifel zwiespältig ausfallen müssen. Einerseits stößt man auf viel Stückwerk und Aktionismus; nur allzu viele Projekte wurden begonnen und just in dem Moment abgebrochen, als sie gerade ins Rollen kamen. Manche Kreis Resident Officers verspielten durch ihr überhebliches Auftreten schnell jeden Kredit, andere resignierten angesichts des Widerstands konservativer Kräfte oder wurden mit ihren wenigen Mitarbeitern einfach von den lokalen Milieus aufgesogen. Als die Kreis Resident Officers 1952 ihre Arbeit einstellten, dauerte es deshalb oft nicht lange, bis die Vereine, Organisationen und Netzwerke zerfielen, die sie mühsam aufgebaut hatten. Andererseits spricht vieles dafür, daß die Kreis Resident Officers nicht unwesentlich dazu beitrugen, das demokratische Potential der Bevölkerung zu stärken, Interesse für politische Fragen zu wecken und demokratische Spielregeln im kleinen einzuüben[76]. Fraglos gehörten sie zu denjenigen, die – so der Land Commissioner für Bayern, George N. Shuster, in seinen Erinnerungen – wie „Sauerteig" in einer Gesellschaft

[73] Schriftliche Auskunft des Landratsamtes Bad Kissingen vom 15. 11. 1995.

[74] Vgl. Heydenreuter, Office of Military Government for Bavaria, in: Weisz (Hrsg.), OMGUS-Handbuch, S. 174.

[75] Vgl. Harris, My Job in Germany, und Kellermann, Reflections on German Reorientation, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 184 und S. 193.

[76] So vor allem Rupieper, Wurzeln, S. 108f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirkten, die erst dabei war, ihren Weg zu finden[77]. Auch wenn sich kurzfristig keine Erfolge verzeichnen ließen, so heißt das nicht, daß die Bemühungen der Kreis Resident Officers völlig vergebens gewesen wären. Schließlich war die junge Generation eine der wichtigsten Zielgruppen des Reorientation-Programms, und schon der High Commissioner McCloy hatte erkannt, daß man die Geduld haben müsse, zehn Jahre zu warten, um dann zu sehen, welche Früchte die Anstrengungen von HICOG letztlich hervorgebracht hätten[78].

Wenn man sich mit den Demokratisierungsbemühungen von HICOG im allgemeinen und den Kreis Resident Officers im besonderen beschäftigt[79], sollte man jedoch nicht bei der Frage nach Erfolg und Mißerfolg oder nach ihrem Beitrag zur Amerikanisierung der deutschen Gesellschaft stehenbleiben[80]. Die Forschung muß auch die Erfahrungen in den Blick nehmen, die die Kreis Resident Officers in ihrer Amtszeit machten. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich das Bild, das viele Mitarbeiter der Besatzungsbehörden von Deutschland und den Deutschen hatten und das nicht selten von der Kriegspropaganda und dem Eindruck der NS-Verbrechen geprägt war, positiv verändert hat. Robert Wolfe, der seit 1945 in Deutschland war, hat einem kurzen Erinnerungsbericht nicht umsonst den Titel „The Reeducation of an American Proconsul in Germany" gegeben[81]. Bei den Kreis Resident Officers, die von 1949 bis 1952 den engsten Kontakt mit der deutschen Bevölkerung pflegten, dürfte sich dieser Prozeß am besten beobachten lassen. Da eine ganze Reihe von ihnen im diplomatischen Dienst Karriere machten[82], ist die Frage berechtigt, welche Auswirkungen ihre Erfahrungen und ihr verändertes Deutschlandbild auf Politik und öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hatten. Eine Kollektivbiographie der Kreis Resident Officers würde neben einem breiten Strom von Ideen, Konzepten und Lebensweisen, die den Atlantik von Westen nach Osten überquerten, vermutlich auch einen kleinen und bisher weitgehend unbeachteten Fluß zutage fördern, der die umgekehrte Richtung nahm. Nur einen kleinen Fluß, gewiß, doch seine Bedeutung für die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen sollte nicht unterschätzt werden.

---

[77] George N. Shuster, In Amerika und Deutschland. Erinnerungen eines amerikanischen College-Präsidenten, Frankfurt a. M. 1965, S. 224.

[78] Vgl. Schwartz, Reeducation and Democracy, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 42.

[79] Eine Dissertation über die Kreis Resident Officers verfaßt derzeit Anette Neff, der ich für eine Reihe von wertvollen Hinweisen danken möchte, an der Universität Darmstadt.

[80] Zur Amerikanisierungs- bzw. Westernisierungsdiskussion vgl. Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern, Einleitung zu: Dies. (Hrsg.), Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1996, S. 7–33; Anselm Doering-Manteuffel, Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 1–34; Anselm Doering-Manteuffel u. a., Wie westlich sind die Deutschen?, in: Historisch-Politische Mitteilungen der Konrad-Adenauer-Stiftung 3 (1996), S. 1–38.

[81] Vgl. Robert Wolfe, The Reeducation of an American Proconsul in Germany, in: Ermarth (Hrsg.), America and the Shaping of German Society, S. 195–202.

[82] Vgl. Harris, My Job in Germany, in: Ebenda, S. 186.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

[Daniel R. Miller, Hammelburg, an John D. Brooks[83], Würzburg, 1. Oktober 1951]

Winterprogramm 1951/52

In bezug auf Ihr Trainings-Memorandum 1271, 14. September 1951, Winterprogramm[84], möchte ich hiermit mein geplantes Winterprogramm vorlegen. Vor der Unterbreitung dieses Programms würde ich aber gerne mein langfristiges Programm skizzieren und die Annahme, auf der dieses langfristige Programm beruht.

Zur Grundlage meiner Arbeit hier in Hammelburg und Gemünden (oder Brückenau) habe ich bei ihrem Beginn die Annahme gemacht, daß das deutsche Volk die gleichen Fähigkeiten und Schwächen hat wie jedes andere Volk auf der Welt. Es gibt nichts Besonderes im Wesen eines Deutschen, noch eine besondere exklusive angeborene Fähigkeit in ihm, die seine Charaktermerkmale bestimmt hätten. Der deutsche Bürger besitzt, wie jeder andere Bürger der Welt, gewisse Fähigkeiten und eine gewisse Anpassungsfähigkeit. Diese Fähigkeiten und diese Anpassungsfähigkeit werden von der Gesellschaft, in der er lebt, gebogen und gewendet und konditioniert, um ihn zu dem zu machen, der er ist. Diese Gesellschaft oder seine Umwelt, die aus seinem Heim, seiner Kirche, seiner Schule und seiner ganzen Gemeinde besteht, bestimmt seine Aktionen und seine Reaktionen auf eine gegebene Situation (oder seine Vorurteile). Diese Aktionen und Reaktionen oder Vorurteile werden mit gewissen Modifikationen von Generation zu Generation weitergereicht.

Um im einzelnen deutschen Bürger irgendeinen Wandel zu bewirken, muß seine Gesamtgesellschaft oder Umwelt in den Blick genommen werden, nicht nur bestimmte Ausschnitte davon. Ein langfristiges Ziel sollte die Herbeiführung jener Veränderungen der Gesamtgesellschaft oder Umwelt sein, die dann die gewünschten Aktionen und Reaktionen bewirken. Ich glaube aber, daß man auf bestimmte Ausschnitte der Gesamtgesellschaft den Nachdruck legen oder sich auf sie konzentrieren sollte und daß der Nachdruck oder die Konzentration immer wieder verschoben oder verändert werden sollte, um im Hinblick auf das gewünschte Ziel einer veränderten oder neuen Situation zu begegnen.

Natürlich erhebt sich die Frage: „Wie kann die Umwelt oder die Gesellschaft so in Angriff genommen werden, daß das Individuum dazu gebracht werden kann, in der Art und Weise zu reagieren, die zur Entwicklung von Selbstregierung führt?" Was ist das Hauptmerkmal (oder was sind die Hauptmerkmale) des einzelnen Deutschen, das ihn daran hindert, jene erwünschten Reaktionen zu zeigen? Allgemein gesprochen, werden zwei herausragende Faktoren angeführt, von denen die Entwicklung zur Selbstregierung verhindert wird – nämlich der Mangel an Information bei den Massen und deren Apathie. Ich glaube, daß diese Apathie nicht ererbten Eigenschaften zuzuschreiben ist, sondern eher dem Mangel an Erfahrung. Allgemein gesprochen, tut ein Individuum das gerne, was es gut zu machen versteht und worin es Erfahrung hat. Man mag Tomaten, um ein einfaches

[83] John D. Brooks fungierte als Chef des Distrikts IV (Unterfranken) der Field Operations Division des Office of the Land Commissioner for Bavaria.

[84] Nicht ermittelt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beispiel zu nehmen, nachdem man welche gegessen und Geschmack an ihnen gefunden hat.

Infolgedessen – mit diesen Überlegungen im Sinn – wählte ich als mein langfristiges Programm die Verbreitung von Information und die Erzeugung von Aktionen und Situationen, in denen die Massen (oder wenigstens ihre Schlüsselfiguren) Erfahrungen sammeln konnten – Erfahrungen und Aktionen, die wiederum zur Entwicklung von Selbstbewußtsein und Gruppenaktion führen konnten. Ich habe nicht nur versucht, neue Situationen zu schaffen, sondern auch nach jenen Charakteristika und Umständen Ausschau gehalten, die bereits existierten und den Massen Erfahrungen vermitteln oder für solche Zwecke genutzt werden konnten. Diese Charakteristika und Umstände suchte ich im größtmöglichen Ausmaß zu nutzen, ohne sie zu Tode zu reiten.

Natürlich kann man nicht die gesamte Umwelt oder Gesellschaft auf einmal angreifen. Man muß auf bestimmte Ausschnitte den Nachdruck legen oder sich auf sie konzentrieren. Diese Konzentration oder dieser Nachdruck stellt dann ein kurzfristiges Programm dar, welches von Zeit zu Zeit variiert werden kann und muß, um neuen und veränderten Situationen gerecht zu werden. Diese neuen und veränderten Situationen zu finden und sich ihrer bewußt zu sein, jene Charakteristika zu finden, die für die Sammlung von Erfahrungen und die Verbreitung von Information unter den Massen genutzt werden können, erfordert vom einfachen Mann Verständnis für und Vertrauen in den Resident Officer, seinen Stab und seine Bemühungen. Dieses Verständnis und Vertrauen ist nur durch effektive und sorgfältige Kontaktarbeit seitens des ganzen Stabes zu erreichen.

Als ich nach Hammelburg kam, legte ich den Nachdruck auf Bürgerversammlungen und immer noch mehr Bürgerversammlungen. Bürgerversammlungen boten eine Gelegenheit, Informationen zu verbreiten und den Massen Erfahrung darin zu vermitteln, sich selbst auszudrücken. Von Bürgerversammlungen ging ich dann weiter zu anderen Versammlungsformen und zur Förderung effektiverer Bürgerversammlungen. Zu dieser Phase gehörten die Förderung von Flüchtlingsforen, Diskussionsgruppen, Frauenversammlungen, Frauenorganisationen usw. und die Erteilung von Instruktionen für das Abhalten von Bürgerversammlungen. Die nächste Phase bestand darin, konkrete Aktionen seitens der Bürger anzustoßen und Führerschaft wie auch Diskussionstechnik einzuüben. Speziell die Bildung von Bürgerausschüssen wurde ermutigt. Die Arbeit aufgenommen wurde mit Eltern-Lehrer-Treffen und mit dem Kreisjugendring. Auch wurde ein Bürgermeister-Seminar unterstützt, um Erfahrungen in Diskussionstechnik zu vermitteln und zur Verbreitung von Informationen. Die nächste Phase galt der Auswahl der prominentesten Individuen für spezielle Zwecke. Die Idee war, diese Individuen als Kerne zu nutzen, um die sich Gruppen zur Fortsetzung der begonnenen Arbeit bilden konnten. In dieser Phase wurde die Konferenz für die Mitglieder von Bürgerausschüssen vorangebracht. Ferner begann die Arbeit mit den Gemeinderäten.

Das Vorstehende ist eine knappe Übersicht über meine Grundannahmen und meine bisherigen Aktionen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß ich der Gemeinde als Ganzes Priorität eingeräumt und jene Umstände und jene Individuen benutzt habe, auf die ich eben stieß und die sich mir als Mittel zur Erreichung meiner Ziele boten. Wo immer möglich habe ich aber auch versucht, bestimmte Situationen zu schaffen, etwa Diskussionsgruppen zu bilden, Bürgerversammlungen und ähnliches zu veranstalten, um den Massen Erfahrungen zu geben und Informationen zu verbreiten. Ich habe nicht gezögert, mein Programm oder den Schwerpunkt zu ändern, wenn sich eine besondere Situation ergab, die ich nutzen konnte. Ich denke insbesondere an die Sache mit den Hybri-

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den[85]. Ich muß noch erwähnen, daß sich jeder Angehörige meines Stabes auf ein bestimmtes Programm konzentriert hat und alle sich gegenseitig bei ihren Bemühungen unterstützt haben.

[. . .][86]

National Archives, Washington, D. C., Record Group 466, Records of the Land Commissioner for Bavaria – Field Operations Division, District Land Office Activity Reports 1950–1952, Box 5

Dokument 2

[Daniel R. Miller, Hammelburg, an John D. Brooks, Würzburg, 1. Mai 1951]

In Übereinstimmung mit dem Distrikt-Training-Memorandum 1148 vom 29. Januar 1951[87] wird hiermit der Öffentlichkeitsbericht für die Landkreise Hammelburg und Brückenau für die Zeit vom 1. bis zum 30. April 1951 vorgelegt.

Jugend-Aktivitäten

Schon seit langer Zeit hat der Kreisjugendring, insbesondere sein Leiter, verlangt, in Hammelburg einen Ausbildungskurs für Jugendführer abzuhalten. Aus verschiedenen Gründen war der Leiter des Kreisjugendrings nicht in der Lage, seinen Wunsch durchzusetzen. Da er den Wert eines solchen Kurses für die Jugend Hammelburgs erkannte, begann der Resident Officer hinter den Kulissen zu arbeiten und wo immer möglich Anregungen und Winke zu geben. Schließlich kam es auf Druck des Resident Officer zur Versammlung am 21./22. April, mit großem Erfolg und zur Überraschung vieler Jugendberater.

Als schließlich in einer Versammlung des Kreisjugendrings für diese Übungskurse ein Datum festgelegt wurde, machte die Reorientierungsberaterin all ihren Druck und ihren ganzen Einfluß geltend, um dem Start des Programms den größtmöglichen Erfolg zu sichern. Die tatsächliche Abfassung des Programms für diese Versammlung geschah im Büro des Resident Officer durch den Leiter des Kreisjugendrings, den Jugendvertreter Unterfrankens aus Würzburg, die Reorientierungsberaterin dieser Dienststelle und die beiden Studenten, die dem Flüchtlingslager zugeteilt worden waren. Zunächst hatte der Bayerische Jugendring Geld für den Kurs zugesagt, doch stellte sich am Ende heraus, daß das Budget für die Unterstützung einer solchen Veranstaltung zu klein war. Es sah so aus, als müsse die Tagung aus Mangel an Geld abgesagt werden, doch gelang es dem Resident Officer, die Sektion für Jugendaktivitäten im Amt des Landeskommissars für Bayern zu bewegen, DM 200 für den Kurs beizusteuern.

Der Leiter des Kreisjugendrings hielt es für ausreichend, einfach Einladungen zu verschicken; die Jugendführer würden dann schon kommen. Unsere Dienststelle bestand je-

[85] Vgl. S. 278. In den Akten des Kreis Resident Office Hammelburg findet sich aufschlußreiches Material über diesen Konflikt.

[86] Im zweiten Teil dieses Dokuments, der fünf Absätze umfaßt, umriß Daniel Miller sein Programm für den Winter 1951/1952 und ging im einzelnen auf die künftige Arbeit seines Filmvorführers und Diskussionsleiters, seiner „Public Affairs"-Assistentin und seines Büroleiters in Gemünden ein; abschließend teilte er John Brooks kurz mit, welche Schwerpunkte er selbst in den kommenden Monaten zu setzen gedachte.

[87] Nicht ermittelt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

doch auf individueller Kontaktaufnahme und bestand darauf, daß sowohl die Studenten wie der Kreisjugendring sich aufmachten und diese Kontakte herstellten. Transportmittel dieser Dienststelle wurden den Personen zur Verfügung gestellt. Diese Methode erwies sich als sehr erfolgreich, da viel Opposition und Skepsis überwunden wurden.

Das vielleicht größte Hindernis für den Jugendübungskurs tauchte auf, als bekanntgegeben wurde, daß schon in der folgenden Woche ein Jugendführerkurs für alle katholischen Jugendlichen des Kreises Hammelburg abgehalten werde. Danach wurden alle Anstrengungen unternommen, um zu versuchen, eine Verlegung dieses katholischen Jugendübungskurses zu erreichen. Der Leiter des Kreisjugendrings wandte sich sowohl an den Diakon wie an den Stadtpfarrer, die versprachen, den Versuch zur Absetzung des Kurses zu unterstützen. Jedoch ist die Verlegung des Kurses erst erreicht worden, als der Vertreter der Jugendsektion Unterfrankens sich an den Diözesan-Jugendpfleger Dr. Rössler wandte.

Sowohl der Stadtpfarrer wie der Diakon waren vom Wert unseres Übungskurses für Jugendführer überzeugt und sagten ihre volle Unterstützung zu. Der Kurs wurde auf mehreren der wöchentlichen Priester-Konferenzen diskutiert. Jedoch sagten nicht alle Geistlichen ihre Unterstützung zu. Verschiedene Geistliche haben sogar gegen unseren Kurs entschieden opponiert und erklärt, daß die Kirche ihre eigenen Führer ausbilden könne und der Kreisjugendring nicht gebraucht werde. Es war diese Opposition, die zu dem Vorschlag führte, einen Übungskurs für katholische Jugendführer abzuhalten.

Da GYA[88] nicht in der Lage war, für den Transport zum Jugendführerkurs zu sorgen, stellte der Landrat[89] dem Kreisjugendring seine Busse zur Verfügung. Weil man damit rechnete, daß nur etwa 50 Jugendliche an dem Übungskurs teilnehmen würden, faßte man den Beschluß, das Treffen im Leseraum des Resident Office abzuhalten. Als die Veranstaltung am Samstag nachmittag um 15.30 Uhr eröffnet wurde, waren ungefähr 160 Jugendliche da, die den Leseraum überschwemmten. So wurde ein Arrangement mit der Kolpingsfamilie getroffen, ihr Jugendheim für das Treffen zu benützen, da dieses Heim viel größer ist. Der Grund für die große Zahl von Teilnehmern bestand darin, daß viele Jugendführer mehrere Mitarbeiter dabei hatten, um die Skepsis seitens des Klerus auszuräumen.

Das Treffen wurde vom Leiter des Kreisjugendrings eröffnet, dann folgte eine kurze Rede des Landrats. Anschließend sprach der Resident Officer über die Bedeutung des Kreisjugendrings, der sich der Interessen sowohl jener Jugendlicher annehme, die nicht organisiert sind, wie derer, die organisiert sind. Er wies auch auf die Tatsache hin, daß die GYA beendet würden, und ermunterte die Jugendlichen, die Arbeit, die GYA getan habe, selber zu übernehmen und diese Aktivitäten noch auszuweiten. Schließlich überreichte der Resident Officer dem Leiter des Kreisjugendrings noch DM 1000; der Scheck war vom Dr. Shuster[90]-Fonds für kleine Projekte gekommen. Das Geld ist zum Ankauf von Büchern für eine Wanderbibliothek bestimmt.

---

[88] German Youth Activities – ein Jugendprogramm, für das die U. S. Army verantwortlich zeichnete.

[89] Adam Kaiser (1900–1987), Buchbindermeister, CSU-Kommunalpolitiker, 1946–1948 Bürgermeister von Hammelburg, 1948–1970 Landrat in Hammelburg.

[90] Dr. George N. Shuster (1894–1977), seit 1940 Präsident des Hunter-College im Staat New York, 1950/1951 U. S. Land Commissioner for Bavaria. Vgl. Thomas E. Blantz, George N. Shuster. On the Side of Truth, Notre Dame/London 1993.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Treffen war rundum erfolgreich und zeigte der Bevölkerung ein Bedürfnis. Es ist anzunehmen, daß der Resident Officer jetzt eher eine Chance hat, die lokalen Behörden zur Übernahme der Arbeit und der Funktionen von GYA zu bewegen, die ausläuft, wenn das auch, wie unten gezeigt, sehr schwierig sein wird. Am Sonntag wurde die Gruppe in zwei Teile geteilt, und die wichtigsten Führer kamen zurück in den Leseraum, um mehrere Probleme von Interesse zu diskutieren. Bestimmte Pläne wurden entwickelt. Eine Zeitung für Jugendführer soll publiziert und an die verschiedenen Jugendführer verteilt werden. Ein zweiter Übungskurs für Jugendführer wurde auf Juni festgesetzt. In jeder Gemeinde soll ein „Jugendbildungswerk" geschaffen und das HICOG-Quiz-Programm und HICOG-Filme verwendet werden. Um Quiz und Filme sollen Diskussionen veranstaltet werden. Im Sommer wird ein Jugendsportfest für Hammelburg stattfinden. Die Bücher schließlich, die mit dem Geld von Dr. Shuster erworben werden, sollen von den Jugendführern selber ausgegeben werden.

[. . .][91]

Die vielleicht hervorstechendste Leistung der Jugendaktivitäten in Brückenau war die Herausgabe der Jugendzeitung „Die Quelle" [. . .]. Seit langer Zeit hatten sich GYA und Kreisjugendring in Brückenau für die Herausgabe einer solchen Zeitung eingesetzt. Als Mr. Jameson auf Einladung von Distrikt IV nach Würzburg kam, um ein Seminar für Jugendliche abzuhalten, die sich für Journalismus interessieren, ist die Gruppe, die das Blatt nun publiziert, gegründet worden. Jeder Jugendliche dieser Gruppe war in Würzburg. Von Mr. Jameson kamen wertvolle Informationen und Anregungen. Für die Zeitung lieferte der Landrat einen Vervielfältigungsapparat zum Abziehen der Matrizen, und der Resident Officer lieferte Papier und Matrizen. Bis jetzt hat sich das Blatt als großer Erfolg erwiesen, und es werden nun Pläne für eine zweite Ausgabe gemacht.

Die Jugendlichen, die das Blatt herausbringen, beantragen jetzt beim Dr. Shuster-Fonds für kleine Projekte Geld zum Ankauf einer Vervielfältigungsmaschine. Selbstverständlich gewährte der Resident Officer seine volle Unterstützung.

Die GYA und der Kreisjugendring in Brückenau haben noch ein anderes interessantes Programm entwickelt, nämlich die Gründung eines Film-Komitees, bestehend aus sechs Jugendführern (im Alter von 25 bis 32 Jahren). Diese Jugendführer lesen die Kritiken der verschiedenen Filme, die in Brückenau gezeigt werden, und machen davon eine Zusammenfassung. Diese Zusammenfassungen werden dann an den Schwarzen Brettern der verschiedenen Jugendorganisationen angeschlagen, und zwar nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Eltern. [. . .]

Am 26. April 1951 hat ein Herr Wilhelm, Assistent des Flüchtlingskommissars von Unterfranken in Würzburg, eine Versammlung der wichtigsten Führer des hiesigen Flüchtlingslagers einberufen, und zwar zu dem Zweck, ein Jugendheim für das ganze Lager mit einem ausgebildeten Führer einzurichten. Er brachte einen Herrn Zimmermann aus Nürnberg mit, einen Vertreter des YMCA[92], der bereit war, ein solches Jugendzentrum im Lager zu schaffen und dafür die finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Der Resident Officer war eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen.

---

[91] Es folgt eine kurze Beschreibung der Anlagen zu dieser Veranstaltung, die Daniel Miller seinem Bericht beigefügt hat. Solche meist wenig aussagekräftigen Passagen finden sich in diesem Dokument häufiger. Um den Text zu straffen, wurde weitgehend darauf verzichtet, diese abzudrukken.

[92] Young Men's Christian Association.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Wilhelm erklärte den Zweck der Einrichtung eines derartigen Jugendzentrums für alle Jugendlichen und wies darauf hin, daß HICOG einen Fonds für diesen Zweck bereitgestellt habe. Der protestantische Geistliche und der katholische Kaplan verbündeten sich gegen das Vorhaben und widersetzten sich energisch der Einrichtung eines solchen Jugendzentrums. Beide wollten ihr konfessionelles Jugendzentrum behalten und behaupteten, daß alle Jugendlichen im Lager einer der beiden Jugendgruppen angehörten. Ein drittes Jugendheim sei überflüssig und wäre „Geldverschwendung". Es war interessant zu beobachten, wie der protestantische Geistliche und der katholische Kaplan die GYA als Illustration dafür benutzten, warum eine dritte Jugendorganisation nicht gebraucht werde. Der Resident Officer konnte nichts zugunsten des GYA-Zentrums sagen, da er schon immer die Unzulänglichkeit des GYA-Zentrums und seine Unfähigkeit zur Durchführung eines adäquaten Jugendprogramms erkannt hatte. Zu keiner Zeit haben die GYA-Vertreter in diesem Zentrum ihre Tätigkeit mit dem Resident Officer koordiniert oder dessen Empfehlungen befolgt.

Am Ende gab Herr Zimmermann vom YMCA seine Bemühungen auf, ein Jugendzentrum in diesem Lager einzurichten. Er bemerkte danach, daß er noch nie einen so scharfen Angriff auf die Schaffung eines Jugendzentrums für alle Jugendlichen gehört habe und er an der Einrichtung eines YMCA-Zentrums in diesem Lager nicht länger interessiert sei.

Die Armee schließt die beiden GYA-Zentren in Hammelburg, und der Resident Officer soll nun eine deutsche Stelle zur Übernahme der Aktivitäten finden. Das ist eine fast unmögliche Aufgabe, da die GYA nie eng mit dem Resident Officer zusammengearbeitet noch überhaupt ein adäquates Programm für die Jugend durchgeführt haben. Auf Grund des Mangels an kompetentem Personal bei GYA war der Resident Officer nicht in der Lage, mit GYA umzugehen und zu arbeiten. Nur kurze Zeit gab es einen GYA-Direktor, nämlich Herrn Pietsch, mit dem der Resident Officer zusammenarbeiten konnte und zusammengearbeitet hat. [. . .]

Schulwochen

Die Anstrengung und die Förderung, die diese Dienststelle in den letzten 18 Monaten den Treffen zwischen Eltern und Lehrern zukommen ließ, zeigten ihre Wirksamkeit während der Woche der Schulen. Zwar hat der Schulrat in Hammelburg den Eltern-Lehrer-Treffen nie viel Unterstützung oder Ermutigung zuteil werden lassen, doch hat er nichtsdestotrotz einen etwas vagen Brief geschrieben, in dem er erwähnte, daß Eltern-Lehrer-Zusammenkünfte während der Woche der Schulen veranstaltet werden sollten. Die Reaktion in Hammelburg war sehr zufriedenstellend, da von 35 immerhin 18 Gemeinden solche Zusammenkünfte veranstalteten. In Brückenau war die Reaktion auf die Woche der Schulen ebenfalls befriedigend. Eine Anzahl von Schulen hielt auch Eltern-Lehrer-Treffen ab. Zum Beispiel hat die Berufsschule 5 Eltern-Lehrer-Treffen in den diversen Gemeinden unterstützt, in denen sie abgehalten wird. Ferner veranstaltete die Volksschule in der Stadt Brückenau eine Ausstellung für die Eltern, um ihnen die Leistungen der Schüler zu zeigen.

Das Gewicht, das der einzelne Lehrer seinem Eltern-Lehrer-Treffen beimißt, ist unterschiedlich. Neben der Veranstaltung von Ausstellungen in mehreren Schulen, wie oben erwähnt, haben manche Lehrer den Schülern selber die Möglichkeit zu Aktivitäten für die Eltern gegeben. Einige Lehrer beschränkten ihre Tätigkeit auf Gespräche mit den Eltern und auf Erklärungen, während andere Veranstaltungen organisierten, die man „Gemeinschaftsabende" nennen könnte und an denen die ganze Gemeinde teilnahm.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In ihren Ansprachen betonten die Lehrer verschiedene Punkte. Zum Beispiel ermunterten sie die Eltern sehr, am Schulleben teilzunehmen, und sie unterstrichen die Bedeutung der Methoden des Gruppenunterrichts, auch daß die Lehrer als Freunde der Schüler gelten sollten. Ebenso wurde auf die Wichtigkeit einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Schule hingewiesen. So erklärte ein Lehrer, wieviel Geld die Polizei bekomme und wie wenig die Schulen. Alle Lehrer traten für weniger Schüler pro Lehrer ein. Das Filmprogramm wurde besonders gelobt als ein Mittel, das Leben und die Verhältnisse anderswo zu zeigen. Das Filmprogramm spare den Lehrern auch Zeit. Es zeige andere Verhältnisse in kürzester Zeit, während Vortrag und Lektüre stets lang hingezogen seien. Jedoch haben die Lehrer den Gedanken kostenfreier Lehrbücher nicht angenommen und traten dafür ein, daß die Eltern die Bücher für ihre Kinder kaufen, da der Besitz eines Buches weitaus besser sei als die Ausleihe von der Schule. [. . .]

„Das Amerika-Buch für die Jugend"

Der Resident Officer erhielt für die beiden ihm zugeteilten Kreise, also Hammelburg und Brückenau, 15 Exemplare des Buches „Das Amerika-Buch für die Jugend". Bei der Verteilung der Bücher hielt der Resident Officer Umschau, um zu sehen, wer den besten Gebrauch davon machen und wie der Resident Officer mit ihnen die Bemühungen bestimmter Personen würdigen könne. Bis jetzt sind 9 dieser Bücher als Anerkennung überragender und über Normalmaß hinausgehender Leistungen an Lehrer gegeben worden. Jedes Buch wurde auf einem Eltern-Lehrer-Treffen überreicht und der Lehrer dabei gebeten, das Buch als Treuhänder zu verwahren und dafür zu sorgen, daß möglichst viele Schüler Zugang zu ihm erhalten. [. . .]

Erwachsenenbildung

Am 25. April 1951 haben die Bürger der Stadt Brückenau auf einer Bürgerversammlung ihren Bürgermeister[93] gerügt und dann, gegen die Empfehlungen des Bürgermeisters, ein Bürgerkomitee zur Förderung regelmäßiger Bürgerversammlungen gebildet. Alles begann mit einem Verfahren, das sich um die Verletzung bürgerlicher Freiheiten drehte. 1946 hatte sich Herr Georg Metz, der später Bürgermeister wurde, ohne Genehmigung des Brükkenauer Kreiswohnungsamts eine Wohnung angeeignet, die einer Kriegerwitwe gehörte. 1950 war die Witwe endlich in der Lage, eine Revision zu erreichen, und sie bekam die Erlaubnis, wieder in ihre frühere Wohnung einzuziehen. Herr Metz, der jetzt Bürgermeister ist, weigerte sich zunächst auszuziehen, und erst nachdem er unter starken Druck gesetzt worden war, zog er tatsächlich aus. Selbst dann noch war die Kriegerwitwe gezwungen, mit einer Axt in ihre Wohnung einzudringen, und konnte außerdem nur einen Teil der Räume nutzen. Die anderen Zimmer wurden noch von der Tochter des Bürgermeisters Metz benutzt. Der ganze Fall ist auf der Bürgerversammlung besprochen worden, und die Bürger standen geschlossen hinter der Kriegerwitwe[94].

Diese Bürgerversammlung war durch Bemühungen des Resident Officer zustande gekommen. Seit längerer Zeit hatten der Resident Officer und sein Stab versucht, in Brückenau ein Bürgerkomitee zur Förderung von Bürgerversammlungen ins Leben zu rufen.

[93] Georg Metz (1879–1953), Justizsekretär, 1925–1934 und 1949–1952 Bürgermeister von Bad Brükkenau.

[94] Ein ausführlicher Bericht („Stürmischer Verlauf der Brückenauer Bürgerversammlung") findet sich im Brückenauer Anzeiger vom 27. 4. 1951.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwar hatte der Bürgermeister versprochen und zugestimmt, ein solches Komitee zu bilden, doch tat er es nie. Auch hielt er nur wenige Bürgerversammlungen ab und erklärte bei mehreren Gelegenheiten, daß zwei Bürgerversammlungen im Jahr reichten. Als schließlich in Brückenau Gerüchte überhand nahmen, die amerikanische Armee werde erneut große Flächen requirieren, wandte sich der Resident Officer an den Landrat[95] und schlug eine Bürgerversammlung vor, um diesen Gerüchten ein Ende zu setzen. Dem stimmte der Landrat zu und setzte den Bürgermeister unter Druck, der am Ende die Bürgerversammlung einberief.

Der Zeitungsreporter vor Ort veröffentlichte, nachdem die Bürgerversammlung angekündigt worden war, den beigefügten Artikel[96] [. . .], in dem eine Erläuterung zur Wohnungssituation gefordert wurde. Infolgedessen ließ der Bürgermeister die Vertreter des Wohnungsamts einen Bericht über die Wohnungssituation abgeben. Nach dieser Erklärung wurde der beigefügte Brief[97] [. . .] den Bürgern vorgelesen. Der Brief stammte von der Kriegerwitwe und gab eine vollständige Darstellung des oben erwähnten Falles. Die Kriegerwitwe war krank und konnte nicht persönlich erscheinen. Die Bürger verlangten sogleich eine Erklärung vom Bürgermeister, die er schließlich auch gab. Der Anwalt, den die Kriegerwitwe engagiert hatte, war anwesend und stand nun auf und widersprach dem Bürgermeister und legte seine Interpretation der Geschichte dar. Die Bürger unterstützten die Kriegerwitwe jederzeit.

Nachdem diese Diskussion beendet war, wurde der Antrag gestellt, ein Bürgerkomitee zur Förderung von Bürgerversammlungen zu bilden. Naturgemäß mißbilligte der Bürgermeister ein solches Komitee, aber die Bürger riefen das Komitee gegen seine Empfehlung ins Leben und benannten dafür 14 Personen. Es war interessant zu beobachten, daß die Stadträte in der Frage des Komitees geteilter Meinung waren. Einige der Stadträte opponierten gegen das Komitee, andere traten dafür ein. Der Resident Officer schrieb, um das neugewählte Komitee zu ermutigen, jedem Mitglied [. . .] den beigefügten vervielfältigten Brief[98].

[. . .]

Die Mitglieder des Bürgerkomitees in Hammelburg, die am 7. April 1951 in Bad Kissingen an dem Treffen für Bürgerkomitees teilnahmen[99], waren sehr begeistert. Tatsächlich hatte es der Resident Officer mit einer größeren Nachfrage nach Karten zu tun, als er befriedigen konnte. Nach dem Treffen äußerten sich jedoch viele der Bürger sehr kritisch. Die Hauptkritik galt der Tatsache, daß es am Vormittag zuviel Wiederholung gab und daß die Organisation nicht so klappte, wie es sein sollte. Diese Kritik ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Bürger in Hammelburg bereits an zwei solchen Treffen auf lokaler Ebene teilgenommen hatten und nun in Bad Kissingen viel mehr erwarteten, als tatsächlich geschah. Dennoch glaubt der Resident Officer, daß die Wirkung auf die Bürgerkomitees positiv ist, weshalb er viel Unterstützung gegeben hat. Schon jetzt plant das Bürgerkomitee, das die Bürgerversammlungen in Hammelburg organisiert, eine Dis-

[95] Josef Baus (1880–1971), Ökonomierat, 1948–1956 Landrat des Kreises Brückenau.

[96] Main Post vom 27. 4. 1951: „Bad Brückenau. Bürgerversammlung wünscht Aufklärung".

[97] Das hier nicht abgedruckte Schreiben findet sich als Anlage 13 zu diesem Bericht.

[98] Das hier nicht abgedruckte Schreiben findet sich als Anlage 14 zu diesem Bericht.

[99] Ein ausführlicher Bericht („Das Ziel: Hilfe für unsere Gemeinde. Starke Hammelburger Vertretung bei der Tagung der unterfränkischen Bürgerausschüsse in Bad Kissingen") über diese Veranstaltung findet sich im Hammelburger Wochenblatt vom 21. 4. 1951.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kussionsperiode auf der nächsten Bürgerversammlung, wo die Teilnehmer kleine Gruppen bilden und Fragen von Interesse erörtern sollen. [. . .]

Durch Vorschlag und Rat dieser Dienststelle wurde noch ein weiteres Bürgerkomitee im Kreis Hammelburg gebildet und hat seine erste Protestversammlung abgehalten. Vor etwa drei Wochen hat das Straßen- und Flußbauamt Schweinfurt eine Brücke nach Euerdorf geschlossen, ohne die Bürger zu Rate zu ziehen oder zu unterrichten. Die Brücke gehörte ursprünglich zur Hauptverbindungsstraße, doch ist vor kurzem eine Abkürzung fertiggestellt worden, die diese Brücke für die Hauptverbindungsstraße entbehrlich machte. Dennoch brauchte das Dorf die Brücke und wollte sie auch benutzen. Unmittelbar nach Eröffnung der Abkürzung wurde die Brücke geschlossen. Bürgermeister, Gemeinderat und Einwohner waren sehr empört, vermochten aber gegen dieses Vorgehen nichts auszurichten.

Diese Dienststelle schlug einem großen Sympathisanten der Bayernpartei, Herrn Kühnlein, vor, daß ein Bürgerkomitee gebildet und eine Protestversammlung abgehalten werde. Herr Kühnlein wiederum besprach die Sache mit einem Gastwirt, einem Herrn Schmidt, der zu den führenden Bürgern gehört, und sie organisierten eine „Interessengemeinschaft" bestehend aus 14 Personen, und diese Organisation lud zu einer Bürgerversammlung ein. Kurz vor der Versammlung trat das Bürgerkomitee zusammen, um die Taktik festzulegen und eine Resolution zu entwerfen[100]. [. . .]

Die Protestversammlung fand am 28. April statt, wobei Vertreter aller Parteien anwesend waren. Herr Schmidt fungierte als Vorsitzender und erwies sich als exzellenter Redner und Leiter. Er legte seinen Standpunkt dar, umriß das Problem und eröffnete dann die Diskussion. Viele Bürger beteiligten sich an der Diskussion, und danach brachten die verschiedenen politischen Funktionäre und Regierungsvertreter ihre Meinung zum Ausdruck. Frau Dr. Maria Probst[101], Bundestagsabgeordnete, stellte fest, daß Herr Gärtner vom Straßen- und Flußbauamt einmal versprochen habe, daß die Brücke nicht geschlossen werde. Sie werde den Fall erneut mit ihm besprechen und ihm, falls er sich weigern sollte, zu seiner Verpflichtung zu stehen, die „Beamtenwürde" versagen. Frau Dr. Probst (CSU) und Herr Saukel[102] (BP) vom Landtag sagten zu, die Sache im Namen der Gemeinde zu vertreten.

Die Interessengemeinschaft legte dann die bereits entworfene Resolution vor und bat um Kritik, Vorschläge und Annahme. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und zuständigen Personen übergeben. Am Ende der Versammlung wies Herr Schmidt darauf hin, daß das Komitee bestehen bleibe und sich um die Interessen der Bürger und der Gemeinde kümmern werde. Das Komitee werde mit Gemeinderat und Bürgermeister zusammenarbeiten und zu keiner Zeit mit ihnen konkurrieren.

In Brückenau ist ein anderes interessantes Bürgerkomitee gebildet worden. Die Bürger von Werberg, das überwiegend von Flüchtlingen bewohnt wird, kamen zusammen und wählten vier Personen. Diese vier Bürger sollen die Gemeinde vertreten, wann immer

---

[100] Die hier nicht abgedruckte Resolution, in der Protest gegen das Vorgehen des Straßen- und Flußbauamtes erhoben und die Öffnung der alten Brücke verlangt wurde, findet sich als Anlage 17 zu diesem Bericht.

[101] Dr. Maria Probst (1902–1967), Historikerin und Germanistin, 1946–1949 MdL (CSU), 1949–1967 MdB (CSU), 1965–1967 Bundestags-Vizepräsidentin, 1958–1967 MdEP (CSU). Vgl. Ursula Männle, Maria Probst (1902–1967), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 7, Mainz 1994, S. 113–127.

[102] Egid Saukel (1900–1958), Rechtsanwalt, 1950–1954 MdL (bis 1953 Bayernpartei, dann CSU).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Armee erneut requirieren wolle. Ein Repräsentant des Komitees ist bereits nach Bonn geschickt worden, um dort die Angelegenheit zu besprechen. Auch hat das Komitee den Resident Officer gebeten, einen Vertreter entsenden zu dürfen, wenn der Resident Officer Konferenzen abhalte, bei denen es um das Land oder den Besitz von Werberger Bürgern gehe. Dieses Komitee hat sich „Existenzerhaltungsausschuß" genannt.

Die Bauvereinigung, die streng genommen ein Bürgerkomitee ist, organisiert jetzt Bürgerversammlungen in allen Gemeinden im Kreis Brückenau. Der Zweck dieser Versammlungen besteht darin, den ganzen Kreis für die Arbeit der Bauvereinigung zu interessieren und mehr Mitglieder zu gewinnen. Am 19. April fand eine Versammlung im Muna-Bereich, Landkreis Brückenau, statt, und der staatliche Verwalter dieses Gebietes zeigte großes Interesse und machte klar, daß er mehr Häuser für die Arbeiter im Muna-Bereich gebaut haben wolle. Er teilte mit, die Regierung habe die Vergrößerung der industriellen Anlagen in der Muna bereits genehmigt.

Das Färsen-Komitee, das auf Vorschlag dieser Dienststelle in Werberg gebildet wurde, erweist sich bei der Aufsicht über die dieser Flüchtlingsgemeinde vom Färsen-Projekt-Komitee, das Mr. Dell leitet, geschenkten Färsen als sehr erfolgreich[103]. Das Komitee wurde gegründet, nachdem die Bürger und die Siedlungsagentur viele Dispute ausgefochten hatten. Auf Vorschlag dieser Dienststelle riefen die Bürger das Komitee ins Leben und wandten sich an Mr. Dell mit der Bitte, das Komitee als zuständig für alle Probleme anzuerkennen, die sich aus diesem Geschenk ergeben. Mr. Dell hat das Komitee anerkannt und ihm alle Verantwortung übertragen, nachdem die Verantwortung der Siedlungsagentur entzogen worden war.

In dieser Periode nahm der Resident Officer an einer der Versammlungen teil, die vom Gewerbe-Komitee im hiesigen Flüchtlingslager organisiert werden. Dabei widmete sich das Komitee einer Erörterung der Schule im Flüchtlingslager und der Notwendigkeit bestimmter Verbesserungen. Das Komitee hat auf eigene Initiative gewisse Demonstrationsprojekte zur Verwendung in der Schule erarbeitet. Zum Beispiel ist ein Motor aufgeschnitten worden, damit der Schüler die Funktionsweise des Motors sehen kann. Auch ist ein Wasserhahn in zwei Hälften zerschnitten worden, damit die Schüler sehen können, wie das Wasser an- und abgestellt wird. Viele gleichartige Projekte wurden vorgestellt, und das Komitee kritisierte die Lehrer, da sie das alles nicht annehmen wollten.

Der Fremdenverkehrs-Verein hat einen interessanten Prospekt herausgebracht, der für Hammelburg wirbt. Ein Exemplar dieses Prospekts [. . .] ist beigefügt[104]. Es verdient Erwähnung, daß eine Gemeinde, nämlich Völkersleier, DM 50 zu diesem Prospekt beigesteuert hat. [. . .]

Der Resident Officer ist sehr für Bürgerkomitees und erkennt ihren Wert und den Bedarf in einer Demokratie. Indes ist der Resident Officer fest davon überzeugt, daß bei einer Konzentration allein auf die Bürgerkomitees ein wichtiger Bereich übersehen wird, nämlich die Gemeinderäte. In ländlichen Gegenden sind die Mitglieder der Gemeinderäte gewöhnlich einfache Bürger, die eben die Gemeinde repräsentieren. Viele wollen gute Arbeit leisten und die Wünsche der Bürger ausführen, sind aber nicht in der Lage, das Ihre zu tun, und zwar aus Mangel an Erfahrung und Informationen. Sie sind in gleicher Weise gehandikapt wie die Bürger selbst. Daher glaubt der Resident Officer, daß für die Ge-

[103] Vgl. dazu den Bericht „Kühe aus Amerika für die Rhön. ‚Heifer Project Committee' hilft Flüchtlingsbauern" in der Main Post vom 16. 8. 1950.

[104] Die hier nicht abgedruckte Werbeschrift findet sich als Anlage 18 zu diesem Bericht.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinderäte die gleiche Mühe aufgewendet werden sollte. Der Resident Officer glaubt ferner, daß sich bei den Gemeinderäten eine ungute Stimmung entwickelt, weil sie nicht gewürdigt und nicht unterstützt werden. Infolgedessen ist der Resident Officer der Meinung, daß viel Opposition überwunden und ein festes Fundament für die Demokratie gelegt werden könnte, wenn mit den Gemeinderäten ebenso zusammengearbeitet würde wie mit den Bürgerkomitees und sie in gleicher Weise unterstützt würden.

Diese Meinung beruht auf der Erfahrung des Resident Officer mit Gemeinderäten im Kreis Hammelburg. Eine Anzahl von Treffen mit Gemeinderäten ist im Büro des Resident Officer bereits abgehalten worden. Als ein Ergebnis der Bemühungen des Resident Officer hat der Gemeinderat von Untererthal den Landrat schon gezwungen, die Beschwerde des Gemeinderats gegen den Bürgermeister anzunehmen und die Beschwerde zu untersuchen. Die Gemeinderäte haben auch ihre Befriedigung darüber ausgesprochen, daß sie in der Lage waren, ihre Probleme mit dem Resident Officer zu besprechen. Viele der Bürgermeister, die diktatorische Macht ausgeübt haben, stehen diesen Zusammenkünften des Resident Officer mit den Gemeinderäten sehr kritisch gegenüber. Sie sehen Widerstand gegen ihre diktatorische Macht. Der Gemeinderat hat bereits die Befugnis, sein Veto gegen die Arbeit des Bürgermeisters einzulegen, eine Befugnis, die kein Bürgerkomitee hat.

Die Volkshochschulen in Hammelburg und Brückenau sind dabei, ihre Pläne für das Sommerprogramm auszuarbeiten. [. . .]

In diesem Monat hielt der Resident Officer eine Konferenz zwischen den Vertretern der Bevölkerung in Brückenau und den Armeebehörden zur Lösung gemeinsamer Probleme ab. [. . .]

Offene Informationsmedien

Beigefügt [. . .] ist eine Broschüre „Was sagt der Bürgermeister dazu?", die der Resident Officer auf dem Bürgermeister-Seminar verteilte, das Anfang Dezember abgehalten wurde[105]. Ebenfalls beigefügt [. . .] sind hektographierte Briefe an Bürgermeister, Lehrer, Angehörige des Klerus, Gemeinderäte, Kreistagsmitglieder und Gäste jenes Seminars, mit denen der Resident Officer ein Exemplar der Broschüre übermittelte. Ferner sind beigefügt [. . .] persönliche Briefe, die der Resident Officer an bestimmte Personen verschickte, so an den Landrat, die Bundestagsabgeordnete und den Landtagsabgeordneten[106].

Nachfolgend ein Antwortschreiben, das der Resident Officer von der Bundestagsabgeordneten, Frau Dr. Maria Probst, erhielt:

> Lieber Herr Miller,
> darf ich Ihnen für die Übersendung einer der Broschüren über das Seminar der Bürgermeister, Lehrer und Bürgerkomitees danken.
> Ich weiß dieses positive Resultat sehr zu schätzen und beglückwünsche Sie zu diesem Erfolg. Die Broschüre ist von großem Wert, und ich bin sicher, daß sie von allen

[105] Diese Anlagen fehlen. Daniel Miller berichtete in seinem „Publicity Report" für die ersten beiden Dezember-Wochen des Jahres 1950 (IfZ-Archiv, Fg 69) ausführlich über das Seminar für die Bürgermeister.

[106] Philipp Hettrich (1900–1973), Landwirt, Bürgermeister von Schwebenried, Kreisrat (CSU) in Karlstadt, 1950–1966 MdL (CSU).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Männern und Frauen gewürdigt wird, die in irgendeiner Funktion mit den öffentlichen Problemen der Kreise Hammelburg und Brückenau zu tun haben.

Ihre sehr ergebene
gez. Frau Dr. Maria Probst

[...]

Bürgerliche Freiheiten
Die Gruppe für bürgerliche Freiheiten in Hammelburg, die nur aus Bauern besteht und keinen Anwalt in ihren Reihen hat, hielt am 7. April eine Versammlung ab. Diese Versammlung erwies sich in Wirklichkeit als Lehrveranstaltung für die Bauern, und ein Teilnehmer sagte danach, er habe auf dieser Versammlung mehr gelernt als in seinen acht Schuljahren. Jedes Mitglied hatte ein oder zwei Gäste eingeladen. Der ganze Reblaus-Fall wurde aufgerollt; wie die Sache anfing, welche Fehler gemacht wurden, aus welchen Gründen unterschiedliche Personen und Gruppen Hilfe leisteten. Es war auch eine Erörterung des Zusammenspiels verschiedener Organisationen und Personen. Der Resident Officer und sein Stab nahmen zwanglos an dieser Diskussion teil. Zum ersten Mal konnten die Bauern sehen, wie Politik abläuft und wie Politik zu machen ist.
[...]

Religiöse Angelegenheiten
Der Klerus in Hammelburg hat in der Vergangenheit verschiedenen Teilen des Reorientierungsprogramms viel Unterstützung angedeihen lassen, ob sie nun von dieser Dienststelle organisiert waren oder nicht. Dennoch gibt es in einigen Teilen des Klerus Reaktionäre und Opposition. Der Übungskurs für Jugendführer, den der Kreisjugendring in dieser Periode organisierte, illustrierte diese Einschätzung. Nachdem schließlich der Beschluß gefaßt worden war, einen Übungskurs für Jugendführer abzuhalten, wandte sich der Leiter des Kreisjugendrings sowohl an den Stadtpfarrer wie an den Diakon und bat um ihre Hilfe in dieser Sache. Beide sagten ihre volle Unterstützung zu und haben bei den wöchentlichen Priester-Konferenzen mehrmals über diesen Übungskurs diskutiert. Einige der anderen Geistlichen traten ebenfalls für den Kurs ein, aber ein paar waren sehr dagegen. Zum Beispiel haben zwei Geistliche glatt erklärt, daß sie zur Ausbildung ihrer Jugendführer keine Einrichtung von außen nötig hätten.

Der schwerste Schlag gegen den Ausbildungskurs für Jugendführer kam, als bekanntgegeben wurde, daß die Katholische Kirche eine Woche nach dem Treffen des Kreisjugendrings selber einen Ausbildungskurs für Jugendführer veranstalten werde. Der Leiter des Kreisjugendrings wandte sich sogleich erneut an den Stadtpfarrer und an den Diakon, und beide versprachen, sich für die Absage des kirchlichen Kurses einzusetzen. Auch mit dem zuständigen Vertreter in Würzburg wurde Verbindung aufgenommen, doch wurde eine Absage kaum in Aussicht gestellt. Am Ende trug der Kreisjugendring die Angelegenheit dem Jugendvertreter des Regierungsbezirks Unterfranken vor, der es schließlich erreichte, daß der katholische Kurs verschoben wurde.

Die Vertreter sowohl des protestantischen wie des katholischen Klerus im Flüchtlingslager Hammelburg sind sehr konservativ und opponierten gegen viele der Reorientierungsprogramme. Als Beispiel kann der Versuch dienen, in diesem Lager ein YMCA-Zentrum einzurichten; im Abschnitt „Jugendaktivitäten" ist darüber bereits berichtet worden. Die YMCA hatte sich bereit erklärt, im Lager ein Zentrum für alle Jugendlichen

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einzurichten und die Verantwortung für die Finanzierung zu übernehmen. Aber dieses Angebot wurde sowohl vom katholischen wie vom protestantischen Geistlichen abgelehnt, die sagten, alle Jugendlichen gehörten schon einer katholischen oder protestantischen Jugendorganisation an und eine dritte werde nicht gebraucht.

Vor einiger Zeit war ein Vertreter der DP[107]-Kommission im Lager, um von Flüchtlingen Anträge zur Auswanderung in die Vereinigten Staaten entgegenzunehmen. Viele Personen waren sehr interessiert und zeigten den Wunsch, in die Vereinigten Staaten auszuwandern. Aber der katholische Kaplan hat den Leuten von der Auswanderung abgeraten, und zwar sowohl als die Kommission im Lager war als auch nachdem sie es verlassen hatte. Als die Kommission etwa drei Wochen später wiederkam, hat daher die Hälfte der Leute, die zuerst interessiert waren, ihren Antrag zurückgezogen.

[. . .][108]

National Archives, Washington, D. C., Record Group 466, Records of the Land Commissioner for Bavaria – Field Operations Division, District Land Office Activity Reports 1950–1952, Box 5

Dokument 3

[Daniel R. Miller, Hammelburg, an John D. Brooks, Würzburg, 30. November 1951]

Im kommenden Januar wird der derzeitige Resident Officer drei Jahre in Hammelburg gewesen sein. Es ist nun an der Zeit, ein Urteil über Gemeinschaftshandeln und Gemeinschaftsgeist abzugeben, wie sie sich in dieser Periode entwickelt haben mögen. Im Januar 1949, als der Resident Officer ankam, waren öffentliche Versammlungen im Sinne des Reorientierungsprogramms praktisch unbekannt. Ja, es gab ein paar öffentliche Versammlungen, doch handelte es sich dabei zumeist um landwirtschaftliche oder parteipolitische Zusammenkünfte, bei denen ein oder zwei Funktionäre das Reden allein besorgten und anordneten, was zu tun ist. Diskussion war unbekannt. Kaum jemand wagte es, offen Widerspruch zu äußern. Hammelburg, ein ländliches Gebiet mit vielen kleinen Gemeinden, war bekannt für diktatorische Machtausübung, für seine Rückständigkeit und galt stets als Notstandsgebiet. Spontanes Gemeinschaftshandeln und Gemeinschaftsgeist fehlten. Heute gibt es immer noch viel Herrschaft durch Diktat und viel Rückständigkeit in den Methoden. Jedoch gibt es jetzt eine entschiedene Tendenz, sich diktatorischer Machtausübung zu widersetzen und einen effektiven Gemeinschaftsgeist und eine öffentliche Meinung zu entwickeln. Grundlage dieser Tendenz waren die vielen öffentlichen Versammlungen, die vom Reorientierungsprogramm so kräftig unterstützt wurden. Man kann sagen, daß das Maß an Kooperation in jeder Gemeinde an der Anzahl öffentlicher Versammlungen, insbesondere Bürgerversammlungen, abzulesen ist.

Für analytische Zwecke ist eine Aufstellung beigefügt, in der die diversen öffentlichen Versammlungen im Landkreis Hammelburg während der letzten zehn Monate aufgelistet sind[109]. Diese Versammlungen und die jeweils praktizierten Verfahren wurden in vieler Hinsicht vom Resident Officer und seinem Stab beeinflußt.

---

[107] Displaced Person.

[108] An dieser Stelle folgen eine Entschuldigung wegen einer Verzögerung bei der Fertigstellung des Berichts, die Grußformel und eine Auflistung der Anlagen, die hier nicht abgedruckt werden.

[109] In der Anlage zu diesem Bericht findet sich diese „Versammlungen: Landkreis Hammelburg" überschriebene Aufstellung.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der ersten Kolumne sind Bürgerversammlungen nach Gemeinden aufgelistet. Es ist interessant, daß im Durchschnitt in jeder Gemeinde alle zwölf Wochen eine Bürgerversammlung abgehalten wurde. Diese Bürgerversammlungen finden heute auf Grund der Wünsche und des Willens der Bürger statt. Trotz der Tatsache, daß das Reorientierungsprogramm die Ursache der Entwicklung solcher Bürgerversammlungen in ihrem jetzigen Sinne gewesen ist, werden sie von den Bauern nicht mehr als ein amerikanisches Produkt betrachtet.

In den Anfangstagen, als Bürgerversammlungen vom Resident Officer und seinem Stab gefördert wurden, drehte sich die Diskussion um weltweite Probleme. Alle Diskussionen über lokale Probleme bestanden aus Verdammung und Opposition. Die Leute, die reden konnten und tatsächlich redeten, dachten nur an Opposition. Die Bürgermeister mußten sehr ermutigt werden, weiterhin Bürgerversammlungen abzuhalten. Schließlich, nachdem in einer Gemeinde mehrere Bürgerversammlungen stattgefunden hatten und die Bauern sahen, daß ihre Meinungen beachtet wurden, begannen sie ihre Probleme eifriger zu diskutieren und positive Kritik zu üben. Nach einiger Zeit begannen die Bürger, über bestimmte Probleme abzustimmen und Resolutionen abzufassen. Sogar die Gemeinderäte gingen dazu über, Entscheidungen erst nach einer Diskussion in einer Bürgerversammlung zu treffen. Jedoch war nicht immer alles rosig. Manchmal haben Gemeinderäte sich dem Willen der Bevölkerung widersetzt oder es versäumt, ihn auszuführen. Oft führte solches Versagen zu einer Protestversammlung, die dann, trotz unguter Gefühle, den Bürgerversammlungen Prestige und Pluspunkte einbrachte.

Bürgerversammlungen treten jetzt in eine dritte Phase ein: die Schaffung einer effektiven öffentlichen Meinung. Der Wille der Bevölkerung, wie er in Bürgerversammlungen Ausdruck findet, macht sich nicht allein in der Gemeinde selbst bemerkbar, sondern auch auf Kreisebene und manchmal sogar auf der Ebene des Regierungsbezirks. Es gibt eine Reihe von Beispielen dafür, daß der Kreis und ebenso die Regierung einen Anspruch der Bürger anerkennen und entsprechend handeln mußten.

Ein gründliches Studium der Kolumne „Jugendaktivitäten" wird Schwächen aufdecken. Die Bemühungen in der Jugendarbeit sind zu ungleichmäßig. Jeder zögert oder wartet darauf, daß ein anderer etwas tut. Es herrscht ohne Frage ein Mangel an guten, starken, qualifizierten Führungspersönlichkeiten sowohl bei den Erwachsenen wie bei den Jugendlichen. Es fehlt auch an Kenntnissen, Erfahrungen und Sachverstand. Da die lokale Verwaltung kein Interesse für die Jugend zeigte, mußte der Resident Officer die Initiative ergreifen. Länger als zwei Jahre hat nun der Resident Officer mit dem Kreisjugendring gearbeitet und aus diesem eine rührigere Jugendorganisation gemacht. Heute, und zwar vor allem auf Grund der Arbeit des Vorsitzenden des Kreisjugendrings, eines jüngeren Lehrers, ist der Kreisjugendring im Begriff, ein effektives Jugendprogramm zu entwickeln. Dieser Fortschritt hat leider erwiesenermaßen Opposition geweckt. Anscheinend kommt ein großer Teil dieser Opposition von der Kirche, obwohl die Kirche in den ländlichen Gemeinden gar kein gutes Jugendprogramm entwickelt hat. Der Kreisjugendring hat mehrere Ausbildungskurse für Jugendführer organisiert und macht den Versuch, ein Jugendheim einzurichten, trotz der Tatsache, daß man dabei auf große Schwierigkeiten stößt – vor allem bei der Suche nach ausreichenden Geldern für das Programm. Der Landkreis hat jedoch versprochen, zu Beginn des kommenden Fiskaljahres einen Jugendpfleger anzustellen. Ein solcher Fachmann könnte für die Jugendarbeit in Hammelburg viel tun.

Jene Versammlungen, die in der Aufstellung unter „Landwirtschaft" aufgeführt sind, werden vor allem vom Landwirtschaftsamt Hammelburg veranstaltet, wenn auch viel

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterstützung vom Leiter der Filmdiskussion kam. Der Hauptzweck dieser Versammlungen besteht darin, bei den Bauern Interesse an besseren landwirtschaftlichen Methoden zu wecken und die Annahme fortschrittlicherer landwirtschaftlicher Methoden zu erreichen. Das Landwirtschaftsamt unterstreicht in erster Linie die Bedeutung der Flurbereinigung, wenn auch andere Vorträge angeboten werden, so über den Gebrauch von Kunstdünger und über Schweinezucht usw. Zwar ist die Flurbereinigung noch in keinem einzigen Dorf des Landkreises Hammelburg durchgeführt worden, doch hofft das Landwirtschaftsamt, eine feste Grundlage für die Flurbereinigung legen und die Opposition der Bauern mindern zu können.

Die Gemeindetreffen (Zusammenkünfte vor und nach der Messe), die in der nächsten Kolumne erscheinen, sind eine alte Einrichtung. Es ist Tradition, daß der Bürgermeister dabei wichtige Direktiven und Anweisungen der Regierung vorliest. Als ein Ergebnis des Reorientierungsprogramms erfahren diese Gemeindetreffen jetzt eine leichte Veränderung, und bei manchen der Treffen gibt es nun eine Diskussion. Im Verhältnis ist der Beitrag der Gemeindetreffen zum Reorientierungsprogramm jedoch nicht groß gewesen. Am wohltuendsten sind sie in den Gemeinden, in denen keine oder nur wenige andere öffentliche Versammlungen stattfinden.

Eltern-Lehrer-Treffen sind für die Bürger Hammelburgs eine ganz neue Idee. Diese Treffen, die in der Aufstellung aufgelistet sind, waren das Resultat der Bemühungen des Leiters der Filmdiskussion. Es ist noch nicht genügend Zeit verstrichen, um beurteilen zu können, ob die Idee der Eltern-Lehrer-Treffen von den Eltern und Lehrern aufgegriffen und aus eigenem Antrieb fortgesetzt wird.

Der Leiter der Filmdiskussion hat, wenn er Filme in einer Schule zeigte, oft Eltern-Lehrer-Treffen mit den Lehrern diskutiert. Es gelang ihm, fast alle Lehrer für die Veranstaltung von Eltern-Lehrer-Treffen zu gewinnen. Der Leiter der Filmdiskussion war immer bereit, Filme für die Eltern zu zeigen. Im übrigen Programm folgte dann eine kurze Ansprache des Lehrers, irgendeine Ausstellung der Schüler oder Beiträge der einheimischen Bürger. In einer Anzahl von Fällen haben die Lehrer, vor allem die jüngeren Lehrer, begriffen, welche Möglichkeiten für sie in den Eltern-Lehrer-Treffen stecken, und waren in der Lage, materielle Unterstützung zu finden, indem sie den Eltern einfach die gegebene Situation schilderten. Hingegen haben die Eltern bis jetzt die für sie gebotenen Möglichkeiten noch nicht erkannt. Für den Augenblick wird, möglicherweise mit einer Ausnahme, die Initiative allein bei den Lehrern liegen. Wenn die Eltern-Lehrer-Treffen effektiv werden sollen, müssen aber die Eltern die Initiative ergreifen. Auf Einladung des Resident Officer sind bereits zwei Gastexperten aus den Staaten mit vielen Eltern in mehreren Gemeinden zusammengetroffen, um Ansporn zu geben. Ein dritter Experte aus Dänemark wird in Kürze erwartet.

Aktivitäten außerhalb des Lehrplans sind in diesem Kreis nur schwach entwickelt, ausgenommen in der Oberschule. Zweifellos kann außerhalb der Oberschule an solchen Aktivitäten nicht viel getan werden, da die Jugend Deutschlands die Volksschule im Alter von vierzehn Jahren verläßt. Das wenige, das geschieht, ist zumeist der Initiative und der Liebhaberei irgendeines jungen Lehrers zu verdanken. Handwerks- und Theatergruppen sind in den Volksschulen die häufigsten Aktivitäten außerhalb des Lehrplans.

Mit einer Ausnahme sind die Zusammenkünfte, die in der Aufstellung unter „Frauen-Aktivitäten" erscheinen, Ergebnisse der Bemühungen der einzigen Frauenrepräsentantin im Landwirtschaftsamt und stellen eine Fortsetzung der Aktivitäten des Landwirtschaftsamts dar, die unter „landwirtschaftlichen Treffen" aufgeführt sind. Diese Repräsentantin

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

veranstaltet im Winter regelmäßige Kurse in den verschiedenen Gemeinden. Die Kurse behandeln Themen wie Hühnerzucht, Umgang mit Milch, Konservieren, Kochen usw.

In der Stadt Hammelburg gibt es jedoch eine exzellente Frauen-Aktivität, die ein direkter Abkömmling des Reorientierungsprogramms ist. Lange Zeit haben der Resident Officer und sein Stab sich bemüht, bei den Frauen Interesse an öffentlichen Angelegenheiten zu wecken und aktive Teilnahme am Leben der Gemeinde anzuregen. Um die Frauen herauszubekommen, mußte der Resident Officer zunächst alle Treffen und Aktivitäten in seinem Namen organisieren. Schließlich erklärte sich die Volkshochschule bereit, einen Frauenarbeitskreis ins Leben zu rufen und die bisher vom Resident Officer geförderten Aktivitäten zu übernehmen. Der Resident Officer verschwand aus dem Vordergrund. Heute veranstaltet die Volkshochschule in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Frauen, die sich Frauenarbeitskreis nennt, regelmäßige Vorträge für Frauen, insbesondere über die Rechte der Frauen. Diese Vorträge werden jetzt gut besucht; zum Beispiel wurden beim letzten Vortrag siebzig Personen gezählt. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß Hammelburg ein ländliches Gebiet ist und die Stadt Hammelburg nur 5000 Einwohner hat.

In diesem Jahr hat der Frauenarbeitskreis mit einer neuen Unternehmung begonnen, nämlich mit der Veranstaltung von drei Nähkursen. Zwei Kurse sind für junge Mädchen, einer ist für erwachsene Frauen. Diese Nähkurse werden übrigens in Kooperation mit dem Kreisjugendring organisiert. Die Versammlungen, die unter „offizielle Versammlungen mit Teilnahme des Resident Officer" aufgelistet sind, erscheinen auch in anderen Rubriken. Indem der Resident Officer an diesen öffentlichen Versammlungen teilnahm, war er, vor allem in der Anfangszeit, in der Lage, großen Einfluß auf die Richtung der diversen Versammlungsarten auszuüben und ihnen Prestige zu geben. Der Resident Officer war dabei ferner in der Lage, Fehlinterpretationen der Vereinigten Staaten und der alliierten Politik in Deutschland entgegenzutreten.

Die letzte Kolumne führt unterschiedliche Arten hervorstechender Gemeinschaftsaktionen und einige vermischte Versammlungstypen auf. Diese Aktionen sind von den vielen öffentlichen Versammlungen stark beeinflußt und angestoßen, ebenso von dem guten Gemeinschaftsgeist, der sich als Ergebnis der verschiedenen öffentlichen Versammlungen entwickelt hat.

Die Flüchtlingsforen, die in der letzten Kolumne aufgelistet sind, haben einmal tatsächlich bei der Lösung der diversen sozialen und politischen Probleme der Flüchtlinge eine Rolle gespielt. Heute geht die Bedeutung dieser Flüchtlingsforen jedoch rapide zurück. Das Schwergewicht liegt gegenwärtig auf kulturellen und nicht mehr so sehr auf sozialen und politischen Aktivitäten.

Die vielleicht fruchtbarsten Aktivitäten, die in der letzten Kolumne erscheinen, sind die Zusammenkünfte zwischen Resident Officer und Gemeinderäten. Der Resident Officer lud von Zeit zu Zeit die Gemeinderäte von zwei oder drei Dörfern zu einer abendlichen Diskussion in sein Büro ein. Da begann dann eine informelle Unterhaltung, in der die verschiedenen Punkte des Reorientierungsprogramms zur Sprache kamen. Auch wurden bestimmte Informationen gegeben. Das Ziel bestand darin, die Gemeinderäte zu größerer Initiative zu bewegen. Viele positive Resultate sind bereits zu beobachten, obwohl der Resident Officer mit keinem Gemeinderat mehr als einmal zusammengetroffen ist. Die Gemeinderäte als Gruppe besuchen jetzt mehr öffentliche Versammlungen, insbesondere Bürgerversammlungen, Eltern-Lehrer-Treffen und auch Jugendtreffen. In mehreren Gemeinden haben die Gemeinderäte zum ersten Mal die Entgegennahme ihrer Beschwerden durchgesetzt, wobei eine dieser Beschwerden dem Bürgermeister selbst galt.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zum Abschluß soll noch kurz eine Versammlungsform beschrieben werden, die der Resident Officer organisiert hat, die Filmprüfung. Diese Versammlungen erscheinen nicht in der beigefügten Aufstellung. Mehrere Punkte im Landkreis wurden ausgewählt und dort die HICOG-Filme gezeigt. Lehrer, Bürgermeister, Pfarrer und andere Schlüsselfiguren des Gebiets werden dabei versammelt, um das Filmprogramm zu sehen. Die Filme werden kritisiert, und danach wird entschieden, wie die Filme am effektivsten eingesetzt werden können. Auch die Lehrer wählen jene Filme aus, die in ihren Schulen gezeigt werden sollen. Ferner können bei diesen Prüfungen Filme für Erwachsenen- und Jugendgruppen ausgesucht werden. Die Filmprüfungen haben für die Akzeptanz des HICOG-Filmprogramms eine wichtige Rolle gespielt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß, auf der Basis der verschiedenen öffentlichen Versammlungen, hier in Hammelburg ein Gemeinschaftsgeist und gemeinschaftliche Kooperation entstanden sind. Durch diesen guten Geist und diese Kooperation sind in den Gemeinden viele exzellente Projekte zustande gekommen. Eine gründliche Prüfung der verschiedenen Gemeinschaftsprojekte wird ergeben, daß die hervorstechenden Projekte nur in den Gemeinden geschaffen werden, in denen Bürgerversammlungen stattfinden. Öffentliche Versammlungen, insbesondere Bürgerversammlungen, fungieren beim Zusammenschweißen der Gemeinde zu einer Einheit als Motor. In diesen fortschrittlichen Gemeinden sind es tatsächlich die Bürgermeister, die den Weg weisen (nicht diktieren). In ländlichen Gebieten erwarten die Bürger vom Bürgermeister, daß er die diversen Gemeinschaftsprojekte und Bürgerversammlungen leitet. Ein Bürgerkomitee oder ein Exekutivkomitee ist in den kleinen Dörfern normalerweise unnötig, da die Bürger ihre natürlichen Führer bereits zu Bürgermeistern und Gemeinderäten gewählt haben. Dennoch ist es jetzt so, daß in Situationen, in denen Bürgermeister und Gemeinderäte die Interessen der Bürger nicht wahrnehmen können oder wollen, die Bürger nun anfangen, die Sache selber in die Hand zu nehmen. Trotz der Tendenz, den Bürgermeistern, sofern möglich, die Leitung zu überlassen, sind einige ausgezeichnete Bürgerkomitees entstanden. Diese sind in der zweiten Aufstellung aufgelistet[110]. Die beiden hervorstechendsten Bürgerkomitees sind der Hybridenausschuß und die Interessengemeinschaft. Der Resident Officer hat dem Hybridenausschuß mit Rat und Tat viel geholfen, aber die Interessengemeinschaft war eine Gründung durch den Willen und die Initiative der Bevölkerung. Der Resident Officer ist von der Interessengemeinschaft nur ein einziges Mal in Anspruch genommen worden, und dann nur für einen Rat. Diese Interessengemeinschaft veranstaltete eine der erfolgreichsten Versammlungen und verwirklichte auf höchst demokratische Weise die Wünsche der ganzen Gemeinde.

[. . .][111]

National Archives, Washington, D. C., Record Group 466, Records of the Land Commissioner for Bavaria – Field Operations Division, District Land Office Activity Reports 1950–1952, Box 5

[110] In der Anlage zu diesem Bericht findet sich diese „Citizens Committees – Landkreis Hammelburg" überschriebene Aufstellung.

[111] An dieser Stelle folgen die Grußformel und eine Auflistung der Anlagen, die hier nicht abgedruckt werden.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

DAMIAN VAN MELIS

„DAS LETZTE JAHR DER SBZ IM PROZESS DER STAATSGRÜNDUNG DER DDR"

Tagung des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin, vom 18. bis 20. November 1998 im Bundesarchiv Berlin

Wenige Monate vor dem zu erwartenden Jubiläumsmarathon zu den fünfzigsten Jahrestagen der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik führte das Institut für Zeitgeschichte München (Außenstelle Berlin) eine wissenschaftliche Tagung über den *Prozeß* der Staatswerdung der DDR durch. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand nicht das Gründungsdatum, sondern der Weg zur Staatsbildung sowie seine internationalen und innerdeutschen Rahmenbedingungen. Die der Tagungskonzeption zugrundegelegte Ausgangsthese richtete sich dabei auf 1948: Dieses Jahr bilde in der internationalen Politik, in der Deutschlandpolitik und im besonderen bei der Festigung der SED-Diktatur eine so bedeutende Zäsur, daß der formale Gründungsakt der ostdeutschen Republik und ihre weitere Geschichte im Lichte des Jahres 1948 betrachtet werden müßten.

Nach der Begrüßung durch *Professor Dr. Horst Möller* (München) begann die Tagung mit einem Zeitzeugenbericht des langjährigen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion und Bundesministers a. D. *Wolfgang Mischnick,* der sich als junger Mann in der sächsischen Liberal-Demokratischen Partei (LDP) engagierte. Er betonte, daß die nationale Einheit das vordringlichste Ziel allen politischen Strebens seiner Partei gewesen sei. Bis zu seiner Auswanderung in den Westen hätten die sowjetischen und deutschen Kommunisten sein liberales jugendpolitisches Engagement wiederholt behindert und ihm schließlich sogar untersagt, nach seiner Wahl das Amt des stellvertretenden LDP-Landesvorsitzenden anzutreten. *Mischnick* hob hervor, daß solche obrigkeitsstaatlichen Einschränkungen in der SBZ erst sukzessive zunahmen. Viele SED-Kritiker hätten deshalb zu unterschiedlichen Zeitpunkten keine eigenen Handlungsspielräume mehr gesehen und seien schließlich geflohen.

Zur Einbettung der Vor- und Frühgeschichte der DDR begann die Tagung mit einem einführenden Referat von *Professor Dr. Udo Wengst* (München) über die gesamtdeutschen und internationalen Ereignisse im „Schicksalsjahr" 1948 (Hans-Peter Schwarz). Nachdem die Londoner Außenministerkonferenz im November und Dezember 1947 aufgrund der zunehmenden Differenzen zwischen den Alliierten erwartungsgemäß gescheitert war, hätten fast alle deutschen und alliierten Institutionen und Akteure die Wege zur „doppelten Staatsgründung" (Christoph Kleßmann) forciert. Die Gründung der Bizone, der Zusammentritt des Parlamentarischen Rats oder die Londoner Sechsmächtekonferenz ohne die Beteiligung der Sowjetunion verhinderten nicht, daß alle Beteiligten – zumindest ver-

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bal – größten Wert auf die nationale Einheit legten, da jeder Weg als der einzig richtige zum großen Ziel präsentiert wurde: Die einen suchten die Einheit auf dem Weg einer engeren deutsch-deutschen Kooperation und Annäherung, während die anderen Magnettheorien favorisierten,wonach das eigene Gesellschaftssystem dem je anderen so überlegen sei, daß der davon ausgeschlossene Bevölkerungsteil schon bald der attraktiveren Alternative zustreben werde. Daß zumindest Adenauer mit dieser Theorie nicht ganz falsch lag, habe sich nicht erst 1989/90, sondern schon vorher durch die teilweise dramatische Auswanderung aus der SBZ/DDR erwiesen.

Dr. Elke Scherstjanoi (Berlin) fragte nach den deutschlandpolitischen Absichten der sowjetischen Besatzungsmacht und stellte für 1948 einen „Mehrfachwechsel in den sowjetischen Vorgaben" fest, den sie auf unklare deutschlandpolitische Konzeptionen im Kreml zurückführte. Seit Mitte 1948 habe sich in der SBZ aber vor allem die Linie der SED durchgesetzt, also weitere Enteignungen und eine zunehmende politische Zentralisierung mitsamt der Verdrängung der bürgerlichen Partner der KPD/SED. Diese Linie sei in Moskau zwar umstritten gewesen, die sowjetische Führung habe sie im besetzten Deutschland aber unter anderem infolge der eigenen Unentschiedenheit und zahlreicher Fehleinschätzungen nicht mäßigen können. *Scherstjanoi* wies auf die erheblichen empirischen Unsicherheiten bei der Beurteilung der Rolle der Sowjetunion im besetzten Deutschland hin. Angesichts des noch immer stark beschränkten Zugangs zu russischen Quellen sei ein besonderes Augenmerk auf die deutsche Überlieferung zu legen. Dabei müsse der Frage nachgegangen werden, inwiefern die besonderen „Freiräume für radikale Entwicklungstendenzen" in der SBZ/DDR gerade durch die Moskauer Führungsschwäche entstanden seien, die in den unterschiedlichen, teilweise sogar gegensätzlichen Anweisungen sichtbar geworden sei.

Obwohl die SED seit 1948 hinreichend stalinisiert gewesen sei, um von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) verstärkt als ordnungspolitisches Medium eingesetzt zu werden, betonte *Dr. Jan Foitzik* (Berlin) den eher prozeßhaften Charakter der Etablierung der SED-Diktatur: Der „Übergang von besatzungsrechtlichem Dirigismus zu besatzungsoberhoheitlichem Interventionismus" und der „Prozeß der ‚inneren' Staatsgründung" seien zeitlich zu strecken, da „gewichtige ordnungspolitische Einschnitte" in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel der Polizei schon vor 1948 erzielt worden seien. Hinsichtlich der Handlungsspielräume der deutschen Kommunisten verwies *Foitzik* auf das generell hierarchische Verhältnis zwischen SMAD und SED. Doch habe die deutsche Seite zuweilen auch von den informellen Beziehungen einzelner SED-Funktionäre nach Moskau und vor allem von der „ideologisch motivierten generellen Zielidentität zwischen KPdSU und KPD/SED" profitiert.

Theresia Bauer M. A. (München) referierte über die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei (NDPD) im Jahr 1948. Nach *Bauer* gingen die Neugründungen mit einer Krise der SBZ-Blockpolitik einher, die u. a. am mehrmonatigen Sitzungsausfall im Sommer 1948 sichtbar wurde. Die letztlich von der Besatzungmacht herbeigeführten Neugründungen interpretierte sie als Ausdruck des politischen Versagens der SED, die CDU und LDP nicht mehr in den kommunistisch dominierten Parteiengleichklang einzubinden vermocht habe. Durch die Erweiterung des Blocks mit Hilfe der beiden neuen Parteien, deren Führungspersonal fast vollständig von der SED gestellt wurde, konnte die Blockkrise behoben werden, ohne daß CDU und LDP zwangsweise aufgelöst werden mußten, was Besatzungsmacht und SED aufgrund der erwarteten unliebsamen westdeutschen und außenpolitischen Reaktionen hatten vermeiden wollen.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PD Dr. André Steiner (Mannheim) untermauerte mit seinem Referat die bisherigen Forschungsergebnisse, wonach die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) schon 1948 eine bis in die Länder, Kreise und Städte wirksame politische Durchsetzungskraft gewann, die allen Zentralverwaltungen bis dahin gefehlt habe. Der schnelle Erfolg der später zum Kern der Regierung avancierten DWK habe auf der massiven sowjetischen Unterstützung beruht: Nach *Steiner* legte die SMAD infolge der 1948 immer deutlicher werdenden internationalen Teilungstendenzen immer weniger Wert auf die in ein Gesamtdeutschland integrierbaren föderalen Strukturen. Im Wirtschaftsbereich führte diese Entwicklung zu immer mehr Zentralismus und Planwirtschaft, was die Bewertung einzelner Betriebe stärker von volkswirtschaftlichen Zielen als von betriebswirtschaftlichen Kriterien abhängig machte.

Jutta Braun M. A. (München) berichtete über die Anfänge der 1948 gegründeten Zentralen Kontrollkommission (ZKK), deren wichtigste Aufgabe es schon bald gewesen sei, als Untersuchungsorgan in Wirtschaftsstrafsachen aufzutreten. Diese Tätigkeit habe sie schon früh dazu genutzt, dem Sozialismus näher zu kommen, ohne dieses Ziel konkret anzusprechen: Seit Ende der vierziger Jahre forcierte die ZKK Enteignungen, indem sie die Eigentümer von begehrten Objekten, teilweise sogar von ganzen Branchen kriminalisierte und mitunter in Wirtschaftsschauprozessen verurteilte. Nach *Braun* war das Ausmaß der dabei angewandten Willkür so groß, daß zahlreiche Juristen und selbst die Personalchefin der Deutschen Justizverwaltung, Hilde Benjamin, die Eingriffe ins Rechtswesen monierten.

Jens Gieseke M. A. (Berlin) referierte über die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) und die Vorgeschichte des geheimdienstlichen Polizeiapparats in der DDR. Besatzungsmacht und KPD/SED hätten die DVdI als machtpolitische Schlüsselstelle eingeschätzt und sie daher besonders konsequent mit „kommunistischen Vertrauenskadern" besetzt. Diese hielten seit 1948 „zumindest die normative Federführung in Fragen der Personalpolitik" in der SBZ fest in ihrer Hand. Nicht nur die Gründungsphase, sondern auch die von *Gieseke* weiterhin geschilderte Ausdifferenzierung der staatlichen Sicherheits- und Repressionsorgane, die seit 1950 zwei verschiedenen Ministerien zugeordnet waren, hätten strukturell unter einer „starken sowjetischen Prädominanz" gestanden, die im einzelnen allerdings schwer einzuschätzen bleibe.

Den Blick auf die Entwicklung der Repressionsorgane in der SBZ/DDR setzte *Dr. Hermann Wentker* (Berlin) fort. Die Entwicklung des Justizwesens sei von 1945 bis 1947 von „ambivalenten sowjetischen Vorgaben und einem nur allmählich wachsenden SED-Einfluß" gekennzeichnet gewesen. Daher verortete *Wentker* die justizpolitische Zäsur eindeutig im Jahr 1948, als die SED begann, sich systematisch dem Umbau des Justizwesens zuzuwenden. Sie habe damit begonnen, die staatlichen Justizverwaltungen in Berlin und in den Ländern politisch stärker anzuleiten, und die seit Ende 1947 angelaufenen NS-Prozesse zu ersten grundlegenden Strukturveränderungen zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und Polizei genutzt. Im Vergleich zu diesen Eingriffen in die Personalauswahl und die institutionellen Strukturen des Justizwesens sei die Staatsgründung von 1949 nur von nachgeordneter Bedeutung.

Dr. Dierk Hoffmann (Berlin) referierte vor dem Hintergrund der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik über die politischen Auseinandersetzungen um die Kommunalisierung oder Zentralisierung der Arbeitsämter in der SBZ. Innerhalb der KPD/SED-Leitung habe sich ein Konflikt ergeben zwischen alten programmatischen Kommunalisierungsforderungen und dem Anliegen einer zentralen Wirtschafts- und Arbeitskräftelenkung auf

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer möglichst hohen, also zonalen oder landespolitischen Ebene. Nach *Hoffmann* fiel die endgültige Entscheidung für eine zonenweite Zentralisierung der Arbeitsämter erst infolge des zunehmenden Ausbaus der Zentralverwaltungen, den die sowjetische Besatzungsmacht seit 1948 gestattete, und dem damit einhergehenden Übergang zur Planwirtschaft, in deren Konzept „kein Platz mehr für kommunale Entscheidungsstrukturen war".

Dr. Michael Schwartz (Berlin) berichtete über die Politik gegenüber den Umsiedlern, die von 1948 bis 1950 in eine Krise geraten sei, weil deren Belange mit zentralen Zielen der SMAD und der SED-Führung kollidiert seien: erstens, mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, zweitens, mit der Unterdrückung der wachsenden und aus dem Westen stimulierten Tendenz zur Selbstorganisation und eigenen Interessenartikulation der Umsiedler und, drittens, mit der Einstellung der flüchtlingsspezifischen Sozialpolitik. In den ersten beiden Bereichen hätten sich die Kommunisten in groben Zügen durchgesetzt, im letzteren aber erst mit erheblicher Zeitverzögerung. Die Nichtanerkennung der neuen Ostgrenze in der Mehrheit der DDR-Bevölkerung und die Grenzen der Repressionspolitik im Bereich der Flüchtlinge und Vertriebenen aufgrund ihrer Binnenkommunikation, informellen sozialen Beziehungen, kirchlichen „Schutzräume" und zahlreichen individuellen Westkontakte hätten dazu beigetragen, jene Kräfte des SED-Regimes zu stärken, die in der Sozialpolitik noch bis 1952/53 eine gewisse Sonderförderung dieser Gruppen zu sichern versuchten.

Für das Bildungswesen der DDR stellte *PD Dr. Gert Geißler* (Berlin) fest, daß die SED nur teilweise dazu in der Lage gewesen sei, „den von ihr beanspruchten Herrschaftsraum des Bildungswesens strukturell, personell und ideologisch wirkungsvoll zu besetzen". Einflußreicher als die bildungspolitischen Instanzen der SED seien die der Besatzungsmacht gewesen, die sich auf der zonalen Ebene ebenso wie in den Ländern und Kreisen der staatlichen Bildungsverwaltungen bedient hätten. Die SED habe die Machtstellung der im Zuge der offiziellen DDR-Gründung aufgelösten SMAD nicht sofort übernehmen können, so daß die relative Eigenständigkeit der Länder und der Kreise ebenso wie die der staatlichen Verwaltungsapparate im Bildungswesen noch einmal bis in die fünfziger Jahre vorübergehend gestärkt worden sei.

Dr. Rüdiger Schmidts (Münster) Vortrag belegte die schroffe und häufig willkürliche Wirtschaftspolitik der KPD/SED. Nach der ersten, auf die Entnazifizierung bezogenen Enteignungswelle habe die SED die Zersetzung marktwirtschaftlicher Regelungsmechanismen durch den Ausbau etatistischer Planung forciert. Dabei seien nicht nur große Betriebe ins Visier der Kommunisten gekommen, sondern zunehmend auch der gewerbliche Mittelstand, der zahlreiche staatseigene Firmen belieferte. Über die Enteignung kleiner und mittelständischer Unternehmer und die Überführung ihrer Firmen in „Volkseigentum" (VEB) oder in „Kommunale Wirtschaftsunternehmen" (KWU) sei anhand willkürlicher Kriterien wie der Auswanderung in den Westen oder der Grenze von zehn Mitarbeitern zur Unterscheidung zwischen Handwerksbetrieben und „privater Kleinindustrie" entschieden worden.

Dr. Arnd Bauerkämper (Potsdam) stellte in der Agrarpolitik für das Jahr 1948 eine Phase der „Radikalisierung, Zentralisierung und Verstaatlichung" fest, da zunehmend mehr Bereiche der Landwirtschaft in das staatliche Plansystem integriert worden seien, die Politik der SED sich verstärkt gegen „Großbauern" gerichtet und die weniger an Sachkompetenz als an politischen Glaubensfragen orientierte SED-Personalpolitik nun auch in zunehmendem Maße die Landwirtschaftsverwaltung geprägt habe. Da der rigorose Zugriff

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der SED in „den dörflichen Milieus" aber an wahrnehmbare Grenzen stieß, wollte *Bauerkämper* das Jahr 1948 nicht als Zäsur, sondern als „Verdichtungs- und Bündelungszone" verstanden wissen.

Die von der Tagungsleitung vorgegebene Frage nach zeitlichen Zäsuren in der Vor- und Frühgeschichte der DDR bildete den roten Faden und die inhaltliche Klammer für die gesamte Konferenz und ihre Diskussionen. Der Frage nach dem Zäsurcharakters des Jahres 1948 und dem vorwiegend heuristischen Wert von scharfen zeitlichen Markierungen ging daher auch *Möller* in seinem Beitrag zum Abschluß der Tagung nach: Neben der Betonung von *einzelnen* Zäsuren müsse auch der Prozeßcharakter des Wandels hervorgehoben werden. Dazu sei die Bezugnahme auf andere gesellschaftsgeschichtliche Einschnitte wie die Kollektivierung in der Landwirtschaft seit 1952, die Staatsgründung 1949 und die schon Ende 1945 in weiten Bereichen durchgeführten Strukturveränderungen durch Bodenreform, Sequestrierungen und Entnazifizierung unerläßlich. Die einzelnen Studien hätten die Notwendigkeit unterstrichen, die zahlreichen Handlungsspielräume in der SBZ/DDR anhand einzelner Institutionen, Sachbereiche und geographischer Einheiten auszuloten. Gegen eine *allzu* weitgehende Differenzierung spreche allerdings, daß sich diese Handlungsspielräume fast ausschließlich in dem Rahmen finden lassen, den die sowjetischen und deutschen Kommunisten zuzugestehen bereit waren.

In ihren einleitenden Referaten hatten *Wengst* und *Scherstjanoi* herausgearbeitet, daß alle politischen Akteure die nationale Einheit immer wieder als das übergeordnete Ziel ihrer Aktivitäten herausstellten. Die Politiker in Ost und West bedienten mit diesen Beschreibungen der jeweils eigenen Intentionen ein öffentliches Bedürfnis, das noch jahrzehntelang bestehen blieb. Ganz offensichtlich hatten diese Aussagen aber nur wenig mit der konkreten Politik und der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zu tun, denn in der großen gesellschaftsgeschichtlichen Themenvielfalt der anderen Referate spielte dieses angeblich prioritäre Motivationselement kaum eine Rolle.

Der im Laufe der Jahrzehnte immer tiefer gewordene Graben zwischen nationaler Einheitsrhetorik und den jeweils internen gesellschaftspolitischen Entwicklungen beider deutscher Staaten schien schon 1948 so groß gewesen zu sein, daß keine Seite mehr ihre gesellschaftspolitischen Festlegungen zugunsten der nationalen Einheit zur Disposition stellen wollte. Dies veranschaulichte die Tagung anhand von zahlreichen Aspekten der SBZ-Innenpolitik mit ihrer sich radikalisierenden Eigendynamik, die *Schwartz* als „autopoetisch" bezeichnete, da sie an Rückmeldungen aus der Gesellschaft ebensowenig interessiert war wie an internationalen oder eben gesamtdeutschen Rückwirkungen. Die auf lokaler, regionaler und häufig sogar auf zonaler Ebene unumstrittene Handlungskompetenz gläubiger Kommunisten eilte den außenpolitischen Abwägungen und Unsicherheiten Moskaus anscheinend immer einige Schritte voraus, so daß die Frage der deutschen Einheit nicht auf dem Gebiet der Außenpolitik, sondern auf dem der Gesellschaftspolitik entschieden wurde.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTIAN HARTMANN

HITLER. REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN: FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

Ein abgeschlossenes Editionsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte

1925 noch eine politische Randerscheinung, wurde Hitler in weniger als acht Jahren zum Gravitationszentrum der deutschen Politik. Die Frage, wie das geschehen konnte, beschäftigt Forschung und Öffentlichkeit nach wie vor. Denn im Februar 1925, als Hitler mit ganz wenigen Getreuen die NSDAP wiedergründete, deutete nichts darauf hin, daß ausgerechnet er im Januar 1933 Reichskanzler werden würde. Die nun abgeschlossene Edition HITLER. REDEN, SCHRIFTEN, ANORDNUNGEN: FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933, deren letzter Teilband (V/2) im August 1998 erschienen ist[1], will zur Klärung dieser Frage beitragen, indem sie alle bekannt gewordenen und sicher belegten Zeugnisse Hitlers aus diesen entscheidenden Jahren zugänglich macht. Daß daraus nicht weni-

[1] Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, 5 Bde. in 12 Teilbänden, München 1992–1998.

Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP, Februar 1925–Juni 1926. Hrsg. u. komm. v. Clemens Vollnhals

Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl
- Teil 1: Juli 1926–Juli 1927. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik
- Teil 2: August 1927–Mai 1928. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik

Bd. II A: Außenpolitische Standortbestimmung nach der Reichstagswahl, Juni–Juli 1928. Hrsg. u. komm. v. Gerhard L. Weinberg, Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit

Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen
- Teil 1: Juli 1928–Februar 1929. Hrsg. u. komm. v. Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitw. v. Christian Hartmann
- Teil 2: März 1929–Dezember 1929. Hrsg. u. komm. v. Klaus A. Lankheit
- Teil 3: Januar 1930–September 1930. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann

Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
- Teil 1: Oktober 1930–Juni 1931. Hrsg. u. komm. v. Constantin Goschler
- Teil 2: Juli 1931–Dezember 1931. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann
- Teil 3: Januar 1932–März 1932. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann

Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung
- Teil 1: April 1932–September 1932. Hrsg. u. komm. v. Klaus A. Lankheit
- Teil 2: Oktober 1932–Januar 1933. Hrsg. u. komm. v. Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit.

Ein sechster Band mit einem kumulierten Personen- sowie einem Orts- und Sachregister ist in Vorbereitung. Dieser Band wird auch die wenigen Nachträge enthalten, die während der Jahre 1992 bis 1998 aufgetaucht sind und nicht mehr in die laufende Edition eingearbeitet werden konnten.

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger als 12 Teilbände mit einem Gesamtumfang von immerhin 5059 Seiten geworden sind, hat selbst Spezialisten überrascht, wurden hier doch ausschließlich die öffentlichen Reden Hitlers sowie die von ihm autorisierten Schriftstücke publiziert, nicht aber Berichte über Äußerungen und Gespräche Hitlers, wie sie in Briefen, Tagebüchern oder Memoiren von Zeugen überliefert sind.

Wenn es für die Jahre 1925 bis 1933 bislang keine Edition aller einschlägigen Hitler-Dokumente gab, für alle übrigen Lebensabschnitte und Tätigkeitsbereiche Hitlers aber schon[2], dann war das kein Zufall. Gerade für die Zeit von 1925 bis 1933 war eine systematische Sammlung der Quellen besonders schwierig: Die Tätigkeit Hitlers war noch nicht an staatliche Institutionen gebunden, die NSDAP war bis 1930 nur eine Splitterpartei, mit entsprechend geringem Papierausstoß, der nicht selten beschlagnahmt oder am Ende des Zweiten Weltkriegs vernichtet oder verstreut wurde. Andererseits läßt sich Hitlers Lebensweg beileibe nicht mehr auf das Biographische reduzieren, wie etwa für die Jahre 1889 bis 1920, sein Aktionsradius beschränkte sich nicht mehr in erster Linie auf den Raum München und Bayern, wie während des folgenden Zeitraums von 1920 bis 1923. Hitler war – wie allein schon ein kleiner Ausschnitt seiner Redeorte beweisen würde – ständig im Deutschen Reich unterwegs; seit September 1930 wurde er zu einem der wichtigsten politischen Akteure, Hitler geriet nunmehr in einem immer stärkeren Maß mit der Politik der Reichs-, aber auch der Länderregierungen in Konflikt und begann schon dadurch deren Entscheidungen zunehmend zu beeinflussen.

Die Forscher des Instituts für Zeitgeschichte, die schon in den ausgehenden siebziger Jahren mit den ersten Arbeiten an diesem Projekt begannen, mußten deshalb so gut wie alle einschlägigen deutschen, österreichischen, aber auch viele andere ausländische Archive und Bibliotheken nach relevanten Quellen durchforsten. Daß sich seit 1989/90 die Möglichkeit bot, diese Recherchen auch auf die ehemalige DDR und auf Polen auszudehnen, erwies sich als ein besonderer Glücksfall, bot sich hier doch erstmals die Möglichkeit, Hitlers Politik und seine Redeauftritte in Mittel- und Ostdeutschland systematisch nachzuweisen. Obwohl diese Gebiete nicht selten Hochburgen der NSDAP waren, ist deren Geschichte bis 1945 nach wie vor kaum erforscht.

Man würde den Möglichkeiten, die diese Edition bietet, kaum gerecht, wenn man in ihr lediglich ein Stück biographischer Grundlagenforschung sähe, die Hitlers Politik in einer bislang unbekannten Dichte und Präzision rekonstruiert, die alle Zeugnisse versammelt, die über Hitlers Weltanschauung, mehr noch über seine Propaganda und Rhetorik Auskunft geben. In den Dokumenten selbst, aber auch in der Kommentierung der Edition geraten immer auch jene Personen, Gruppen und Organisationen ins Blickfeld, die Hitlers Karriere erst ermöglicht haben. Denn „die schwer entschlüsselbare Korrespondenz, die der Mann mit dieser Zeit und die Zeit mit diesem Mann eingingen" – so Joachim Fest[3] –, ist ja bereits formal in Hitlers Zeugnissen angelegt, die fast immer an ein Gegenüber ge-

[2] Im Vorwort zum ersten und letzten Band dieser Edition (Bd. I, bzw. Bd. V/2) sind alle übrigen, bisher erschienenen Hitler-Editionen genannt. Eine weitere Lücke hat das Institut für Zeitgeschichte mit der folgenden Edition geschlossen: Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München I. Hrsg. u. komm. von Lothar Gruchmann und Reinhard Weber unter Mitarbeit von Otto Gritschneder, Teil 1: 1.–4. Verhandlungstag, München 1997; Teil 2: 5.–11. Verhandlungstag, München 1998, Teil 3: 12.–18. Verhandlungstag, München 1998. Das Erscheinen des vierten Bandes steht unmittelbar bevor.

[3] Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 22.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtet sind. Aus dieser Edition ist deshalb auch das große Panorama einer Zeit geworden, in dem eine Fülle von wenig oder völlig unbekannten Informationen über Hitlers Anhänger, Verbündete und Gegner zu entdecken ist. Für die Hitler-, für die NS- und für die Weimar-Forschung wird sie deshalb gleichermaßen unentbehrlich sein.

Derartige Überlegungen wurden jedenfalls am 22. Januar 1999 geäußert, als das Institut für Zeitgeschichte diese neue (und vermutlich letzte große) Hitler-Edition der Öffentlichkeit vorstellte. Der Direktor des Instituts, *Horst Möller*, ordnete das Projekt zunächst in die Forschungstradition des Instituts ein und betonte, daß es mit dem Abschluß dieses Großprojekts einmal mehr seine Kompetenz auf dem Gebiet der NS-Forschung unter Beweis gestellt habe, die nach wie vor eines der zentralen Arbeitsgebiete des Instituts bleibe. Zum wissenschaftlichen Ertrag dieser Edition äußerte sich dann ein Podium aus vier Wissenschaftlern. Dies waren – neben *Christian Hartmann* als einem der Editoren – *Ian Kershaw*, *Frank-Lothar Kroll* und *Andreas Wirsching* – also ausnahmslos Forscher, die in den letzten Jahren intensiv mit dieser Edition gearbeitet und – mit Ausnahme des Editors – auch jüngst richtungsweisende Arbeiten[4] zur Hitler-, NS- und Weimar-Forschung vorgelegt haben. *Kershaw* hob hervor, wie wichtig diese Edition für seine Hitler-Biographie gewesen sei, und demonstrierte an verschiedenen Beispielen, wo sie ihm entscheidend weitergeholfen habe; *Kroll* machte deutlich, wie geschickt Hitler seine Weltanschauung propagandistisch verwerten konnte, wie sehr er sich den Erwartungen seiner Zeitgenossen anzupassen verstand, ohne an den Kernaussagen seiner Ideologie Abstriche zu machen, etwa wenn er nach den ersten großen Wahlerfolgen fast völlig auf antisemitische Propaganda verzichtete; *Wirsching* wiederum führte den großen Wert dieser Edition für die Geschichte der Weimarer Republik vor Augen, zeigte etwa am Beispiel des Antikommunismus auf, wie Hitler diese weit verbreitete Strömung in der deutschen Gesellschaft propagandistisch, aber auch politisch aufgriff, um damit den nationalsozialistischen Terror wie überhaupt die Machteroberungsstrategien der NSDAP zu legitimieren. Anhand von sechs ausgewählten Fragestellungen (Hitlers Politik, Propaganda und Führungsstil sowie Hitlers Anhänger, Verbündete und Gegner) faßte schließlich *Hartmann* seine Beobachtungen zusammen, die er während seiner mehrjährigen Arbeit an der Edition gemacht hatte.

Im Anschluß an diese Präsentation wurde intensiv, teilweise auch kontrovers über den Aufstieg des Nationalsozialismus diskutiert. Einigkeit bestand jedoch darüber, daß diese Edition einmal mehr bewiesen habe, wie wichtig eine präzise, unvoreingenommene Offenlegung aller Quellen gerade auf einem Gebiet wie dem der NS-Geschichte ist.

[4] Vgl. Ian Kershaw, Hitler 1889–1936, Stuttgart 1998; Frank-Lothar Kroll, Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn 1998; Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Hans-Peter Schwarz, The Kiesinger Government and the Czechoslovakian Crisis in 1968.

Beginning in April 1968, as part of a policy of getting involved again in Eastern Central Europe and the Balkans pursued since 1963, Bonn hoped to normalize German-Czechoslovakian relations at last. At the same time restraint was exercised so as not to jeopardize reforms in Prag. Certainly in this situation too, a subordinate value assigned to relations with the ČSSR was suited to the Federal Republic's calculations regarding Eastern Europe. Accusations, including those by French Président de Gaulle too, that Bonn's position was partially responsible for the Soviet invasion do not, however, hold up. Suppression of the „Prague Spring" proved to be significant in the years following. An internal evolution in the communist world seemed actually possible even if room for manoeuvre was much narrower than was originally assumed. Furthermore, the Soviet Union could see in this fresh confirmation that the East Bloc would be respected afterwards, as before, as its „chasse gardée". In the future, the Federal Republic made no attempts to pursue *Ostpolitik* which circumvented the Soviet Union.

Dieter Ziegler, The Banishment of the Jews from the Dresdner Bank 1933–1938.

This article, based on personnel records, examines the context in which Jewish employees were banished from the Dresdner Bank. Although the bank, stateowned since 1931, was forced to apply the *Berufsbeamtengesetz,* the flawless implementation of these anti-Jewish measures cannot be explained soley by the suppressive character of the Nazi regime. Contrary to customary belief, several instances in which bank officers helped former employees, prove that opportunities to circumvent the de-Judaization process did exist. The reasons for the overall success of the Nazis' anti-Jewish policy were varied, though anti-Semitism, which was widespread in German society, was foremost among them. Secondly, emergency decrees dating from the final days of the Weimar Republic were used as a model for legislation which empowered the state to intervene in personnel matters of the banking industry. Under a guise of legitimacy, these actions anticipated further anti-Semitic measures which limited the banks' freedom to act. Thirdly, in 1932 the pensioning off of nearly 25% of all employees left only a few elderly bank officers remaining in managerial positions. As a result, the number of retirements for the foreseeable future had been considerably reduced, and the prospects for advancement of young employees who had just begun their careers thereby limited. Thus, many non-Jewish employees personally profited from the anti-Semitic policies of the Dresdner Bank.

Regina M. Delacor, „Extradition upon Request". The German-French Armistice of 1940 and the fate of Rudolf Breitscheid and Rudolf Hilferding.

One of the requirements set forth in the German-French armistice of 1940 was that the French government, at the request of German authorities, had to hand over prisoners of war, civilian prisoners and wanted Germans held in French custody. This went against France's republican sense of honor and her long tradition of granting political asylum. However, after a short while, the initially vehement resistance to the extradition clause

VfZ 47 (1999)
© Oldenbourg 1999

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

changed to acceptance as collaboration between German and French police grew and became firmly established. Political coercion by an occupying power only partially explains the readiness to cooperate. Indeed, the interests of the „Etat français" coincided with those of the German occupiers when it came to removing unwanted persons from French territory. The extradition of Rudolf Breitscheid and Rudolf Hilferding, social democrats who took political refuge in France, illustrates how the Vichy Régime, despite its room for manoeuvre, became a henchman of Germany.

Martin Kröger/Roland Thimme, The *Politische Archiv* of the German Foreign Office 1939–1945.

In reports on the fate of German archives in time of war, the *Politische Archiv* of the German Foreign Office is seldom referred to. A detailed examination of the *Politische Archiv* which, in contrast to all other state archives, was not subject to any administrative control, has as yet not been made available. This essay tells about the safeguarding of, the evacuation of, loss of and return of archival material. It also evaluates the political significance the confiscated documents had for the respective victors. The rescue of irreplaceable diplomatic records from the ravages of war was not just ideological. Decisive was the awareness of all concerned that they were responsible for preserving historical materials.

Thomas Schlemmer, McCloy's Emissaries to Local Regions. Democratization Endeavours by *Kreis* Resident Officers 1949–1952.

In 1949, to strengthen the democratic foundation of the young Federal Republic of Germany, the U. S. High Commission for Germany began a large scale reorientation program which aimed to alter the political climate of West Germany. Directly responsible for the implementation of projects were *Kreis* Resident Officers, who, often with missionary zeal, endeavored to prepare the ground for a living democracy. They organized non-partisan citizens' associations, encouraged public meetings, supported the interests of women and young people, concerned themselves with political education, opened public reading rooms and sponsored exchange programs as well as German-American clubs. Nothing clear-cut came of these efforts at democratization. On the one hand, one meets up with many unfinished projects and much busyness. Many Resident Officers quickly became unpopular by their pompous behaviour, while others resigned themselves in the face of the opposition of conservative forces. After the Resident Officers stopped their work in 1952, it wasn't long before the organizations and networks, they had so laboriously built up, fell apart. On the other hand, the Resident Officers made no small contribution toward putting into practice the rules of democracy and in promoting understanding between Germans and Americans.

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Hans-Peter Schwarz*, Ordinarius für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn und Direktor des Seminars für Politische Wissenschaft (Lennéstr. 25, 53133 Bonn); veröffentlichte zuletzt „Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten" (Berlin 1998).

Dr. *Dieter Ziegler*, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rahmen des Forschungsprojekts „Die Geschichte der Dresdner Bank 1931–1957" am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Mommsenstr. 13, 01062 Dresden); veröffentlichte u.a. „Das Korsett der ‚Alten Dame'. Die Geschäftspolitik der Bank of England 1844–1913" (Frankfurt a.M. 1990); „Eisenbahnen und Staat im Zeitalter der Industrialisierung. Die Eisenbahnpolitik der deutschen Staaten im Vergleich" (Stuttgart 1996).

Regina M. Delacor, M.A., Lehrbeauftragte für deutsche Zeitgeschichte am Institut d'Etudes Politiques de Paris und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut (8, rue du Parc Royal, 75003 Paris); arbeitet über die französische Internierungspolitik in den Jahren 1938 bis 1946.

Dr. *Roland Thimme*, bis 1996 Mitarbeiter in der Internationalen Historikerkommission zur Herausgabe der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (Breslauer Straße 108, 53340 Meckenheim); veröffentlichte u.a. gemeinsam mit Martin Kröger „Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik" (München 1996).

Dr. *Martin Kröger*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts in Bonn (Rathausstr. 24, 51143 Köln); veröffentlichte u.a. zusammen mit Jost Dülffer und Rolf Harald Wippich „Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1856–1914" (München 1997).

Dr. *Thomas Schlemmer*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46b, 80636 München); veröffentlichte u.a. „Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955" (München 1998) und arbeitet derzeit an einer Studie über den sozioökonomischen Strukturwandel der fünfziger und sechziger Jahre am Beispiel der bayerischen Boom-Region Ingolstadt (vgl. auch die Notiz in den VfZ 46 (1998), S. 311–325).

Jahrgang 47 (1999), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1999_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte